

Wortprotokoll

8. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

16. Juni 2016

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden

Trauerkundgebung für LAbg. a.D. Josef Breurather

Fragestunde:

Beilage 9019/2016: Anfrage des Abg. Mayr an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 6)

Beilage 9020/2016: Anfrage des Abg. Bgm. Punkenhofer an Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 9)

Verabschiedung LR ing. Reinhold Entholzer

Redner/innen: Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 11)
Landesrat Anschober (Seite 12)
Abg. KO Makor (Seite 14)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 16)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 18)
Landesrat Ing. Entholzer (Seite 20)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 25)

Geschäftsanträge:

Beilage 185/2016: Initiativantrag betreffend Mountainbike-Offensive für Oberösterreich

Redner/innen: Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 26)
Abg. Handlos (Seite 27)
Abg. Mayr (Seite 28)
Abg. Langer-Weninger (Seite 29)

Beilage 186/2016: Initiativantrag betreffend bessere Unterstützung für Junge beim Einstieg in die Arbeitswelt

Redner/innen: Abg. Schaller (Seite 31)
Abg. Mag. Hummer (Seite 32)

Abg. Schwarz (Seite 33)
Abg. Kroiß (Seite 35)

Beilage 187/2016: Initiativantrag betreffend CETA und TTIP

Redner/innen: Abg. Schwarz (Seite 36)
Abg. Kattnigg, BA (FH) (Seite 37)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 38)
Abg. KommR Lackner-Strauss (Seite 39)

Gemeinsame Erklärung:

Beilage 188/2016: Gemeinsame Erklärung "Brandanschlag auf die Asylwerber-Unterkunft in Altenfelden"

Berichtersteller/in: Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 40)
Redner/innen: Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 41)
Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 42)
Abg. KO Makor (Seite 43)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 45)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 168/2016: Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bautechnikgesetz 2013 geändert wird (Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2016)

Berichtersteller/in: Abg. Ing. Fischer (Seite 46)
Redner/innen: Abg. Ing. Fischer (Seite 47)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 47)
Abg. KommR Frauscher (Seite 48)
Abg. Böker (Seite 48)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 50)

Beilage 169/2016: Bericht des Sozialausschusses betreffend den Rechenschaftsbericht der Oö. Kinder- und Jugendanwaltschaft über den Zeitraum 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2015

Berichtersteller/in: Abg. Bauer (Seite 51)
Redner/innen: Abg. Bauer (Seite 52)
Abg. Pühringer (Seite 53)
Abg. Wall (Seite 55)
Abg. Kaineder (Seite 56)

Beilage 170/2016: Bericht des Sozialausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Sicherstellung von Unterbringungsmöglichkeiten geändert wird (Oö. Unterbringungs-Sicherstellungsgesetz-Novelle 2016)

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Buchmayr (Seite 56)
Redner/innen: Abg. Mag. Buchmayr (Seite 56)
Abg. Bauer (Seite 58)

Abg. Gruber (Seite 59)
Abg. Hingsamer (Seite 59)
Landesrat Anschober (Seite 60)

Beilage 171/2016: Bericht des Sozialausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Mindestsicherungsgesetz geändert wird (Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016)

Berichtersteller/in: Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 62)

Redner/innen: Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer (Seite 62)
Abg. Binder (Seite 68)
Abg. Kaineder (Seite 70)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 73)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 75)
Abg. Nerat (Seite 76)
Abg. Hingsamer (Seite 78)
Abg. Wall (Seite 80)
Abg. Bauer (Seite 82)
Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 83)
Abg. KO Makor (Seite 84)
Abg. Böker (Seite 87)
Abg. Stanek (Seite 87)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 89)
Abg. Gruber (Seite 90)
Landesrat Anschober (Seite 91)
Landesrat Ing. Entholzer (Seite 95)

Beilage 172/2016: Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Sanierung des Schauspielhauses Promenade

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 100)

Redner/innen: Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 100)
Abg. MR Prim. Dr. Povysil (Seite 101)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 102)
Abg. Mayr (Seite 103)

Beilage 173/2016: Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Bereitstellung von Restmitteln des ersten Nachtragsvoranschlags 2013 für Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau ab dem Jahr 2016

Berichtersteller/in: Abg. Baldinger (Seite 104)

Redner/innen: Abg. Baldinger (Seite 104)
Abg. Böker (Seite 104)
Abg. Bgm. Punkenhofer (Seite 105)
Abg. Bgm. Höckner (Seite 106)
Landesrat KommR Podgorschek (Seite 107)

Beilage 174/2016: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Liegenschaftsan- und -verkäufe der LIG

Berichtersteller/in: Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 109)

Redner/innen: Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 109)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 112)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 113)
Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 114)

Beilage 182/2016: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend "Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich"

Berichtersteller/in: Abg. KommR Frauscher (Seite 116)

Redner/innen: Abg. KommR Frauscher (Seite 116)
Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger (Seite 118)
Abg. Bgm. Punkenhofer (Seite 118)
Abg. Böker (Seite 119)

Beilage 183/2016: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Vergleichende Prüfung von Gemeindealten- und Pflegeheimen"

Berichtersteller/in: Abg. Binder (Seite 121)

Redner/innen: Abg. Binder (Seite 121)
Abg. Wall (Seite 122)
Abg. Schwarz (Seite 124)
Abg. Bgm. Dr. Dörfel (Seite 127)
Abg. Binder (Seite 129)
Abg. Bgm. Dr. Dörfel (Seite 130)

Beilage 187/2016: Initiativantrag betreffend CETA und TTIP

Berichtersteller/in: Abg. Schwarz (Seite 131)

Vorsitz: Präsident KommR Sigl
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stelzer und Dr. Haimbuchner, die Landesräte Anschober, Ing. Entholzer, Hiegelsberger, KommR Podgorschek, Mag. Steinkellner und Mag. Dr. Strugl, MBA

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Müllner (ab 15.00 Uhr anwesend)

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer/in Dr. Mayr

(Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und darf Sie dazu sehr herzlich begrüßen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des hohen Hauses und der Oberösterreichischen Landesregierung sowie die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf unserer Zuschauergalerie, insbesondere die Angehörigen und die Mitarbeiter von Landesrat Ing. Reinhold Entholzer, die Bediensteten des Hauses, die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung heute im Internet verfolgen. Auch die designierte Landesrätin Birgit Gerstorfer ist bei uns dabei. (Beifall)

Von der heutigen Sitzung entschuldigt ist Frau Abgeordnete Petra Müllner. Die amtliche Niederschrift, meine Damen und Herren, über die 7. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit von 17. Juni bis 1. Juli 2016 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Ich teile Ihnen mit, dass seit der letzten Sitzung wieder schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Ich darf Sie nun bitten, sich von den Plätzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Plätzen.) Herr Landesabgeordneter außer Dienst Josef Breurather ist am 31. Mai im 90. Lebensjahr verstorben. Josef Breurather wurde am 27. Oktober 1926 in Garsten geboren. Der Versicherungsangestellte gehörte von 1979 bis 1985 dem Oö. Landtag an. Während seiner Zeit als Abgeordneter war er Mitglied im Ausschuss für Verfassung und Verwaltung, im Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten sowie im Geschäftsordnungsausschuss. Seine politische Karriere startete er 1961 im Gemeinderat der Marktgemeinde Sierning, wo er von 1974 bis 1987 das Amt des Bürgermeisters bekleidete. Josef Breurather war ein überaus engagierter Politiker und wurde von seinen Kolleginnen und Kollegen immer geschätzt. Das Wohl seiner Mitmenschen stand für ihn stets an erster Stelle.

Ich muss Ihnen auch die traurige Nachricht überbringen, dass unsere Juristin Dr. Michaela Schönbichler-Meißner am 12. Juni 2016 im 53. Lebensjahr verstorben ist. Seit 1992 war sie in der Direktion Verfassungsdienst und seit über zehn Jahren in der Landtagsdirektion auch als Amtsschriftführerin für den Oberösterreichischen Landtag und seine Ausschüsse tätig. Sie war eine der Ersten, die sich mit dem Europarecht befasste und hat diesen Bereich während der EU-Beitrittszeit und bis zuletzt betreut. In dieser schweren Zeit der Trauer gilt unsere aufrichtige Anteilnahme ihrem Gatten und ihrem Sohn sowie den Angehörigen und Freunden. Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt, und ich beginne mit der Anfrage des Abgeordneten Severin Mayr an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Mayr:** Dankeschön. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Am 7. Juni 2016 berichtete die PULS4-Sendung "Bist du deppert! Steuerverschwendung und andere Frechheiten" auf Grundlage der Recherchen der Redaktion von dossier.at über die Inseratengeschäfte der Tageszeitung Neues Volksblatt. Seit 2012 inserierte demnach das Land Oberösterreich gemeinsam mit den landeseigenen Unternehmen für rund 1,8 Millionen Euro in dieser Tageszeitung, welche im Besitz der ÖVP steht und deren Auflage mit 19.000 Stück angegeben wird. Das Neue Volksblatt erhielt laut dossier.at alleine im Jahr 2015 aus

Inseraten des Landes OÖ 5,8 Cent pro gedrucktem Exemplar, während im Vergleich dazu zum Beispiel die Oberösterreichischen Nachrichten bei einer Auflage von 134.000 Exemplaren nur 1,3 Cent pro gedrucktem Exemplar erzielen konnten.

Wie lässt sich erklären, dass das "Neue Volksblatt" im Jahr 2015 pro gedrucktem Exemplar 5,8 Cent Inseratengelder des Landes Oberösterreich erhielt, während die zweite oberösterreichische Tageszeitung nur knapp ein Viertel dieses Betrags erzielen konnte?

Präsident: Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Abgeordneter Mayr! Ich kann die Zahlen, die hier veröffentlicht wurden, nicht nachvollziehen. Sämtlichen durch das Land Oberösterreich veranlassten Inseratenschaltungen und auch den Schaltungen der im Eigentum des Landes stehenden Unternehmungen steht ein entsprechender Werbewert gegenüber.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Mayr:** Eine Zusatzfrage. Herr Landeshauptmann, Sie haben den gegenüberstehenden Werbewert angesprochen. Der Werbewert ergibt sich ja nicht nur durch eine Auflage, sondern auch durchaus durch die Reichweite einer Tageszeitung. dossier.at schreibt auf der Internetseite, dass das Volksblatt weder an der Media-Analyse noch an der österreichischen Auflagenkontrolle teilnimmt. Es gibt also daher keine offiziellen Zahlen über die Reichweite des Neuen Volksblatts. Die Frage ist, auf welche objektiven Kriterien greift das Land Oberösterreich, also bei der Buchung von Inseraten, zur Ermittlung des Werbewerts zurück?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Wir wissen die Zahl der verkauften Exemplare. Daraus wird die Zahl der Leser abgeleitet, aber gehen Sie davon aus, dass der Vergleich mit den 19.000 schon deswegen nicht stimmt, weil die Mehrzahl der Schaltungen in Sonderpublikationen des Neuen Volksblatts abgedruckt waren, die zum Teil in ganzen Vierteln in jeden Haushalt gestreut wurden. Es ist daher die Umrechnung auf 19.000 eine Milchmädchenrechnung, die so nicht stimmt.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mayr:** Eine zweite Zusatzfrage. Herr Landeshauptmann, sowohl Inserate als Vermittlung von Information wie auch Presseförderung machen ja oder können durchaus Sinn machen, das stellt ja niemand in Frage. Klar muss sein, dass das transparent abläuft, dass das zweckmäßig und sparsam ist. Der Leiter der Abteilung Presse des Landes Oberösterreich sieht laut dossier.at Inseratschaltungen als eine Form der Presseförderung. Dem wiederum haben Sie, auch gestern in den Oberösterreichischen Nachrichten, widersprochen.

Wie können Sie garantieren, dass beim Land Oberösterreich das Inseratgeschäft und die Presseförderung auch wirklich klar getrennt sind?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sie wissen ganz genau, dass die Richtlinien des Landes für alle Regierungsmitglieder gleich gelten. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo über Schaltungen und Werbemaßnahmen ausschließlich der Landeshauptmann entscheidet und auch das gesamte Geld zur Verfügung hat, ist dies in Oberösterreich demokratisch auf Regierungsmitglieder aufgeteilt.

Natürlich kann man über den Werbewert immer streiten. Aber das betrifft dann nicht nur ein Regierungsmitglied, wie zum Beispiel mich oder die Regierungsmitglieder der ÖVP. Ich habe hier die Ausgaben, die der Kollege Anschöber beispielsweise mit seinen Mitteln gemacht hat, und da kann man auch streiten, ob Feste der Ökologie oder Kochshows und dergleichen, die aus diesen Ansätzen gezahlt wurden, (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Das ist unseriös!“) wirklich den Werbewert haben, den zum Beispiel ein Inserat in einer Zeitung hat, das an jeden Haushalt in einer gesamten Region ergeht.

Präsident: Dankeschön. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitteschön, Herr Abgeordneter Binder!

Abg. **Binder:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Auf dossier.at beziehungsweise im Profil werden Sie auch mit einer Aussage zitiert, wer die ÖVP unterstützen möchte, möge im Volksblatt inserieren. Können Sie hier ausschließen, dass durch die überdurchschnittlichen Inserate im Volksblatt der ÖVP Gewinne entstanden sind, etwa auch durch Nichtabdecken von Abgängen beim Volksblatt?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrter Herr Kollege, zum Ersten möchte ich Ihnen sagen, dass die ÖVP noch nie eine Dividende von diesem Unternehmen erhalten hat. Zum Zweiten kann ich Ihnen sagen, dass die Aussage gänzlich anders gemeint war, nämlich in der Zeitung Neues Volksblatt werden Werte und Ansichten vertreten, die wir auch als ÖVP unterstützen. Und wer daher diese Grundhaltungen und Werte unterstützt, der ist gut beraten, wenn er das unterstützen will, dass er dort inserieren kann.

Dass ein Werbewert außerdem gegeben ist beweist ja, dass vor allem auch bei den Sonderpublikationen wie dem Wohnbaureport, dem Baureport, dem Tourismusreport und so weiter, eine ganze Reihe privater Unternehmungen inserieren. Wenn das keinen Werbewert hätte, würden sie das nicht tun. Aber wenn Sie mich schon fragen, dann kann ich Ihnen sagen, nachdem ich mir auch herauschreiben habe lassen, wo die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ihre Inserate und Aktivitäten setzen, so sind das vor allem die Kinderfreunde, die Zeitschrift Freundschaft, der Pensionistenkalender vom Pensionistenverband, die Zeitung des Pensionistenverbandes, die ASKÖ-Zeitungen, die Zeitungen der Sozialistischen Jugend, die Zeitungen der Jungen Generation, die Zeitung der Familienakademie der Kinderfreunde, die Zeitung Der rote Bauer, und so weiter.

Also, wenn wir über den Werbewert vom Volksblatt reden, das immerhin 50.000 Leser aufgrund 19.000 verkaufter Exemplare und eine hohe Anzahl von Lesern bei den Sonderausgaben hat, dann müssen Sie auch darüber diskutieren, ob diese Publikationen auch wirklich die entsprechende Reichweite haben.

Ich habe die Diskussion nicht begonnen. Ich wünsche mir das auch nicht, weil ich glaube, dass jedes Regierungsmitglied so viel Verantwortungsbewusstsein hat, dass 300.000 Euro im Jahr für öffentliche Werbung richtig und verantwortungsvoll eingesetzt werden. Aber wenn Sie die Diskussion führen wollen, dann reden wir auch über diese Blättchen, die hier mit Inseraten versehen werden.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitte, Frau Abgeordnete Buchmayr!

Abg. **Mag. Buchmayr:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Jetzt muss ich aber trotzdem nochmals nachhaken. Wie bereits erwähnt, erhält das Neue Volksblatt pro gedrucktem Exemplar mehr als vier Mal so viel Inseratsgelder wie die zweite oberösterreichische große Tageszeitung. Kann man aufgrund Ihrer bis jetzt getätigten Aussagen also davon ausgehen,

dass diese Praxis beziehungsweise dieses Verhältnis auch in Zukunft so beibehalten wird, obwohl es eben keine wirklich offiziellen Zahlen zur Reichweite des Neuen Volksblattes gibt?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Frau Kollegin, wie du weißt, habe ich bereits ausgeführt, dass die Inserierungen vor allem in den Sonderpublikationen erfolgt sind, bei denen die Reichweite natürlich flächendeckend ist und dort eine Inserierung attraktiv sein dürfte, weil es sonst Private nicht machen würden.

Zum Zweiten kann ich dir sagen, dass ich die zweite Frage nicht beantworten kann, denn jedes Regierungsmitglied entscheidet selbst, wo es ihre Schwerpunkte in der Informationstätigkeit setzt, und die Tatsache und die Entscheidung, wo wer inseriert, obliegt ausschließlich dem Mitglied der Landesregierung. Da müssten wir die Praxis ändern und es müsste, so wie in anderen Bundesländern, ausschließlich der Landeshauptmann über die Inseratenvergabe entscheiden, dann könnte ich diese Frage beantworten.

Präsident: Dankeschön. Es gibt keine weitere Zusatzfrage. Danke, Herr Landeshauptmann. (Beifall)

Ich darf die nächste Anfrage aufrufen. Das ist die Anfrage des Herrn Abgeordneten Thomas Punkenhofer an Herrn Landesrat Mag. Landesrat Mag. Günther Steinkellner. Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. Bgm. Punkenhofer: Danke, Herr Präsident! Schönen guten Morgen Herr Landesrat! Wir hatten ja in letzter Zeit einige Male zu tun, es geht um die Donaubrücke in Mauthausen, ein Thema, das uns ja vor allem seit dem Sommer des letzten Jahres wieder ganz massiv begleitet. Im Sommer des letzten Jahres wurde ja sehr medienwirksam (Präsident: „Ich bitte, zur Frage zu kommen!“) Guten Morgen sagen darf ich noch. Nachdem sich die Frage auf die Standortfrage bezieht, sollte man, denke ich, auch kurz darüber sprechen, welche möglichen Standorte es gibt. Aber falls du auf das Bild ansprichst, das ich in der Hand habe, ich kann es auch gerne umdrehen, wenn es hier für Verwirrung sorgt. (Abg. Bgm. Punkenhofer hält ein Bild in der Hand.)

Landesrat Mag. Steinkellner: Ich habe es nicht gesehen.

Abg. Bgm. Punkenhofer: Du bist auch nicht drauf, kann ich zur Beruhigung sagen. Es hat hier eine Zusage gegeben, dass es sehr schnell eine Lösung für die Brücke in Mauthausen gibt. Jetzt diskutieren wir im Wesentlichen über vier Standorte, eine Neuerrichtung beziehungsweise eine Errichtung auf dem bestehenden Standort, eine Variante einige hundert Meter weiter östlich, die gerade über die Donau führt, eine schräge Variante und eine westliche Variante.

Die Frage, welcher dieser vier Varianten wird von der Oberösterreichischen Landesregierung jetzt am vehementesten verfolgt und was soll dann tatsächlich auch zur Umsetzung kommen?

Präsident: Entschuldigung, die Frage, die jetzt formuliert wurde, ist nicht ident mit der Frage, wie sie eingebracht wurde, und ich möchte schon darauf bestehen, dass die Frage auch so gestellt wird, wie man vorgehabt hat, sie zu stellen.

Abg. Bgm. **Punkenhofer**: Die Frage, die ich gestellt habe, welche der vier in den Medien kolportierten Varianten für den Neubau der Donaubrücke unterstützen Sie? Die Frage habe ich gestellt.

Präsident: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Sehr geschätzter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zur Geschäftsordnung, jederzeit, es sind ja Zusatzfragen und weitere Fragen möglich, also da ist ja dann das freie Spiel der Frageformulierung möglich. Aber nachdem du ja selbst jahrelang Bürgermeister von Mauthausen bist und natürlich dieses Brückendilemma, das Mauthausen betrifft, aktiv mitbegleitet hast, möchte ich diese Frage so beantworten.

Erstens, prioritär wäre für Oberösterreich, für Mauthausen, für die Wirtschaft, für die Pendlerinnen und Pendler, die östliche Variante.

Präsident: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Punkenhofer**: Ja, ich hätte eine Zusatzfrage. Jetzt wissen wir, dass diese Staus, die wir täglich erleben, zum einen Arbeitsplätze gefährden, zum anderen eine Verringerung der Familienzeit verursachen. Es sollte möglich rasch eine Umsetzung kommen. Wir wissen auch, dass 2018 eine umfangreiche Sperre der Mauthausener Donaubrücke im Raum steht, ist noch nicht ganz entschieden. In welchem Zeitrahmen, denken Sie, wird es zu einer Fixierung und dann auch zu einer Umsetzung dieses Projektes kommen?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Im Jahr 2018 wird es so nach Abschätzung der Techniker bedauerlicherweise zu einer Brückensanierung kommen müssen, wo die Brückensanierung vorschlägt, dass man zirka drei Monate leider die Brücke sperren muss. Eine Alternativprüfung am bestehenden Standort, eine neue Brücke gleich zu errichten, geht sich aufgrund der jetzigen Vorlaufzeiten für eine neue Brücke nicht mehr aus.

Wir haben mit der Brückensanierung dann einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren gewonnen, wo eine definitive, endgültige und ich hoffe auch zukunftsfähige Verkehrslösung für die Region gefunden wird. Unser aller Anliegen, insbesondere auch des Bürgermeisters von Mauthausen, muss es sein, eine tragfähige und auf beiden Seiten, nämlich oberösterreichische als auch niederösterreichische Seite, eine Lösung herbeizuführen, die auch machbar ist. Ich glaube, ich brauche dir die jeweiligen Probleme auf der jeweiligen Seite nicht im Detail jetzt aufschlüsseln. Ich hoffe, dass wir rasch zu einer Lösung kommen. Seit Amtsübernahme am 23. Oktober bin ich mit diesem Brückendilemma natürlich beschäftigt. Du selbst hast dich dankenswerterweise auch eingebracht und führst Einzelgespräche mit Grundeigentümern.

Ich glaube, es ist den Grundeigentümern einfach für die gesamte Region die Bedeutung einer zukunftsfähigen Lösung mitzuteilen, offen zu kommunizieren und gemeinsam mit Niederösterreich einen Weg zu suchen. Es hat nur dann wenig Sinn, eine von uns favorisierte Brücke weiter zu verfolgen, wenn der niederösterreichische Landeshauptmann uns ganz klar mitteilt, dass diese Variante, die auch, glaube ich, du als Favoritenposition immer betrachtet hast, in etwa zwanzig Jahre dauern wird.

Entweder wir verringern die Zeitspanne für diese östliche Variante oder wir überlegen eine entsprechende Schrägvariante, die also das niederösterreichische Verhandlungsproblem mit den dortigen Grundeigentümern und mit der Vorlandbrücke reduzieren würde.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Punkenhofer:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage, die betrifft die B123 zur Gänze, was Mauthausen betrifft. Wir haben in der Vergangenheit immer gehört, die Verlegung der B123 aus Heinrichsbrunn und Zirking in Mauthausen ist untrennbar mit der Brücke in Verbindung zu sehen. Jetzt meine Frage: Können wir davon ausgehen, wenn der Brückenstandort festgelegt ist und auch der Bau der Brücke fixiert ist, dass gleichzeitig auch der Bau der Umfahrung Heinrichsbrunn und Zirking mit der B123 angegangen wird?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Zuerst sollten wir den Brückenstandort genau kennen, dann können wir uns über die weitergehenden Verkehrslösungen unterhalten, die natürlich eine zukunftsfähige Lösung darstellen würden und das ist ein Vorschlag.

Präsident: Danke. Gibt es weitere Zusatzfragen? Das ist nicht der Fall. Danke Herr Landesrat. Ich erkläre damit die Fragestunde für geschlossen. (Beifall)

Wir kommen nun zur Verabschiedung unseres Herrn Landesrates Ing. Reinhold Entholzer. Wie uns ja allen bekannt ist, wird Herr Landesrat Ing. Reinhold Entholzer am 7. Juli 2016 seine Funktion als Mitglied der Oberösterreichischen Landesregierung zurücklegen. Weil er heute letztmals an einer Plenarsitzung des Oö. Landtags teilnimmt, möchten wir die Gelegenheit wahrnehmen, uns bei ihm für seine Arbeit zu bedanken und natürlich auch das entsprechend hier am Podium tun.

Lieber Herr Landesrat, lieber Reinhold! Heute sind es 1.498 Tage, die du Mitglied der Landesregierung bist, das heißt am Samstag sind es logischerweise 1.500 Tage. Du bist nicht nur Mitglied, sondern du hast dich in dieser Zeit sehr aktiv an die politischen Entscheidungen in Oberösterreich herangemacht, dich daran beteiligt. In diesen vier Jahren hast du Spuren in deinen Zuständigkeitsbereichen, im wahrsten Sinne des Wortes, im öffentlichen Verkehr, natürlich auch im Tierschutz, vor allem auch im Sozialbereich, gezogen.

Wir beide kennen uns seit deiner Zeit als Vizepräsident der Arbeiterkammer, das heißt also etwas mehr als zehn Jahre. Gemeinsam waren wir auch mehr als ein Jahr in der Regierung und ich habe dich in dieser Zeit nicht nur als Kollegen erlebt, sondern es ist gelungen, und das ist auch eine besondere Eigenheit und Eigenschaft, die du hast, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht nur bei dir möglich ist, sondern auch du selber darauf großen Wert legst und dafür möchte ich mich bei dir auch persönlich ganz herzlich bedanken.

Auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung sind, so kann man immer davon ausgehen und sind wir immer davon ausgegangen, dass uns eine Plattform sozusagen insgesamt eint. Das ist die Demokratie, das ist der Wille, für die Menschen dieses Landes etwas zustande zu bringen, etwas zum Besseren zu bewegen. Und in der gemeinsamen Zeit in der Landesregierung wurde etwa zwischen uns zwei auch ein durchaus für deine Art typisches Projekt umgesetzt und zwar haben wir gemeinsam ins Leben gerufen, Wirtschaftsressort und Verkehrsressort, Begegnungszonen zu schaffen. Diese Begegnungszonen haben sich nicht nur bis heute gut bewährt, sondern sind auch, glaube ich, ein recht gutes Beispiel. Auch in

der heutigen gesellschaftlichen Diskussion sollten wir auf diese Begegnungszonen durchaus auch Wert legen. Danke dafür und danke auch für alles, was du für dieses Land und seine Menschen geleistet hast.

Aber auch abseits der Politik haben wir uns, glaube ich, sehr gut verstanden. Vor allem unsere gemeinsame Fußballbegeisterung hat uns immer verbunden. Nicht nur als Daumendrücker jetzt für die Nationalmannschaft, hier haben wir noch einiges zu tun, wir werden sehen, ob das am Samstag hilft, sondern auch durchaus aktiv am Rasen. Auch wenn man es uns heute nicht mehr so ansieht, so haben wir versucht, auch dort beste Figur im fußballerischen Sinne zu geben, ansonsten glaube ich, ist es durchaus gelungen. Die spannenden Spiele gegen die oberösterreichischen Medienvertreter sind eine gemeinsame Erinnerung an dieses Fußballspiel.

Lieber Reinhold, ich wünsche dir auf deinem künftigen beruflichen Weg viel Erfolg und ich darf dir versichern, dass ich mich jedes Mal auch in Zukunft freuen werde, wenn du hier bei uns im Landhaus zu Gast bist. Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des hohen Hauses danke ich dir nochmals für deinen Einsatz und für alle konstruktiven Gespräche, die wir hier mit dir erleben haben dürfen. Ich wünsche dir für deine Zeit, sowohl beruflich viel Erfolg und alles Gute, für deine persönliche Zeit wünsche ich dir viel Glück, viel Zufriedenheit und natürlich auch vor allem Gesundheit. Alles Gute. (Beifall)

Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Rudolf Anschöber.

Landesrat **Anschöber**: Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Reini! Wir haben schon ein bisschen fachgesimpelt, was es mit diesem Geschenk auf sich hat. Ich werde es ganz kurz erläutern, aber zunächst ein bisschen ausführen und ausholen.

Wer sich die Biografie des Reinhold Entholzers genauer anschaut und durchliest, sieht, dass er eigentlich ab dem Beginn seiner beruflichen Laufbahn Schiene gehalten hat und seit dem Beginn ganz wesentlich mit dem öffentlichen Verkehr verbunden war. Am Beginn, was Bautätigkeiten österreichweit betrifft, wo du maßgeblich involviert warst, später dann im gewerkschaftlichen Bereich auch den Eisenbahnern treu geblieben, oder noch treuer, indem du sie vertreten hast. Und die haben es auch nicht immer einfach gehabt in Zeiten wie diesen. Und dann bist du vor ziemlich genau 4 Jahren, der Herr Präsident hat die Tage schon gezählt, es waren 4 Jahre, übersetzt jetzt formuliert von mir, gut 4 Jahre, ich glaube es war der 11. Mai 2012, in die Landesregierung gewechselt und bist dieser inhaltlichen Linie treu geblieben, für den öffentlichen Verkehr zu kämpfen, dafür zu arbeiten und das hat uns auch in einem wesentlichen Bereich verbunden. Natürlich ist es für Grüne wichtig, dass man den öffentlichen Verkehr ausbaut und da hat ja Oberösterreich einigen Nachholbedarf. Ich glaube, das teilen wir beide, diese Ansicht. Dass das in 4 Jahren nicht, oder in dreieinhalb Jahren nicht zu hundert Prozent aufholbar ist, liegt weniger an deinem Engagement, als an den finanziellen Möglichkeiten, die da vorhanden sind und an der Menge des Nachholbedarfs, den wir in diesem Bereich haben.

Du bist dann für mich noch präsenter geworden, in einem Wahlkampf, der nicht einfach gewesen ist. Möchte wirklich meine Anerkennung auch dir gegenüber ausdrücken, dass du in dieser Phase nicht zum Populisten geworden bist, sondern einer klaren Linie, auch im Flüchtlings- und Asylbereich treu geblieben bist. Ich weiß, das ist nicht einfach, kann mir vorstellen, dass das auch für die Sozialdemokratie insgesamt keine einfache Situation war unter diesen Bedingungen. Und bei diesem Kernthema, das den Wahlkampf diktiert hat,

wirklich Anerkennung, du bist auch da auf der Schiene geblieben und hast einen geraden Kurs gemacht und das finde ich sehr positiv und sehr erfreulich.

Dann hast du die einzige Unterbrechung gemacht, weg vom öffentlichen Verkehr, ich glaube du hast dir das nicht ganz selbst ausgesucht, und hast das Sozialressort im Wesentlichen, ich bleibe jetzt bei dem, was für mich besonders prioritär war, übernommen. Und da hatten wir dann sehr, sehr viele Kooperationsebenen, weil selbstverständlich der Asyl- und Integrationsbereich und der Sozialbereich nicht zufälligerweise in der Vergangenheit ein Ganzes waren, jetzt auch sehr viel miteinander zu tun haben und von da her wir in vielen Bereichen auch, glaube ich, viel weitergebracht haben. Auch in den letzten Monaten und auch heute, glaube ich, werden wir noch die eine oder andere Diskussion mit einer ähnlichen Stoßrichtung führen. Ich bin da kein Prophet, aber das ist meine Einschätzung des heutigen Tages.

Ich möchte dir für diese Arbeit, für diese Politik, für diese Geradlinigkeit, auf der Schiene zu bleiben, gerade unterwegs zu sein, die Weichen in Richtung Menschlichkeit und Sozialem immer wieder zu stellen, ganz herzlich danken. Möchte dir auch dafür danken, dass du dich dafür eingesetzt hast, dass wir eine sehr engagierte, hochkompetente Nachfolgerin erhalten, schön dass die Birgit Gerstorfer heute auch da ist und damit auch eine Verbundenheit demonstriert wird und gezeigt wird. Wir haben ja gestern unsere letzte Arbeitssitzung auch miteinander gehabt, mit anderen, die in diesem Bereich mitarbeiten und mit werken.

Das kleine Geschenk hat eine Symbolik natürlich, dass wir eine alte Spielzeugeisenbahn aus Holz ausgegraben haben, soll den öffentlichen Verkehr nicht schlechter darstellen, überhaupt nicht, das ist nicht negativ gemeint. Dass die Lokomotive rot ist und der Waggon grün ist, soll eher ein Zeichen der Freundschaft sein, weil umgekehrt wärest du vielleicht pikiert gewesen heute, das will ich gerade in dieser Situation nicht. Jeder soll es interpretieren für sich, wo die Lokomotive ist und wo der Waggon ist. Ich glaube wichtig ist, dass sich etwas bewegt in die richtige Richtung und dass wir da auch alle miteinander einen Anteil daran haben. Das ist der rot-grüne Schmuck, sozusagen, und der Inhalt ist Rot und Weiß. Und das ist kein Trikot der Nationalmannschaft, obwohl ich vor dem Portugal-Match beinahe in Versuchung wäre, euch beiden ein Trikot zu überreichen, damit noch Verstärkung reinkommt in dieses Entscheidungsmatch am Samstagabend. Nein, es ist rot-weiß eher in flüssiger Natur gehalten. Ich glaube, das ist dir auch recht, hoffe ich zumindest, wobei wir beim Weißen keinen Grünen Veltliner ausgewählt haben, sondern eher etwas, was zu deiner Liebesspeise, den Schweinsbraten, besser passt, nämlich der Grauburgunder. Und dafür aber als Ergänzung einen durchaus gewichtigen Roten, der jetzt schon süffig ist, aber der im Laufe der Zeit, der Jahre immer besser wird.

Und das wünsche ich dir und deiner Zukunft auch, dass es eine positive Weiterentwicklung gibt, dass du positiv in eine gute Zukunft auf Schiene bleibst, unterwegs bist. Ich weiß, du bleibst dem öffentlichen Verkehr erhalten, und das ist, denke ich, sehr gut so und ich freue mich darauf, wenn du in Zukunft gut unterwegs bist, in die richtige Richtung unterwegs bist, mit gutem Schwung, muss nicht immer der Schnellzug sein, aber dass die Weichen richtiggestellt sind, das wird auch sicher in Zukunft möglich sein. Also wohin dich dein Weg auch führt, per pedes auf der Straße oder auf der Schiene. Alles, alles Gute von uns allen. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Makor. Bitteschön Herr Klubobmann.

Abg. KO **Makor**: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Reinhold! Als du am 10. Mai 2012 von diesem Haus, aber letztendlich dann in der Landesregierung, mit den Agenden des öffentlichen Verkehrs betraut wurdest, war eigentlich allen klar, dass du das als ehemaliger ÖBB-Techniker sehr schnell im Griff haben wirst und du sehr schnell, und das entspricht ja auch den Tatsachen, sehr schnell in die Umsetzungsphase zahlreicher konkreter Projekte gekommen bist. Für dich war, und das zeichnet dich aus, dabei immer klar, dass der öffentliche Verkehr mehr ist als die bloße Möglichkeit, von Punkt A nach Punkt B zu kommen. Ein gut ausgebautes, ein gut frequentiertes, ein von der Bevölkerung angenommenes öffentliches Verkehrsangebot zu schaffen, das ist ein ganz, ganz wichtiger Mosaikstein eines erfolgreichen Wirtschaftsstandorts, aber auch Arbeitsmarktpolitik.

Öffentliche Verkehrsangebote haben etwas an sich, was sehr deinem Wesen entspricht. Sie verbinden die Menschen und bringen unterschiedlichste Gruppen zusammen, Stadt und Land, Jung und Alt, finanziell besser Gestellte ebenso wie finanziell schwächere Menschen. Gleichzeitig ermöglicht ein leistbarer und dennoch hochwertiger öffentlicher Verkehr gerade jenen eine Chance, die schwierige finanzielle Rahmenbedingungen zu bewältigen haben.

Verkehrspolitik ermöglicht damit auch Teilhabe an Ausbildungsangeboten, am Berufsleben, in der Kultur, im gesamten gesellschaftlichen Leben in Oberösterreich. Und genauso hast du, deinem Wesen entsprechend, die Verkehrspolitik auch begriffen und auch umgesetzt. Heute ist sicher nicht der Tag, um eine Leistungsbilanz der einzelnen umgesetzten und realisierten Projekte Punkt für Punkt aufzuzählen. Aber wir konnten in den vergangenen Jahren eine stetig zufriedener Bevölkerung, was den öffentlichen Verkehr betrifft, sehen, die immer mehr auch das Angebot, das verbessert wurde, angenommen hat. Die Fahrgastzahlen sind gestiegen.

Diese Fakten sind eng mit deinem Engagement im öffentlichen Verkehr verbunden und dafür gilt es dir, lieber Reinhold, Dank und echte Anerkennung auszusprechen. In der Nachfolge von Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. Josef Ackerl hast du die Verantwortung für die sozialdemokratisch geführten Gemeinden in Oberösterreich übernommen. Ich weiß aus vielfacher Erfahrung bei den Gemeindebesuchen, welche Bedeutung dir auch die Gemeinden in deiner Zeit, wo du die Verantwortung getragen hast, zugekommen sind. Die Gemeinden sind es ja, die an vorderster Front stehen. Es sind die Gemeinden, in denen sich entscheidet, ob Oberösterreich auch in Zukunft erfolgreich sein kann und erfolgreich sein wird. Ob es um die für uns alle so wichtigen Fragen wie Bildung, Schule, Kindergarten, Infrastruktur und Verkehrsverbindungen geht, das alles sind Fragen, die unmittelbar in den Gemeinden letztendlich auch entschieden werden und so hast du auch in deiner Ressorttätigkeit das genau begriffen, wesentliche Initiativen auch in den Gemeinden, in den sozialdemokratisch geführten Gemeinden, für die du zuständig warst, umzusetzen.

In Zusammenarbeit mit diesen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern haben sich auch deine Stärken deutlich gezeigt und klar herauskristallisiert. Immer das Verbindende vor das Trennende zu stellen, das Gemeinsame zu suchen, dabei alle Partner und Partnerinnen auch miteinzubeziehen, immer die Sachlichkeit und die Lösungsorientiertheit in den Mittelpunkt zu stellen. Mit dieser Herangehensweise an die Politik, lieber Reini, hast du dir sicher eine große und wie ich meine auch eine fraktionsübergreifende Anerkennung und Wertschätzung erarbeitet. Dafür ein herzliches Dankeschön. (Beifall)

Bei diesen Besuchen in den Gemeinden habe ich mit vielen sozialdemokratischen Bürgermeistern in den letzten Wochen und Monaten, weil das hat sich ja auch schon länger abgezeichnet, auch persönlich gesprochen und ich darf dir von dieser Stelle her berichten,

und das ist sicher nicht deswegen um dir Honig ums Maul zu schmieren, sondern deswegen, weil es tatsächlich so ist und den Fakten entspricht, dass sehr, sehr viele, fast alle Bürgermeister, mit denen ich gesprochen habe, mit einem weinenden Auge dich ziehen lassen. Weil du es geschafft hast, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Gemeindevertretern vor Ort, auf Augenhöhe in einer Sachlichkeit zu sprechen, die für sie von besonderer Bedeutung und Wertschätzung war und da hat es viele Gespräche gegeben, wo es auch geheißen hat, mein Gott, hätte er es nicht doch noch ein paar Jahre machen können? Die Geschichte ist eine andere, wie wir wissen, aber die Unterstützung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hast du jedenfalls. Letztendlich möchte ich auch deine Leistung als Sozialpolitiker unterstreichen. Auch wenn die Ressortverantwortung nur von begrenzter Dauer war, hat man Reinhold Entholzer angesehen, wie sehr ihm auch dieser Bereich politisch nicht nur am Herzen lag, sondern mit welcher Intensität und mit welcher Umsicht er unter den sicherlich schwierigen Rahmenbedingungen, die in Zeiten wie diesen, Stichwort rund 50.000 Arbeitssuchende in Oberösterreich, eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Partnerinnen und Partnern im Sozialland Oberösterreich pflegte. Dafür auch ein herzliches Dankeschön.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch ein paar persönliche Worte hinter all den sachlichen und ressortbedingten Leistungen hintanzustellen. Ich kenne Reini Entholzer auch spätestens, ich weiß nicht genau, aber spätestens seitdem er Vizepräsident der Arbeiterkammer wurde, aber ganz intensiv in den vergangenen vier Jahren, als du in die Landesregierung eingezogen bist, damit Mitglied unseres sozialdemokratischen Klubs wurdest. Und ich darf ohne unnötigen Pathos sagen, ich habe in diesen vier Jahren einen Freund, einen guten Freund, und je enger die Zusammenarbeit in den letzten Jahren war, einen immer engeren Freund gefunden.

Du hast eine sehr offene, eine sehr geradlinige Art. Du hast manchmal auch die Politikberater und die selbst ernannten Politikexperten irritiert mit manchen Ansagen. Und da will ich gar nicht zu viel aus der Schule plaudern. Aber wenn der Herr Landeshauptmann schon da sitzt, da gab es einmal eine Situation, wo am Vormittag eine Pressekonferenz war, wo man halt im Anflug der Situation etwas heftigere Worte nahm, wo du nicht anstandst, in der Landesregierung dich auch dafür zu entschuldigen. Da gibt es natürlich Politikexperten und –berater, nein so was tut man nicht, so was tut man nicht. Reini Entholzer ist geradlinig und hat gesagt, wenn ich einen Blödsinn gesagt habe, dann entschuldige ich mich auch dafür. Das hat auch für Irritation gesorgt, aber das ist dein Wesen und behalte es dir bei.

Er hat, und das ist ebenfalls eine Qualität, auch für mich ganz persönlich, egal wie stressig die Situation auch immer war und selbst in den Endphasen des Wahlkampfes, wenn es notwendig war und wenn es opportun war, auch immer die nötigen zehn oder fünfzehn Minuten Zeit gehabt, dass man auch einmal ein Seiterl Bier gepflegt mitsammen trinken kann. Es ist aber so, und das wollte ich heute als Abschied, ich weiß, dass er lieber Bier als Wein trinkt, hätte ich dir eine Kiste Bier mitgenommen, aber meine Berater haben gesagt, so was tut man im Landtag nicht. Darum kriegst du auch von uns einen Roten, weil wir der Überzeugung sind, lieber Reini, ein guter Roter bekommt einen ebenso guten Roten.

Ich möchte dir herzlich danken für deine Arbeit, für dein Engagement und dir wirklich sagen, die Türen des sozialdemokratischen Landtagsklubs stehen für dich immer offen. Wir würden uns freuen und werden uns freuen, wenn du uns hie und da besuchst und werden auch deine Ratschläge, wann immer wir sie brauchen, gerne entgegen nehmen. Im Namen des sozialdemokratischen Landtagsklubs ein herzliches Dankeschön, ein herzliches Dankeschön und viel Erfolg, privat aber auch beruflich. Und ich weiß, du bist ja ein hobbymäßig daheim,

wie nennt man das, ältere Autos, an denen er herummontiert, alte Autos. Ich glaube, ein bisserl mehr Zeit wirst du dafür haben. Das wünsche ich dir. Einen lieben Gruß und ein herzliches Dankeschön ebenfalls an deine Frau Renate. Wir alle wissen, was das bedeutet, wenn man das mit machen muss. Reini, alles, alles Gute für die Zukunft. (Überreicht das Geschenk. Beifall)

Präsident: Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner. Bitte schön Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrter Herr Kollege Entholzer, lieber Reinhold! Wie Sie vielleicht wissen, meine Damen und Herren, verbindet mich mit Reinhold Entholzer weit mehr, als man aufgrund der Zugehörigkeit zu zwei doch sehr unterschiedlichen Parteien annehmen könnte. Wir kennen einander seit Jahren, haben uns einander öfter am Tennisplatz auch gesehen, gegenüber gestanden und da haben wir uns beide so wie in der Politik nichts geschenkt. Mal hat der eine den anderen ordentlich laufen lassen und ins Schwitzen gebracht und manchmal war es halt dann auch umgekehrt. Aber sportlich immer sehr fair sind wir miteinander umgegangen und wenn wir ehrlich sind, im Nachhinein war das Achterl Weißwein oder Rotwein wichtiger als wie das Match am Platz, das wir geführt haben.

Du bist auch ein begeisterter Fußballer. Ich erinnere mich gerne zurück an die politischen Fußballspiele, Politiker gegen Journalisten, wo es immer auch darum geht, wer tut sich mehr weh, die Journalisten den Politikern oder die Politiker untereinander, die am Platz stehen, wer spielt vorne, wer spielt hinten, wer spielt links außen, wer spielt rechts außen. Am Fußballplatz hat das eigentlich ganz gut auch geklappt.

Du bist ein Freund von Oldtimern. Ein sehr, sehr schönes Hobby, das uns beide auch verbindet. Ich glaube generell, dass du lieber Reinhold ein sehr, sehr bodenständiger Mensch bist und das hat man auch bei politischen Entscheidungen auch gesehen und wenn wir auch miteinander zu tun gehabt haben.

2012 hast du die Nachfolge von Landesrat Kepplinger angetreten, es war sicherlich nicht einfach die Übernahme des Verkehrsressorts, hast dich sehr schnell eingearbeitet. Du bist ein sehr wesentlicher Bestandteil der Regierung geworden. Alle haben sich schnell, glaube ich, an dich gewöhnt, der Herr Landeshauptmann besonders. Er hat mich ja beim Abschluss des Arbeitsübereinkommens bei der Pressekonferenz als Entholzer begrüßt. Wobei ich sagen muss, ich war dem Herrn Landeshauptmann überhaupt nicht böse, denn der Reinhold Entholzer ist ein äußerst sympathischer Mensch. Und ich habe mir gedacht, Haimbuchner, eigentlich kommt ja das von der Hainbuche, nur bei meinem Großvater haben sie sich einmal verschrieben und Entholzer, Holz hat sehr viel mit Holz zu tun, denke ich mir, naja da gibt es halt vielleicht doch die eine oder andere Verbindung, aber es war sehr, sehr lustig.

Interessant war auch unser Rivalenkampf, Konfrontation oder Auseinandersetzung im ORF im September des vergangenen Jahres, wo vielleicht vorher die Stimmung insgesamt natürlich ein wenig aufgeheizt war. Im Studio war es vielleicht heiß von den Scheinwerfern oder weil es draußen auch eine sehr, sehr hohe Temperatur noch gehabt hat, aber was mir besonders gefallen hat, dass wir nachher den ORF ein bisserl verwirren konnten, indem wir gesagt haben, wie wir beieinander gestanden sind, alle haben geglaubt, jetzt wird sehr, sehr ernst noch diskutiert und wir haben dann beide gleichzeitig einmal die Frage aufgeworfen: Und ein Bier gibt es leicht auch nicht mehr beim ORF? Das hat zu leichten Managementproblemen kurzfristig auch geführt, wo sich dann der Landesdirektor auch

persönlich darum gekümmert hat, dass wir doch zu unserem Hopfengetränk gefunden haben.

Das war meines Erachtens mit dir sehr angenehm, auch politische Auseinandersetzungen auszutragen, weil man gewusst hat, dass man im Nachhinein gut miteinander auch sprechen kann. Und das ist etwas Entscheidendes und das macht auch meines Erachtens das oberösterreichische Klima auch aus.

Ich hoffe nicht, lieber Reinhold, dass dein Ausscheiden aus der Politik etwas damit zu tun hat, dass du die letzten Monate in meinem Büro verbracht hast, in meinem ehemaligen in der Altstadt 30. So ein schlechtes Karma hat das Büro gar nicht. Es hat zumindest uns ein wenig geholfen. Es war auch so, dir ist es ähnlich gegangen wie mir, also unter mir haben lauter Sozialdemokraten gearbeitet und jetzt haben unter dir lauter freiheitliche Regierungsmitglieder gearbeitet. Deswegen habe ich eigentlich nicht verstehen können, warum du dieses Büro dann auch aufgibst.

Aber vielleicht war das auch nur eine kurze Gewöhnungsphase, denn eigentlich wechselst du ja jetzt wieder in ein freiheitliches Ressort, zur ÖBB, zum Öffentlichen Verkehr und bist sozusagen im erweiterten, das wird dir besonders gefallen, Kernteam vom Günter Steinkellner. Und er freut sich schon, dass er dich da begrüßen darf auch als Experte.

Wieder im Ernst, trotz aller politischer und weltanschaulicher Differenzen, die es gibt, und die auch notwendig sind, denn wenn Zwei immer die gleiche Meinung vertreten, dann ist einer auf die Dauer überflüssig, war es eben meines Erachtens sehr gut, mit dir zusammen zu arbeiten, sehr konstruktiv, sehr kollegial und ich denke, das wird auch mit deiner geschätzten Nachfolgerin auch so gehen.

Ich wünsche dir für deine private, aber auch für deine berufliche Laufbahn alles erdenklich Gute, viel Erfolg. Ich hoffe, dass wir uns wieder auch am Tennisplatz und nicht nur dort sehen, vielleicht auch bei einer Oldtimer-Rallye einmal. Ich wünsche dir natürlich auch mehr Zeit, mehr Zeit für die Familie, mehr Zeit für deine liebe Renate, die auch sehr schätze.

Und es ist sicherlich in der Politik nicht einfach, wenn man manchmal, und ich ersuche das nicht irgendwie sarkastisch oder zynisch aufzunehmen, in einer politischen Bewegung, es gibt solche Phasen, vielleicht manchmal mehr der Fahrgast ist als der Fahrdienstleiter. Und vielleicht manches auch, auch wenn man gewinnt, es gar nicht so steuern kann. Und das alles sicherlich mit sehr viel Emotion, mit sehr viel Aufwand, mit sehr viel Ärger auch verbunden. Deswegen wünsche ich dir von ganzem Herzen, dass du eben auch weniger Ärger hast, mehr Zeit hast für jene Dinge, die dir persönlich auch Freude bereiten. Und ich wünsche dir, ich sage das als Freiheitlicher, natürlich viel Freundschaft auch in Zukunft.

Und die politische Auseinandersetzung mit uns Freiheitlichen die ist manchmal eine schärfere, es hat heute schon Wein gegeben, auf Bier habe ich jetzt auch einmal verzichtet. Aber wir haben uns entschlossen, nachdem wir schärfer auch manchmal die Klinge gekreuzt haben, dir einen guten Schnaps oder zwei gute Schnäpse auch zu kredenzen. Natürlich, du hast jetzt dann eine Lokomotivsammlung bald einmal daheim. Ich hoffe, dass du nicht besonders ausbauen musst.

Aber wir haben eine gute Sanierungsförderung im Land Oberösterreich, aber wahrscheinlich kommen wir da mit den Einkommensgrenzen nicht ganz hin. (Unverständlicher Zwischenruf) Aber jedenfalls wünschen wir dir geschlossen als Freiheitliche Fraktion alles, alles Gute,

bedanken uns für die Zusammenarbeit, für die Kollegialität, aber vor allem auch für die vielen menschlichen Momente, die wir gemeinsam erleben durften. Alles Gute, lieber Reinhold! (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist unser Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Landesrat Entholzer, lieber Reinhold! Du stehst ganz sicher in diesen Tagen an einer Wegkreuzung deines Lebens, die du vor einem Jahr wahrscheinlich noch nicht vermutest hast. Aber so ist die Politik. Du bist vor vier Jahren in die Landesregierung gekommen, wie du mir einmal erzählt hast, letztlich für dich überraschend und so überraschend ist auch das Ende deiner Tätigkeit. Ich hätte mir, und ich sage das ganz offen, auch wenn du von einer anderen Fraktion bist, durchaus eine längere Zusammenarbeit gut vorstellen können.

Als Landeshauptmann und als Obmann der ÖVP Oberösterreich sage ich dir am heutigen Tag für deine Arbeit und vor allem für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, für die sehr konstruktive Arbeit ein herzliches Dankeschön.

Wir kennen uns seit deiner Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung, sind uns damals schon gegenüber gesessen, du als Arbeitnehmervertreter, ich als Arbeitgebervertreter bei verschiedenen Gehaltsverhandlungen. Wir waren nicht immer am Beginn der Verhandlung einer Meinung, aber wir haben am Ende immer ein akzeptables Ergebnis zusammengebracht. Der Standort bestimmt den Standpunkt, aber wenn die Kultur der Auseinandersetzung stimmt, dann stimmt am Ende auch das Ergebnis. Und das hat immer gestimmt.

Kurz darauf sind wir in der Landesregierung gegenüber gesessen. Auch dort waren wir logischerweise nicht immer ein und derselben Meinung. Das ist bei verschiedenen Parteien geradezu notwendig, weil sich sonst Demokratie nicht leben lässt. Aber trotz aller Verschiedenheit in den Meinungen, die wir auf Augenhöhe und in einer guten Kultur ausgetragen haben, haben wir immer letztendlich ein Ziel verfolgt, nämlich gute Entscheidungen zusammenzubringen.

Wenn wir heute, und das haben meine Vorredner schon getan, auf deine Regierungszeit, auf diese vier Jahre zurückblicken, dann kannst du auf einige markante Ergebnisse verweisen, auf die du auch stolz sein kannst. Ich wiederhole das nicht mehr im Detail, nur in Stichworten. Das ist die Straßenbahnverlängerung nach Traun. Du hast Verständnis, das ich das an erster Stelle nenne. Das ist die Bahnhofinfrastruktur an vielen Orten in Oberösterreich. Ich erinnere nur an die gemeinsame Eröffnung von uns beiden mit dem Minister in Attnang-Puchheim, einem Musterbeispiel einer Bahnhofinfrastruktur. Ich denke an die Investitionspakete für die Neben- und Lokalbahnen und die nicht ganz einfachen Finanzverhandlungen, die dazu geführt haben. Ich denke im Sozialbereich an den Pakt für Arbeit und Qualifizierung, wo du als Sozialreferent am Schluss mitgewirkt hast, ein Pakt, der für die Betroffenen von ganz großer Bedeutung ist. Und ich denke an die nicht einfache Reform im Sozialbudget, die noch bis 2021 laufen wird, die wir mit Frau Kollegin Jahn und mit dir notwendigerweise eingeleitet haben. Ich denke aber auch an viele Fortschritte, etwa an die vielen Einrichtungen für die Behinderten, die gerade in den letzten zwei Jahren eröffnet werden konnten, auch wenn die Anzahl natürlich noch immer zu gering ist. Nicht zuletzt denke ich an das Gemeinderessort, wo du ein umsichtiger und vor allem für die

Bürgermeister auch sehr verständlicher Referent gewesen bist. Danken möchte ich dir auch für deinen Beitrag, was die Flüchtlingsunterbringung im Land anlangt. Du hast so manches heikle Gespräch mit deinen Bürgermeistern in diesem Zusammenhang zu führen gehabt. Das sind Daten, Zahlen, Fakten.

In dieser Stunde möchte ich aber in erster Linie mich für deine gute, konstruktive, faire und sachliche Zusammenarbeit bedanken und hoffe, dass unter deiner Nachfolgerin, die anwesend ist, Frau Birgit Gerstorfer, der ich zu ihrer Designierung herzlich gratuliere, dass diese faire Zusammenarbeit ihre Fortsetzung findet.

Politik ist immer Wettbewerb und da kommt es darauf an, mit welchen Mitteln, in welchem Stil und in welcher Kultur dieser Wettbewerb geführt wird. Du bist für eine ordentliche Kultur bekannt. Du hast immer die Anständigkeit in der Auseinandersetzung gewahrt und das ist für jemand, der nicht die Nummer Eins ist, sondern eigentlich der Herausforderer ist, keine Selbstverständlichkeit und dafür möchte ich mich besonders herzlich bedanken.

Wir haben gemeinsam viele Gespräche geführt. Du nimmst ja deine Aufgabe sehr ernst. Du bist ja noch ein Monat in der Landesregierung und auch in diesem Monat sind noch solche Gespräche in meinem Kalender vermerkt. Ja, wir haben viele Gespräche geführt, aber kein einziges abgebrochen oder sind im Streit auseinander gegangen. Es mag schon sein, dass dir manche vorwerfen, zu wenig Ecken und Kanten gezeigt zu haben. Ich sage nur dazu, mit diesem Vorwurf sollte man vorsichtig sein. Denn letztlich kommt es bei einem Politiker in der Bilanz immer darauf an, was man für das Land und seine Menschen geleistet hat und nicht wieviel Kanten man abgewetzt hat. Und wer das einfordert, dass man mehr Kanten, letztlich mehr Streit in der Politik einfordert, dem sei ins Stammbuch geschrieben, Streit, unfaire und womöglich nicht korrekt geführte Auseinandersetzung ist absolut keine Erfolgsgarantie. In der Bundespolitik wird den Parteien genau das Gegenteil vorgeworfen, dass sie zu viel streiten und zu wenig nach Hause bringen.

Also wenn es keine ärgeren Vorwürfe an deine Person gibt als dass du die Sachlichkeit, die Zusammenarbeit und die Ergebnisorientiertheit in den Mittelpunkt gestellt hast, dann kannst du auf deine politische Bilanz durchaus stolz sein.

Ja, und ich möchte auch dazu sagen, natürlich für einen Herausforderer ist es immer eine große Versuchung, dem Populismus zu frönen. Du hast dich davon weitgehendst ferngehalten. Das spricht für deine Persönlichkeit.

Lieber Reinhold, sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich, und das sollte in dieser Stunde nicht vergessen werden zu sagen, steht dein Abgang in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Landtagswahlergebnis des vergangenen Jahres. Die ÖVP hat zwar den ersten Platz verteidigen können, aber auch kein gutes Ergebnis erreicht. Die SPÖ hat sicherlich mit 18 Prozent eine noch schwerere Schlappe hinnehmen müssen. Dennoch wäre es unfair, nicht die besondere Situation, unter der dieser Wahlgang gestanden ist, zu erwähnen. Die große und generelle Unzufriedenheit der Menschen mit der Politik, insbesondere der Bundespolitik, und die gesamte Flüchtlingsdebatte haben natürlich das letzte Wahlergebnis geprägt. Natürlich muss der Erste beziehungsweise der Spitzenkandidat die Verantwortung für einen Wahlausgang immer tragen, aber zu sagen, diese achtzehn Prozent stehen für das politische Lebenswerk des Reinhold Entholzer, das wäre nicht fair, das muss in dieser Stunde gesagt werden.

Lieber Reinhold, namens der ÖVP Oberösterreich, namens der gesamten Landesregierung, aber auch persönlich und vor allem persönlich danke ich dir für die gute Zusammenarbeit, für dein Wirken für unser Land und seinen Menschen. Ich schließe in dieses Dankeschön deine Gattin und deine Familie mit ein, denn gerade in den letzten Monaten war das natürlich auch eine besondere Belastung für deine Frau und für deine Kinder.

Ich wünsche dir für die Zukunft beruflich und auch persönlich viel Gesundheit, interessante Tätigkeiten, die dir Freude machen, Geborgenheit in der Familie, aber auch noch Herausforderungen, die man natürlich in deinem Alter braucht und vor allem zu all dem auch den Segen von ganz oben.

Du nimmst ja erst in einem Monat in der Landesregierung Abschied. Dort werden wir dich noch verabschieden und dort wird dir die Landesregierung auch mit einem kleinen Präsent danken. Heute kriegst du von der ÖVP, wie schon von den anderen Parteien, etwas Gutes zum Trinken. Wenn du es trinkst, dann denk an uns. Der Kollege Haimbuchner ist noch eine Spur weitergegangen. Er hat sich mit einem Freundschaft verabschiedet. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Ich wünsche viel Freundschaft!“) Das kann man von mir nicht erwarten. Du bist Eisenbahner, daher alles Gute und ein herzliches Glückauf. (Beifall)

Präsident: Herr Landesrat, du wünschst das Wort.

Landesrat **Ing. Entholzer:** Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Viktor, sehr geehrter Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, werte Regierungskollegen! In Zukunft haben wir dann auch eine Regierungskollegin, liebe Birgit, danke, es freut mich, dass du heute anwesend bist. Werte Abgeordnete zum Oö. Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie heißt es da von dieser Stelle aus, auf der Galerie, im Internet, wo immer Sie zuhören!

Nach diesen Reden, wäre ich nicht ein Roter, wäre ich jetzt richtig rot geworden, aber das bin ich ja schon, insofern ist es bei mir nicht gegangen. Aber ja, das ist halt so. Makor Christian hat mich vorgewarnt, er hat gesagt, ich werde heute ein bisserl lügen, aber so gelogen hast du ja gar nicht, (Heiterkeit) also gar nicht so dramatisch.

Ja, vor zehn, ach vor zehn sage ich, am 10. Mai war es eigentlich, am 10. Mai 2012 habe ich hier in diesem Hause vor vier Jahren die Agenden des Landesrates für öffentlichen Verkehr übernommen und ich hab das von Hermann Kepplinger, meinem Vorgänger, übernommen und das war ein hervorragend geführtes Ressort. Also, nicht alles, was heute erwähnt worden ist, ist, wie heißt es, auf meinem Mist gewachsen, da ist viel, viel Vorarbeit geleistet worden und ich konnte vieles im Ressort umsetzen.

Der öffentliche Verkehr war mir und ist mir ein Anliegen. Freut mich, wenn ich das auch so überbringen konnte und einige Projekte waren natürlich ganz, ganz besonders. Einige sind schon erwähnt worden, aber eine, für einen Eisenbahner gibt es nichts schöneres, als eine Neubaustrecke zu machen. Also, zwei Kilometer, wenn es auch die Salzburger Lokalbahn auf oberösterreichischem Boden war, zwischen Trimmelkam und Ostermiething, war für einen Eisenbahner natürlich ein ganz, ganz besonderes Erlebnis. Da gibt es Jahrzehnte, wo nichts an Neubaustrecken gemacht worden ist, also das ist schon etwas sehr, sehr Erfreuliches, das wird ein Highlight natürlich in meinem beruflichen Leben sein.

Genauso wie die StadtRegioTram nach Traun, dass ich ja dem Herrn Landeshauptmann in Zukunft eine Straßenbahn zur Verfügung stellen kann, die unweit seines Hauses ist, freut mich ganz besonders. Ein bisserl mehr Geld hätten wir noch gebraucht, dann hätten wir es noch ein bisserl komfortabler machen können, aber nein, Spaß beiseite, die ist wirklich top und das freut mich, dass ich auch hier einen kleinen Beitrag dazu leisten konnte, aber auch eine Trassenverordnung für die StadtRegioTram nach Gallneukirchen.

Es ist wichtig, gerade im öffentlichen Verkehr, Jahrzehnte vorzuschauen und zu planen, damit man letztendlich dann in der Zukunft auch einiges realisieren kann. Die Durchbindung der Straßenbahn durch Gmunden, da hat der Manfred gemeint, wir sind nicht immer einer Meinung, das ist so ein Punkt, aber es freut mich, wenn der Günther dann zähneknirschend das eröffnen muss. (Heiterkeit) Aber du wirst sehen, in zwei drei Jahren, du wirst sehen in zwei drei Jahren wirst du sagen, das war schon gescheit, was wir da gemacht haben. Da bin ich mir auch ganz, ganz sicher.

Die Bahnhöfe sind erwähnt worden. Attnang-Puchheim: Ich hab von 1985 bis 1990 in der Streckenleitung Attnang-Puchheim im Bahnhofsgebäude gearbeitet und damals hat man schon gesagt, demnächst wird der Bahnhof umgebaut, dass es mir zuteil wurde als Verkehrslandesrat, den neuen Bahnhof, den wirklich sehr, sehr gelungenen Bahnhof, der nicht nur für die ÖBB ein gutes Zeichen ist, sondern auch für die Stadtentwicklung in Attnang-Puchheim ein sehr positives Zeichen gesetzt hat im Zusammenhang mit dem Busterminal, freut mich auch ganz besonders, aber auch der Bahnhofsumbau in Schärding oder in Gmunden sind sehr, sehr gelungene Projekte. Das Jugendticket war sicherlich auch eines der Highlights und, und, und. Da gäbe es vieles zu berichten aus dem öffentlichen Verkehr.

Ich hab dann im Jänner 2014 das Gemeinderessort übernehmen dürfen und das war aus mehreren Gründen eine spannende Zeit. Das ist ja auch schon berichtet worden. Ich habe nicht nur Oberösterreich besser kennen gelernt. Ich hab da auch die Oberösterreichinnen und Oberöreicher noch besser kennen gelernt. Und das ist halt einmal so, dass die Menschen im Mühlviertel anders sind als im Inneren Salzkammergut. Die Innviertler habe ich schon ein bisserl gekannt, nachdem ich ganz an der Grenze zum Innviertel, ich muss immer sagen Gemeinde Steegen, Postanschrift Peuerbach, das ist bei mir sehr heikel, weil da geht es gerade um die Gemeindegemeinschaften, also Willibald, da ist es schon gefährlich geworden. Wenn wir da in Kopfing fortgegangen sind, haben wir immer gesagt, müssen wir immer schauen, wie wir nahe bei der Tür sitzen, wenn es gefährlich wird, dass wir schnell draußen sind, aber es ist so und es ist schon spannend, so ein interessantes Bundesland nicht nur geographisch, sondern auch bei den Menschen zu sehen und mit denen zusammenzukommen und ich hab mit diesem Gemeindeferrat sicherlich auch viele Freundinnen und Freunde gewonnen. Das war oder ist noch immer eine sehr spannende Zeit.

Aber mit dem Gemeindeferrat habe ich auch eine Aufgabe übernommen ganz zu Beginn, nämlich endlich ein Schulbaugespräch zu führen. Wo es geheißen hat, der Joschi wollte das eh schon immer machen, da hat man schon zwei Jahre vom Schulbaugespräch gesprochen und das war nicht ganz einfach mit der damaligen Landesrätin, mit der Doris Hummer, die ja sehr tough war, und sich bemüht hat mir zu helfen, ein bisserl die Arbeit abzunehmen, aber sie wollte auch ein bisserl etwas von meinem Budget gleich mitverwalten. Also, ich hab da einiges gelernt bei dieser Verhandlung, aber liebe Doris, ich bedanke mich, dass wir, glaube ich, gut zusammengefunden haben und im Sinne des Schulbaues vieles gemeinsam entwickeln konnten. Danke dafür, danke auch für, ja, ich darf das vielleicht auch an dieser

Stelle sagen, wirklich für die Freundschaft, die ich auch von den Regierungsmitgliedern so zurückbekommen habe.

Ich habe viele spannende Ereignisse gehabt, viele lustige, aber auch ein, zwei prickelnde Ereignisse. Also, nicht was sie glauben vielleicht unter prickelnd, aus dem Alter bin ich auch schon fast ein bisserl heraußen, (Heiterkeit) es war im Sommer 2015, (Unverständliche Zwischenrufe) na ja. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Ich hab eh an Sekt gedacht!“ Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Ich hab an Most gedacht!“) Der Herr Landeshauptmann ist doch etwas älter, er denkt schon an Sekt, aber okay. (Heiterkeit. Beifall.) Entschuldigung. Zur Sachlichkeit zurück, nachdem ich für die Sachlichkeit ja gelobt worden bin heute. Es war im Sommer 2015, wo der Kollege Hiesl mich ersucht hat, bei der Spatenstichfeier zur Umfahrung Mattighofen dabei zu sein. Der Herr Landeshauptmann wird sich daran erinnern können. Er war ja anwesend und einige hundert aufgebrachte Demonstranten aus dem Innviertel auch. Und wie gesagt, ich lebe an der Grenze zum Innviertel. Ich weiß, wenn die aufgebracht sind, ist nicht zu spaßen mit ihnen.

Nach einem kurzen Redeversuch des Herrn Landeshauptmannes haben wir das Festzelt dann unter Polizeischutz verlassen. Es war eigentlich das einzige Mal, dass ich nicht reden durfte, wo der Herr Landeshauptmann gesprochen hat, aber ich wollte eigentlich gar nicht unbedingt, also (Heiterkeit) es war mir nicht unbedingt wichtig. (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Sind sie gefährlich!“) Na ja, aber es wird ja, so jetzt bin ich aus dem Konzept gekommen.

Ich habe dann im Gemeinderessort nach dem Gemeinderessort 2015 auch das Sozialressort übernommen und kurz darauf habe ich natürlich das erste Budgetgespräch beim Herrn Landeshauptmann gehabt. Da gibt es dann einen Schnellkurs in Finanzplanung und wenn man dann Fragen stellt, schreitet der Herr Landeshauptmann zur Tat.

Sie kennen das sicherlich. Da gibt es einen leeren Zettel, dann kommt der Schreiber, dann heißt es, da 200 Millionen Euro, dort 100 Millionen Euro, Herr Kollege Sie kriegen weit mehr als alle anderen. Ich bin rausgegangen und hab nicht ganz gewusst, wie mir geschehen ist (Zwischenruf Landesrat Anschober: „Das hat er mir auch gesagt!“) Ja, ja. (Heiterkeit)

Aber es war schon sehr spannend das erste Gespräch und ich bedanke mich auch dafür, dass wir immer auf Augenhöhe miteinander über Finanzen reden konnten, auch wenn ich immer draufgezahlt hab, das ist halt so (Heiterkeit). Ober sticht Unter und heute (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „So war das nicht!“) kann ich schon sagen, dass wir, glaube ich, auch hier viele vernünftige Gespräche gehabt haben, vor allem was die Budgets betrifft.

Aber Politiker sind ja grundsätzlich Kummer gewöhnt. Ich möchte das auch wirklich ansprechen, weil es mir ein Anliegen ist. Die Wertschätzung die den Politikerinnen und Politikern entgegengebracht wird, die euch entgegengebracht wird, die auch mir teilweise entgegengebracht worden ist, war nicht immer gerade erfreulich und angeblick, höre ich ja immer, die Politiker seien an allem schuld. Aber ich glaube, dass wir Politikerinnen und Politiker in gewisser Weise auch nur die Gesellschaft vertreten, so wie die Gesellschaft ist, und wenn viele meinen, na ja, das könnten wir alles besser machen, dann würde ich mir wünschen, dass die, die alles besser wissen, besser machen wollen, sich auch engagieren in der Politik. Und wenn ich oft, na ja, ist eh klar, jetzt ist er Landesrat, kriegt einen Haufen Geld, sage ich, ich bin seit 1991 in der Gemeinde Steegen im Gemeinderat gewesen und

habe nicht gewusst, dass ich einmal Landesrat werde, also wenn man wirklich Engagement zeigt, dann muss man es in der Gemeinde beginnen.

Ich glaube, das ist eine sehr, sehr gute Schule, da ist man nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern. Da bekommt man auch das Feedback, weil, wenn man nach der Gemeinderatssitzung in das Wirtshaus geht, dann gibt es schon die ersten Diskussionen. Habt ihr jetzt etwas Gescheites beschlossen oder was ist jetzt los gewesen? Also, da gibt es auch direkte Rückmeldungen.

Und ich würde einmal behaupten, nicht nur Politikerinnen und Politiker haben Verantwortung zu übernehmen, sondern jeder in unserer Gesellschaft muss Verantwortung übernehmen und vor allem auch verantwortungsbewusst handeln.

Jetzt sage ich etwas, wo die Berater sagen, das darf man nicht sagen. Auch die Medien, ich sage das ganz kritisch, auch wenn sie womöglich morgen schreiben, jetzt redet er sich auf die Medien aus, aber auch die Medien haben in diesem Land eine hohe Verantwortung.

Das möchte ich da auch einmal gesagt haben und es geht in der Politik, glaube ich, und das ist auch heute angesprochen worden und das freut mich, dass ich das so gehört habe, es geht auch um Gespräche auf Augenhöhe.

Da gibt es dieses einfache Sprichwort: Wie man in den Wald reinschreit, so kommt es auch zurück. Und ich habe festgestellt, dass das zu 99 Prozent stimmt. Wenn man auf die Menschen offen zugeht, dann bekommt man auch gute Rückmeldungen.

Ich möchte mich daher noch einmal bei allen Regierungskollegen mit denen ich in diesen vier Jahren zusammenarbeiten durfte, sehr, sehr herzlich bedanken. Es war immer auf Augenhöhe. Ich bedanke mich natürlich auch bei den Landtagsfraktionen, vor allem bei meiner Fraktion, die mich wirklich immer unterstützt hat. Danke dafür, aber auch bei allen anderen Fraktionen. Ich glaube, wir haben immer miteinander sprechen und diskutieren können und das ist etwas, was ganz, ganz wichtig ist.

Danke auch an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die gute Zusammenarbeit. Das ist ja auch nicht immer einfach für die Bürgermeister und es hat sehr unterschiedliche Erfahrungen gegeben. Das ist ja auch das Spannende im Zusammenarbeiten. Wenn du einen Bürgermeister hast, der natürlich versucht und sagt, ich brauche 500.000 Euro, weil er weiß, dass er 200.000 Euro braucht, und der andere kommt, der sagt, ich brauche 200.000 Euro und der braucht es auch wirklich.

Um das richtig einschätzen zu können, ist spannend und ja, ich glaube, das war eine sehr, sehr tolle Zusammenarbeit und habe da auch wirklich viele Freundinnen und Freunde gewonnen.

Ich bedanke mich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Büro, bei meinem Büroleiter, Mag. Richard Held, der leider heute nicht anwesend sein kann, er hat vor einem Tag eine Augenoperation gehabt. Von dieser Stelle aus gute Besserung. Jetzt müsste ich fast alle in meinem Büro aufzählen, das ist wirklich ein Top-Büro, da kann man sich nur gratulieren, wenn man so gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat.

Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesorganisation der SPÖ, die heute auch da sind, aber auch bei den Bezirksstellen der sozialdemokratischen Partei, mit denen ich auch immer sehr, sehr gut zusammengearbeitet habe.

Ich möchte mich aber auch, und das sind viele, viele, die im Hintergrund arbeiten, bei den Landesbediensteten von Oberösterreich bedanken, die einerseits im Verkehrsbüro, natürlich Verkehrsabteilung, wo wir viele fachliche Diskussionen gehabt haben, sehr spannend, das war natürlich mein Einstieg und da ist sehr viel Herzblut dabei gewesen, aber genauso im Tierschutz und da möchte ich gar nicht erzählen, was ich in Lochen am See zum Beispiel erlebt habe, also da hat es schon witzige Auseinandersetzungen vor Ort auch gegeben und das ist sehr, sehr spannend.

Auch bei der IKD, die ja nicht immer geliebt wird, vor allem von den Bürgermeisterinnen nicht, weil sie natürlich darauf schauen, dass das Geld eingespart wird und dass man das vernünftig macht und, und, und, aber die machen auch einen tollen Job und das sind die, die das alles aufbereiten. Entscheiden müssen letztendlich wir Politiker und da ist es gut, wenn man eine gute Grundlage hat.

Und auch wenn ich sehr kurz in der Sozialabteilung war, möchte ich mich ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialressorts bedanken. Bei denen kommt nämlich ein ganz wesentlicher Aspekt dazu. In allen vorhergehenden Ressorts ist es letztendlich irgendwo um Zahlen, Daten und Fakten gegangen. Im Sozialressort geht es darum, wem gegenüber zu sitzen und zu sagen, nein, wir haben kein Geld, nein, wir haben für ihr Kind keinen Platz, wir können das nicht machen. Da stehen auch immer Schicksale dahinter und diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr, sehr engagiert sind, haben hier einen sehr emotionalen Job und nehmen das teilweise auch mit nach Hause und daher ist es für die ganz besonders schwierig, und daher wünsche ich denen viel Fingerspitzengefühl auch weiterhin, das ist ganz, ganz wichtig, mit den Menschen ordentlich umzugehen, das tun sie auch und ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Aspekt.

Bedanken möchte ich mich natürlich im Zusammenhang bei den Landesbediensteten, in diesem Fall beim Landesamtsdirektor, bei dem ich mich ein bisschen entschuldigen muss. Der hat einmal um 23:00 Uhr am Linzer Hauptbahnhof erscheinen müssen, wie die Flüchtlingsströme da durchgegangen sind und er war auch dann anwesend um 23:00 Uhr und er war nicht nur anwesend, sondern er hat dann selber dafür gesorgt, um eins, zwei in der Nacht, dass für den nächsten Tag auch Brot und Semmeln zur Verfügung stehen. Er ist selbst hingefahren und hat das gemacht. Auch das ist für einen Landesamtsdirektor nicht selbstverständlich. Das zeigt auch die menschliche Kompetenz und dafür bedanke ich mich auch, dass das alles möglich war.

Ja, und vor allem, auch schon heute erwähnt worden, seit ich gesagt habe, dass ich aufhöre, sagen viele schade, du machst das ja so gut und du könntest ja noch ein bisschen bleiben, aber ich glaube, es ist genau der richtige Zeitpunkt, wenn alle sagen, schade, dass du gehst, weil das andere hört man dann nicht mehr hinterm Rücken, wenn alle fragen, wann geht er endlich? Also insofern, glaube ich, ist das schon ein sehr, sehr guter Zeitpunkt und ich freue mich wirklich auch darauf, mehr Zeit mit meinen Freunden verbringen zu können, daheim in Peuerbach, aber genauso mit denen in Linz und der Freundeskreis ist jetzt noch ein bisschen größer geworden. Auf ganz Oberösterreich verstreut, wo ich immer wieder sicherlich Einladungen wahrnehmen werde und wir uns immer wieder treffen.

Bedanken möchte ich mich bei meiner Familie. Der Herr Landeshauptmann hat es schon angesprochen, ist sehr wichtig. Meine Eltern, die dieses Jahr 88 Jahre und 90 Jahre alt werden, Gott sei Dank sich noch guter Gesundheit erfreuen. Mein Vater, der mich in den letzten vier Jahren immer ein bisserl geschimpft hat und gesagt hat, und arbeiten tust du überhaupt nichts mehr daheim, weil er hat sich eigentlich erwartet, dass ich ihm helfe, weil jetzt muss er wieder alleine Rasen mähen und das geht ja alles nicht, aber das ist schon die Familie, das ist ganz, ganz wichtig.

Ich möchte mich auch besonders bei meinen Kindern bedanken. Bei meiner Tochter Julia, die oft ein bisserl darunter gelitten hat, wenn sie das Gefühl gehabt hat, dass ich vor allem medial ungerecht behandelt worden bin. Da hat sie sich wirklich geärgert. Bei meinem Sohn Andreas, der es nicht ganz einfach gehabt hat. Der jetzt Jus studiert in Linz, aber einige Freunde aus Linz ihn immer gehänselt haben und gesagt haben, ja du heißt ja auch Entholzer so wie der Politiker, er dann aber gesagt hat, nein ich heiße nicht nur so, das ist auch mein Vater. Ah geh.

Also, die Kinder haben es nicht immer einfach von Politikern, die in der Öffentlichkeit stehen, daher freut es mich, dass unser Verhältnis in der Familie ein Gleiches geblieben ist.

Ich bedanke mich natürlich ganz besonders bei meiner Gattin, die eine Elendsgeduld hat, aber sie ist Sonderschullehrerin, insofern weiß sie, wie sie mit komplizierten Menschen umgeht. Sie kann leider auch heute nicht da sein. Sie ist noch immer schulpflichtig, sie ist Lehrerin und ich möchte mich wirklich an dieser Stelle sehr herzlich auch bei meiner Frau bedanken.

Ich hoffe, dass die Zusammenarbeit, von der immer alle reden, auch wirklich wieder ein Stück mehr in Betracht gezogen wird, dass sich die Leute daran erinnern und ich möchte in Abwandlung eines Zitates des ehemaligen Bundeskanzlers Viktor Klima schließen: Passen Sie mir gut auf mein Oberösterreich auf! Danke schön. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Wir kommen nun zur Bekanntgabe des Eingangs, ich ersuche unseren Schriftführer Herrn Abgeordneten Stanek den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Stanek:** Wir kommen zur Zuweisung des Eingangs und ich beginne mit der Beilage 176/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Bericht über die Gebarung des Oö. Gesundheitsfonds, diese Beilage soll dem Sozialausschuss zugewiesen werden.

Beilage 177/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken geändert wird, diese Beilage soll dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zugewiesen werden.

Beilage 178/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die mehrjährige Verpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich, diese Beilage soll dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zugewiesen werden.

Beilage 179/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Jahresbericht 2015 zur Förderkooperation Land Oberösterreich/ Österreichische

Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) im Rahmen der Oö. Forschungsförderung, diese Beilage soll dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zugewiesen werden.

Beilage 180/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend der rückwirkenden Zusammenführung von streckenbezogenen Verkehrsdienstverträgen zwischen dem Land Oberösterreich und der ÖBB-PV-AG ab dem 14.12.2014 bis 11.12.2017, diese Beilage soll dem Ausschuss für Infrastruktur zugewiesen werden.

Beilage 184/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung durch eine bedingte Förderzusage des Landes Oberösterreich für die durch mangelnde Auslastung nicht gedeckten Kosten der Beschaffung/Errichtung mobiler Wohneinheiten zur Unterbringung/Versorgung hilfs- und schutzbedürftiger Fremder, diese Beilage soll dem Sozialausschuss zugewiesen werden.

Beilage 185/2016, Initiativantrag betreffend Mountainbike-Offensive für Oberösterreich, diese Beilage soll gem. Paragraf 25 Abs. 6 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 186/2016, Initiativantrag betreffend bessere Unterstützung für Junge beim Einstieg in die Arbeitswelt, diese Beilage soll ebenfalls gem. Paragraf 25 Abs. 6 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 187/2016, Initiativantrag betreffend CETA und TTIP, diese Beilage soll gem. Paragraf 25 Abs. 6 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Präsident: Ich danke unserem Schriftführer für das Verlesen der Beilagen, soweit sie in der heutigen Sitzung in dringlicher Behandlung stehen, haben wir auf Ihren Plätzen diese Beilagen aufgelegt, sämtliche Beilagen wurden natürlich auch auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat schlagen die unterzeichneten Abgeordneten im Rahmen eines Antrages vor, die Beilage 185/2016 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 185/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Mountainbike-Offensive für Oberösterreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 185/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer, bitte Frau Präsidentin.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Ich bedanke mich Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Eine Frage zu Beginn, ich bin mir sicher, Sie können es beantworten. Wie lange ist der Durchmesser des Äquators, also wenn wir mitten durch die Erde durchfahren würden? 12.756,32 Kilometer, ich weiß, es ist auch bei mir schon lange aus, dass ich es in der Schule gelernt habe, ich habe auch nachgeschaut. Jetzt habe ich vor kurzem eine Anfragebeantwortung durch dich, Herr Landesrat, bekommen, wo du uns mitteilst, dass das Land Oberösterreich 16.000 Kilometer Forstwege hat, davon, jetzt streiten wir nicht herum, höchstens 3.000 Kilometer, das gestehe ich jetzt einmal zu, auch tatsächlich frei gegeben hat zum Mountainbiken. Das heißt, es bleiben immer noch 13.000 Kilometer, also mehr als wenn man sozusagen im Westen der Erde beginnen würde und durchfahren würde durch die Erde, und auf der anderen Seite im Osten herauskommt, tatsächlich an Kilometer zurücklegt. Alleine in Oberösterreich, um sich das nur einmal zu versinnbildlichen, ich weiß schon, dass wir im Moment gerade Fußball-EM haben,

das runde Leder sozusagen unseren täglichen Alltag auch beeinflusst, aber es gibt ein nicht unerhebliches Potential an Sportlerinnen und Sportler in Oberösterreich, mindestens 100.000, aber über ganz Österreich gesehen über eine Million, die einer anderen Sportart frönen, nämlich dem Radfahren, das sage ich jetzt ganz bewusst, dem Radfahren. Gleichzeitig haben wir uns mittlerweile sehr häufig und sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt, was ist mit unseren Forststraßen, ist es nicht eigentlich, denken Sie nach, 13.000 Kilometer gebaute Radwege, wo wir nicht extra erst finanzielle Mittel in die Hand nehmen müssen, um diese zu schaffen, sondern die sind schon da. 13.000 Kilometer, die wir in Oberösterreich an Radwegen haben, wo wir nicht ermöglichen, dass sie auch entsprechend befahren werden können.

Wir haben uns auch mit unserem neuen oberösterreichischen Landestourismudirektor auseinandergesetzt, der als oberstes Ziel auch gesehen hat, wirklich als Entwicklungschance, dass wir im Tourismus die Möglichkeit schaffen, entsprechend attraktive Angebote entsprechend auch neue touristische Zielgruppen zu erschließen, dass wir da was weiterbringen, genau das ist es, was wir mit diesem Antrag auch fordern. Wenn Sie sagen, warum denn jetzt so dringlich, heute haben wir wieder einmal ein paar sonnige Stunden, morgen kann es uns vielleicht schon wieder „einwascheln“, da ist es nicht so angenehm, um mit dem Rad zu fahren, wir sollten die Zeit nutzen des Sommers, der für uns steht.

Das heißt, ganz konkret die Forderung, die Forststraßen entsprechend auszubauen, wir haben nicht gesagt, dass das alles von heute auf morgen gehen soll, Sie sehen im Antrag, dass wir eine schrittweise Öffnung dieser 13.000 Kilometer endlich einfordern, damit wir touristische neue Angebote schaffen. Auf der anderen Seite auch neue Zielgruppen bewerben können, das alles, was uns tagtäglich gut tut, nämlich uns zu bewegen und unsere Gesundheit damit zu fördern, das ist auch ganz klar.

Jetzt komme ich noch einmal ganz kurz zurück zum Fußball. Ich weiß, das Auftaktspiel der Österreicher haben wir uns alle ein bisschen anders vorgestellt, es ist nicht ganz so gelaufen, wie wir es uns gewünscht haben. Es gibt schon eine Parallele zwischen Fußball und Radfahren, die 13.000 Kilometer müssen Sie sich vorstellen, sind eigentlich 13.000 potentielle Tore, auch wenn das Spiel verloren gegangen ist zwischen Österreich und Ungarn, aber eines hätten die nie getan, sie wären nicht dort gestanden und hätten sich 13.000 potentielle Tore angeschaut und die nicht zumindest versucht zu schießen. Ich glaube, gerade als Oberösterreichischer Landtag stehen wir gerade vor diesen 13.000 Toren und probieren es nicht einmal, dass wir die Tore hineinbringen und diese auch entsprechend schießen. Das macht den großen Unterschied aus, aber heute können wir es tun, ich bitte Sie wirklich, dass wir endlich anfangen, das Potential zu nutzen, was auch wirtschaftlich einen Sinn macht, was wirklich im Sinne unseres Oberösterreichs und für unsere Menschen wirklich viel Sinn macht, auch entsprechend umzusetzen. Ich bitte Sie um die Zustimmung zur Dringlichkeit, dann natürlich auch zur entsprechenden Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Präsidentin. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter Handlos, bitteschön.

Abg. **Handlos:** Herr Präsident, hohes Haus, geschätzte Zuseher am Balkon, liebe Abgeordnete der SPÖ! Zu Ihrem Antrag muss ich ganz ehrlich sagen, am Anfang, wo ich die ersten vier Punkte gelesen habe, da habe ich mir gedacht, das ist ein interessanter Zugang, durch das Reden kommen die Leute zusammen, sagt man bei uns im Mühlviertel, das kann man sich wirklich in aller Ruhe einmal anschauen und gegebenenfalls auch diskutieren.

Dieses Gefühl hat mich leider verlassen, als ich den letzten Absatz von Ihnen gelesen habe in Ihrem Antrag, wo ganz klar drinnen steht, unabhängig von der nunmehrigen Initiative für eine Offensive des Landes hinsichtlich neuer Angebote zum Mountainbiken, halten die unterzeichneten Abgeordneten auch ihre Forderung nach einer generellen Öffnung von Forststraßen für Radfahrer und Radfahrerinnen aufrecht. In dem Moment war dieses eigentlich sehr gute Gefühl verschwunden, so eine generelle Öffnung der Forststraßen, geschätzte Damen und Herren, wird es mit einer FPÖ in Oberösterreich sicher nicht geben. Es gibt ja auch jetzt schon die Möglichkeit, über diverse regionale Tourismusverbände mit den jeweiligen Waldbesitzern Abkommen oder Vereinbarungen zu treffen, damit man diese Sachen auch nutzen kann, das heißt, das würde schon funktionieren.

Das Zweite, was ich vermisse im Antrag, es da steht da überhaupt nichts drinnen, eben genau über diese Waldbesitzer, und auch über deren Interessen. Eines muss uns schon klar sein, dass in Oberösterreich privater Besitz privater Besitz bleiben muss. (Beifall) Der Herr Landeshauptmann hat heute schon genannt die Zeitschrift „Der rote Bauer“, ich muss ehrlich sein, ich war ein bisschen überrascht, ich habe nicht gewusst, dass es so etwas überhaupt gibt, nicht die roten Bauern, sondern die Zeitschrift „Der rote Bauer“, die roten Bauern gibt es. Da möchte ich Ihnen ganz kurz etwas vorlesen, Antrag an die vollversammelte Landwirtschaftskammer Oberösterreich von gestern: Die SPÖ-Bauern fordern, dass die Bestimmungen im Forstgesetz über die Benützung von Forststraßen und Waldwegen aufrecht bleiben und nicht zum generellen Fahren und Reiten frei gegeben werden. Das einzige, was ich Ihnen jetzt zugute halte, dass vom Reiten nichts in Ihrem Antrag steht, die FPÖ kann dem nicht zustimmen, eine Dringlichkeit ist für uns nicht gegeben. Herzlichen Dank. (Beifall)

Präsident: Dankeschön, als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Severin Mayr, bitteschön Herr Abgeordneter.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich teile die Auffassung, die Intention dieses Antrages, was das Mountainbiken in Oberösterreich betrifft, dass durchaus Verbesserungspotential besteht, dass es auch, wie es die Frau Präsidentin richtig angemerkt hat, an verfügbaren legalen Strecken mangelt in Oberösterreich. Wir haben einen ähnlichen Antrag vor ein paar Monaten auch im Ausschuss diskutiert, da ist auch ganz klar herausgekommen, dass das natürlich für Österreich, wenn man es vergleicht mit unseren Nachbarländern, auch in Bezug auf den Tourismus ein massiver Wettbewerbsnachteil ist, der da besteht. Für mich war das im Ausschuss eine sehr spannende Diskussion, weil ich durchaus vor allem aus der ÖVP, leise aus der FPÖ, da gewisse Ängste und Befürchtungen vernommen habe, wenn man Forstwege öffnet. Ich glaube, dass da durchaus einiges passieren kann, dass man diese Ängste auch nimmt, dass man die Befürchtungen, die da existieren, auch zerstreuen kann. Ich glaube, dass man dazu auch die unterschiedlichsten Bedürfnisse, die existieren in diesem Zusammenhang, angehen muss und gemeinsam diskutieren muss. Es hat niemand ein Interesse daran, dass irgendjemand mit der Öffnung von Forststraßen überfordert wird, es haben alle, die Radlerinnen und Radler, auch die Forstwirte ein Interesse daran, auf der rechtlich sicheren Seite zu sein. Wie Sie alle wissen, es wird schon jetzt auf Forststraßen gefahren, ob es erlaubt ist oder nicht, das macht mehr Probleme, als wenn wir da endlich auch eine saubere Lösung finden, für die übrigens auch die großen Alpinverbände, Alpenverein, Naturfreunde eintreten.

Es gibt ja die unterschiedlichsten Interessen, wenn es um das Mountainbiken auf Forststraßen geht, es geht um die EigentümerInnen, es geht um die SportlerInnen,

Forstwirtschaft, die Jagd, und letztendlich landet man immer bei dem einen Punkt, der das Problem ist, das ist die Haftungsfrage. Das heißt, wir haben zwei zentrale Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, das eine ist Rechtssicherheit zu bieten, bei denen, wo jetzt die Befürchtungen vorherrschen, wo jetzt die Ängste verordnet sind, als Rechtssicherheit für die Eigentümerinnen und Eigentümer und für die Forstwirtschaft.

Das Zweite, was wir genauso wichtig brauchen, ist, dass wir die Rahmenbedingungen für die Sportlerinnen und Sportler schaffen, damit sie legal und auch möglichst sicher durch den Wald fahren können. Es ist oft die Befürchtung gekommen, dass es ja nicht nur um die Haftungsfrage geht, ich glaube, dass man andere Probleme, die genannt worden sind im Ausschuss, die vor allem von der ÖVP genannt worden sind, lösen kann. Man kann das machen mit gezielten Schutzzonen, man kann temporäre Sperren errichten, gegen das spricht nichts, wichtig ist nur, dass man durchaus so weit offen ist, dass man die Diskussion endlich zulässt und auch sieht, dass da Verbesserungspotential dringend notwendig ist.

Herr Kollege Handlos hat den letzten Absatz angesprochen, der ihn so besonders schockiert hat an diesem Antrag. Ich habe den genau gegenteilig interpretiert, ich verstehe diesen letzten Absatz durchaus als ein Kompromissangebot der antragstellenden Fraktion, sie macht in diesem Antrag fest, völlig klar, wohin die Sozialdemokratie will, das ist ein Ansatz, den wir als Grüne durchaus teilen, die Öffnung der Forststraßen. Das ist aus meiner Sicht eher schon, der Antragstext selber eher schon eine Leitöffnung, die Zielrichtung ist klar, aber es geht um eine gemeinsame Mountainbike-Offensive, wo einmal klargelegt wird, wie man diese Punkte alle erreicht. Kein Mensch sagt in diesem Antrag, heute sofort öffnen, gleich nach dem Beschluss machen wir es auf, 300.000 RadlerInnen fallen in den Wäldern ein, das sagt kein Mensch, es ist ein sehr, sehr bedächtiger Kompromissvorschlag, der auch andere wichtige Punkte beinhaltet, denen man durchaus zustimmen kann und sollte. Es geht ja nicht nur um den Ausbau befahrbarer Forstwege, es geht um eine Weiterentwicklung von regionalen Angeboten, es geht um den Ausbau des Informationsangebotes. Ich sehe diesen Antrag durchaus als ein Angebot an die ÖVP und FPÖ, sich bei dieser Offensive miteinzubringen, damit wir da endlich eine gescheite Lösung zu Stande bringen. Wir werden daher natürlich zustimmen. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Michaela Langer-Weninger, bitteschön.

Abg. **Langer-Weninger:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum vorliegenden Antrag auf zwei Punkte ganz besonders eingehen. Zum ersten wird angeführt, wir hätten ein Problem, weil zu wenige Mountainbike-Strecken in Oberösterreich vorhanden wären. Festzuhalten ist dazu, wenn man sich mit dem oberösterreichischen Tourismus auseinandersetzt, dass das Radfahren in Oberösterreich selbstverständlich sportlich und touristisch von großer Bedeutung ist, dass es im Trend liegt keine Frage. 15 Prozent der Sommergäste kommen wegen des Radfahrens zu uns nach Oberösterreich, und sie lassen auch pro Person 118 Euro an Wertschöpfung in der Region. Das Land tut sehr viel für den Radtourismus in Oberösterreich, wir haben 3.000 Kilometer Mountainbike-Strecken im Salzkammergut, im Mühlviertel, im Nationalpark Kalkalpen, wir haben die Bike Arena in Obertraun, wir haben die Dachsteinrunde, ein Aushängeschild für den Radtourismus. Wir haben auch eine Investoffensive im Laufen, den Bikepark in Windischgarsten oder die Trans-Nationalpark-Tour. Für den Tourismus steht ganz klar fest, dass eine gute Radinfrastruktur Voraussetzung ist, ein wesentlicher Baustein ist für ein entsprechendes Angebot.

Aber wenn man sich genau damit auseinandersetzt, ich gehe davon aus, Frau Präsidentin, dass Sie das getan haben, das größte Motiv für den Radtourismus in Oberösterreich ist für 70 Prozent der Radfahrer die Natur. Die Radfahrer, die zu uns kommen, sind sehr zufrieden mit dem Angebot, das es gibt, wir haben eine Note von 1,63. Eine hervorragende Auszeichnung für den oberösterreichischen Radtourismus, ein weiterer Ausbau im Angebot kann nur in einem gemeinsamen Vorgehen erfolgen, die Freizeitnutzung im Wald muss mit den forstwirtschaftlichen Überlegungen im Einklang stehen. (Beifall) Der Wald ist für uns alle Lebens- und Wirtschaftsraum, mit dem sorgsam umgegangen werden muss.

Da komme ich auf den zweiten Punkt, vom Kollegen Handlos ist es schon angesprochen worden. Sie schreiben, die größtmögliche Wirkung der Offensive muss im Einklang durch Gespräche mit dem Tourismus, mit dem Sport, mit den alpinen Vereinen geschehen. Ich frage ganz ehrlich, hat die SPÖ wirklich auf jene vergessen, die den größten Anteil dabei tragen müssen und sollen, nämlich die Grundbesitzer, die Bewirtschafter, die Bäuerinnen und Bauern? Nicht von der Hand zu weisen ist, dass gerade auch deswegen gestern ein Antrag in der Vollversammlung eingelangt ist. (Zwischenruf Abg. Mayr: „Wir wollen sie nicht überfordern!“) Wenn man das als Zeichen nimmt, dass man niemanden überfordern will, wie der Kollege Mayr gesagt hat, dann frage ich mich, warum die Grünen Bauern diesen Antrag mitgetragen haben mit der SPÖ und mit den anderen Fraktionen, die in der Kammer einstimmig diesen Antrag gegen die öffentlichen Forststraßen beschlossen haben.

Ich finde es schade, dass man hier auf die Bäuerinnen und Bauern vergessen hat in diesen beiden Fraktionen. Aber es macht mich auch zuversichtlich, dass es in euren Fraktionen Mitglieder, Funktionäre, Betroffene gibt, die sich wirklich mit der Natur auseinandersetzen und mit dem ihnen anvertrauten Grund und Boden sorgsam umgehen wollen. Und das ist unsere Voraussetzung dafür, denn wir alle gemeinsam sind davon überzeugt, dass es unser Anliegen ist, ökologische, gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Anliegen und Interessen bestmöglich zu vereinbaren, um das Ökosystem Wald auch für die Zukunft und für unsere nächsten Generationen entsprechend zu erhalten.

Es gibt genügend Möglichkeiten in freiwilligen Vertragsvereinbarungen, die gut funktionieren, die man mit den Bewirtschaftern, nämlich gemeinsam mit den Bewirtschaftern, auch setzen kann. Das ist der richtige Weg für Oberösterreich. Einer generellen Öffnung, haben wir auch bei den letzten Anträgen schon mehrmals betont, werden wir nicht zustimmen und wir sehen auch heute keine Dringlichkeit für diesen Antrag. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 185/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 185/2016 dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlagen die unterzeichnenden Abgeordneten im Rahmen ihres Antrages vor, die Beilage 186/2016 keinem Ausschuss zu Vorberatung zuzuweisen. Bei diesem Antrag handelt es sich um den Initiativantrag betreffend bessere Unterstützung für Junge beim Einstieg in die Arbeitswelt. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 186/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Hans Karl Schaller. Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. **Schaller**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Sie alle kennen die fünf Säulen für Lebensqualität, Wachstum und soziale Sicherheit im Programm Arbeitsplatz Oberösterreich 2020. Arbeitswelt der Zukunft, regionaler Fachkräftebedarf, branchenbezogener Fachkräftebedarf, Fachkräfteprogramm und in der Säule A, die Ausbildungsgarantie mit der Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene bis 24 Jahre.

Dazu ist im arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm zu jeder der fünf Säulen ein strukturierter jährlicher Review zur Überprüfung der strategischen Dimension und der Umsetzung der quantifizierten Ziele vorgesehen. Im Fokus des Reviews stehen primär jene strategischen Ziele und Störungsziele, die quantifiziert und mit einem konkreten Zielwert im Strategieprozess versehen sind.

Kolleginnen und Kollegen, Jugendarbeitslosigkeit ist ein enormes gesellschaftliches Problem. Ja, tatsächlich ist das Problem, wie ich meine, sogar größer als es aus der offiziellen Arbeitsmarktstatistik ersichtlich ist, weil neben den als arbeitslos gemeldeten Jugendlichen auch noch die Gruppe der NEET-Jugendlichen existiert. NEET, der Begriff für „Not in Education, Employment or Training“, also nicht in Ausbildung, Arbeit oder Schulung bezeichnet damit jene Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die weder eine Schule besuchen, noch einer Arbeit nachgehen und sich auch nicht in beruflicher Ausbildung befinden.

Ohne gezielte Hilfen droht den NEET-Jugendlichen ein dauerhaftes Leben am Rande der Gesellschaft. Es sind jene jungen Männer und Frauen, wo wir alle uns immer wieder dazu bekennen, wir dürfen sie gesellschaftlich nicht verlieren, wir brauchen sie. Und 7,4 Prozent der oberösterreichischen Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren sind solche NEETs, haben also keinerlei Tagesstruktur in Form einer Arbeit oder Ausbildungsmaßnahme. Um die Zukunftschancen dieser Jugendlichen zu verbessern, müssen dringend spezielle Maßnahmen zur Wiedereingliederung gesetzt werden. Und es bedarf dabei eines genaueren Draufschauens.

Hier besteht, wie wir meinen, relevanter Handlungsbedarf im Hinblick auf die Zielerreichung des Steuerungszieles 1, nämlich den Anteil der Jugendlichen, die eben als NEET-Jugendliche bezeichnet werden, deutlich zu senken. Und es ist angesichts dieser nicht zufriedenstellenden Entwicklung bei zentralen arbeitsmarktpolitischen Zielen für Jugendliche umso bedenklicher, dass das Land Oberösterreich seine finanzielle Beteiligung an den §30-BAG-Lehrgängen, das sind eben zum einen die überbetrieblichen Lehrwerkstätten und die Lehrgänge zur Teilqualifizierung, wo zumindest Teile eine Lehrberufes erlernt werden, im Rahmen des Pakts für Arbeit und Qualifizierung für Oberösterreich innerhalb der vergangenen drei Jahre von 6,15 Millionen Euro auf aktuell nur mehr 1,6 Millionen Euro reduziert hat.

Kolleginnen und Kollegen, wir von der Sozialdemokratie sind der Meinung, dass das Nicht-Erreichen des strategischen Ziels und die negative Entwicklung beim Steuerungsziel 1 nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Engagement und Fördermittel des Landes Oberösterreich erfordert. Es war für mich erschütternd, in den Medien zu hören, wie in Deutschland junge Menschen die Frage nach ihrer Zukunftsperspektive mit Harz IV beantwortet haben. Alle unsere Anstrengungen müssen dahin gehen, dass unsere jungen Oberösterreichinnen und Oberöreicher in Zukunft diese Frage nach ihrem Lebensziel nicht auch mit Mindestsicherungsbezieher beantworten.

Daher das Ersuchen und der Appell unseres Antrages an Sie, die Kürzungen von Landesgeldern für überbetriebliche Lehrwerkstätten und Teilqualifizierungen im Interesse der 7,4 Prozent NEET-Jugendlichen, und sie haben alle ein Gesicht, das sind mehr als 13.000 junge Menschen in unserem Land, zurückzunehmen. Ermöglichen wir diesen Menschen eine selbstbestimmte und unabhängige Zukunft. Ich danke für eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Mag. Doris Hummer. Bitteschön.

Abg. Mag. Hummer: Sehr geschätztes hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Gäste im Oberösterreichischen Landtag, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher und Zuhörerinnen und Zuhörer via Internet! Der eingebrachte Dringlichkeitsantrag der SPÖ greift ganz wichtige Themen auf. Das möchte ich hier an dieser Stelle wirklich unterstreichen. Es geht um das Thema der Jugendarbeitslosigkeit, der NEET-Jugendlichen und der möglichen Unterstützungen gerade für diese Gruppe.

Es wurde aber ein Dringlichkeitsantrag formuliert, der eine Zahl herauszieht, nämlich die Kürzungen des Landesbudgets für diese Maßnahmen, die hier gemeinsam mit dem Bund und dem AMS auf den Weg gebracht worden sind. Fakt ist, dass diese Kürzung, die hier angeführt worden ist, eins zu eins vom Bund ausgeglichen wurde. Das heißt, es kam zu keinen Kürzungen für diese Zielgruppe. Dementsprechend sehen wir die Dringlichkeit in diesem Antrag nicht, weil das Land Oberösterreich hier in engster Abstimmung mit der künftigen Landesrätin Birgit Gerstorfer, Chefin des AMS, diese Umverlagerungen und Kürzungen vorgenommen hat. Also es war ganz klar unser gemeinsames Ziel, und im Pakt auch so gemeinsam akkordiert, dass diese Maßnahmen weitergeführt werden sollen, dass es hier zu keinen Kürzungen kommen kann, aber dass die Schwerpunkte im Landesbudget neu gelegt werden.

Daher diese Zahl. Diese Zurücknahme wäre eigentlich nicht so intelligent, weil dann würden wir nur die Gelder des Bundes ausgleichen und hätten dementsprechend im Landesbudget weniger Möglichkeiten. Das Mehr wird ja für andere Themen eingesetzt, die ich auch dann gerne noch anführen werde.

Zum Thema der NEET-Jugendlichen. Das ist wirklich eine Zielgruppe, um die wir uns ganz besonders annehmen müssen. Weil jeder Jugendliche, der heute nicht in einer Ausbildung ist, der heute nicht im Beruf steht, wird jener sein, der es auch in seinem ganzen Leben schwierig haben wird, irgendwann in diese Regelmäßigkeit hineinzukommen, in der Früh aufzustehen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, einer Ausbildung nachzugehen, und damit wird das jemand sein, der uns auch im Sozialsystem generell lange beschäftigen wird. Deswegen ist diese Zahl eine, die wir uns ganz genau gemeinsam anschauen müssen.

Die NEET-Jugendlichen in Oberösterreich, und das ist die erfreuliche Nachricht, ich habe hier eine Zahl aus 2013, das ist die aktuellste Zahl die auch im Arbeitskräftemonitor hier berichtet worden ist, weist Oberösterreich mit 6,4 Prozent aus. Das ist der geringste Wert österreichweit. Ich glaube, das sollte der hohe Landtag auch wissen, das sollten die Menschen auch wissen, hier sind wir wirklich im Vergleich zu den anderen Bundesländern am besten unterwegs. Der Österreichschnitt liegt bei 8,6 Prozent. Und Wien im Vergleich dazu bei 13,6 Prozent. Das zeigt ja schon, wir machen ganz viel richtig in unserem Land, wenn es darum geht, die Jugendlichen abzuholen und sie letztendlich auch in Beschäftigung oder in Ausbildung zu bringen.

Aber auch diese 6,4 Prozent sind uns natürlich zu hoch. Wir haben uns ein sehr ambitioniertes Ziel gesteckt, das sagen auch alle Expertinnen und Experten, mit 5,7 Prozent, das wir erreichen möchten. Und dafür gibt es auch die jeweiligen unterschiedlichen Maßnahmen auf den unterschiedlichen Ebenen zu setzen. Eine ganz wichtige Maßnahme, die jetzt auf Bundesebene vorangetrieben wird, die hier auch gerade unser Landeshauptmann auf den Weg gebracht hat, ist das Thema im Bereich der Ausbildungspflicht. Diese Maßnahme, sie ist uns allen gemeinsam glaube ich eine ganz wesentliche, wird gerade diese Jugendlichen auch abholen.

Etwas, was wir auch hier im Landtag gemeinsam beschlossen haben und Michael Strugl eingebracht hat in seiner Zuständigkeit, ist die gratis Potentialanalyse, die letztendlich sicherstellt, dass wir dort auch die Talente erkennen, gerade von diesen Jugendlichen, die ja ganz oft nicht an sich selber glauben, dass wir denen auch ein Sprungbrett bieten und dazu Jobcoaching, Arbeitsbegleitung. Das sind alles Maßnahmen, die im Pakt für Arbeit und Qualifizierung beschlossen worden sind und die uns hier auch entsprechend weiterhelfen können.

Also so gesehen, die Dringlichkeit ist nicht gegeben, weil das Budget in dem Sinn in Summe nicht gekürzt worden ist. Rechte, linke Hosentasche, das ist den Jugendlichen relativ egal wer es zahlt, Hauptsache es wird geleistet. Aber ein scharfer Blick auf die NEET-Jugendlichen, ein scharfer Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit, dafür sollten wir uns Zeit nehmen. Deshalb plädieren wir dafür, diesen Antrag im Ausschuss weiter zu beraten. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz. Bitteschön.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, ich glaube das eint uns alle hier herinnen, wir müssen alles daran setzen, dass die Arbeitslosigkeit insgesamt sinkt, dass vor allem Jugendliche eine Chance für die Zukunft sehen und Möglichkeiten der Arbeit bekommen. Und ja, wir müssen alles daran setzen, dass Jugendliche einen Arbeitsplatz bekommen, eine Ausbildung bekommen, die ihren Wünschen entspricht, ihren Kompetenzen, das ist schon angesprochen worden, und am besten in der Region. Weil wir alle, die regionale Abgeordnete sind, wissen um die Abwanderung, wenn kein geeigneter Ausbildungsplatz, Arbeitsplatz in der Region da ist.

Das heißt, es braucht ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Und wenn man sich auch den Pakt anschaut, da gibt es ein Bündel an Maßnahmen mit vielen Playerinnen und Playern, die da zusammenspielen. Ich glaube aber aus den eigenen Erfahrungen, aus vielen Gesprächen mit Jugendlichen, wir müssen die Information, welche Chancen, welche Möglichkeiten gibt es denn in Bezug auf Ausbildung, auch in Bezug auf Fachkräfte, schon sehr frühzeitig ansetzen. Eine Berufsinformation, eine Auseinandersetzung gerade auch mit den regionalen Wirtschaftsbetrieben muss in der 7./8. Schulstufe erfolgen. Sowohl in den AHS-Unterstufen als auch in den Neuen Mittelschulen und Hauptschulen. Weil wir hier gerade die Jugendlichen finden, die am Suchen sind. Und was brauchen sie denn? Und hier schon schauen, wo hast du Kompetenzen, mit den Lehrkräften, mit besonders geschulten Lehrkräften zusammen, was ist denn die richtige Richtung? Weil da macht man eine Schule, und ich weiß selber, ich als Mutter habe auch gesagt, mach einmal eine Schule, alles andere sieht man dann eh. Aber vielleicht ist das genau der falsche Weg und vielleicht fallen uns auch genau aus diesem Grund viele weg, die die Schulpflicht absolvieren und dann sagen,

ich will mit Schule nichts mehr am Hut haben. Ausbildung finden sie auch keine. Dann habe ich genau diese Jugendlichen, die als sogenannte NEET-Jugendliche dastehen, aber dies nicht, weil sie sagen, wir wollen nicht, sondern sie haben einfach keine Chance. Keine Chance, da wirklich nach ihren Kompetenzen auch ernsthaft wahrgenommen zu werden. Wir haben in der letzten Periode sehr intensiv daran gearbeitet und sehr viele Mittel auch zur Verfügung gestellt, den Hauptschulabschluss nachzuholen, weil das eine ganz wichtige Basis ist für ganz viele Bereiche.

Und wir wollen, ich glaube, genau da müssen wir ansetzen, wir müssen verstärkt auch aus regionaler Perspektive die Facharbeiterinnen- und Facharbeiterausbildung anbieten. Und da haben wir oft vielleicht Jugendliche, die nicht so gut im Lernen sind, aber vielleicht sehr gut im Praktischen sind. Und die müssen wir holen und da braucht es einfach unterschiedliche Maßnahmen. Und da haben wir, und das ist schon angesprochen worden, Teilqualifizierungen, da haben wir die Produktionsschulen, da haben wir überbetriebliche Lehrwerkstätten.

Und ich sage nur eins, bei dem Programm, das wir jetzt gemacht haben mit Lehre aufwerten, haben wir sehr viel positiven Respos bekommen, sehr, sehr viele Rückmeldungen, ja ihr seid auf dem richtigen Weg. Es geht um eine bessere Lehrlingsentschädigung, um bessere Arbeitsbedingungen. Es geht aber auch darum, die Betriebe, die ausbilden, dementsprechend zu unterstützen. Weil im ersten Lehrjahr hat er noch nicht viel von diesem Lehrling. Da braucht es einfach mehr Unterstützung. Und wenn ein Jugendlicher in der Ausbildung in einer berufsbildenden Schule doppelt so viel der öffentlichen Hand kostet wie ein Jugendlicher, der eine Lehre macht, dann stimmt etwas im Verhältnis nicht. Und dann müssen wir da hinschauen, wie können wir auch die Betriebe besser unterstützen, damit sie das, was sie eh schon machen, auch noch weiter machen können und besser machen können? Das ist einfach ganz eine wichtige Herangehensweise.

Und hier bin ich auch dabei, dass es unterschiedliche Player gibt. Nicht nur was wir da an Budget festlegen, sondern vor allem wie geht es. Darum, und ich habe mich mit Betrieben unterhalten und die haben gesagt, naja, die überbetrieblichen Lehrwerkstätten ist eines, die Ausbildungsverbünde haben wir auch geschaffen. Es werden aber immer wieder Hürden angelegt. Und dann sehe ich einfach auch, wenn ein Tischlerlehrling halt bei einem Tischler nicht alles machen kann, muss er mit einem anderen Tischler zusammenarbeiten, damit der Lehrling die Ausbildung machen kann, zum Beispiel zum technischen Tischler, weil der hat die CNC-Fräse, ein kleiner Tischler hat das nicht. Und das ist einfach irrsinnig schwierig. Da gibt es Hürden, da gibt es Verwaltung, da sagt ein jeder, geh, da pfeif ich drauf.

Und ich glaube, genau hier müssen wir ansetzen. Neben dem, dass die Mittel hier wirklich effizient eingesetzt werden müssen. Die Mittel vom Land und vom Bund und vom AMS müssen effizient eingesetzt werden. Wir brauchen Maßnahmen, die wirken. Darum ist es mir auch ganz wichtig, im Ausschuss darauf hinzuschauen, wie wird das angenommen? Wieviel Jugendliche haben wir in der Teilqualifizierung? Was kommt heraus, was hilft ihnen das wirklich? Bringt das genau den Wunsch, den die Jugendlichen haben bzw. was wir von der Politik bzw. von der Wirtschaft haben?

Darum werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, sondern es wirklich intensiv im Ausschuss weiterdiskutieren, zu schauen, was sind für Maßnahmen da? Wir haben ja immer auch die Zwischenberichte vom Pakt für Arbeit und Wirtschaft von allen Seiten. Der wurde auch von allen mitgetragen. Daher schauen wir genau drauf, wo müssen wir nachjustieren, wie können wir das besser einsetzen? Vor allem, wie können wir auch den Bund in die

Pflicht nehmen, weil wenn es Ausbildungspflicht heißt, dann muss es auch ein Ausbildungsrecht geben und wir wollen ein Recht für alle Jugendlichen, auch für jene, die schwächer sind, die eine Beeinträchtigung haben, dass sie einen Arbeitsplatz haben und ihren Teil an der Gesellschaft beitragen können. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Ich darf herzlich begrüßen unsere jungen Damen und Herren der Neuen Mittelschule Niederneukirchen, die von Frau Claudia Anuth hierher begleitet werden. Ich hoffe, ihr fühlt euch wohl und habt Interesse an dem, was hier bei der Landtagssitzung an Themen gegeben werden.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Kroiß. Ich darf es ihm erteilen.

Abg. **Kroiß:** Werter Präsident, werter Landtag, werte Zuhörer auf den Rängen! Betreffend dieses Dringlichkeitsantrages der SPÖ bezüglich bessere Unterstützung für Jugendliche beim Einstieg in das Berufsleben ist ja jetzt schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte aber trotzdem auch festhalten, man soll ja wirklich nicht die Dinge schlechter reden als sie wirklich sind. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern, es sind ja Zahlen schon genannt worden, ist ja Oberösterreich wirklich auf einem sehr guten Weg.

Ich möchte hier noch ergänzend die Zahlen von der JKU präsentieren, die ja Wien mit 10,9 Prozent, den Österreichdurchschnitt mit 7,4 Prozent und die Zahlen für Oberösterreich mit 6 Prozent festlegen, nur am Rande erwähnen. Trotz der notwendigen Einsparungen der letzten Jahre, die aber, das möchte ich auch erwähnen, die auch von den anderen Parteien mitgetragen wurden, kann hier Oberösterreich wirklich ein positives Bild präsentieren.

Dass das erklärte Ziel von 90 Prozent Bildungsquote noch nicht erreicht wurde, wir liegen aktuell bei 82,2 Prozent, liegt aber auch daran, dass das Thema Migration hier als zusätzliche Herausforderung in den letzten Jahren immer größer wird. Deshalb, man soll das Kind nicht, bei einem so wichtigen Thema wie Jugend und Bildung mit einem Dringlichkeitsantrag, nicht mit dem Bade ausschütten. Mehr Geld heißt nicht automatisch bessere NEET-Entwicklungszahlen.

Es soll und muss auch darüber nachgedacht werden dürfen, die bestehenden Strukturen und die Betreuung für die betroffenen Jugendlichen zu evaluieren und zu verbessern. Deshalb möchte ich mich auch meiner Vorrednerin anschließen, deshalb verdient dieses wichtige Thema keine oberflächliche Behandlung und braucht eine grundlegende Betrachtung. Und somit sehen auch wir bei diesem Antrag die Dringlichkeit nicht gegeben. Danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 186/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und ich weise daher die Beilage 186/2016 dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlagen die unterzeichnenden Abgeordneten im Rahmen ihres Antrages vor, die Beilage 187/2016 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 187/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend CETA und TTIP. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 187/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die

Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, es ist geschafft! Es ist wieder gelungen, eine gemeinsame, sehr klare Haltung und Erklärung nach Wien zu schicken, zu CETA und zu TTIP. Umfangreiche Diskussionen haben uns bestärkt und haben uns zu einem gemeinsamen Weg geführt.

CETA liegt am Tisch, das wissen wir jetzt, auch wenn es nur auf Englisch ist. Aber vieles wird gerade übersetzt und all das, was wir schon immer wieder im Landtag in den früheren Perioden besprochen haben, ist da drinnen. Da ist der Investorenschutz drinnen, die regulatorischen Kompetenzen, es ist das Vorsorgeprinzip weg, das heißt, unsere Lebensmittelstandards, unsere Umwelt- und Sozialstandards sind anders geregelt.

Und CETA ist der Türöffner für TTIP. Weil wenn mit Kanada das abgeschlossen wird, dann wird es auch für Amerika gefordert werden. Daher haben wir eine klare Haltung. Nein, wir wollen das in der Form nicht. Das haben alle beschlossen und besprochen. Dass die Bundesregierung diese Woche schon gesagt hat, ja wir wollen unbedingt ein gemischtes Abkommen ist sehr erfreulich und unterstützenswert. Aber das heißt noch lange nicht, dass, was auch in vielen Diskussionen immer wieder erwähnt wird, nicht Teile davon, von CETA, eine vorläufige, sprich vorgezogene Anwendung findet. Nämlich all die Teile, die Europarecht betreffen. Und genau das trifft unsere Landwirtschaft und genau das trifft unsere Umwelt- und Sozialstandards. Genau da müssen wir schauen, dass das ja nicht vorher angewandt wird, weil dann Investorenschutz schon möglich ist, dann sind die regulatorischen Kompetenzen schon dahin. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz:)

Daher wollen wir, dass es ein gemischtes Abkommen ist, dass, bevor nicht alle nationalen Parlamente zugestimmt haben, es zu keiner Umsetzung kommt. Weil wir dann wirklich die Möglichkeit haben zu sagen, was brauchen wir? Ja auch wir Grünen wollen einen Handel, einen freien Handel, aber einen fairen Handel. Es geht nicht darum, dass auf dem Rücken der Landwirte und ich sage das wirklich betont, auf Kosten unserer Lebensmittelsicherheit ein Teil der Wirtschaft profitiert, auch ein Teil der Zulieferer. Aber da ist die Automobilindustrie vor allem, die Treiber sind auf der Lobbyistenebene. Auf Kosten unserer Landwirtschaft, unserer Lebensmittel wird es für einen Teil der Wirtschaft erleichtert. Und genau das darf nicht passieren. Wir dürfen nicht Wirtschaftsbereiche untereinander ausspielen, nicht Finanz gegen Automobil, nicht Maschinenbau gegen Chemiebereiche. Gerade auch unsere sehr gute Industrie, was den chemischen Bereich betrifft, kommt unter die Räder, wenn TTIP und CETA kommen, weil hier nicht das Vorsorgeprinzip gilt.

Das heißt, natürlich können wir unsere Standards alle beibehalten, das sagt eh niemand, aber gleichzeitig kommen die anderen Standards in unsere Regale, in unsere Produkte, ob das bei Pharma- oder Chemieprodukten ist, und das ist das Gefährliche daran. Wo wir aufpassen müssen, dass da nicht auf Umwegen alles nach unten kommt. Dann haben wir die regulatorischen Kompetenzen und alles was vorher nicht geregelt ist, wird nachher nicht geregelt und dann wissen wir das nicht mehr in der Politik.

Das heißt, CETA und TTIP hebeln auch die Demokratie aus und da müssen wir jetzt nein sagen, so nicht! Und die Bundesregierung weiter auffordern, nicht nur zu sagen, wir wollen ein gemischtes Abkommen, sondern auch klar zu sagen, im EU-Rat darf es zu keinem positiven Ergebnis kommen, was die vorzeitige und vorläufige Anwendung der EU-Teile betrifft. Weil dann haben wir schon verloren. Da wollen wir weiter mit aller Vehemenz

dagegen auftreten, alle Bürgerinnen und Bürger informieren. Das war auch das spannende nicht nur in der Diskussion, die sehr emotional und sehr kompetent geführt wurde von unseren Expertinnen und Experten, die geladen waren, sondern auch bei der letzten Freitag stattfindenden Diskussion mit unseren zwei Europaparlamentariern, mit Joe Weidenholzer und Michel Reimon, die sehr intensiv in dem Thema drinnen sind, die uns sehr klar gesagt haben, wie ist denn das Prozedere auf EU-Parlamentarischer Ebene, und dass es auch hier Mehrheiten gibt. Wie können wir hier Mehrheiten auch im EU-Parlament für eine Absicherung unserer dezentral regionalen Produkte unseres Vorsorgeprinzips finden und das nicht dem Altar einer freien Wirtschaft opfern?

Hier bedanke ich mich nochmals, dass es möglich wurde, eine gemeinsame Resolution zu formulieren, die sehr klar alle die Punkte anspricht, um die es wirklich geht, die auch die Landeshauptleutekonferenz beschlossen hat, hier wieder ein Zeichen kommt. Das wird der Bundesregierung auch den nötigen Rückenwind geben, vehement dagegen in Brüssel aufzutreten. Das wünschen wir uns. Danke!

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Kattnigg.

Abg. **Kattnigg, BA (FH):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Besucher in der Galerie und im Internet! Der vorliegende gemeinsame Initiativantrag zum Freihandelsabkommen CETA und TTIP wird inhaltlich von der FPÖ mitgetragen und der Dringlichkeit wird zugestimmt.

Wir hatten diesbezüglich am 19. Mai im Ausschuss für EU- und Wirtschaftsangelegenheiten ein Expertenhearing. Dabei waren ExpertInnen vom Wirtschaftsministerium vertreten, von der Arbeiterkammer Wien sowie vom Bereich Umweltrecht der Johannes Kepler Universität. Es ist, aus meiner Sicht, äußerst schwierig, sich zu einem so komplexen und intransparenten Thema wie TTIP und CETA einen objektiven Überblick und eine objektive Meinung zu bilden. CETA, das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU liegt seit September 2014 endverhandelt vor. Bis Mitte Juni soll eine deutsche Endfassung über 1.598 Seiten erstellt werden. Die Absegnung wird voraussichtlich im Herbst im EU-Parlament erfolgen und dann wird wahrscheinlich die Unterschrift anlässlich eines EU- und Kanada-Gipfels vollzogen werden.

Im Expertenhearing wurde berichtet, dass das umstrittene Investitionsschutzabkommen ISDS entkräftet wurde, auch wenn mittlerweile statt Schiedsgerichten nun internationale Investitionsgerichte mit unabhängigen Richtern eingesetzt werden sollen, bleiben dennoch zahlreiche Kritikpunkte aufrecht. Insbesondere die Bestellung und Legitimierung. Die Urteile wurden bisher der Öffentlichkeit vorenthalten. Jetzt darf die Öffentlichkeit wenigstens erfahren, welche Kosten auf die Staaten nach Verurteilung zukommen würden. Derzeit können sich US-Unternehmen auf den Investorenschutz berufen, inländische Investoren allerdings nicht. Diese werden diskriminiert, meine Damen und Herren. Unternehmen können die Gesetzgebung mit hohen Schadenersatzklagen unter Druck setzen. Somit bleibt die Bevorzugung ausländischer Investoren gegenüber inländischen bestehen. Das Ende des alten ISDS-Systems bedeutet lediglich eine Umetikettierung mit ein paar Verschönerungsmaßnahmen.

CETA zielt auf die Beseitigung sogenannter nichttarifärer Handelshemmnisse ab. Diese betreffen die Sicherheit und Kennzeichnung von Lebensmitteln, Grenzwerte chemischer und toxischer Belastung, Gesundheitswesen, die Arzneimittelpreise, Patente, Urheberrechte bis hin zur Privatsphäre im Internet und vieles mehr. Außerordentlich wichtig ist es auch, dass

CETA als gemischtes Abkommen deklariert wird, das von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss. Teile des Abkommens fallen schließlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die Bewertung als gemischtes Abkommen bedarf der einstimmigen Beschlussfassung im EU-Rat. Also Zustimmung aller 28 Mitgliedstaaten.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns gegen diese laufenden Kompetenzabtretungen an die EU wehren. Das verlangt das demokratische Prinzip aus meiner Sicht. Eine vorzeitige Anwendung von CETA sowie TTIP ist ebenfalls abzulehnen, solange die Vertragsinhalte intransparent gestaltet sind. Teile von CETA, die ausschließlich EU-Kompetenzen betreffen, würden bereits ohne Zustimmung der nationalen Parlamente zur Anwendung kommen. Somit könnten Investorenklagen gegen Staaten bereits vorzeitig rechtskräftig angewendet werden. Ein provisorisches Inkrafttreten eines noch nicht einmal beschlossenen gemischten Abkommens ist demokratiepolitisch als bedenklich und mit dem Subsidiaritätsprinzip als nicht vereinbar zu bewerten.

Zu TTIP, die nächste Verhandlungsrunde findet im Juli statt. TTIP ist aus meiner Sicht noch intransparenter als CETA. Dieses Abkommen bedeutet derzeit ein Absacken der heimischen Lebensmittelqualität. Österreich wird nicht mehr der Feinkostladen Europas sein. Es drohen uns auch noch Gefahren mit gravierenden Einschnitten im Bereich heimische Verbraucher, Arbeitnehmer und Umweltschutz.

Ich komme selbst aus der Wirtschaft und kenne die amerikanische Wirtschaft relativ gut. Dabei geht es nur um Profit um jeden Preis, möglichst 24 Stunden am Tag. Wollen wir Österreich wirklich dem uneingeschränkten Ausverkauf preisgeben? Ich bin für freien Handel und für Wirtschaftsbelebung, aber beide Partner sollen gleichermaßen profitieren. Derzeit sehe ich bei beiden Abkommen ein großes Ungleichgewicht in Richtung deutlich größerer wirtschaftlicher Vorteile für USA und Kanada. Der wirtschaftliche und rechtliche Ausverkauf von Österreich darf nicht zustande kommen. Wir wollen keine Abkommen um jeden Preis. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Peutlberger-Naderer. In Vorbereitung Lackner-Strauss.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Ein Frauenthema! Oder? Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt nur schnell festgestellt, dass sozusagen als Rednerinnen zu diesem sehr wichtigen Thema, zu dieser Resolution hier nur Kolleginnen zu Wort gemeldet sind. (Zwischenruf Abg. MR Prim. Dr. Povysil: „Frauenpower!“)

Ich als Sozialdemokratin sage heute auch ein wirkliches Dankeschön, liebe Abgeordnetenkolleginnen und –kollegen, weil letzte Landtagssitzung habe ich noch sehr appelliert, um diesem Thema den wirklichen Stellenwert zu geben und es ist gelungen. Ich habe heute wirklich ein so gutes Gefühl, dass wir so ein großes Thema wie CETA und TTIP, wir haben die Argumente besprochen und wir haben uns geeinigt und das heißt noch nicht, dass wir als Oberösterreichischer Landtag das verhindern können, aber ich bin guter Dinge, dass nämlich auch die Bundesregierung Einspruch zu diesem Abkommen abgeben will. Ich habe das wirklich erfreut gestern in den Oberösterreichischen Nachrichten gelesen, dass in der Ministerratssitzung und in der darauffolgenden Pressekonferenz dezidiert gesagt wurde, dass bei diesem Internationalen Abkommen die Regierungsspitze Widerstand ankündigte und es gibt eben Signale, wonach die Europäische Union das Freihandelsabkommen mit Kanada und gegebenenfalls mit den USA im Alleingang absegnen will und das Erkenntnis

Österreichs, dass man es als gemischtes Abkommen behandeln muss, das ist mir ganz wichtig, weil das gibt einem eine Chance mehr, um eben CETA und TTIP zu verhindern.

Wenn es ein gemischtes Abkommen sein kann und das in der Ratssitzung am 5. Juli so durchgeht, dann heißt es, dass eben die nationalen Parlamente solche Abkommen ratifizieren müssen. Dann lese ich noch, dass Österreich sogar brieflichen Einspruch bei der EU erheben will, also das macht mich umso stolzer und sicher auch die Plattformen und Bewegungen in Österreich gegen diese internationalen Abkommen.

Sogar die SPÖ-Bauern, weil sie heute schon lobend erwähnt wurden. Sie sind so weit gegangen in ihrer Bundeskonferenz am Samstag, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Der SPÖ-Bauer!“) Die gehören zusammen. Die roten Bauern und der rote Bauer, die gehören zusammen und die Bäuerinnen tun ihr Übriges, um die Landwirtschaft wirklich gut zu beleben. Sie wollen einfach unsere agrarischen Produkte nicht im Abtausch sehen mit Interessen der Maschinenbauindustrie und vieles mehr.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Gemeindeautonomie kommen, die haben meine Vorrednerinnen noch nicht erwähnt, dass es natürlich wichtig ist, dass öffentliche Dienstleistungen nicht untergraben werden in ihrem Recht auf die Sicherstellung für die Gemeinden und auch ihre Rechte auf Regulierung sollen nicht eingeschränkt werden. Also ein Hoch der Gemeindeautonomie! Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abg. Lackner-Strauss.

Abg. KommR **Lackner-Strauss:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anscheinend ist das Freihandelsabkommen wirklich weiblich, auch die Expertinnen waren drei Frauen. Aber nichtsdestotrotz, wir werden heute den Dringlichkeitsantrag Richtung Wien schicken und wir werden ihn unterstützen und wir werden ihn natürlich auch inhaltlich unterstützen. Das Freihandelsabkommen CETA und TTIP beschäftigt uns schon wirklich seit geraumer Zeit. Ich möchte mich inhaltlich jetzt nicht mehr festlegen, wir haben schon sehr viel diskutiert und die Kolleginnen vor mir haben auch inhaltlich schon Beiträge geleistet.

Ich möchte nur daran erinnern, dass der öö. Standpunkt bei den Verhandlungen auch auf europäischer Ebene bereits im Mai 2014 stattgefunden hat. Auch da haben wir schon Initiativen gestartet. Eine weitere gemeinsame Initiative war im September 2014, wo wir auch gemeinsam und ganz klar CETA, TTIP und TISA positioniert haben. Auch im Jänner 2015 haben wir uns bereits mit der Absicherung der Gentechnikfreiheit auseinander gesetzt, für die Beibehaltung unserer hohen Tiergesundheits- und Ernährungsstandards in Bezug auf TTIP und CETA haben wir uns auch ganz klar ausgesprochen. Also man sieht ganz klar und deutlich, dass sich die Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags, ganz besonders der EU-Ausschuss, schon sehr lange mit dem Freihandelsabkommen auseinander setzen und auch da immer ganz klare Positionen haben.

Auch in der neuen Legislaturperiode ist es für uns wieder ein wichtiges Thema. Im Mai 2016 haben wir sogar einen eigenen Sonder-EU-Ausschuss abgehalten, was auch wiederum die Wichtigkeit dieses Themas unterstreicht. In diesem Sonderausschuss haben wir mit drei Expertinnen die Pro- und Contra-Positionen zu CETA und TTIP durchaus kontrovers und sehr emotional diskutiert. Ich glaube, die Art und Weise war auch ganz klar. Da sieht man wirklich, wie das auseinander trifft, und die unterschiedlichen Positionierungen sind da

herausgekommen. Dabei ist uns bei dem Ausschuss die Zeit davongelaufen und wir haben die Sitzung dann auch noch verlängern müssen. Wir hätten noch weiter diskutieren können.

Als Obfrau des Ausschusses für EU- und Wirtschaftsangelegenheiten möchte ich mich zuerst einmal für die Diskussionen und für die konstruktive Zusammenarbeit und liebe Ulli Schwarz auch für deine Geduld bedanken, weil ich gesagt habe, wir machen das, aber wir müssen zuerst diskutieren. Ich glaube, das ist ganz wichtig, weil das Thema sehr komplex ist. Ich möchte mich auch bei den drei Expertinnen noch einmal bedanken, auch für ihre Informationen, dass wir uns ein Bild darüber machen konnten, wie komplex dieses Thema eigentlich ist, mit den 1.600 Seiten in englischer Sprache, ist ja nicht so einfach, das alles zu verstehen. Ich bedanke mich auch für die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Klubs, die das auch ermöglicht haben und bei allen Mitgliedern des EU-Ausschusses, es war sicher nicht einfach, bei diesem kontroversen Thema auch einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Wie gesagt, wir werden dem Antrag die Zustimmung erteilen, jetzt inhaltlich, jetzt dringlich und später auch inhaltlich. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Bevor wir aber zur Abstimmung kommen, möchte ich noch die Gelegenheit ergreifen und der Kollegin Silke Lackner sehr herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren. (Beifall) Liebe Silke! Was kann es Schöneres geben als den Geburtstag im Landtag zu verbringen? (Heiterkeit) Es werden dich sicher alle darum beneiden, dass dein Geburtstag gerade an diesen Tag fällt. Nichtsdestotrotz wünschen wir dir alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Erfolg im kommenden Jahr.

Und nun kommen wir wirklich zur Abstimmung und ich darf alle Mitglieder des Landtags ersuchen, die der Dringlichkeit zur Beilage 187/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zur gemeinsamen Erklärung aller Abgeordneten zum Oberösterreichischen Landtag gemäß Paragraph 36 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 betreffend die Brandstiftung in der geplanten Asylwerber-Unterkunft in Altenfelden. Wir haben Ihnen diese gemeinsame Erklärung als Beilage 188/2016 auf Ihren Plätzen aufgelegt. Und ich ersuche nun Herrn Präsidenten Viktor Sigl über die gemeinsame Erklärung zu berichten.

Abg. Präsident KommR **Sigl:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beilage 188/2016, Gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 Oö. LGO 2009 betreffend die Brandstiftung in der geplanten Asylwerber-Unterkunft in Altenfelden.

(Liest Motivenbericht der Beilage 188/2016.)

Die Abgeordneten des Oö. Landtags bekennen sich unmissverständlich zu einem menschlichen Miteinander basierend auf Respekt und Toleranz und unterstützen das Rote Kreuz Oberösterreich uneingeschränkt beim Wiederaufbau der Flüchtlingsunterkunft in Altenfelden. Wir stellen der Gewalt Demokratie und das Engagement für eine bessere Welt entgegen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile dir das Wort.

Abg. Präsident KommR **Sigl**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Es gibt Bereiche im Leben eines und einer jeden Abgeordneten wo man nicht schweigen darf, wo man sich zu Wort melden muss. Nicht alleine deswegen, weil man der Überzeugung ist, etwas sagen zu müssen, sondern auch deswegen, weil das Bild, das Abgeordnete abgeben, nicht nur ein Bild ist, das wir für uns selber jeweils individuell deuten, sondern das auch die Menschen die wir vertreten, in dem Fall die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, auch haben. Und unsere Menschen in Oberösterreich erwarten von der Politik, von den Politikerinnen und Politikern, dass sie das tun, was dem Land hilft, was den Menschen hilft und was Oberösterreich insgesamt vorwärts bringt. Und da gehört unmissverständlich auch dazu, dass wir unsere Politik nicht nur auf den sogenannten Werten, auf denen wir uns bewegen, aufbauen, sondern dass in unsere Politik auch miteinzubeziehen ist eine Gruppe von Menschen, die es sich fast nie ausgesucht haben, dass sie genau zu uns kommen, aber bei uns landen. Und die zu uns deswegen gekommen sind, weil sie dort, wo sie ihr Daheim haben, eben kein Zuhause mehr haben.

Und Sie wissen, ich komme selber aus einer Gemeinde, die seit 60 Jahren Flüchtlingen, wenn auch oft nur vorübergehend, für wenige Tage, für wenige Wochen, auch für mehrere Jahre schon vorgekommen, so etwas wie eine Heimat gibt, eine Möglichkeit gibt, sich wieder einer Heimat zu nähern, für sich selber wieder eine zu finden. Und in dieser Zeit hat meine Gemeinde, in diesen 60 Jahren, zwischen 30.000 und 50.000 Menschen, aus allen Kriegen dieser Welt, möchte ich fast sagen, diese Perspektive gegeben, die Füße wieder auf den Boden zu kriegen, sich neu orientieren zu können, ja Hoffnung schöpfen zu können und diese Hoffnung auch individuell zu nützen, daraus etwas Reales für diese Menschen sich wieder zu schaffen. Und ich muss ganz ehrlich sagen, für meine Bewohnerinnen und Bewohner daheim wäre es zu jeder Zeit undenkbar gewesen und ist es auch undenkbar, solche Schritte zu setzen, wie wir sie hier in Altenfelden erlebt haben. Und ich sage ganz offen, ich habe auch geglaubt, bei uns in Oberösterreich gibt es das nicht. Aber man sieht, es gibt nichts, was es nicht gibt.

Ich bin natürlich der wirklichen Überzeugung und Hoffnung, dass wir den oder die Täter finden. Da geht es mir nicht so sehr um Rache denen gegenüber, sondern weil ich ehrlich gesagt einmal wissen möchte, was in diesen bornierten Köpfen vorgeht. Und das ist in Wahrheit das Traurige an der ganzen Geschichte, dass auch scheinbar wir einen Kreis von Menschen in Oberösterreich haben, wo wir nicht mehr wissen, wie die ticken. Und daher ist das durchaus auch ein Punkt, den wir in unsere Politik hereinholen sollen. Uns zu überlegen, nicht nur immer darüber zu reden, was alles richtig ist und was alles stimmt, dass wir eines der reichsten Länder sind, dass wir in Wahrheit ein rechtsstaatliches System haben, auf das wir unheimlich stolz sind, das wir ständig weiterentwickeln, sondern dass es bei all dem einige gibt, die darin nicht einen Vorteil sehen und die darin nicht einen Wert sehen. Und daher war es richtig, dass wir, wenn wir auch ein bisschen ringen haben müssen klarerweise um die Formulierungen, aber das ist immer so, dass wir diese gemeinsame Erklärung in der Präsidialkonferenz finalisieren haben können und auch heute euch zur Beschlussfassung vorlegen können.

Und wenn da drinnen unter anderem steht, dass die Gewalttaten in den Köpfen der Menschen, ich sage das jetzt bildlich, sehr oft vorher bereits über den Mund oder über das Schriftstück begangen werden, dann ist das etwas, was jetzt nicht nur mehr für die paar Wahnsinnigen oder den Wahnsinnigen gilt, den es hier gilt auszuforschen, sondern bei diesen Gewalttätern, unter Anführungszeichen, auch mit Worten. Da passiert es dann auch, dass man den einen oder die andere durchaus selber kennt.

Und daher möchte ich auch dazusagen, wir müssen auch als Abgeordnete dieses Hauses darauf drängen, dass wir auch das nicht zulassen, dass wir auch dort unmissverständlich sagen, eine Wertordnung, so wie wir sie kennen, wie wir sie von unseren Eltern mitbekommen haben und selber weiterentwickelt haben, hat keinen Platz dafür, undifferenziert jemanden mit Worten "anzubrennen". Und daher distanzieren mich auch von Aussagen, die wir auch im Internet und auf Facebook gelesen haben, wo Persönlichkeiten, die man kennt, auf diese Art und Weise beginnen, ich weiß schon, dass der Wille hier wahrscheinlich ein anderer war als die Tat, aber auf diese Art und Weise beginnen sich in diese Gruppe einzureihen, Gewalttaten mit Mund und Schrift vorzubereiten.

Und ich bin mir sicher, die Zeit wird leider nicht in dem Fall einfacher. Ich möchte gar nicht sagen, dass sie schlechter wird, aber einfacher wird sie nicht. Und daher ist es, glaube ich, auch ein Gebot der Stunde, und das sage ich auch als Mitglied der christlich-sozialen Partei, der ÖVP in Oberösterreich, dass wir hier selber sehr behutsam sind, dass wir hier selber eine Eigenverantwortung haben, um damit der Gesamtverantwortung eines Politikers und eines politischen Bildes, das gezeichnet wird, entsprechen zu können. Und daher bin ich froh, dass wir diese Erklärung haben und dass wir uns auf diese Art und Weise einmal mehr zu den Bereichen bekennen, die in Oberösterreich also doch im gewissen Sinne einzigartig sind, politisches Klima, und zwar eines, wo jede politische Meinung Platz hat, Respekt, Solidarität vor allem auch jenen Menschen gegenüber, die sich ganz einfach neu orientieren müssen. Und da geht es nicht nur um die Asylanten oder Asylberechtigten oder Asylwerber alleine, sondern die haben auch wir in allen gesellschaftlichen Gruppen. Auch wir in unseren Familien kennen das, dass man sich auf einmal beginnen muss neu zu orientieren wegen einem Schicksalsschlag. Auch diese Menschen, deren Unterkunft oder deren vorgesehene Unterkunft irgendein Wahnsinniger anbrennt, haben einen Schicksalsschlag als Grundlage, dass sie hier sind. Und daher verdienen sie auch unsere Solidarität und unsere Hilfe. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Ich weiß, Oberösterreich tut das, und auch die politischen Parteien dieses Hauses tun das. Aber beginnen wir trotzdem, auch mit dem Abstimmen über diese Erklärung, vielleicht ein Stück sensibler zu werden in unserer eigenen Wortwahl und auch in unserer Wertschätzung und unseren Zugängen zum Lösen von Problemen, auch zum Lösen von Problemen dieser Art. Und in dem Sinne bitte ich hier um die einstimmige Annahme dieser Erklärung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke sehr Herr Präsident! Ich bitte nun Herrn Präsidenten Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Cramer um seine Rede zur gemeinsamen Erklärung.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen des Landtags, meine geschätzten Damen und Herren auf der Galerie! Wir haben mit Entsetzen und mit Abscheu die letzten Monate oder auch Jahre nach Deutschland geschaut und dort zur Kenntnis nehmen müssen, dass vor allem im Osten des Landes Asylheime gebrannt haben und zum Teil auch Menschen zu Schaden gekommen sind. Wir haben gehofft, dass dieser Ungeist nicht auch nach Österreich schwappt und waren eigentlich der Meinung, so etwas kann bei uns nicht passieren. Ja, der Kollege Sigl hat es bereits gesagt, wir haben uns leider sehr geirrt. Es kann auch bei uns passieren.

Und mit dieser gemeinsamen Erklärung wollen wir nichts anderes tun, als darauf aufmerksam zu machen, dass Gewalt, dass Radikalität, dass Intoleranz nie ein Mittel der Politik sein kann. Wir müssen dem mit aller Deutlichkeit und mit aller Klarheit entgegenreten, denn nur der Dialog, nur das respektvolle Miteinander wird es schaffen, Lösungen herbeizuführen. Was hier in Altenfelden passiert ist, ist ein Warnschuss. Ein Warnschuss,

dass wir uns alle täglich bemühen müssen, in unserer Wortwahl und auch in dem, was wir tun, stets vorsichtig zu sein. Denn Sprache, das wissen wir alle, Sprache kann Waffe sein und Sprache kann auch verletzen. Daher ist es notwendig, dass wir bei aller Härte der Auseinandersetzung inhaltlicher Art uns nie soweit hinreißen lassen, dass wir Worte oder auch Formulierungen verwenden, die den Mitbewerber verletzen. Und das gilt nicht nur in Oberösterreich, das gilt es eigentlich weltweit einzufordern. Und wenn man heute in die Welt hinausblickt, so muss man mit Schrecken zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur Asylheime brennen, dass also, wie hast du es genannt, Wahnsinnige wild herumschießen und im Namen einer Religion oder sonst irgendeiner Ideologie meinen, ihre Einstellung, ihre Überzeugung mit Gewalt in die Herzen der Mitmenschen hineinzuprügeln, was nie gelingen wird.

In diesem Sinne hoffe ich, dass die heutige Erklärung dazu beiträgt, zumindest viele Menschen in unserem Land zu sensibilisieren und es vielleicht den einen oder anderen dazu anregt darüber nachzudenken, dass wir alle in einer Welt leben, die gefährlich ist. Und Leben ist lebensgefährlich, das wissen wir alle, aber man muss es nicht herausfordern. Und in diesem Sinne hoffe ich, dass wir nicht nur heute das gemeinsam abstimmen, sondern dass diese Erklärung auch auf fruchtbaren Boden fallen möge. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zur gemeinsamen Erklärung zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Makor.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Instrument der gemeinsamen Erklärung ist ein relativ junges Instrument des Landtags und wird nur bei ganz speziellen und besonderen Anlässen und Situationen auch tatsächlich benutzt. Und wir verwenden es zwar, wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe, etwa bei der Initiative zur Medizinuniversität, beim Hochwasser, bei Anti Atom, also bei ganz speziellen Sachen. Und die Situation, die sich ja vor gut 14 Tagen ergeben hat, als der Brandanschlag in Altenfelden bekannt wurde, glaube ich ist mit Sicherheit eine, die dieses Instrument einer gemeinsamen Erklärung, wo der Landtag, wo alle 56 Landtagsabgeordneten sich erklären und gemeinsam zu einer Position stehen, glaube ich durchaus angemessen und gut so. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Und der Vorfall von Altenfelden macht uns alle wirklich auch, glaube ich, betroffen und nicht nur betroffen sondern traurig. Erstmals ist es in Oberösterreich zu so einem verabscheuungswürdigen Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft gekommen. Ängste und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen haben leider schon seit geraumer Zeit auch, und es war schon mehrfach die Rede davon, in verbaler Gewalt umgeschlagen. Und wir alle, wenn wir unterwegs sind in Oberösterreich und in Diskussionen letztendlich auch mit der Bevölkerung sind, erleben manchmal auch Dialoge, die man sich eigentlich so in Oberösterreich nicht gedacht und nicht gewünscht hätte.

Diese Gewalt ist nun in Altenfelden auf für uns erschütternde Weise zu einem realen Akt gegen ein ganz konkretes Gebäude geworden. Wir wünschen und hoffen, dass sich ein solcher Anschlag nicht mehr wiederholt. Wir wollen uns nicht ausmalen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen uns nicht ausmalen, dass eines Tages eine belegte Flüchtlingsunterkunft brennt. Dazu darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu darf es unter keinen Umständen in Oberösterreich kommen.

Ich möchte der Polizei für die geleistete Ermittlungsarbeit beim konkreten Fall herzlich danken und hoffe ebenfalls auf eine baldige Ausforschung der Täter oder der Tätergruppe.

Die SPÖ bekennt sich vor diesem Hintergrund unmissverständlich zum Recht verfolgter Menschen auf Asyl als deren Grundrecht. Ängsten und Vorurteilen in unserer Gesellschaft gegenüber jenen, die vor Krieg und Terror bei uns Zuflucht suchen müssen, müssen wir ernst nehmen, aber wir müssen auch einen Beitrag dazu leisten und mit Nachdruck einen Beitrag dazu leisten, diese Ängste und Vorurteile abzubauen, damit dieses Klima, von dem jetzt schon mehrfach die Rede war, das vorerst verbal war, aber sich mittlerweile auch umgeschlagen hat, dass man diesem Klima auch tatsächlich gemeinsam entgegenwirken kann.

Hetzerische Formulierungen und mehr oder weniger offene Gewaltaufrufe sind in unserer Gesellschaft mittlerweile fast alltäglich geworden. Die Berichterstattung über derartige Vorfälle ist aufgrund bereits regelmäßiger trauriger Anlassfälle umfassender denn je. Gerade, und davon ist auch in der gemeinsamen Erklärung die Rede, in den sozialen Medien ist ein Klima entstanden, das ein optimaler Nährboden genau für diesen Hass ist. Die Hemmungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, fallen, so hat man den Eindruck, stufenweise. Es gibt eine steigende Anzahl von Personen, die sich nicht einmal etwas dabei denken, unter ihrem eigenen und richtigen Namen genau diese Hetze letztendlich zu verbreiten.

Diesen massiven Verlust von Anstand und Hemmungen sollten wir gemeinsam weiter und auch über den heutigen Tag hinaus mit wachsender Sorge beobachten. Wir können als Gesellschaft in unserer derzeitigen Situation nicht einfach wegschauen. Hier werden unsere humanistischen, unsere demokratischen, unsere rechtsstaatlichen Werte untergraben und in Frage gestellt. Wir müssen uns unserer demokratischen und genau dieser humanistischer Werte als Basis unseres Gemeinwesens bewusst sein und klar aufzeigen, wo die Grenzen überschritten, wo sie deutlich überschritten wurden und wo Unrecht geschieht.

Hetze und Gewalt haben in einer freien, demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaft keinen Platz. Die Unversehrtheit eines jeden in dieser Gesellschaft ist das unabdingbare Grundrecht einer jeden Person. Es darf zu keinen weiteren Eskalationsstufen kommen. Gewalt darf eben nicht alltäglich sein. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn die Hetze gegen Einzelne oder gesellschaftliche Gruppen normal wird und die Gewalt verherrlicht wird. Und es liegt letztendlich und gerade auch an uns Politikerinnen und Politikern selbst, als demokratisch gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter, als Vorbilder voranzugehen. Unsere Pflicht ist es, eine unzweifelhafte Absage gegen diesen Trend zu geben und mit positiven Beispielen einer demokratischen Diskussionskultur voranzugehen. Der Dialog, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Dialog ist unzweifelhaft der Konfrontation vorzuziehen.

Es ist, es war heute in der Früh auch schon die Rede in einer gewissen Abschwächung, es ist kein Zeichen der Schwäche, persönlicher Untergriffe oder der absoluten Verächtlichmachung anderer zu entsagen. Das sollten die Basis und der Standard unserer Diskussionskultur sein, dass darauf verzichtet wird. Wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter sind der Souverän, sind vom Souverän legitimierte Gesetzgeber, also müssen wir unwiderruflich jedem Gesetzesbruch auch entgegenreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn der Landtag eine andere Ebene ist, aber ich möchte explizit meinen hohen Respekt dem Bürgermeister von Altenfelden und den von ihm gefunden Worten entgegenbringen und glaube, dass mit diesem Sager, der letztendlich gelautet hat, und er hat damals für Altenfelden gesprochen und seine Gemeindeglieder, dass der Sager, der sehr kraftvoll ist und der, so hoffe ich, für ganz

Oberösterreich und für den Oberösterreichischen Landtag ebenfalls zutrifft, nämlich jener, dass er niemals von einem Gemeindegänger von Altenfelden, aber in Wirklichkeit von ganz Oberösterreich, niemals auch nicht nach ein paar Bier hören möchte, dass die Täter von Altenfelden Recht gehabt haben. Und wenn das die Botschaft des heutigen Tages ist, dann ist das eine gute Botschaft für Oberösterreich. Danke sehr! (Beifall)

Zweiter Präsident: Um das Wort gebeten hat die Frau Abgeordnete Mag. Buchmayr!

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Oberösterreichischen Landtag, werte Gäste auf der Galerie oben, liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die diese gemeinsame Erklärung des Oberösterreichischen Landtags im Internet mitverfolgen! Ich denke, es ist eine sehr, sehr wichtige Initiative und ein sehr, sehr wichtiges Zeichen, das wir hier heute gemeinsam setzen.

Ja, am 1. Juni hat Altenfelden, hat Oberösterreich seine Unschuld verloren, so titelte es eine Zeitung nach dem Brandanschlag auf die gerade neu errichtete Unterkunft für Flüchtlinge in Altenfelden im Mühlviertel, Brandstiftung aus vermutlich politischer Motivation in Oberösterreich. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hätte sich das vor einem Jahr gedacht, dass das hier bei uns in Oberösterreich, ja in Österreich überhaupt möglich wäre, also bei aller Hitzigkeit unserer Debatten oft hier herinnen, aber das hätte ich mir niemals träumen lassen, ja und heute ist es tatsächlich so weit.

Und man muss wirklich sagen, unser Land nimmt eine Entwicklung ein, wenn man das alles so betrachtet und ansieht, die tatsächlich gefährlich ist, die gekennzeichnet ist von einem völligen Vertrauensverlust großer Teile der Bevölkerung, großer Teile der Österreicherinnen und Österreicher in die Grundsätze der Demokratie und des Rechtsstaats. Es ist gekennzeichnet durch eine Entwicklung, wo immer öfter Gewalt als Teil der politischen Debatte und der Auseinandersetzung akzeptiert und hingenommen wird. Das ist eine Entwicklung, die droht, dass Gewalt in der Sprache immer mehr auch zur Gewalt in der Tat führt. Und das dürfen wir alle, wir alle, die wir uns demokratische Parteien nennen, demokratisch gewählte Parteien, niemals zulassen, bei all unseren unterschiedlichen Meinungen, bei all unseren unterschiedlichen Standpunkten, Wertehaltungen und auch bei, ja bei durchaus hitzigen Debatten und vielleicht auch einmal Streit, aber das ist in einer Demokratie eben so, aber das dürfen wir nie zulassen. Wir haben als Politiker und Politikerinnen, als Parteien tatsächlich die grundlegende Verantwortung, den Frieden in unserer Gesellschaft aufrecht zu erhalten und darauf zu achten, dass er aufrechterhalten bleibt.

Ja und an dieser Stelle möchte ich oder ich möchte auch diese Möglichkeit nutzen namens meiner Fraktion, auch den Feuerwehrleuten ganz, ganz herzlich und ganz, ganz inbrünstig zu danken, dass die bei diesem sehr schwierigen Einsatz und auch gefährlichen Einsatz da in Altenfelden hier wirklich Bestes geleistet haben, doch konnte die Zerstörung durch die Brandstifter leider nicht mehr verhindert werden. Und auch ich möchte mich an dieser Stelle bei der Polizei bedanken, die mit Hochdruck derzeit ermittelt, um dieses Verbrechen aufzuklären. Bei all diesen Schwierigkeiten, die die Ermittlungen mit sich bringen, diese Tat darf nicht unaufgeklärt bleiben. Wir brauchen, was diese Brandstiftung für das Flüchtlingsheim in Altenfelden betrifft, unbedingt Klarheit und der Rechtsstaat muss hier wirklich die Möglichkeit haben, eine unmissverständliche Antwort zu geben, um hier auch eine entsprechend strenge Strafe verhängen zu können.

Ja und ein besonderer Dank gilt auch dem Roten Kreuz und dem Land Oberösterreich, es sitzen ja Präsident Aichinger, Landesrat Rudi Anschober auch hier und Landeshauptmann Josef Pühringer, die sich auch wirklich unmittelbar, also da ist der Rauch sozusagen noch aus der Brandruine aufgestiegen, ganz klar und unmissverständlich dazu bekannt haben, dass dieses Haus, dieses Flüchtlingsheim an genau exakt derselben Stelle wieder aufgebaut wird. Ich denke, das ist ein ganz, ganz, ganz wichtiges Signal, diese Botschaft ist ganz wichtig und ganz unmissverständlich, wir werden der Gewalt nicht weichen. Diesem Hass stellen wir Demokratie und das Engagement für eine bessere Welt entgegen, wir als Oberösterreichischer Landtag, wir als Politikerinnen und Politiker.

Ja und ich möchte mich auch beim Bürgermeister von Altenfelden bedanken für diese ganz, ganz klaren Worte, die er in dieser sicherlich sehr, sehr schwierigen Situation sofort gefunden hat. Ich denke, das ist wirklich genau die richtige Antwort darauf. Ja, und ich habe in den vergangenen Tagen auch oft wieder daran gedacht, im Sommer 2011, in Oslo, als der ehemalige Ministerpräsident Norwegens Jens Stoltenberg im Anschluss an das ganz furchtbare Attentat des Rechtsextremisten Breivik, der bei einem ganz unfassbarem Terroranschlag, der rechtsextrem motiviert war, 77 Kinder und Jugendliche ermordet hat bei einem Jugendlager, der darauf als erste Reaktion gesagt hat, die Antwort auf Gewalt ist mehr Demokratie und Menschlichkeit.

Ja, liebe Kollegen und Kolleginnen, lassen wir es in Österreich nie wieder so weit kommen, dass politisch motivierte Gewalt Menschenleben kostet. Die Vorkommnisse in Altenfelden müssen uns allen eine ganz, ganz deutlich Warnung sein, bis hier her, das müssen wir wirklich gemeinsam sagen, und keinen Millimeter weiter darf das gehen. Das werden wir nicht zulassen. Wir werden hier wirklich alle gemeinsam, und ich bin wirklich froh über diese gemeinsame Erklärung, die wir hier heute treffen, wir werden nicht zulassen, dass Angst und Schrecken in Oberösterreich verbreitet werden.

Ja, ich bedanke mich bei Ihnen allen, werte Kolleginnen und Kollegen im Oberösterreichischen Landtag, dass wir als Oberösterreichischer Landtag heute hier dieses wichtige Zeichen setzen und gemeinsam dieser Erklärung heute zustimmen und entsprechend verabschieden. Dankeschön! (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Beilage 188/2016 Gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 Oö. LGO 2009 betreffend die Brandstiftung in der geplanten Asylwerber-Unterkunft in Altenfelden zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wobei ich feststelle, dass für die Beschlussfassung eine einstimmige Annahme erforderlich ist. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass die gemeinsame Erklärung einstimmig angenommen worden ist. (Beifall)

Wir kommen nun zur Beilage 168/2016, das ist der Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bautechnikgesetz 2013 geändert wird (Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2016). Ich bitte Herrn Abgeordneten Ing. Fischer über die Beilage zu berichten.

Abg. **Ing. Fischer:** Beilage 168/2016, Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bautechnikgesetz 2013 geändert wird (Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2016).
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 168/2016.)

Der Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bautechnikgesetz 2013 geändert wird (Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2016), beschließen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile Herrn Abgeordneten Fischer das Wort.

Abg. **Ing. Fischer:** Danke! Ja, die EU-Kommission hat gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie eingeleitet. Der Grund liegt in der unzureichenden Umsetzung jener Bestimmungen, mit denen die Qualität der Energieausweise überprüft werden soll. Mit dem vorliegenden Entwurf soll dies beseitigt werden. Im Detail verpflichtet diese Novelle die Landesregierung zu einer Überprüfung eines statistisch signifikanten Prozentanteils der jährlich ausgestellten Energieausweise. Für diese Kontrolle kann sich die Landesregierung aber einer befugten unabhängigen Stelle bedienen und die Energieausweisaussteller haben dabei eine unabdingbare Mitwirkungspflicht.

Man geht für eine ausreichende Stichprobe von einem Kontrollbedarf von jährlich zirka 400 Energieausweisen aus, wobei aufgrund der ohnehin bereits zu kontrollierenden Energieausweise im Rahmen der Wohnbauförderung eine zusätzliche Überprüfung von zirka 250 bis 300 Energieausweisen im Jahr durch die Landesregierung angenommen wird.

Die arbeitstechnischen Prüfungsabschnitte sind im Groben Ziehung der Stichprobe, Ermittlung der zugehörigen Energieausweisaussteller, Beschaffung der Energieausweise und der hierfür verwendeten Berechnungsgrundlage, Prüfung der verwendeten Gebäudedaten und der im Energieausweis angegebenen Ergebnisse, nachstehend die Dokumenten sowie die Einschaltung der zuständigen Behörden bei groben Mängeln. Personell wird diese zusätzliche Kontrolle in etwa zwei Personenjahre in Anspruch nehmen. Unter diesem Blickpunkt werden somit die bisherigen Kontrollen intensiviert. Es entstehen hier jetzt zusätzliche Kosten für das Land Oberösterreich. Die Qualitätssicherung der Energieausweise und die damit bezweckte Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden im Sinne einer positiven umweltpolitischen Maßnahme überwiegen aber diesen Aufwand und tragen somit zu einer sinnvollen Energieressourcenschonung bei. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Ja, geschätzter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, auch wir von der SPÖ-Fraktion stimmen dem Landesgesetz, damit das Oö. Bautechnikgesetz geändert wird, zu. Kollege Fischer hat ja bereits vieles angeführt, damit wir diesem eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich, aber auch der Nichtumsetzung in Oberösterreich nachkommen. Ich habe nachgeschaut und zwar im Amtsblatt der Europäischen Union vom 18. Juni, unter Artikel 18 steht ja drinnen, unabhängiges Kontrollsystem, die Mitgliedsstaaten gewährleisten, dass für die Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz und die Inspektionsbereiche für Heizungs- und Klimaanlage unabhängige Kontrollsysteme gemäß Anhang 2 eingerichtet werden. Die Mitgliedsstaaten können separate Systeme für die Kontrolle der Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz und der Inspektorenberichte für Heizungs- und Klimaanlage einführen.

Ja, wir waren da etwas säumig, aber auch dahingehend, da ja bereits im Zuge der Energieausweise für geförderte Wohngebäude im Rahmen der oberösterreichischen

Wohnbauförderung eben jährlich zirka von den 400 Energieausweisen einige geprüft wurden, aber eben diese 250 bis 300 Energieausweise, die du angeführt hast, sind eben weiter zu überprüfen und es werden hier eben diese zwei Personaleinheiten nötig werden, um weitere Kontrollen durchzuführen.

Ich möchte mich auch bedanken bei der Fachabteilung, die uns im Ausschuss dementsprechend über die Vorgangsweise aufgeklärt und informiert hat. Wir stimmen dem Gesetzesentwurf zu. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Bevor ich nun Herrn Kollegen Frauscher an das Mikrofon bitte, darf ich noch die Schülerinnen und Schüler des Europagymnasiums Auhof sehr herzlich im Landtag begrüßen. Ich wünsche euch eine interessante und spannende Stunde hier im Landtag und großen, wie soll ich sagen, Gewinn für eure zukünftige oder eure noch zu Ende gehende Schulzeit. In diesem Sinne darf ich nun den Kollegen Frauscher ans Mikrofon bitten. Er wird bereits die ersten erhellenden Worte in diese Richtung richten.

Abg. KommR **Frauscher:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es ganz kurz machen. Es ist ja schon das meiste gesagt worden. Wir haben uns ja vor drei Jahren, kann man sagen, im Unterausschuss und im Bauausschuss damit beschäftigt, mit dieser EU-Gebäuderichtlinie. Wir haben damals die baurechtlich relevanten Teile ja schon dort beschlossen. Das war die Bauordnungsgesetz-Novelle 2013, das Bautechnikgesetz 2013 und die Bautechnikverordnung und 2015 haben wir noch einmal nachgereicht mit der Bautechnikverordnungs-Novelle. Das ist praktisch schon damals alles passiert. Wir haben allerdings diesen einen Punkt, also diese zwei Absätze in dem Artikel 18 noch nicht beschlossen gehabt, und deswegen gibt es jetzt dieses Vertragsverletzungsverfahren. Bereits seit 2012 hält uns jetzt die EU das vor. Deswegen sollten wir schauen, dass wir das jetzt möglichst schnell beschließen. Dieses Kontrollsystem für die Energieausweise, die stichprobenweise zu überprüfen sind, ist einzuführen.

Wichtig ist auch, dass man das delegieren kann, wenn es notwendig ist, an befugte Stellen, und dass die Aussteller von diesen Ausweisen oder die Verfügungsberechtigten dieser Gebäude verpflichtet werden können, dass sie diese Unterlagen, die man dann braucht, auch vorweisen müssen. Ich bitte um Zustimmung. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich nun Frau Kollegin Böker, und ich erteile es ihr.

Abg. **Böker:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, Interessierte, Schüler, Schülerinnen und eine Gruppe aus Ottensheim mit Asylwerbern, die hier auch auf der Galerie sind, weil ich Sie gerade sehe, begrüße ich Sie auch ganz herzlich samt Ihren Betreuern von der Initiative für freiwillige Flüchtlingsbetreuung in Ottensheim! (Beifall)

Kurz zu diesem Punkt, ursprünglich hätte ich gedacht, hier brauche ich nichts mehr zu sagen, aber ich möchte einfach ein bisschen weiter hinausgehen. Ich achte diese Einrichtung einer geeigneten und unabhängigen Kontrollstelle selbstverständlich für eine sehr wichtige Maßnahme, denn wenn man gesetzliche Grundlagen hat, müssen diese auch stichprobenweise überprüft werden. Auch die von der Energie AG in ihrer Stellungnahme eingebrachten Fragen sind ja im Ausschuss schon beantwortet worden, aber in manchen Bereichen sicherlich noch zu klären.

Ich denke aber, wenn wir von Energieeffizienz sprechen, und hier geht es natürlich um diese Energieausweise, möchte ich noch ein paar Worte verlieren, was wir meines Erachtens bei diesem Thema noch beachten müssen, beispielsweise beim Bau eines Gebäudes die verwendeten Rohstoffe, wo wir Baumaterialien verwenden, wo wir auch die Herstellungsenergie betrachten müssen, genauso auch das Recycling des Hauses beziehungsweise dessen Gebäudeteile, das muss zukünftig auch bei der Energieeffizienz mitgedacht werden.

Es ist zwar gut und richtig, wenn man durch ein gut gedämmtes Haus tatsächlich viel Energie einspart. Wenn ich aber vorher das Dämmmaterial aufwändig mit viel Energieverbrauch, und das zumeist auch mit fossilen Rohstoffen herstellen muss und danach, mit hohen Kosten verbunden, als Sondermüll entsorgen muss, siehe auch Recycling-Baustoffverordnung, über diese haben wir ja auch vor gar nicht so langer Zeit gesprochen, dann habe ich von der eingesparten Energie, in der Gesamtbilanz betrachtet, unter dem Strich sehr wenig.

Versuchen wir neue Maßstäbe beispielgebend beim geförderten Wohnbau anzuwenden, ändern wir hier die Kriterien für die Fördervergabe im Sinne der nächsten Generationen, im Sinne der heimischen Wirtschaft und im Sinne der regionalen und nachwachsenden Rohstoffe, die wir selbst erzeugen können. Es gibt schon genügend Beispiele, insbesondere auch wiederum in der Region, von der ich herkomme, in der Bio-Region Mühlviertel.

Auch das Thema Raumordnung und die Zersiedelung sind in einer Gesamtbetrachtung nicht wegzulassen. Bedenken wir nicht nur die Kosten der Infrastruktur bei den Siedlungssplittern, Straßen, Kanal, Wasser, Energie, Winterdienst, aber auch das damit verbundene PKW- oder autoabhängige Mobilitätsverhalten, dann sind wir bei der Feststellung, dass das beste Passivhaus nichts nutzt, weil ich zumeist zwei Autos oder PKWs benötige, um den normalen Alltag bewältigen zu können. So müssen wir noch an vielen Schrauben drehen und schleunigst damit anfangen. Darum, lieber Herr Klubobmann Mahr, erwarte ich mir auch sehr bald einen Unterausschuss zum Thema Wohnbau, wo wir ja schon zwei Themen auf der Tagesordnung haben, wo wir uns auch die Stellplatzverpflichtung anschauen.

Aber dort sollte man auch wirklich beginnen, über Energieeffizienz in der Gesamtbilanz zu diskutieren, und ich hoffe, dass wir nicht nur eine Stunde Zeit haben, wie es in manchen Unterausschüssen ist, sondern uns dafür ein bisschen mehr Zeit nehmen, denn dieses Thema ist mir zu wichtig.

Ein kleiner Nebensatz zu einer Aussage der Abgeordneten Langer-Weninger, wo es um die Mountainbike-Offensive ging. Hier ging es darum, da war ein Satz drinnen, der hätte mich fast veranlasst, zu diesem Punkt zu sprechen, denn es ging dort um den sorglosen Umgang mit Grund und Boden. Also, wenn wir eine sanfte Öffnung der Forststraßen zulassen würden, dann ist das kein sorgloser Umgang mit Grund und Boden, denn diese Straßen sind bereits vorhanden, wogegen wir beim Bau von Gebäuden, von Einkaufszentren und Fachmarktzentren hier wirklich über diese Thema intensiver reden müssten.

Ja, ich möchte einfach, dass wir ganz verantwortungsvoll mit den Ressourcen auf dieser Welt umgehen, und den nächsten Generationen sind wir verpflichtet und haben alles zu tun, um diese Ressourcen in unserer Welt schonend einzusetzen. Ja, wir stimmen natürlich diesem Antrag zu. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Bevor ich nun den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter an das Mikrofon bitte darf ich noch offiziell, auch wenn es die Ottensheimer Kollegin bereits getan hat, die Asylgruppe aus Ottensheim recht herzlich bei uns im Landtag begrüßen und wünsche Ihnen eine interessante und spannende Stunde. Nun darf ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner ans Mikrofon bitten.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, werte Besucherinnen und Besucher, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Erstens bedanke ich mich einmal beim hohen Haus, dass man bereits festgestellt hat, dass man dieser Novellierung auch die Zustimmung gibt, wobei ich eines ganz offen sage, diese Regierungsvorlage wurde von mir mit einem großen Widerwillen auf den Weg gebracht. Warum?

Wir reden andauernd von Entbürokratisierung, von Verwaltungsvereinfachungen, davon, dass alles einfacher werden sollte und schwuppdiwupps, es gibt die Europäische Union, und die beschäftigt sich mit ganz wichtigen Dingen, und zwar damit, dass unbedingt eine gesetzliche Bestimmung geschaffen wird, die ein entsprechendes Kontrollsystem für Energieausweise sicherstellt. Eine tolle Sache, ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission oder Europäischen Union gegen die Republik Österreich.

Ich persönlich frage mich, und nicht nur ich, sondern natürlich auch der Bürger mit Hausverstand, wie wird denn das in anderen Ländern der Europäischen Union so gehandhabt? Vor kurzem hat es eine Reise nach Riga gegeben. Ich denke mir nicht, dass es dort so ein ausgereiftes Kontrollsystem für Energieausweise gibt. Es ist ja ganz interessant, das einmal herauszufinden, ob man das auch dort so handhabt wie in Österreich und ob auch die Europäische Union hier entsprechend vorgeht.

Nicht, dass ich das jetzt diesen Staaten wünsche, aber ich sage nur, ganz offen und ehrlich gesagt, das ist eine Schreibtischtäterveranstaltung der Europäischen Union. Ich sage das ganz konkret und auch ganz offen, denn in Österreich, und gerade in Oberösterreich werden die Energieausweise kontrolliert, vor allem im geförderten Wohnbau.

Dass man dann gleichzeitig natürlich wieder weitere Dienstposten schaffen muss, um hier wieder alle anderen Bereiche abzudecken, auch wenn es nur stichprobenartig ist, mit zusätzlichen 250 bis 300, dann muss man mich schon verstehen, dass ich grundsätzlich diese Vorlage mit einem gewissen Widerwillen auf den Weg gebracht habe. Aber ich bedanke mich natürlich für die Zustimmung.

Ehrlich gesagt müsste sich die Republik bedanken, weil das Vertragsverletzungsverfahren letztendlich ja auch die Republik, aber im Stufenbau der Rechtsordnung das Land Oberösterreich, betrifft. Mir wäre es viel wichtiger, wenn man sich nicht immer nur mit Berechnungen auseinandersetzen würde, mit Papieren, die geduldig sind, auch in der Kontrolle, sondern wenn man sich tatsächlich einmal überlegt, und das tun wir im Wohnbau auch, was macht Sinn bei energetischen Maßnahmen, was hat sich bewährt, wo profitieren die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch tatsächlich? Was trägt zur Ressourcenschonung bei?

Auch das ist ganz entscheidend, aber nicht, dass wieder einmal alles kontrolliert wird. Denn man darf nicht vergessen, letztendlich werden diese Ausweise von Sachverständigen ausgestellt, von Fachleuten, die auch letztendlich Sachverständigenstatus haben, und dann müssen sich wieder Sachverständige mit Papieren auseinandersetzen, die von

Sachverständigen erstellt worden sind, die sich dann wahrscheinlich in der Europäischen Union wieder Sachverständige anschauen.

Das alles, ehrlich gesagt, macht in Wahrheit wenig Freude. Wenn man sich überlegt, wie lange, und da bedanke ich mich auch ganz herzlich bei der Fachabteilung, beim Herrn Mag. Petermandl, beim Herrn Dipl.-Ing. Penninger, für ihre Mitarbeit und auch, wie sie versucht haben, dieses Problem so zu lösen, dass es für uns in Wahrheit verkraftbar ist, und dass kein goldenes Plating passiert.

Aber man könnte die Zeit auch für anderes nützen. Man könnte die Zeit auch dafür nützen, wie man die eine oder andere Bestimmung vereinfacht, wie man das Gespräch noch intensiver sucht, mit unseren Partnern aus der Bauwirtschaft, nicht nur aus der Wohnungswirtschaft in den ausführenden Unternehmen.

Ehrlich gesagt, das wäre mir persönlich viel wichtiger. Mir wäre es auch wichtiger, wenn man sich über die Ressourcenschonung unterhält, aber Frau Kollegin Böker, wir haben in Oberösterreich mit der Gesamtenergieeffizienz, glaube ich, schon eine Vorreiterrolle eingenommen, und ich bin auch froh, wenn die Grünen sagen, ganzheitlich sollte man das betrachten, weil manchmal habe ich von einer gewissen Ecke, ich meine jetzt gar nicht so sehr politisch, als Wohnbaureferent vernommen, na gut, wir müssen manche Richtlinie noch weiter hinaufschrauben. Hauptsache, wir erfüllen wieder irgendwelche Werte am Papier, was Minimalenergiehäuser betrifft, oder die Diskussion um die Plus-Energiehäuser, und so weiter.

Wir leben in einem freien Land, das ist wunderschön. Wir sollten aber auch dem Hausverstand weiterhin freien Lauf lassen. Das wäre auch etwas Entscheidendes und nicht andauernd sich nur mit Bestimmungen insofern beschäftigen, wo dann manche sagen, ja, sollte ich überhaupt noch mit Wohnbauförderung bauen, sollte ich überhaupt noch ein Eigenheim errichten?

Es wird wirklich immer schwieriger. In diesem Sinne, nochmals an die Mitglieder des hohen Hauses ein herzliches Dankeschön für die Zustimmung zu dieser Vorlage, aber ehrlich gesagt wäre ich froh, wenn sich die Europäische Union mit anderen, wichtigeren Dingen auseinandersetzen würde. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 168/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 169/2016, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend den Bericht des Sozialausschusses betreffend den Rechenschaftsbericht der Oö. Kinder- und Jugendanwaltschaft über den Zeitraum 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2015. Ich darf die Frau Abgeordnete Roswitha Bauer bitten, über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Bauer:** Beilage 169/2016, Bericht des Sozialausschusses betreffend den Rechenschaftsbericht der Oö. Kinder- und Jugendanwaltschaft über den Zeitraum 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2015.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 169/2016.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den Rechenschaftsbericht der Oö. Kinder- und Jugendanwaltschaft über den Zeitraum 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2015, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 18. April 2016 (Beilage 138/2016, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile der Frau Abgeordneten Bauer das Wort.

Abg. **Bauer:** Ja, sehr geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und im Internet! Der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist auch heuer wieder sehr umfassend und sehr informativ. Der gesamte Bericht dokumentiert, wie wichtig die KIJA für die Kinder, für die Jugendlichen und deren Eltern ist.

Vor allem aber ist die KIJA eine ganz wichtige Stütze in unserer Gesellschaft, eine Stütze für unsere Familien in unserer schnelllebigen Zeit. Daher gleich zu Beginn ein großes Dankeschön an die Leiterin der Kinder- und Jugendanwaltschaft, Frau Mag. Winkler-Kirchberger und ihrem gesamten Team. Ihr leistet wirklich tolle Arbeit, ihr leistet verantwortungsvolle Arbeit und wie der Bericht zeigt, auch sehr, sehr professionelle Arbeit. (Beifall)

Wenn man den Bericht liest, gewinnt man den Eindruck, das Tätigkeitsfeld der KIJA wird immer umfassender und vor allem, denke ich, immer herausfordernder. Gestern war ja die 9. Integrationskonferenz des Landes Oberösterreich, übrigens eine sehr, sehr gelungene Veranstaltung. Ich möchte auch der Integrationsstelle ganz, ganz herzlich gratulieren. Es waren sehr viele Besucher da, großes Interesse, also es war wirklich eine tolle Veranstaltung.

Und auch dort war es ein Thema, nämlich die Flüchtlingssituation und wie gestalten wir diesen Wandel? Auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist davon betroffen, denn die Situation der Flüchtlingskinder ist keine einfache. Es wird im Bericht ganz klar aufgezeigt, dass gerade diese Kinder und Jugendlichen unsere Hilfe und Unterstützung brauchen.

Viele von ihnen werden in Österreich bleiben und brauchen Chancen und Perspektiven, um sich bestmöglich integrieren zu können. Es gibt ganz klare Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention, dass Kindern und Jugendlichen und natürlich auch Flüchtlingskindern Schutz gewährt werden muss, entsprechende Versorgung gewährt werden muss, und da haben wir immer noch großen Aufholbedarf.

Im Bericht ist ganz klar zu lesen, die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingskindern entspricht nicht den Standards sozialpädagogischer Einrichtungen für inländische Kinder. Ich denke mir, es liegt auf der Hand, dass junge Flüchtlinge aufgrund ihrer traumatischen Kriegs- und Fluchterfahrungen besonders intensive Unterstützungen benötigen würden.

Es wurde im Bericht auch ganz klar angeführt, wo es dringenden Handlungsbedarf gibt. Die wichtigsten möchte ich jetzt erwähnen. Es müssten Asylverfahren von unbegleiteten Flüchtlingskindern vorrangig behandelt und zeitnah abgewickelt werden. Die jungen Menschen müssten möglichst rasch in kinder- und jugendgerechte Einrichtungen der Länder untergebracht werden.

Sie brauchen Betreuung und einen fördernden Zugang zu Bildung und Ausbildung und es sollen Modelle individueller Betreuungs- und Begleitungsformen forciert werden, wie zum Beispiel durch Patenschaften oder Gastfamilien, wodurch Integration besser und früher gelingen kann.

Eine Erfolgsgeschichte ist auch die KIJA on Tour. Seit Beginn im Jahr 2013 sind deren Akteure, bis auf die Ferien und ein paar kurze Pausen, permanent unterwegs. Das ist auch der enormen Nachfrage geschuldet. Dabei geht es um die unterschiedlichsten Themen, die Kinder und Jugendliche beschäftigen, wie zum Beispiel die Gefahren des Internets oder seit heuer neu, Kinderrechte und Identitätsfindung. Letzteres beschäftigt unsere Jugendlichen ganz besonders, denn die Ausbildung der eigenen Identität ist die wichtigste Entwicklungsstufe auf dem Weg zum Erwachsenwerden.

Dabei werden, wie wir wissen, unsere Jugendlichen oft von vielen negativen Einflüssen begleitet, wie zum Beispiel, dass sie fragwürdigen Schönheitsidealen nacheifern oder auch, dass sie für radikalisierte Strömungen empfänglich sind. All das kann unsere Jugendlichen in ihrer Identitätsentwicklung nachhaltig stören.

Daher ist diese KIJA on Tour sehr zu begrüßen. Die Jugendlichen werden dabei in ihrer Identitätsfindung gestärkt und unterstützt, und vor allem ist es ein wichtiger Beitrag zur Prävention gegen eine Radikalisierung unserer Jugendlichen. Also, alles in allem ist die Kinder- und Jugendanwaltschaft für Kinder, für Jugendliche, für Eltern ein unverzichtbarer Begleiter und Ratgeber in oft schwierigen Lebenssituationen. Ich möchte mich nochmals beim KIJA-Team sehr, sehr herzlich bedanken. Ich habe es schon erwähnt, sehr professionell, sehr verantwortungsvoll, sehr umfangreich, diese Tätigkeit. Vielen, vielen Dank, alles Gute weiterhin.

Noch ein Satz, oder möglicherweise noch zwei Sätze zum Schluss, weil es ja heute noch Thema sein wird. Gleich zu Beginn des Tätigkeitsberichts sind die Kinderrechte angeführt. Die zwei wichtigsten davon möchte ich erwähnen. Alle Kinder auf der Welt haben die gleichen Rechte, und kein Kind darf, aus welchen Gründen auch immer, benachteiligt werden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche Sie und ich ersuche euch, beim heutigen Tagesordnungspunkt, Kürzung der Mindestsicherung, diesen Aspekt mitberücksichtigen. Ein Drittel der Antragsteller zur bedarfsorientierten Mindestsicherung sind Kinder. Kinder sind die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, sorgt bitte nicht dafür, dass diese Kinder in die bittere Armut gedrängt werden. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Martina Pühringer, in Vorbereitung Kollegin Wall.

Abg. **Pühringer:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe diesen Kinder- und Jugendanwaltschafts-Bericht unter das Motto gestellt „Hinschauen und nicht wegschauen“. Das ist bei manchen in unserer Gesellschaft so üblich, dass man lieber weg- als hinschaut. Der gesetzliche Auftrag ist, einen dreijährigen Bericht zu geben, der wurde hiermit erfüllt, das wäre aber zu wenig, wenn ich das sage, sondern die wichtige Aufgabe, Kindern zu ihrem Recht zu verhelfen, ist hier oberste Priorität. Und wenn ich mir die Zahlen anschau von 2013, 2014 und 2015 so ist für mich, so lese ich heraus, ein großer Schwerpunkt Präventionsarbeit. Ich sage einige Zahlen: 6.100 Workshops über Kinderrechte wurden abgehalten, 5.900 Workshops Mobbing und Gewaltprävention, 1.200 Präventionstage in den Kindergärten, 700 Kinderfeste und vieles mehr. Also hier wurde und wird der Prävention wirklich ein großes Augenmerk geschenkt.

Kinder in allen Lebenslagen zu unterstützen, in besonderen Lebenslagen, bei Trennungen, wenn Mutter oder wenn Mutter und Vater schwer erkranken, Gewalt in der Familie, sexuelle Gewalt, Mobbing durch Mitschülerinnen und Mitschüler, auch in Bezug mit den neuen Medien erleiden hier viele Kinder Ungerechtigkeiten und ich denke mir, da muss man auch hinschauen. Ein großer Aufgabenbereich in der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist eben, Prävention und Intervention greifen hier ineinander, wenn man sich die ganzen Projekte anschaut und was alles passiert. Durch die Workshops und Vorträge, Theateraufführungen, werden im Jahr 20.000 Personen als Zielgruppen erreicht und das ist eine wichtige Arbeit. Aber nur Kinder zu informieren wäre zu wenig. Es bedarf auch der verstärkten Zusammenarbeit mit PädagogInnen, SozialarbeiterInnen, Ärzten, Pflegepersonal, Betreuungseinrichtungen und allen, die mit Kindern, in Schulen, in Kindergärten, eben in Betreuungseinrichtungen, arbeiten müssen. Hinschauen und nicht wegschauen, das funktioniert auch sehr gut.

Ein Schwerpunkt, Kollegin Bauer hat es kurz erwähnt, ist und war dieses Patenschaftsmodell, so ähnlich wie beim Modell Leih-Oma gibt es hier eben Personen, die sich ehrenamtlich zur Verfügung stellen und die Kinder betreuen, das wird gut angenommen. Und dieses Unterstützungsmodell, diese Bezugspersonen im Alltag, das wird jetzt auch ausgebaut für Flüchtlingskinder, dass hier unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder eben mit diesem Patenschaftsmodell auch betreut werden, das ist ein Projekt für die Zukunft, das ausbaufähig ist.

Dann ist auch ein weiterer Schritt in die Zukunft, dies noch auszubauen, die Kinderbeistände und zwar das Kinderrecht beim Verfahren im Familiengericht hier zu unterstützen und eben die kindergerechte Beteiligung im Verfahren zu unterstützen und die Jugendlichen hier zu begleiten, ist auch ein wichtiger Aspekt in der Vorausschau und in die Zukunft. Weil es ja drei Jahre sind, die wir zurückschauen und es betrifft das Jahr 2014, das ein Jubiläumsjahr war, 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention, das wurde hier gefeiert und auch nach 25 Jahren ist das ganz wichtig und ebenso war 2014 eben auch 25 Jahre der gesetzlichen Verankerung des absoluten Gewaltverbots in der Erziehung auch im österreichischen Recht. Wenn man das bedenkt, dass das noch nicht länger festgeschrieben ist, hat mich das sichtlich erstaunt. Ich habe das nicht gewusst, erst beim durcharbeiten dieses Berichtes.

Hinschauen und nicht wegschauen, sich einzusetzen, das ist die Aufforderung für uns alle. Aber eine Aufforderung an den Bund ist, haben wir von der Kollegin Rosemarie Bauer schon gehört, ist auch, und da bin ich deiner Meinung, das Asylverfahren von unbegleiteten Jugendlichen wirklich vorrangig zu behandeln und sich um ihre Sachen schneller anzunehmen, weil die wirklich auch im Zuge des Kinderrechtes die Unterstützung brauchen und hier fordern wir, dass das gezielt angegangen wird. No na, ich möchte mich auch bei Ihnen, Frau Mag. Christine Winkler-Kirchberger, bedanken mit Ihrem Team für Ihre gute Arbeit.

Ich habe so durchgerechnet, im Schnitt haben Sie in den letzten drei Jahren, im Schnitt pro Jahr 3.000 Beratungen, liebe Damen und Herren, das sind mindestens 3.000 Schicksale, die Kinder und Familien betreffen, in erster Linie die Kinder. Und wenn ich an Kinder denke, dann sehe ich strahlende Kinderaugen, leuchtende Kinderaugen, vom Baby angefangen bis zum Vorschulalter. Kinderaugen, die viel aussagen, zeigen sie Freude, Angst, Glück, Trauer, Sorgen, Unsicherheit, haben sie ein Umfeld wie viele in Oberösterreich, in der sie in der Familie aufgehoben sind, in der sie Sicherheit bekommen. Erleben sie in späteren Jahren, Volksschule, Mittelschule, Mobbing, wie schon angeführt, mit den neuen Techniken. Hier passieren wirklich grausame Dinge. Man sagt immer, ein alter Spruch, Kinder können

grausam sein. Und gerade die neuen Techniken, via Handy, Vereinfachung für viel Mobbing in der Schule und Mobbing gegen Kinder und ich denke mir, das ist auch ein Aspekt, den man betrachten muss, und gegen den man einschreiten muss, und gegen den man sich stark machen muss. Der Aufruf gilt nicht nur für uns, sondern für die Gesellschaft im Land Oberösterreich, in Österreich, hinschauen und nicht wegschauen. Das Engagement jeder Einzelnen und jedes Einzelnen ist hier gefragt, dass man hier aufmerksam schaut, wie Kinderaugen einen betrachten und ich denke mir, wir sind hier auf gutem Weg, es ist noch vieles zu machen, wünsche Ihnen und Ihrem Team viel Glück und Erfolg bei den neuen Aufgaben. Wir werden an dem gemessen, wie wir mit unseren Kleinsten umgehen, mit unseren Kindern, daher schauen Sie nicht weg, sondern schauen Sie hin. Und ich nehme an, dass Sie mit Ihrer Zustimmung diesen Bericht, der gute Arbeit widerspiegelt, zur Kenntnis nehmen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Wall, in Vorbereitung Herr Kollege Kaineder.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Auch ich bedanke mich bei der Frau Dr. Winkler-Kirchberger für den übersichtlichen und informativen Bericht, der die umfangreiche Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft wirklich sehr gut beschreibt. Es ist mir auch bewusst, dass Sie und Ihr Team viel Einfühlungsvermögen für Ihre Tätigkeit brauchen und ich bedanke mich auch dafür. Ich habe mir ein paar Punkte herausgesucht, was Anregungen und Wünsche der Kinder- und Jugendanwaltschaft anbelangt. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft regt zum Beispiel den Ausbau der Präventionsangebote an, in Schulen und Workshops, wir haben einiges jetzt von meinen Vorrednerinnen schon darüber gehört, da geht es um Mobbing oder Cybermobbing, aber es geht auch um interkulturelle Gewaltprävention, Extremismus, Umgang der Geschlechter, Männerbild, Frauenbild, Zwangsheirat und so weiter. Also wir sehen, auch bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft nimmt das Thema Migration wohl immer einen breiteren Raum ein.

Ein großes Betätigungsfeld für die Kinder- und Jugendanwaltschaft sind die Trennungskinder, gerichtliche Streitigkeiten um Obsorge oder Besuchsrecht sind enorm belastend für die Kinder. Wenn sich die Eltern nicht gütlich einigen, sollte daher rechtzeitig von den Richtern ein Kinderbeistand bestellt werden, um den Kindern eine Stimme zu geben und ihre psychische Not oder ihren psychischen Dauerstress zu verringern. Oberösterreich hat extra Kinderbeistände ausgebildet, aber sie werden zu wenig in Anspruch genommen. Diese Anregung der Kinder- und Jugendanwaltschaft ist sehr zu befürworten, dass seitens der Richter öfter von diesen Kinderbeiständen Gebrauch gemacht wird.

Eine weitere Anregung der Kinder- und Jugendanwaltschaft bezieht sich auf die Akteneinsicht. Bereits bei der Novelle des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Jahr 2014 bemühte sich die Kinder- und Jugendanwaltschaft um das Recht auf Einsicht in die Unterlagen über die von ihr betreuten Kinder und Jugendlichen. Das hat damals leider nur die FPÖ unterstützt. Immer öfter ist die Kinder- und Jugendanwaltschaft auch bei Fällen von Kindeswohlgefährdung und Fremdunterbringung als Unterstützerin der Kinderrechte gefordert. Oft fehlt den Betroffenen, zum Beispiel den Eltern, denen ein Kind abgenommen wird, das Verständnis für diese Entscheidungen und sie wenden sich in einem Gefühl der Ohnmacht an die Medien, wie wir es ja auch immer wieder erleben.

In diesen Fällen soll die Kinder- und Jugendanwaltschaft durch einen erleichterten Informationszugang, den sie eben durch die Akteneinsicht hätte, vermitteln können. Ich gebe

ein Beispiel zum Vergleich. Für die Altenheimbewohner ist in Beschwerdefällen die Pflegevertretung zuständig. Die Pflegevertretung hat das Recht auf Akteneinsicht um die Interessen der Heimbewohner vertreten zu können. Diese Möglichkeit würde ich mir auch erwarten, wenn es um Kinder geht in Ombudsfällen. Ich bedanke mich noch einmal recht herzlich bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft für ihre Tätigkeit und wir nehmen den Bericht natürlich zur Kenntnis. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Kaineder.

Abg. **Kaineder:** Danke Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war zu erwarten, dass an der Stelle des 4. Redners nicht mehr viel hinzuzufügen ist, ein paar Worte möchte ich trotzdem sagen. Nicht jedes Kind hat das Glück, dass es in eine mittelständische, mitteleuropäische Familie mit liebevollen Eltern und liebevollen Großeltern geboren wird. Umso wichtiger ist es, dass die Kinder, die Hilfe, Schutz und manchmal auch Rechtsbeistand brauchen, mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft eine engagierte Vertretung haben.

Und in diesen Zeiten, es ist schon angesprochen worden, wird es für euch, in der Kinder- und Jugendanwaltschaft, nicht leichter, denn es sind nicht wenige schutzbedürftige Kinder und Jugendliche nach Oberösterreich gekommen und die brauchen jetzt eure Unterstützung. Ich wünsche euch dafür und auch für alle anderen Aufgaben viel Kraft und viel Zuversicht und ich möchte heute, so wie alle anderen, Danke sagen, dafür, dass ihr euch an die Seite der Kinder stellt, dort wo es notwendig ist, die Kinder brauchen euch, ihr macht eine ganz wichtige Arbeit. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 169/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 170/2016, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Oö. Unterbringungs-Sicherstellungsgesetz-Novelle 2016. Ich bitte die Frau Abgeordnete Mag. Buchmayr über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Beilage 170/2016, Bericht des Sozialausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Sicherstellung von Unterbringungsmöglichkeiten geändert wird (Oö. Unterbringungs-Sicherstellungsgesetz-Novelle 2016).

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 170/2016.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz über die Sicherstellung von Unterbringungsmöglichkeiten geändert wird (Oö. Unterbringungs-Sicherstellungsgesetz-Novelle 2016), beschließen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile der Frau Mag. Buchmayr das Wort.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Werter Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen im Oberösterreichischen Landtag, werte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie! Vor ziemlich genau einem Jahr, am 7. Juli 2015, haben wir hier im Oberösterreichischen Landtag das Oö. Unterbringungs-Sicherstellungsgesetz gemeinsam beschlossen. Ja und ich bin

auch, wie schon vor einem Jahr, der unumstößlichen Meinung, dass es unsere Pflicht ist, als Politikerinnen und Politiker im Land Oberösterreich, als Verantwortungsträger und Verantwortungsträgerinnen, wenn Sie es so wollen, auf besondere Situationen rasch und effektiv zu reagieren, um schnell und zielgerichtet dort Abhilfe zu leisten, wo es notwendig ist.

Wir ermöglichten mit diesem Beschluss vor einem Jahr rasch zu handeln und schafften gleichzeitig aber auch für die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in Oberösterreich Rechtssicherheit in Raumordnungsfragen und Bauordnungsfragen, was eine rasche Zurverfügungstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge war. Ja, es ist wichtig, dass wir als Landesgesetzgeber hier auf Ausnahme und besondere Situationen entsprechend reagieren und auch Lösungen schaffen. Ich denke, das ist auch unsere ursächliche, eine unserer ganz, ganz wichtigen Aufgaben.

Ja, und nun ist es soweit, dass wir ebenfalls in unserer Verantwortung als Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in Oberösterreich die Gültigkeit für dieses sehr sinnvolle und wichtige Gesetz verlängern. Das Unterbringungs-Sicherstellungsgesetz tritt mit 30. Juni 2016 außer Kraft, also in nicht einmal 2 Wochen. Diese Regelung fand seit seiner Gültigkeit vor einem Jahr für fast 40 Standorte Anwendung und hat sich sehr gut bewährt, was wiederum sehr, sehr deutlich für die Sinnhaftigkeit und für die Wichtigkeit dieser Maßnahme spricht.

Und wir werden auch in den nächsten Jahren aufgrund der weltpolitischen Situation weiterhin Bedarf haben an rasch zu organisierenden Unterbringungsmöglichkeiten für Menschen, die ihre Flucht aus Kriegsgebieten dieser Welt nach Oberösterreich geführt haben. Und es geht dabei auch natürlich ganz maßgeblich um Unterbringungen, die diesen Namen auch verdienen, die zumindest ein gutes Maß an Wohnlichkeit auch bieten. Die nunmehr gewählte Frist für die Gültigkeit dieser Regelung bis 31. Dezember 2022 orientiert sich an der angenommenen Nutzungsdauer der vielen mobilen Wohneinheiten, um die es sich hier handelt, wie etwa Containerunterkünfte, oder auch Unterkünfte in Holzbauweise. Zudem erlaubt diese angemessene Frist ja auch eine gewisse Planungssicherheit und Grundlage dann für die Betreiber.

Weiterer Inhalt dieses Gesetzes ist eine Übergangsbestimmung, die sicherstellt, dass die Ausnahmebestimmungen für alle Bauwerke und Anlagen, für die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dann dieser Regelung die formalen Ausnahmekriterien gelten und auch dann im Einzelfall weitergelten, wenn das Gesetz dann nicht mehr gültig ist, wenn aber dieser Verwendung noch weiter vorliegt. Bauwerke und Anlagen können so für die Dauer dieser Verwendung weiterbetrieben werden.

Ja, mit der Verlängerung der Gültigkeit dieses Gesetzes übernehmen wir als Abgeordnete des Oberösterreichischen Landtags eine wichtige Aufgabe und ich freue mich, dass es auch dieses Mal wieder eine große Mehrheit für die Zustimmung beziehungsweise für die Verlängerung dieser Frist gibt. Ja, leider kann sich auch die FPÖ, wie schon vor einem Jahr, nicht dazu durchringen hier zuzustimmen. Ich frage mich manchmal wirklich weshalb. Also das wirft schon ein ganz spezielles Licht auf unsere Freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen. Und ich frage mich wirklich, wo hier die Wahrnehmung auch der politischen Verantwortung bleibt, wenn man dieser Verlängerung dieser sich bewährenden Maßnahme, wie wir ja mittlerweile wissen, nicht zustimmen mag.

Das ist eine wie gesagt sehr, sehr wichtige Aufgabe, die wir hier als Abgeordnete auch zu übernehmen haben, nämlich die klare Aufgabe, geflüchteten Menschen, die auf ihre Asylbescheide warten, die aus Kriegsgebieten zu uns geflüchtet sind, eben so rasch wie möglich menschenwürdige Unterkünfte zu bieten.

Und ich möchte aber jetzt zum Guten und zum sehr Positiven diese Gelegenheit auch noch einmal, einmal mehr nützen, den Tausenden Menschen, die ehrenamtlich immer, immer mitgeholfen haben, die wirklich hier ganz, ganz viel Zeit und ja auch Menschen, wie wir investiert haben, die Flüchtlinge bei uns entsprechend zu betreuen, mit denen auch Dinge zu machen, hier ganz, ganz wichtige Arbeit für die Integration geleistet zu haben. Ohne diese vielen, vielen Menschen in Oberösterreich wäre die Bewältigung dieser großen Aufgabe nicht möglich gewesen.

Also ich bitte um Annahme dieser sehr wichtigen Gesetzesnovelle. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster erteile ich Frau Abgeordneten Bauer das Wort, in Vorbereitung Abgeordneter Gruber.

Abg. **Bauer:** Ja, sehr geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und im Internet! Ich kann mich den Worten meiner Vorrednerin Maria Buchmayr nur anschließen. Sie hat ja bereits erwähnt, warum diese Novelle notwendig ist. Und ich möchte mich auch gleich einmal vorweg bei allen bedanken, die zum Gelingen dieses Gesetzes beigetragen haben und auch jetzt sicherstellen, dass diese Novelle in Kraft treten kann.

Mit diesem Gesetz ist es gelungen, die unmenschlichen Bedingungen, die es seit Beginn der Flüchtlingssituation bei uns in Österreich, aber auch bei uns in Oberösterreich gegeben hat, zu beseitigen. Möchte nur an die Bilder erinnern, die uns damals tagtäglich erreicht haben. Menschen, die mit ihren kleinen Kindern, mit ihren Familien unter freiem Himmel haben schlafen müssen, Menschen, die in brütenden Zelten haben ausharren müssen, Menschen, die man in Bussen untergebracht hat, die zuvor als Notquartiere umfunktioniert worden sind. Das alles war nicht nur menschenunwürdig, das war schlicht und einfach eine Katastrophe.

Und mit dieser Regierungsvorlage kann die damals geschlossene Allianz der Menschlichkeit nun fortgesetzt werden. Und das freut mich wirklich sehr, dass wir auch dieser Novelle wieder mehrheitlich zustimmen werden und da an einem Strang gezogen wird. Es ist ja nicht abzusehen, Maria Buchmayr hat es eh schon gesagt, wann die kriegerischen Zustände im Nahen Osten beendet werden können und daher ist auch diese Verlängerung bis 31. Dezember 2022 sehr zu begrüßen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Novelle wird es auch in Zukunft gelingen, Menschen, die zu uns kommen, die vor Krieg und Terror flüchten müssen, dass wir diese Menschen auch entsprechend unterbringen können. Es ist eine gute Unterstützung für die Bürgermeister vor Ort, die diesbezüglich oft helfen wollten, jedoch die gesetzlichen Vorgaben sie oftmals daran gehindert haben und auch von mir ein herzliches Dankeschön allen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die hier jenen Menschen helfen, die Schlimmes erlebt haben und die hier nun ein neues Zuhause finden werden. Und ich bedanke mich nochmals bei all jenen, die dieser Novelle heute zustimmen werden. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gruber, in Vorbereitung Herr Abgeordneter Hingsamer.

Abg. **Gruber**: Herr Präsident, hohes Haus, ich begrüße alle Politikinteressierten auf der Galerie und an den Bildschirmen! Naja, ich darf diesen Spruch der Kollegin Pühringer aufgreifen: Hinschauen und nicht Wegschauen. Ich habe mir gedacht, also dieser Spruch wurde bei dieser Gesetzesvorlage nicht zur Anwendung gebracht. Nachdem es da einige Punkte gibt, die zwar durch Sie, Frau Kollegin Buchmayr, in Form einer Wahrscheinlichkeitsrechnung etwas untermauert werden, aber den Fakten nicht entsprechen.

Wenn wir von einer Notregelung sprechen, die vor einem Jahr aus den uns bekannten Gründen hier herinnen gegen unsere Stimmen verabschiedet wurde und diese heute verlängert werden sollte auf über sechs Jahre, dann sprechen wir nimmer von einer Notregelung. Sechs Jahre, wo Baurecht und Bauordnung de facto ausgehebelt werden. Sechs Jahre, wo nicht klar ist, was auf die Gebietskörperschaften, und das ist ja im Abschnitt III in dieser Gesetzesvorlage drinnen, voraussichtlich keine Auswirkungen finanzieller Natur auf die diversen Gebietskörperschaften nicht absehbar, auf gar keinen Fall absehbar. Warum?

Erstens, es ist die Rückwirkorganisation dieser Containerdörfer zum Beispiel nicht klar geregelt. Zweitens, es gibt, ich nenne es Empfehlung der IKD, wo durchaus drinnen steht, dass man sagt, aufgrund der besonderen Erfordernisse kann man davon absehen, Kanal- und Wasseranschlussgebühren einzuheben. Zweiter Punkt. Das sind jene Dinge, wo man sagen muss, jawohl, da stimmt die Gesetzesvorlage nicht mit der Faktenlage überein. Und der dritte Punkt, die Beilage 184, die heute Eingang gefunden hat für die künftige Ausschusssrunde und für den Juli-Landtag, hat ebenfalls drinnen Förderzusagen für nicht ausgelastete Unterkünfte für hilfs- und schutzbedürftige Personen. Das heißt, innerhalb eines Monats werden wir das Thema schon wieder auf der Tagesordnung haben und im Punkt III da drinnen steht ganz was anderes. Sagen wir ganz was anderes nicht, weil es steht in Klammer voraussichtlich drinnen.

Kurz und schmerzlos gesagt, jawohl manche Dinge sind notwendig, aber wenn ich mir das Recht so hinbeuge, dass es für mich passt, und wir da herinnen sind ja aufgefordert, Gesetze zu verabschieden, die tragfähig sind und die auch moralisch untermauert sind. Und beides ist in dieser Variante nicht der Fall. (Beifall)

Selbstverständlich ist es keine Neuigkeit, es wurde erwähnt, von der FPÖ wird es keine Zustimmung geben, weil unsere Ansicht ist, viel ehrlicher wäre es gewesen, wenn man sagt, der Grund für die Dauer ist ja nicht die Amortisation, weil da gibt es ja überhaupt keine Grundlagen, sondern der Grund ist, dass man es für die nächsten sechs Jahre von der politischen Debatte vom Tisch hat, weil zufällig haben wir ja 2021 wieder eine Wahlauseinandersetzung. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster ist Herr Abgeordneter Hingsamer und dann Landesrat Anshober am Wort.

Abg. **Hingsamer**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Natürlich kann man diese Vorlage des Unterbringungs-Sicherstellungsgesetzes aus zwei Gesichtswinkeln betrachten und unterschiedlich auch beurteilen. Das ist auch hier im Landtag zulässig und man kann es von zwei Seiten sehen.

Faktum ist aber, dass dieses Gesetz bisher in nicht ganz 40 Fällen, nicht ganz 40 Standorten zusätzliche Rechtssicherheit und zusätzliche Hilfe auch den Kommunen, die zu vollziehen

haben, gegeben hat, aber dass in mehr als 90 Prozent der Fälle und der Quartiere der Unterbringungen sehr wohl die Gemeinden in der Lage waren, Bauordnung, Raumordnung in Einklang zu bringen und diese Fälle zu lösen.

Also nur für einen kleineren Teil der Quartiere insgesamt, für weniger als zehn Prozent der Quartiere insgesamt, haben wir dieses Gesetz bisher gebraucht und man hat in diesen wenigen Fällen auch die Möglichkeit geschaffen, zum einen Druck von der Kommunalpolitik zu nehmen und auf der anderen Seite aber auch für die Kommunalpolitik ein bisschen Rechtssicherheit ergänzend zu geben. So kann man es positiv betrachten. Auch positiv betrachten, wenn ich sage, wir haben gewisse bürokratische Hürden in der Frage Bauordnung, Raumordnung reduzieren oder abbauen können, haben feststellen können, dass normale gesetzliche Anforderungen fallweise länger dauern und hier schnelleres Handeln dadurch möglich war und hier mit Klarstellungen mehr oder minder Ausnahmeregelungen ermöglicht wurden.

Wenn in Oberösterreich derzeit etwas mehr als 13.600 Menschen in der Grundversorgung Quartiere gefunden haben, und ich betone jetzt in 360 Gemeinden, also in nahezu 82 Prozent der Gemeinden Quartiere gefunden haben, bin ich ja froh darüber, dass wir heute nicht mehr diskutieren müssen über ein paar, die vielleicht säumig sind, sondern wir uns heute positiv auseinandersetzen können darüber, dass der Großteil der Gemeinden hier mitgeholfen hat und Wesentliches leistet, damit die Unterbringung überhaupt möglich ist, dann sehen wir in dieser Frage Unterbringungs- Sicherstellungsgesetz eine ergänzende Möglichkeit, Regelungen vor Ort mehr oder minder, dort wo sie nur schwer zustande kommen, hier durch die Landespolitik, durch die Landesregierung mehr oder minder diese Unterbringung zu ermöglichen. Aus dieser Sicht können wir es durchaus positiv zur Kenntnis nehmen und positiv sehen.

Ich gestehe ein, dass man zwei Blickwinkel dazu haben kann, dass man die Frage der Autonomie hinterfragen kann, die aber in der Regel da funktioniert. Herr Kollege Gruber, das Thema der Gebühren ist und bleibt die Entscheidungshoheit der Kommunen, der Gemeinden, auch wenn die IKD eine Stellungnahme dazu abgegeben hat, letztendlich ist es eine Entscheidung, die die Gemeinde vor Ort zu treffen hat. Wir tragen aus dem Blickwinkel der Gesamtheit der Notwendigkeit, Hilfen zu geben und Unterstützung hier zu geben, diese Verlängerung des Gesetzes für den Zeitraum, der bereits vorgetragen worden ist, deshalb auch mit. (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich darf Landesrat Anschober ans Mikrofon bitten.

Landesrat **Anschober:** Werter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, hohes Haus! Zunächst einmal danke dafür, dass eine Mehrheit, eine deutliche Mehrheit signalisiert, dass es hier zur Beschlussfassung kommt, damit wir eine Maßnahme, mit der wir jederzeit schnell reagieren können, das ist das Entscheidende bei dieser Maßnahme, bei diesem Beschluss, wenn eine akute Situation auftritt, sind wir handlungsfähig, auch beschlossen werden kann. Insgesamt, wenn wir zum Thema Quartiere, einige Vorrednerinnen und Vorredner haben es bereits kurz angezogen und gestreift, uns ansehen, wo steht Oberösterreich im Augenblick, so glaube ich, kann man wirklich mit Fug und Recht sagen, wir stehen gut da. Es hat diese Situation, die wir im letzten Jahr hatten, die uns natürlich in manchen Bereichen überrascht hat, in der Intensität jetzt längst nicht mehr diese Bedeutung.

Wir haben längst eine sehr, sehr geordnete, klare Situation, eine gute Versorgungssituation. Wir haben derzeit in Oberösterreich Platz, Plätze, Quartiersplätze für rund 13.600 Menschen.

13.600 Menschen, das ist ein knappes Prozent der Bevölkerung Oberösterreichs, um ein bisschen die Relationen auch zu sehen. Diese Menschen sind untergebracht derzeit in 510 Quartieren. Das ist für mich eigentlich die beachtlichste Zahl überhaupt. 510 Quartiere hätte ich mir eigentlich im November nicht träumen lassen, dass wir zusammenbringen.

Und 510 Quartiere haben einen riesigen Vorteil, sie bieten nämlich die Möglichkeit, dass wir in sehr kleinen Einheiten, in sehr kleinen Strukturen arbeiten können. Wir haben damit im Schnitt 25 bis 30 Menschen in einem Quartier im Durchschnitt in Oberösterreich und damit ist auch das, was glaube ich die wichtigste große Aufgabe als Nächstes ist, nämlich die Integration in den Gemeinden leichter möglich, weil natürlich mit kleineren Einheiten, mit kleineren Gruppen ein einfacheres Arbeiten in den Gemeinden vorhanden ist. Und all das ist nur deswegen möglich, weil wir sehr, sehr engagierte NGOs haben in Oberösterreich, die einen Gutteil dieser Aufgabe lösen, übernommen haben und lösen. Ich möchte mich da wirklich bedanken dafür, dass es auch eine sehr koordinierte, gute und vertrauensvolle Kooperationsebene in Oberösterreich gibt. Rund zwei Drittel dieser 510 Quartiere werden von den NGOs betrieben. Wir haben rund ein Drittel, das von privaten Quartierbetreibern geführt wird in Oberösterreich. Auch das ist beachtlich. Ist eine schwierige Gruppe, jetzt vom einzelnen Betreiber her gesehen, weil für viele das eine völlig neue Situation war und ein neuer Arbeitsbereich war. Ich war gerade vorgestern in Großraming drinnen und habe mir das dortige Quartier angeschaut, um auch ein bisschen mehr Gefühl zu kriegen. Wir werden eine eigene Konferenz für private QuartierbetreiberInnen Anfang Juli machen, damit wir auch da eine gute Kooperation und Abstimmung noch besser als früher zusammenbringen.

Wir haben jetzt auch die ersten Gemeinden, die selbständig Quartiere führen und betreiben. Halte das auch für einen interessanten Versuch. Die beiden ersten Gemeinden, beide im Innviertel zuhause. Muss jede Gemeinde für sich entscheiden, ob sie, Entschuldigung einmal Hausruckviertel, einmal Innviertel, obwohl sie nur sechs Kilometer Distanz dazwischen haben, obwohl das natürlich jede Gemeinde für sich entscheiden muss. Ich finde es recht interessant vom Versuch her, weil es natürlich noch einmal mehr Transparenz in den Gemeinden ermöglicht und auch die Eigenverantwortung dadurch gestärkt wird.

Wie schauen wir im internationalen Vergleich aus, im überregionalen Vergleich aus? Österreichweit steht Oberösterreich bei dieser Quartiersbeschaffung sehr, sehr gut da. Wir haben wirklich korrekte Quartiere, wir haben Quartiere, die gut betreut, die gut geführt werden. Das ist der eine Punkt. Zweiter Punkt. Ich habe mir die Situation vor kurzem in Deutschland angesehen. Dort haben wir Quartiere in Größenordnungen zwischen 1.000 und 5.000 Menschen. Kann man sich vorstellen, wie schwer das dort machbar ist, dass man Integrationsarbeit umsetzt. Wie gesagt, wir sind bei durchschnittlich 25. Haben keine Quartiere, über hundert in der Landesgrundversorgung. Ich glaube, das ist eine gute Richtung. Und ich war vor kurzem in Jordanien. Dort haben wir 20 Prozent der Bevölkerung, also 1,2 Millionen Menschen, die Flüchtlinge sind, die in das Land gekommen sind, weil sie Schutz suchen. Und das ist noch einmal eine andere Dimension. Wenn man sich vorstellt, das wären in Oberösterreich 20 Prozent. Eigentlich unglaublich, dass es dort sehr, sehr viel Miteinander gibt und keine Konflikte gibt, sondern auch ein sehr, sehr gutes Miteinander.

Ich möchte mich ausdrücklich bei zwei Gruppen zusätzlich noch bedanken. Das eine sind diese über 10.000 Helferinnen und Helfer, die auch die Integrationsbrücke vielfach in den Gemeinden darstellen und das andere sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Gemeindefunktionäre und Funktionärinnen insgesamt. Wir haben die Situation im letzten November gehabt, dass wir rund 220 Gemeinden noch ohne Quartier hatten. Wir haben dann alle zusammen geholfen, haben einen guten Arbeitsprozess gemacht und sind

mittlerweile, ich hab's nicht genau die Zahl, aber bei rund 80. Und das sind halt vielfach Gemeinden, die sehr, sehr klein sind, wo es sehr schwierig ist, dass etwas realisiert wird.

Wir haben mit dieser Rechtsklärung die Möglichkeit, dass wir kurzfristig auf Veränderungen in der Fluchtbewegung reagieren können. Das ist gut so. Wir haben in rund 40 Fällen bisher diese Handlungsmöglichkeit umgesetzt, nach meinem Wissensstand immer im Einvernehmen auch mit der Gemeinde. Das heißt, da wird nicht darüber gefahren, sondern es ist eine Möglichkeit, rascher zu handeln, wenn der Bedarf da ist. Derzeit haben wir im Übrigen diesen Bedarf akut nicht. Wir haben derzeit ein deutliches Zurückgehen der Asylanträge in den letzten Wochen gehabt und deswegen die Situation, dass wir noch eine maximale Reserve von bis zu 1.000 Plätzen haben. Das ist glaube ich gut so. Das sind sieben bis acht Prozent zirka unserer Plätze. Das heißt, wenn akut eine Situation sich zuspitzen würde, hätten wir sofort die Möglichkeit, dass wir reagieren darauf. Und das ist auch zwischen den Bundesländern und mit dem Innenministerium so abgestimmt, damit keine Krisensituation ausbrechen kann, soweit man das vorhersehen kann. Aber man kann sich vorbereiten und das haben wir glaube ich ganz gut gemeinsam gemacht.

Wie gesagt, in 40 Fällen wurde diese rechtliche Handlungsmöglichkeit realisiert bei 510 Quartieren. Sie sehen also schon, auch da sind wir bei rund sieben bis acht Prozent der Fälle. Also es ist die Ausnahmesituation und wir wollen auch in Zukunft selbstverständlich möglichst maßvoll mit dieser Handlungsmöglichkeit umgehen. Ich danke für die Zustimmung. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor und ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 170/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 171/2016, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Mindestsicherungsgesetz geändert wird (Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016). Ich bitte Frau Klubobfrau Mag. Kirchmayr über diese Beilage zu berichten.

Abg. KO Mag. Kirchmayr: Beilage 171/2016, Bericht des Sozialausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Mindestsicherungsgesetz geändert wird (Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016).

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 171/2016.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Mindestsicherungsgesetz geändert wird (Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016), beschließen. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede und darf als ersten Redner Herrn Kollegen Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer das Wort erteilen.

Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Besucherinnen und Besucher, werte Zuseher im Internet! Es geht heute darum, politische Verantwortung zu übernehmen und die bedarfsorientierte Mindestsicherung in einer Form weiter zu entwickeln,

damit wir jenen, die dringend Hilfe benötigen, auch noch in Zukunft bestmöglich helfen können.

Ich sage es ganz offen. Die Mindestsicherung für befristete Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte zu kürzen, ist nicht angenehm. Aber Politik darf auch nicht angenehm sein, sondern muss verantwortungsvoll sein, muss vorausschauend sein.

Und warum gehen wir heute in Oberösterreich diesen Weg? Warum reformieren wir heute in Oberösterreich die Mindestsicherung für Asylberechtigte? Erstens, weil es weder auf europäischer Ebene zu einer Lösung kommt, im Sinne einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge, noch auf nationaler Ebene sich hier ein Schulterchluss zwischen den Ländern und dem Bund abzeichnet. Und es ist nicht mehr die Zeit, um hier länger zu reden, sondern es ist die Zeit gekommen, um zu handeln.

Zweitens, weil wir als gewählte Politikerinnen und Politiker des Oö. Landtags auch Verantwortung für unser Sozialsystem zu übernehmen haben und es unsere Aufgabe ist, unser Sozialsystem nachhaltig vor Überlastung zu schützen und sicherzustellen, dass auch noch in Zukunft jenen geholfen werden kann, die Hilfe dringend benötigen.

Drittens, weil wir mit dieser Reform auch Arbeitsanreize schaffen wollen. Weil unsere Vorstellung nicht davon geprägt ist, dass jene, die zu uns kommen, aufgrund der Sozialleistungen hier in Abhängigkeiten geraten, sondern im Gegenteil, weil wir wollen, dass diese Menschen (Besucher auf der Galerie werfen Flugblätter in das Plenum.) so schnell wie möglich einer Arbeit nachgehen können und ich sage auch den Herren und Damen auf der Zuschauertribüne, trotz Aktionismus, (Dritte Präsidentin: „Geschätzte Damen und Herren! Entschuldigung Herr Hattmannsdorfer, dass ich Sie unterbreche! Wir haben gerne Besucherinnen und Besucher und wir freuen uns über Ihren Besuch auch bei uns jetzt auch anlässlich dieser Debatte! Ich bitte aber, und das wurde Ihnen sicherlich ausdrücklich auch mitgeteilt, davon Abstand zu nehmen und keine Bezeugungen irgendwelcher Art auch hier zu tun! Ich bitte Herrn Hattmannsdorfer fortzufahren!“) Danke Frau Präsidentin für diese Klarstellung, und ich glaube, ich darf im Namen hoffentlich aller Abgeordneten festhalten, dass wir diesen Politikstil in diesem Haus nicht haben möchten. (Beifall)

Wir sind stolz darauf, dass in Oberösterreich der Wettstreit der Argumente zählt. Wir sind stolz darauf, dass wir auch vor dem politischen Gegenüber Respekt haben und erwarten uns das auch in der politischen Debatte, dass man sich mit Respekt begegnet, dass man die gegenseitigen Argumente nicht immer teilen muss, aber es Respekt und Wertschätzung gibt und das hoffe ich auch für diese Debatte hier im Oö. Landtag.

Nachdem die Zettelwerfer leider den Sitzungssaal verlassen haben müssen und so die Argumente nicht mehr nachverfolgen können, jetzt auch noch das vierte Argument: Es geht natürlich auch darum, die Attraktivität Österreichs als Zielland für Flüchtlinge zu senken.

Wir bekennen uns als Oberösterreichische Volkspartei zu unserer humanitären Verantwortung. Wir bekennen uns dazu, dass wir Menschen, die vor Krieg und Terror flüchten, Schutz und Hilfe bieten. Und wir anerkennen und sagen hier auch ein ganz großes Dankeschön, dass in Österreich und vor allem in Oberösterreich so viel Großartiges geleistet wird.

Allein im Jahr 2015 haben wir mehr Flüchtlinge aufgenommen als achtzehn EU-Staaten zusammen und haben, im Verhältnis gemessen, das Doppelte aufgenommen wie die Bundesrepublik Deutschland.

Laut dem aktuellen EU-Sozialkompass zählt Österreich auch zu jenen Ländern, wo die Sozialleistungen für Flüchtlinge zu den am höchsten zählen. Wir müssen aber anerkennen, dass wir gerade aufgrund dieses enormen Zuzugs und gerade deswegen, weil Österreich ein besonders bevorzugtes Zielland ist, wir Handlungsnotwendigkeiten in unserem Sozialsystem haben. Ja, dass wir auch an die Grenzen unserer Belastbarkeit stoßen.

Und es gibt auch eine Prognose der Finanzdirektion, die ganz klar besagt, würde man nichts machen, würden sich die Mehrkosten alleine aus diesem Titel bis 2019 auf 200 Millionen Euro belaufen und ich rede hier von Kosten, die rein von Oberösterreich getragen werden müssen.

Auf so eine dramatische Kostenentwicklung zu reagieren, ist für uns keine Option, sondern ist für uns Verpflichtung und daher wollen wir im Oö. Landtag heute die Mindestsicherung neu regeln und auf nachhaltige Füße, auch was die Finanzierung betrifft, stellen.

Die neue Mindestsicherung wird aus zwei Teilen bestehen. Einerseits, abgeleitet aus der Grundversorgung, aus einem Basisbetrag von 365 Euro für Wohnen und Verpflegung und aus einem Integrationsbonus in der Höhe von 155 Euro, macht 520 Euro. Dann gibt es Zusatzleistungen, wie zum Beispiel ein monatliches Taschengeld in der Höhe von 40 Euro, Unterstützung beim Kauf von Schulunterlagen, eine Bekleidungshilfe, Fahrtkostenzuschüsse für Behördenwege, für Schulfahrten, natürlich die Familienbeihilfe, die Befreiung von der Rezeptgebühr und, und, und.

All diese Sozialleistungen bleiben natürlich nach wie vor auch für diese Zielgruppe erhalten. Und wenn man sich jetzt anschaut, (Herr Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer zeigt eine Rechentabelle.) ohne diese Zusatzleistungen, ein Beispiel der bedarfsorientierten Mindestsicherung für eine Familie mit zwei Kindern, ergibt sich für diese Familie durch die Grundversorgung, durch den Integrationsbonus und durch die Unterstützung der Kinder in Summe ein Betrag von 1.493 Euro, also knapp 1.500 Euro und ich rede hier von einem Nettobetrag.

Und ich sage es auch ganz offen. Ich kenne Familien, die nur einen Ernährer oder eine Ernährerin haben, die nicht auf 1.500 Euro netto kommen und wenn ich mir auch bewusst bin, dass dieser Betrag kritisch diskutiert wird, muss man schon auch ehrlich sagen, um was es bei der Mindestsicherung geht.

Die Mindestsicherung ist, wie der Name schon sagt, eine Mindestsicherung, oder wie die alte Begrifflichkeit war, eine Notstandshilfe, also eine reduzierte Überbrückung auf Zeit. Und ehrlich gesagt, für eine Familie mit zwei Kindern knapp 1.500 Euro netto ist, glaube ich, ein Betrag, den wir mit gutem Gewissen auch hier politisch argumentieren und auch verteidigen können.

Weil in der Debatte auch angesprochen wurde, die 520 Euro ohne Zusatzleistungen für einzelne Erwachsene, möchte ich ganz offen sagen: natürlich ist es nicht viel, aber es geht hier um eine Notstandshilfe. Es geht hier um eine zeitliche Überbrückung, die so kurz wie möglich sein soll. (Beifall)

Und ich darf auch daran erinnern, dass zum Beispiel die Johannes Kepler Universität Auslandsstudenten empfiehlt, für Lebenshaltungskosten mit ab 550 Euro rechnen zu müssen. Und ich sage ganz offen und ehrlich, wenn es Studenten zumutbar ist, mit 550 Euro zu leben, sich zu zweit oder zu mehr ein Zimmer zu teilen, dann glaube ich auch, ist es Asylberechtigten für eine gewisse Zeit zumutbar, von diesem Betrag zu leben und auch zumutbar, sich eine Wohnung, ein Zimmer zu teilen oder eine Wohngemeinschaft zu bilden.

Mit der Reform der Mindestsicherung verabschieden wir ab heute ein Drei-Punkte-Programm, ein Drei-Punkte-Unterstützungspaket, wo wir gewisse Bereiche ganz bewusst abfedern wollen.

Erstens: Wir werden einen gestaffelten Kinderbonus für Alleinerziehende einführen, also für Menschen, die alleinerziehend sind, wird es einen gestaffelten Kinderbonus geben.

Zweitens: Wir werden einen Wohnungsbonus einführen und auf den Bonus möchte ich insofern eingehen, weil ich glaube, dass in der medialen Berichterstattung noch nicht ausführlich darüber diskutiert wurde. Wir schaffen mit diesem Wohnungsbonus die Möglichkeit, dass Personen, die einen Bescheid bekommen, ein Asylberechtigter auf Zeit zu sein, noch zwölf Monate im Grundversorgungsquartier bleiben zu können.

Das heißt, wenn ich den Bescheid bekomme, habe ich zwölf Monate Zeit in diesem Quartier zu bleiben und mich hier auch neu auszurichten, was die Arbeit betrifft, was die Wohnungsmöglichkeit betrifft, was das Finden von Bedarfsgemeinschaften, Wohnungsgemeinschaften betrifft. Das heißt, es wird niemand auf die Straße gesetzt, nach dem es den Bescheid gibt, sondern jeder hat dann zwölf Monate Zeit, sich hier dementsprechend zu orientieren.

Und der dritte Punkt, den wir einführen werden, ist ein Jobbonus für Mindestsicherungsbezieher, um ganz bewusst einen Anreiz zu schaffen, arbeiten zu gehen.

Wir wissen, dass die Höhe der Mindestsicherung oft ein Grund ist, warum Menschen keiner Beschäftigung nachgehen, weil sie einfach in der Mindestsicherung zum Teil mehr verdienen oder nicht in Relation verdienen, was sie durch Arbeitseinkommen erhalten.

Um genau diese Hürde zu umschiffen, haben wir einen Jobbonus eingeführt, dass ein Mindestsicherungsbezieher, wenn er einen Job mit einem geringeren Gehalt findet, eine Aufzahlung bekommt bis zu einem Drittel des Einkommens, maximal 140 Prozent der Mindestsicherung für ein Jahr, um es attraktiv zu machen, aus der Mindestsicherung heraus zu kommen, einen Job zu finden, weil der erste Job auch die Chance ist, sich dann am Arbeitsmarkt zu bewähren und dann vielleicht auch einen anderen Job zu finden.

Und ich möchte auch deutlich erwähnen, dieser Jobbonus, den wir heute hier beschließen, gilt nicht nur für Asylberechtigte, sondern soll für alle Mindestsicherungsbezieher gelten, also auch für die Österreicherinnen und Österreicher, weil wir der felsenfesten Überzeugung sind, dass jeder Mindestsicherungsbezieher ein Mindestsicherungsbezieher zu viel ist und wenn wir die Chance haben, jemanden in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen wir alles tun, damit diese Menschen sich in die Selbständigkeit entlassen können.

Und wenn uns in der politischen Debatte vorgeworfen wird, wir würden mit dieser Reform die Asylberechtigten in Hilfsarbeiterjobs drängen, dann sage ich Herr Landesrat Anschöber, ja, es ist die Intention dieser Reform, dass Mindestsicherungsbezieher so schnell wie möglich am Arbeitsmarkt unterkommen.

Das ist Absicht dieser Reform. Es ist nicht Absicht, dass wir Anreize schaffen, um hier möglichst lange von Sozialleistungen abhängig zu sein. (Zwischenruf Landesrat Anschober: „Genau, so ist es!“)

Ja, Herr Landesrat Anschober, auch wenn Sie mich nicht ausreden lassen, wir glauben, dass eine Anstellung auch als Hilfsarbeiter noch immer besser ist, als überhaupt keinen Job zu haben und ich glaube, wenn im Arbeitsmarktservice allen Menschen empfohlen wird, auch vielleicht eine niedrig qualifiziertere Tätigkeit anzunehmen, dann glauben wir sehr wohl, dass auch Mindestsicherungsbezieher, dass auch Asylberechtigte derartige Tätigkeiten annehmen können, weil wir der felsenfesten Überzeugung sind, dass ein erster Job der erste Schritt in die Selbständigkeit ist und deswegen ein ganz klares Ja. Unser Ziel ist, dass Asylberechtigte so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt kommen. (Beifall)

Ich möchte daher insbesondere an die Grüne Fraktion appellieren. Ich bin politischer Realist und weiß, dass ich die Grünen jetzt nicht überzeugen werde, diese Reform, diese Weiterentwicklung mitzutragen, möchte aber appellieren an die Grüne Fraktion, dass so wie im zuständigen Ausschuss der Jobbonus von eurer Fraktion auch mitgetragen wird.

Ihr habt auch im Ausschuss dem Jobbonus zugestimmt und deswegen werde ich hier den Antrag stellen, den Jobbonus getrennt abzustimmen. Das heißt, eine Abstimmung über die Reform der Mindestsicherung und eine Abstimmung über den Jobbonus und Frau Präsidentin, ich darf das gleich im Landtagsdeutsch machen.

Ich stelle gemäß § 23 Abs. 2 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 den Geschäftsantrag über die Bestimmungen der im Artikel I Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel II Abs. 2 einerseits, sowie der übrigen Bestimmungen der Beilage 171/2016 andererseits, eine getrennte Abstimmung durchzuführen.

Gekoppelt haben wir mit dem heutigen Beschluss auch die Einführung einer Integrationserklärung, weil wir natürlich als gastgebendes Land, als Zielland auch eine ganz klare Erwartungshaltung an jene haben, die zu uns kommen, die wir aufnehmen und die auch bei uns Heimat haben sollen.

Und unsere Erwartungshaltung orientiert sich an drei Punkten. Wir erwarten von Menschen, die zu uns kommen, die Teilnahme an den Werte- und Orientierungskursen. Wir erwarten von den Menschen, die zu uns kommen, den Erwerb von Deutschkenntnissen und wir erwarten von den Menschen, die zu uns kommen, ein aktives Bemühen, ehestmöglich einem Beschäftigungsverhältnis nachzugehen.

Und ich sage es ganz offen. Wir machen das auf der Basis der jetzigen Regelungen. Es gibt Deutschkurse auf dem Niveau von A1, es gibt die Grundkurse, die Wertekurse im Ausmaß von acht Stunden. Ich bin der Überzeugung, wenn wir miteinander den Integrationsturbo zünden wollen, dann reicht das nicht aus und auch, wenn wir heute bei der Mindestsicherung getrennt gehen werden, hoffe ich, dass es den Schulterschluss gibt, den Integrationsturbo zu zünden, dass wir uns darauf einschwören können, dass es bessere Angebote im Bereich der Deutschkurse geben muss, dass wir uns darauf einschwören, dass das Deutschniveau angehoben werden muss und dass auch die Werteschulung ausgebaut werden müssen.

Uns ist aber auch klar. Wer bei uns hier leben will, soll mit uns leben und nicht neben uns leben. Das bedeutet auch ganz klar, im neuen Modell der Mindestsicherung, wenn sich jemand nicht um Arbeit bemüht, wenn jemand nicht bereit ist, Deutsch zu lernen und wenn

jemand nicht bereit ist, die Wertekurse zu absolvieren, dann hat die Mindestsicherung auch gekürzt zu werden.

Mit dem Modell, das nun vorliegt, übernehmen wir Verantwortung. Ich sage aber auch dazu, dass wir nicht die Ersten sind, die hier Verantwortung übernehmen. Es ist eine Thematik, die uns in Gesamteuropa beschäftigt. Ich darf erinnern, die Dänen waren lange Zeit das Nummer Eins Zielland, haben dann die Sozialleistungen mit Beginn dieses Jahres massiv gekürzt und haben dementsprechend auch beigetragen, dass es hier zu einer Umverteilung kommt. Ich darf insbesondere die sozialdemokratische Fraktion darauf aufmerksam machen, dass die Deutsche Arbeitsministerin Nahles, SPD-Ministerin, angekündigt hat, die Sozialhilfeansprüche für Ausländer massiv zu beschränken und hier auch derartige Vorarbeiten in Deutschland schon geleistet werden.

Und ich glaube besonders spannend, ein Beispiel aus Großbritannien, wo der Premierminister gesagt hat, dass es für Einwanderer erst nach vier Jahren Wohngeld geben kann, Kindergeld geben kann und andere Leistungen, und erst am Dienstag hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass diese Kürzung in Großbritannien, diese Differenzierung auch vor Europarecht hält, dass das rechtskonform ist und dass es natürlich die Aufgabe, haben die Höchstrichter erklärt, eines Staates ist, seine Staatsfinanzen zu schützen. Was uns, glaube ich, sehr positiv stimmt, dass wir hier auch in der richtigen Richtung hier vorgehen.

Ich sage aber auch dazu, dass wir nicht die Ersten in Österreich sind. Darf insbesondere die Grüne Fraktion und die Rote Fraktion darauf aufmerksam machen, dass ihre Parteikollegen im Burgenland und in Salzburg viel weitreichendere Kürzungen mitverantworten. Was die subsidiär Schutzberechtigten betrifft, wurde beschlossen im Burgenland und wurde beschlossen in Salzburg, dass diese Gruppe nur mehr eine Unterstützung von 365 Euro bekommt, also mit Unterstützung der SPÖ, mit Unterstützung auch der Grünen. Bei uns, um das offen zu sagen, bei uns bekommt die Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten genauso wie die Asylberechtigten auf Zeit eine Unterstützung von 520 Euro plus Zusatzleistungen, wie zum Beispiel das Taschengeld in der Höhe von 40 Euro und andere Sozialleistungen, weil wir glauben, dass nur aus dem Titel subsidiär Schutzberechtigter oder Asylberechtigter auf Zeit aus unserer Sicht keine Differenzierung vorgenommen werden soll.

Fakt ist, damit komme ich zum Schluss, der oberösterreichische Weg war immer ein Weg des Miteinander von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Verantwortung. Wir alle haben ein gemeinsames Ziel, unser soziales Netz nachhaltig abzusichern, damit wir auch in Zukunft jenen helfen können, die Hilfe benötigen. Ich ersuche trotz der Emotionalität, trotz der Intensität der Debatte in den letzten Tagen und Wochen, dass wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen, dass wir hier gemeinsam auch die großen Herausforderungen lösen, weil uns muss klar sein, Integrationspolitik wird nur dann gelingen können, wenn wir einerseits die Akzeptanz in der Bevölkerung haben, wenn wir andererseits auch Perspektiven schaffen können für Diejenigen, die zu uns kommen. Wenn wir auch Fakten schaffen, was die Verteilung auf europäischer Ebene betrifft und natürlich auch, dass wir uns das Ganze noch in 10, 15, in 20 Jahren leisten können, wir dann miteinander auch zu dem Entschluss kommen, den Fehler der siebziger Jahre, wo die Integration der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter verschlafen wurde, dass uns dieser Fehler nicht nochmals passiert im Rahmen der Flüchtlingswelle. Ich ersuche Sie alle um Ihre Unterstützung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächstem Redner darf ich Kollegen Peter Binder das Wort erteilen, gleichzeitig darf ich auch noch bemerken, dass der gerade formulierte Geschäftsantrag in die Wechselrede miteinbezogen wird.

Abg. **Binder:** Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und über das Internet! Kurze Korrektur zum Kollegen Hattmannsdorfer, wir sprechen hier bei der Mindestsicherung nicht über das Nachfolgemodell zur Notstandshilfe, sondern zur Sozialhilfe, zur früheren. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Der Begriff wäre besser!“) Die Notstandshilfe war aber ein eigenes Instrument als Ersatzleistung aus der Arbeitslosenversicherung.

Einleitend auch noch ganz kurz, bei einer Zielsetzung wären wir uns ja sogar einig: Sicherzustellen, dass Menschen so kurz wie möglich auf gesellschaftlicher Unterstützung, aus Unterstützung aus Sozialnetzen angewiesen sind, das soll so kurz wie möglich nur notwendig sein. Wir wollen die Menschen aus den Netzen bringen, Ihre Antwort ist aber, dass sie so wenig wie möglich Unterstützung bekommen, das ist das, was im Gesetzesentwurf hier vorliegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bis vor kurzem konnte man richtig stolz sein auf Oberösterreich, egal ob als Grüner, als ÖVPLer oder als Sozialdemokrat, anderswo über die Errungenschaften unseres Bundeslandes sprechen zu können, und die Anerkennung zu merken, das hatte schon was. Exportbundesland Nummer eins, mehr als ein Viertel aller Exporte Österreichs werden in Oberösterreich erzeugt, Wirtschaftsbundesland Nummer eins, wir erwirtschaften das höchste regionale Bruttoinlandsprodukt aller Flächenbundesländer. (Zwischenruf Abg. Bgm. Weinberger: „Auch zukünftig!“) Arbeitsplatzmotor Nummer eins, wir haben überdurchschnittliche Erwerbstätige und die zweitniedrigste Arbeitslosenquote. Bildungsland Nummer eins, wir waren das erste Bundesland, das den Gratiskindergarten eingeführt hat, dann mit allen Kindern den Zugang zur Elementarpädagogik, zu mehr Förderung, und somit zu mehr Zukunftschancen eröffnet hat. Soziales Musterland Nummer eins, ein vorbildliches Sozialhilfegesetz, durch das früher als in anderen Bundesländern, wichtige soziale Einrichtungen nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell abgesichert wurden.

Für Frauen, die vor Gewalt flüchten beispielsweise, als ein anderes Bundesland vor wenigen Jahren erst die Finanzierung von zwei Frauenhäusern auf Tagsatzbasis gesetzlich verankert hat, wurde es von den Verantwortlichen als großer sozialpolitischer Meilenstein gefeiert. Dabei ist diese Art der Finanzierung für eine Kriseneinrichtung eher kritisch, ich erklärte das einer Journalistin und erzählte auch, dass in Oberösterreich die Frauenhäuser bereits mit dem Sozialhilfegesetz 1998 rechtlich und finanziell abgesichert worden seien. Auf ihre Nachfrage, dass wir dann wohl nicht zwei Frauenhäuser haben würden, antwortete ich, nein wir haben fünf, wie stolz war ich da, als sie am Telefon sagte, warum seid ihr denn nur so gut?

Stolz konnten Grüne, ÖVPLer und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch sein, dass in unserem Bundesland Kindern nicht mehr für die Pflege ihrer Angehörigen in die Tasche gegriffen wird, weil wir diesen Regress früher als andere Bundesländer abgeschafft haben. Stolz konnten wir alle sein auf das Oberösterreichische Chancengleichheitsgesetz, mit dem wir die UN-Behindertenrechtskonvention vorbildlich im oberösterreichischen Recht verankert haben, auch wenn wir bei einer Umsetzung noch etwas nachhinken. Stolz konnten wir schließlich alle sein, dass wir von je her mehr getan haben, um Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, wieder in die

Mitte dieser Gesellschaft zurückzuholen, deshalb haben wir bereits früher eine höhere Sozialhilfe ausbezahlt, weil das auch den höheren Lebenserhaltungskosten und dem höheren Lohnniveau in Oberösterreich entsprochen hat, weil das auch wirtschaftlich sinnvoll war, weil wir damit zu große Kaufkraftverluste vermeiden konnten.

Der gesellschaftliche Grundkonsens, dass wir in Verantwortung füreinander und mit gegenseitigem Respekt unser Zusammenleben gestalten wollen, hat wesentlich dazu beigetragen, dass unser Bundesland mehr erreicht hat als andere, dass der Wohlstand und der wirtschaftliche Erfolg hier größer sind als anderswo, dass wir egal ob Grüne, ÖVPLer oder Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sein konnten auf unser Oberösterreich.

Die FPÖ war nie stolz auf unser Land, auf unser Oberösterreich. Seit ich sie kenne, hat sie immer nur etwas auszusetzen gehabt an den Errungenschaften dieses feinen Landes und seiner Menschen. (Zwischenruf Abg. Nerat: „Ach so!“) Sie haben alles schlecht geredet, das tut man nicht, wenn man auf etwas stolz ist, wenn man Oberösterreichpatriot sein will, dann spricht man die Leistungen dieses Landes nicht permanent schlecht. (Beifall. Zwischenruf Abg. Dr. Ratt: „Genauso ist es!“) In der Vergangenheit war das lästig, hat aber nicht geschadet, aber jetzt ist die FPÖ in einer Position, wo sie sich nicht mehr mit dem Schlechtreden zufrieden geben muss, jetzt hat sie die Möglichkeit, alles kaputtzumachen. Bei Alleinerzieher/innen und studierenden Kindern, unseren Zukunftshoffnungen, haben sie angefangen, als sie die Wohnbeihilfe verschlechterten, jetzt ist es ihnen tatsächlich gelungen, die in unserer Verfassung und in vielen so genannten Wertekodexen verankerte Gleichheit auszuhebeln, weil sie ein Gesetz durchdrücken werden, das tatsächlich Menschen zweiter Klasse erschaffen wird. (Beifall) Die ÖVP gibt dafür leider einen willigen Partner ab, sie haben der FPÖ nicht den gesellschaftlichen Grundkonsens, der unser Land erfolgreich gemacht hat entgegengehalten, sondern sich von der Schlechtredei anstecken lassen, helfen jetzt mit alles kaputtzumachen, sie sind die Biedermänner, die den aus der Literatur bekannten Brandstiftern unserer Gesellschaft Tür und Tor öffnen. Unser soziales Netz ist der Ausdruck unserer Verantwortung füreinander, diese Verantwortung ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. (Beifall)

Wenn Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, in Armut, dann müssen wir doch alles dafür tun, um sie in die Mitte zurückzuholen. Armut bekämpfen durch Mehrhilfe, durch mehr Unterstützung auf dem Weg zurück in die Eigenständigkeit, die Eigenverantwortung und Selbstbestimmtheit. Ja, da hätte man einiges verbessern können bei der Mindestsicherung, mehr echte Hilfe zur Arbeit beispielsweise, wie das in Linz mit dem Beschäftigungsangebot Job-Impuls passiert. Mehr Bildungsangebote und ja gerne auch noch mehr Verbindlichkeit und Verpflichtung, für die es aber auch eine bessere Betreuung und Kontrolle braucht, aber Sie wollen offenbar keine Verantwortung füreinander, Sie wollen nicht mehr und besser helfen, Sie wollen die Gemeinschaft schwächen, Sie streuen dabei der Bevölkerung Sand in die Augen, Sie müssten das tun, um die sozialen Netze sichern zu können.

Dabei glaubt doch wohl niemand ernsthaft, dass das drei Milliarden Euro schwere Loch, das der Rechnungshof wieder an Verbindlichkeiten im Rechnungsabschluss gefunden hat, dadurch gestopft werden kann, in dem man ein paar Mindestsicherungsbeziehern ein paar hundert Euro wegnimmt. Sie wissen, dass Sie die Herausforderungen des Landes auf diesem Weg nicht lösen können, sondern dass noch mehr Probleme auf uns zukommen werden. Von 520 Euro kann man nicht leben, sagt etwa auch Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, der ÖVP-Bundesparteitag hat doch im Vorjahr einen Antrag des ÖAAB

verabschiedet, in dem von einer deutlich höheren Mindestsicherung ausgegangen wird, weil man sie zum Überleben braucht. Wenn diese Kürzung jetzt kommt, werden Ghettos und Slums entstehen, die Probleme des Zusammenlebens werden zunehmen, weil sie Integration verunmöglichen. Was werden Sie tun, wenn die Probleme größer werden, wenn nehmen Sie sich dann vor, um als Sündenbock für Ihre verfehlte Politik herzuhalten, sagen Sie es heute den Menschen ehrlich, wer ist der oder die Nächste, die Pensionistin, der Sie dann weniger Pension geben wollen, um die Pensionen zu sichern, die arbeitende Bevölkerung, die Sie für weniger Geld länger arbeiten lassen möchten, wer wird der Nächste? Statt für mehr Gleichheit zu sorgen, schaffen Sie Menschen zweiter Klasse, statt zu helfen verringern Sie die Hilfe, statt mehr zu fördern, zu fordern und so zu integrieren, stoßen Sie Menschen ab, statt mehr Bildung und Beschäftigung anzubieten, fördern Sie Lohndumping und Schwarzarbeit. (Zwischenruf Abg. Nerat: „Das ist unglaublich!“) Wir hätten ein soziales Netz knüpfen können, das so wenig Menschen wie möglich so kurz wie möglich brauchen, in dem wir durch richtiges Fördern und Fordern Integration am Arbeitsmarkt und in der Mitte der Gesellschaft ermöglichen, dann hätten wir heute alle Miteinander stolz sein können auf unser Land, die Errungenschaften, wie wir mit Herausforderungen umgehen, wenn dieses Gesetz allerdings beschlossen wird, ist heute ein Tag zum Schämen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich erteile Herrn Kollegen Stefan Kaineder das Wort.

Abg. **Kaineder:** Danke Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz und Blau! Ihr seid im Begriff, die bedarfsorientierte Mindestsicherung, das letzte soziale Netz, das diese Republik kennt, für eine mittellose Gruppe von Menschen dramatisch zu kürzen. Ihr sollt keine Zweifel daran haben, dass wir das für eine epochale Fehlentscheidung halten, dann, wenn die Not größer wird, dann, wenn viele Menschen arbeitslos sind, dann, wenn viele Menschen auf dieses letzte Netz angewiesen sind, um würdevoll leben zu können, ist nicht die Zeit, es zu kürzen.

Jetzt will ich zu Beginn mit einem Missverständnis aufräumen, ich habe in der Vorbereitung ein Interview gelesen in der Zeitung Wochenblick, das hat der Klubobmann Mahr gegeben, da heißt es, ich zitiere: Mit der neuen Lösung können nun alle leben, auch die ÖVP und die Diakonie, die beide die FPÖ-Vorschläge voll mitgetragen haben. Ich habe mich gewundert, weil ich nicht gewusst habe, dass die Diakonie ihre Zustimmung gibt zu dieser Maßnahme. Ich habe zuerst auf die Homepage geschaut, da findet sich eine Rubrik Faktencheck Mindestsicherung, da werden die Vorurteile, die heute als Argumente ins Feld geführt werden, allesamt widerlegt von der Diakonie. Außerdem findet sich dort ein Aufruf zur Beteiligung an der Petition gegen die Kürzung der Mindestsicherung, die heute übergeben worden ist. Ich habe dann noch per E-Mail nachgefragt, weil es mich wirklich interessiert hat, auch diese Antwort war relativ eindeutig, die Menschen in Oberösterreich, die asylberechtigt sind, sollen in der Mitte der Gesellschaft leben können und nicht am Rand, heißt es da, und die Diakonie meint, die Mindestsicherung müsse überhaupt österreichweit diskutiert und gelöst werden und nicht regional, das verstehe ich, ehrlich gesagt, als ganz klare Kritik daran. Was heute hier passiert, ist eine einseitige Vertragsverletzung eigentlich, und eine einseitige Kürzung und hat nichts damit zu tun, dass man mit den anderen Bundesländern zusammenarbeiten will, das ist keine Zustimmung, Herr Klubobmann, das ist das Gegenteil.

Ich will damit nur eines klarstellen, das ist es, was mich in den letzten Wochen so beschäftigt, es gibt keine, zumindest habe ich das nicht in Erfahrung bringen können, keine Organisation, die sozialpolitisch tätig ist, es gibt keine NGOs im Asylbereich, es gibt keine sozialarbeiterische Initiative und schon gar keine Armenküche oder Wärmestube, die diese Maßnahme unterstützt. (Beifall. Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Rot-Grün in

Salzburg“) Jetzt frage ich Euch, habt Ihr Euch die Frage schon einmal gestellt, warum das so ist? Könnte es sein, dass diese Menschen ganz genau wissen, wieviel Geld es wirklich braucht, um würdevoll in diesem Land leben zu können, weil sie jeden Tag mit denen arbeiten, die sehr, sehr wenig zur Verfügung haben?

Ich will mich jetzt dieser Entscheidung heute systematisch nähern. Was kann man rechtlich eigentlich über die Kürzung der Mindestsicherung, wie sie heute vorliegt, sagen? Wir können Ihnen sagen, es ist ein Vertragsbruch einer Bundes- und Ländervereinbarung, der 15a-Vereinbarung, wenn es jetzt heißt, ich sehe dich schon schreiben, Herr Kollege Hattmannsdorfer, dass es in Salzburg und im Burgenland auch so gemacht worden wäre, dann ist das nur die halbe Wahrheit, weil es dort, wie du richtig gesagt hast, um die subsidiär Schutzberechtigten geht, das ist verhältnismäßig eine kleinere Gruppe. Jetzt kommen wir zu einem wesentlichen Unterschied, dort dürfen die Menschen, so lange sie das brauchen und benötigen, in der Grundversorgungseinrichtung bleiben, nicht vier Monate, nicht zwölf Monate, so lange sie das brauchen, können sie dort in der Grundversorgungseinrichtung bleiben. Warum? Weil sie mit 365 Euro genauso wenig wie mit 520 Euro draußen würdig leben können, das ist dort anders geregelt. Wenn ich in der Zeitung lesen muss, dass die Grünen einer solchen Kürzung in Salzburg zugestimmt hätten, dann ist das nicht die halbe Wahrheit, dann ist es eine Unwahrheit, denn diese Entscheidung ist getroffen worden, bevor die Grünen in die Regierung gekommen sind. Wir haben hart verhandelt, diese Entscheidung wegzubekommen gegen die ÖVP, es tut uns heute noch leid, dass das nicht gelungen ist, die Grünen haben in ganz Österreich so einer Kürzung einer Mindestsicherung überhaupt noch nie zugestimmt. Das muss hier klar gesagt werden. (Beifall)

Wir haben im Unterausschuss vieles zur rechtlichen Situation allgemein gehört, ich behaupte, ich habe die Dokumente noch einmal gelesen, kein einziger Rechtsexperte in diesen Ausschüssen, aber auch heraußen ist mir keiner bekannt, der diese Kürzung für rechtlich unbedenklich hielte, bei der Verfassungskonformität gibt es welche, die sagen, na ja so ganz sicher ist das nicht, die allermeisten sagen, das ist nicht verfassungskonform. Alle Experten, ich habe es nachgelesen, haben gesagt, das ist EU-rechtswidrig, es gibt welche, der Experte, den die FPÖ geladen hat, der hat zum Beispiel gesagt, na ja, aber es könnte sein, dass wir, wenn es zum EuGH kommt, nicht verurteilt werden, weil es andere Teile dieser Rechtsmaterie gibt, die momentan außer Kraft zu sein scheinen, Dublin-Regelung usw., aber EU-rechtswidrig ist das Ding. Was Professor Mazal, der von der FPÖ in den Unterausschuss geladen wurde, uns ans Herz gelegt hat, ist, wenn ihr das verabschiedet, dann müsst ihr eine Härtefall-Regelung einbauen, dann müsst ihr es befristen, ihr müsst die Regierung binden, ich könnte es zitieren, dass sie diese Befristung evaluiert, ob es zu gravierendem Elend, glaube ich, hat er gesagt, führt oder nicht. Ich kann in Eurem Vorschlag beides nicht finden, weder eine Härtefallregelung noch eine Befristung, die Härtefallregelung hat es vorher schon gegeben, eine Befristung gibt es nicht. Wie rechtfertigt Ihr das eigentlich?

Auch möchte ich mir jetzt den finanziellen Aspekt noch anschauen. Es wird argumentiert, das Land Oberösterreich würde sich mit dieser Maßnahme Geld sparen, im Raum steht 70 Millionen Euro in vier Jahren, ich bezweifle diese Zahlen schon alleine deshalb, weil sie Folgekosten überhaupt nicht berücksichtigen. Ich behaupte, es wird gravierende Folgekosten geben bei der Sicherheit, bei der Integration, bei der Verwaltung. Es sind sehr, sehr viele Boni aufgezählt worden, die müssen verwaltet werden. Und ich glaube, dass diese Folgekosten, dass ihr das dramatisch unterschätzt. Ein Salzburger Armutsforscher hat einmal gesagt, Nikolaus Dimmel ist sein Name, für das Sozialsystem richtig teuer sind diejenigen, die aus der Mindestsicherung rausfallen. Denn alle diejenigen, die uns vor der

Mindestsicherung abtauchen, tauchen uns in den meisten Fällen im Wagner-Jauregg wieder auf. Und dort kosten sie uns 1.300 Euro pro Tag!

Ich behaupte, es besteht die Möglichkeit, dass ihr mit so einer Maßnahme Sozialfälle der allerteuersten Sorte produziert. Das ist alles nicht eingerechnet. Und da spreche ich noch nicht von den notwendigen Qualifizierungen, die es braucht für den Arbeitsmarkt. Asylberechtigte aus Steyr, aus Großraming werden sich die Zugkarten nicht leisten können nach Linz ins WIFI zur Qualifizierungsmaßnahme. Und dadurch werden sie sehr schwer am Arbeitsmarkt vermittelbar. Sie werden länger in der Mindestsicherung bleiben müssen, sie werden mehr Geld benötigen.

Aber viel wichtiger als das alles ist mir, ich habe mir selbst ein Versprechen gegeben bevor ich in die Politik gegangen bin, ich werde mich nicht vor den großen Zahlen verneigen. Und das mache ich auch heute nicht. Ich habe die 70 Millionen Euro hergenommen und einmal ausgerechnet, was das bedeuten würde für jeden Oberösterreicher, für jede Oberösterreicherin in den nächsten vier Jahren. Ein Euro im Monat ist die Ersparnis dieser Mindestsicherungsnovellierung.

Wenn ich die Zahlen der JKU hernehme, von der Statistikabteilung, die vorgestern präsentiert wurden, dann reden wir von 25 Cent jedes Monat die nächsten vier Jahre. Rechnen wir die Folgekosten, von denen ich gesprochen habe, noch dazu. Ich behaupte, diese Beträge sind zumutbar. Für diese große Herausforderung, für akute Armutsbekämpfung sind diese Beträge zumutbar. Denn natürlich gibt es eine Belastung, natürlich kommt eine Belastung auf uns zu, das will ich überhaupt nicht abstreiten.

Ich habe mich in den letzten Wochen und Monaten wirklich oft gefragt, wie geht man denn als Christdemokrat um mit so einer Herausforderung? Da gibt es was zu stemmen. Was macht denn ein Christdemokrat? Indem man bei den Schwächsten die Bezüge kürzt? Indem man kleinmütig verlaudet, wir können uns das letzte soziale Netz in dieser Republik nicht mehr leisten? In einem der reichsten Länder der Welt?

Warum ich das so kritisch sehe, kann ich euch am besten erzählen anhand einer Geschichte. Mein Opa war 23 Jahre ÖVP-Bürgermeister in Kirchsschlag bei Linz. Heute lebt er leider nicht mehr. Aber an eines kann ich mich noch gut erinnern. Wenn wir am Abend am Bauernhof bei der Jause gesessen sind, das werdet ihr wahrscheinlich auch kennen, hat es eine große Schüssel gegeben in der Mitte. Es waren ein Haufen Enkelkinder, und in der Schüssel drin hat es meistens eine Rahmsuppe gegeben. Und der Opa hat immer gesagt, knozts auf, kniet euch her, damit ihr was erwischt, damit ihr groß und stark werdet Kinder. Und groß und stark werden hat bei meinem Opa nicht geheißen, stärker werden als die anderen, sich durchsetzen können am Ende des Tages. Er hat immer zu uns gesagt, euer ganzes Leben lang werdet ihr mit anderen Menschen unterwegs sein, und es wird passieren, dass neben euch einer geht, dem wird es zu stark, der wird müde, und dann wünsche ich euch, dass ihr frohen Mutes sagen könnt, gib her deinen Rucksack, ich trage ihn ein Stück. Dafür lohnt es sich groß und stark zu werden! Und ich habe mich wirklich gefragt in den letzten Wochen, wie groß, wie stark ist denn dieses Land Oberösterreich eigentlich? Scheitert es an dem einen Euro im Monat? Ist das wirklich alles, was wir imstande, was wir willens sind zu leisten in dieser Herausforderung? Kriecht da bei euch nicht der Stolz von der Zehe bis in die Brust hinauf und sagt euch, solange ich in dem Haus eine Stimme habe, werden wir nicht anfangen zu kürzen bei den Ärmsten? Schicken wir unsere Kinder nicht mit einem Hunger in die Schule oder ins Bett. Meine Stimme bekommt ihr dafür nicht. (Beifall)

Frau Präsidentin, ich stelle hiermit den Geschäftsantrag auf geheime Abstimmung der Beilage 171/2016. Diese Entscheidung heute hat nichts mit Pragmatismus zu tun. Sie hat auch nichts mit technischen Details zu tun, mit Baugesetzrichtlinien. Bei dieser Entscheidung geht es um die große Frage, ob alle Menschen in diesem Land das Nötigste für ein würdevolles Leben haben sollen oder nicht. Und eine solche Gewissensentscheidung sollte jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete mit sich allein ausmachen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke Herr Kollege Kaineder. Kollege Kaineder hat einen Geschäftsantrag formuliert, den Sie auch gehört haben. Ich bitte Sie, diesen in die weitere Diskussion mit einzubeziehen. Wir kommen zum nächsten zu Wort Gemeldeten und ich darf nun Herrn Klubobmann Ing. Herwig Mahr das Wort erteilen.

Abg. KO **Ing. Mahr:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Wir werden heute die bedarfsorientierte Mindestsicherung neu mit zwei Dritteln der Stimmen hier im Landtag beschließen. Abgeordnete, von den Oberösterreichern und Oberösterreichern gewählt, die hier in einer großen Anzahl zu dem Entschluss kommen, dass wir bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung schrauben müssen.

Wir sind relativ schuldlos als Land Oberösterreich in diese Situation gekommen. Die Verteilung der Flüchtlinge in der gesamten EU funktioniert überhaupt nicht. Es gibt de facto drei Länder, die den gesamten Flüchtlingsstrom auffangen. Das ist Deutschland, das ist Schweden, das ist Österreich. Österreich in einem Ausmaß, dass es pro Kopf doppelt so viel aufnimmt wie Deutschland und wir eine prekäre finanzielle Situation vorfinden. Und wir haben die moralische Verpflichtung, wenn wir erkennen, dass sich Sozialsysteme, dass sich einzelne Sachen nicht mehr finanzieren lassen, dass wir einschreiten. Dass wir sie regulieren. Damit wir auch in den nächsten Jahren noch genügend Geld haben, um denen, die Hilfe brauchen, auch Hilfe geben können.

Ich habe in vielen Bereichen einen anderen Zugang als die SPÖ und die Grünen. Die, die uneingeschränkte Hilfe jedem geben, egal ob irgendeine Leistung dahintersteht oder nicht. Jede Kürzung ist schmerzvoll. Das weiß auch ich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber ich sehe, und ich sage es hier ganz deutlich, nicht ein, dass es Oberöreicher und Oberöreicherinnen gibt, die ihr ganzes Leben arbeiten, Tag für Tag, Monat für Monat und 100 Euro mehr, also 1.000 Euro in etwa Gehalt haben. Oder Pensionist/innen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und jetzt eine Pension von 600 oder 700 Euro bekommen. Die, die für den Staat ein Leben lang da waren und weniger verdienen als einer, der zu uns gekommen (Unverständliche Zwischenrufe) ist und 914 Euro Mindestsicherung für nichts bekommt. Das ist nicht mein Zugang! (Beifall)

Herr Kollege Binder und Frau Kollegin Bauer! Mich interessiert, mit Verlaub gesagt, nicht wirklich die Meinung der zwei Genannten. Mich interessiert die Meinung von 72 Prozent der Oberöreicher und Oberöreicherinnen, (Unverständliche Zwischenrufe) die glauben, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und Herr Kollege Binder, wenn ich Landesgeschäftsführer bin, Wahlkampfmanager, und so ein Ergebnis einfahre, dann wäre ich schon längst nicht mehr da, wenn ich halbwegs einen Charakter hätte. (Unverständliche Zwischenrufe) Nur einmal so weit zu dem. (Dritte Präsidentin: „Herr Klubobmann Mahr, ich glaub auch im Sinne dessen, was heute schon gesagt wurde, würde ich um die Abrüstung der Worte bitten!“) Frau Präsidentin, ich möchte die Stimmung nicht aufheizen. (Unverständliche Zwischenrufe) Frau Präsidentin, bitte, ich möchte die Stimmung nicht aufheizen, dann verwehre ich mich aber auch gegen Aussagen, die der Kollege Binder an uns gerichtet hat. Und ich habe nur repliziert.

Wir haben eine Mindestsicherung neu beschlossen, die von 914 auf 530 Euro reduziert wird. Das setzt sich aus einem Sockelbetrag von 365 Euro und einem Integrationsbonus von 155 Euro zusammen. Es ist uns wichtig, dass wir diese 520 Euro ein bisschen aufteilen. Weil wir glauben, dass wir auch mit dem Integrationsbonus einen Anreiz schaffen. Ein Druckmittel in der Hand haben, dass wir jene Leute, die zu uns kommen und Asyl auf Zeit oder subsidiär schutzberechtigt sind, auch in die Verpflichtung nehmen können. Es ist mir wirklich wichtig, dass jene Damen und Herren, Deutsch ist nun einmal der beste Weg, um sich zu integrieren, auch tatsächlich einen Deutschkurs besuchen.

Und es ist mir auch wichtig, dass jene Damen und Herren, die bei uns sind, auch eine Werteschulung erhalten. Das hat Kollege Hattmannsdorfer bereits gesagt. Das sind acht Stunden, damit die Leute wissen, wie das Zusammenleben, das Zusammenwirken in der oberösterreichischen Gesellschaft funktioniert. Und es ist mir auch wichtig, dass sie nachweisen, dass sie das Bedürfnis haben, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und auch einen dementsprechenden Job zu wollen.

Diese drei Sachen sind wichtig! Und ich glaube, wenn man diese erfüllt, ist das überhaupt kein Thema. Aber wenn man sie nicht erfüllt, dann muss man auch ein Instrumentarium in der Hand haben, dass ich stufenweise diese 155 Euro reduzieren kann. Und meine, sehr geehrten Damen und Herren, wir gehen immer davon aus, von diesen 520 Euro. Das ist ja die Zahl für eine Einzelperson. Sehen Sie sich die Person, eine Familie und zwei Kinder an. Hier reden wir von einer Zahl von 1.493 Euro. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können mir nicht erklären, dass es in Oberösterreich mit 1.493 Euro einer Familie nicht möglich ist, hier zu überleben. Es gibt hunderte oder tausende Familien in Oberösterreich, die einen ganzen Tag arbeiten gehen, wo ein Alleinverdiener da ist und das nicht zur Verfügung ist. Man muss bitte die Kirche im Dorf lassen. Das zu dem.

Wenn wir uns eine nächste Zahl anschauen. Ein Erwachsener und ein Kind. Hier gibt es jetzt eine Summe von 989,60 Euro, also 990 Euro, schwach tausend Euro. Das ist eine Zahl bitte, mit der man schon leben kann. Natürlich ist es ein Einschnitt, und natürlich tut es weh, aber ich sage auch dazu, wir sind verpflichtet, dass wir die Attraktivität Österreichs als Zielland als solches einmal senken. Wir müssen diesen Flüchtlingsstrom einfach begrenzen. Wir müssen das Anreizsystem erhöhen und wir müssen unser oberösterreichisches Sozialsystem vor der Überlastung schützen.

Ich glaube den Zahlen, die die Finanzdirektion vorgelegt hat. Wenn mir die Finanzdirektion sagt, bis 2019 kumuliert die bedarfsorientierte Mindestsicherung alt 200 Millionen Euro und die bedarfsorientierte Mindestsicherung neu kumuliert 2019 eine Ersparnis von rund 70 Millionen Euro. Das ist ein Betrag, der uns gewährleistet, dass wir auch in den darauffolgenden Jahren für die Mindestsicherung Geld zur Verfügung haben.

Es gibt ja zu dieser Mindestsicherung neu, zu diesen 520 Euro, noch eine Reihe von Zusatzleistungen, dazu wird aber meine Kollegin sprechen. Und es ist ja, Herr Kollege Kaineder, nicht so, wenn es Härtefälle gibt, und ich zitiere jetzt, die bedarfsorientierte Mindestsicherung kann im Einzelfall abweichend von Absatz 1 auf der Grundlage des Privatrechts geleistet werden, die sogenannte Härtefallklausel. Wir haben auch hier vorgesorgt. Vielleicht kommen einzelne Härtefälle vor. Also wir haben hier glaube ich eine bedarfsorientierte Mindestsicherung neu für Asyl auf Zeit und subsidiär Schutzberechtigte auf den Weg gebracht, die sich sehen lassen kann.

Natürlich wäre es besser, wenn ganz Oberösterreich mitziehen würde. Es ist ja eine Forderung, die wir voriges Jahr schon einmal gestellt haben, wir Freiheitlichen. Aber wenn die Bundesregierung, mit Verlaub gesagt, nicht fähig ist, in Monaten der Diskussion irgendetwas auf die Beine zu stellen, dann ist es nicht unser Problem. Sondern dann ist Oberösterreich in der Verantwortung. Dann ist Oberösterreich in der Situation, dass es selbst eigene Regeln aufstellt.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zu diesen 520 Euro auch noch einige Sachen dazugegeben. Herr Kollege Hattmannsdorfer hat es ja schon gesagt, wir haben diesen Kinderbonus geschaffen. Das sind 100 Euro für das erste Kind, degressive Kinderstaffel. Zweites Kind 75 Euro. Drittes Kind 50 Euro, usw. Wir haben die verlängerte Wohnmöglichkeit geschaffen. Er hat 12 Monate tatsächlich noch Zeit, in dieser Unterkunft zu bleiben. Und wir haben diesen Jobbonus geschaffen.

Und es ist mir wichtig, auch noch einmal im Speziellen auf diesen Jobbonus eingehen zu können. Es muss einen Anreiz geben, dass es ein Unterschied ist, ob ich den ganzen Tag nichts mache und ein Geld bekomme, oder ob ich den ganzen Tag arbeite und die Differenz so klein ist. Daher brauche ich ein Anreizsystem, dass die Differenz zwischen Mindestsicherung und den ganzen Tag arbeiten größer ist. Das ist uns mit dem Jobbonus gelungen und wir gehen davon aus, dass sehr viele diesen Jobbonus dementsprechend annehmen. Dass wir diese Leute in die Beschäftigung bekommen und dass wir sie nicht mehr in der Mindestsicherung haben. Natürlich kann nicht jeder sofort Generaldirektor werden, wie zuerst gesagt worden ist. Es wird sehr viele Hilfsarbeiter geben. Die Qualifikation dieser Leute ist aber auch nicht dementsprechend hoch. Ist sie hoch, dann mache ich mir, was den Job betrifft, keine Sorge. Das Problem sind die Leute, das gilt für Oberöreicher genau so, die keine dementsprechende Ausbildung haben.

Summa summarum glaube ich, ist es eine auch sozial verträgliche Kürzung. Dass sie nicht lustig ist, da brauchen wir nicht diskutieren. Sie ist aber verantwortungsvoll für das Land Oberösterreich! Weil wir sicherstellen müssen, dass wir auch das Sozialsystem in Zukunft mit budgetären Mitteln bedecken können. Und da ist auch eine Verantwortung, vor der sich ÖVP und FPÖ nicht drücken. Aus dem Grund sind wir für die Mindestsicherung neu. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Gisela Peutlberger-Naderer.

Abg. Peutlberger-Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich bin seit 25 Jahren in diesem Landtag. Und ich stehe vor Ihnen als Sozialausschussvorsitzende dieses hohen Hauses. Ich habe es immer als schöne, herausfordernde Aufgabe gesehen, auch Unterausschussberatungen zu leiten. Aber heute bin ich extrem beschämt. Es hat sich der Politikstil geändert. Ich kann Ihnen sagen, dass im Unterausschuss keine Politik auf Augenhöhe gemacht wurde. Es wurden keine Argumente ausgetauscht, sondern Mehrheitsverhältnisse demonstriert. Zwei Drittel der Stimmen, sagte Klubobmann Mahr.

Ja, Armut tut weh, sagte Klubobmann Mahr. Aber so was hat mit der Würde der Menschen zu tun. Da gibt es Härtefälle pur. So positiv, mit so viel Boni kann man das gar nicht darstellen. Und weil Armut weh tut, weil Armut besonders Kindern weh tut, rede ich darüber. Und über die Angst davor, arm zu sein. Und wie gehen wir als gesetzgeberischer Oberösterreichischer Landtag mit der Armut im Land um? Armut muss hinten gehalten werden. Alle, glaube ich, wollen sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Dafür muss man

Geld in die Hand nehmen. Sozialer Friede ist uns viel wert. Oder doch nicht so viel? Was hilft den Menschen hier in Oberösterreich? Denen, die hier schon lange leben, und die hier gelandet sind, wie Präsident Sigl das heute sagte.

Heute werden ÖVP und FPÖ eine Kürzung der Mindestsicherung beschließen. Von 914 Euro auf 520 Euro für Erwachsene. Also Kürzung der Lebensperspektiven und so weiter. Und wie geht es den Kindern der anerkannten Flüchtlinge? Kinder sind unsere Zukunft. Die Zukunft unseres Landes. Und sie sollen gut aufwachsen. Ist deren Zukunft sicher? Unsicherheit macht Angst. Aber es gibt doch ein soziales Netz für Kinder, deren Eltern. Auf Mindestsicherung muss man sich doch verlassen können.

5.000 Kinder sind in der Mindestsicherung. Und Armut tut weh. Kinder schlagen hart auf, wenn das soziale Netz nicht hält. Sie schlagen hart auf und später schlagen sie zurück? Ist das die Moral? Es gibt keine Rechtfertigung für die Kürzung. So ein sonderbares Argument, man muss Sozialleistung kürzen, dass man den Sozialstaat erhält. Ja, was kommt denn da als Nächstes? Wir wollen nachhaltig die Landwirtschaft erhalten, müssen wir da die Förderungen kürzen? Viele Steuerausgaben, da müssen wir dort kürzen und da kürzen. Vielleicht können wir uns etwas nicht leisten. Vielleicht können wir uns die Reichen nicht leisten! Dankeschön! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Bevor ich den nächsten Redner zum Rednerpult bitte, darf ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mitteilen, dass unsere Kollegin Landtagsabgeordnete Petra Müllner anwesend ist und jetzt alle Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags bei dieser Sitzung anwesend sind. Auch in Bezug auf die nachfolgende Abstimmung. Ich darf nun Herrn Kollegen Alexander Nerat zum Rednerpult bitten.

Abg. **Nerat:** Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Ein Thema, über das es sich Stunden zu diskutieren lohnen würde. Gott sei Dank habe ich heute eine schlechte Stimme, das verkürzt den Verlauf etwas. Sehr vieles wurde bereits gesagt und nicht zum ersten Mal. Wenn ich an die Ausführungen von Kollege Hattmannsdorfer denke, kann ich da alles unterschreiben. Es ist auch eine Frage der Verantwortung.

Es verwundert mich doch sehr, wenn die Kollegin Buchmayr davon spricht, zwei Punkte weiter vorne, wie wichtig es ist für einen Politiker, Verantwortung zu übernehmen, Lösungen zu suchen, Lösungen umzusetzen und zwei Punkte später genau diese Verantwortung weit von sich weg weist und beste Pipi-Langstrumpf-Politik zu fordern. Stecken wir einfach den Kopf in den Sand, schauen wir nicht hin, dann wird ja alles gut. So kommt mir das vor. Man muss sagen, warum ist denn jetzt diese Änderung, diese Anpassung oder nennen wir es auch beim Namen, Kürzung, obwohl es natürlich ein verpöntes Wort ist, warum ist die nötig, keiner tut das gerne? (Zwischenruf Abg. Peutlberger-Naderer: „Dann tut es nicht!“)

Ich glaube, dass jeder Mensch, der Politiker wird oder der sagt, ich möchte politisch tätig werden, ein Ziel hat, es soll den Menschen in diesem Land gut gehen. Aber es gibt auch eine Decke, nach der man sich zu strecken hat. Es gibt eine Verantwortung, der man sich zu stellen hat. Und das, was wir heute hier tun müssen und wohlweislich auch tun im Interesse der langfristigen Absicherung des sozialen Netzes, das Kollege Kaineder als letztes Netz der Republik bezeichnet hat, genau um das abzusichern, müssen wir heute Schritte setzen.

Wenn der Kollege Binder sagt, die FPÖ, die redet nur alles so schlecht. Ich kann mich noch erinnern, vor gut einem Jahr standen wir hier an dieser Stelle und konnten die kommenden

Probleme voraussehen bzw. haben wir prognostiziert, diese Welle könnte uns vielleicht überfordern. Da hieß es noch unisono genau das Übliche, der Reflex, alles schlecht reden, Kassandrarufer, alles wird gut. Solange es noch Menschen mit Wasserflaschen und Bananen am Bahnsteig gibt, ist die Welt noch in Ordnung. Hat aber nicht funktioniert. Jetzt haben wir die Situation, wir müssen das jetzt einfach machen und wenn man sagt, diese Welle ebbt ab, oder das Problem würde sich lösen, indem man es einfach ignoriert, da sprechen doch die Zahlen eine gänzlich andere Sprache.

Alleine wenn ich mir die Asylanträge von Jänner bis März, das erste Quartal, ansehe, haben wir im Jahr 2014 in drei Monaten 4.088 Asylanträge, im Jahr 2015 waren es dann 10.207, also eine Steigerung von 149 Prozent und 2016 waren es in diesem Zeitraum 14.328. Also ich sehe hier keine Entspannung der Lage. Wenn man sagt, mit 520 Euro ist ein Leben gar nicht möglich, was bekommt denn der Asylwerber in der Grundversorgung? Das ist das Resort von Herrn Anschöber, da sind es 365 Euro. Da geht es schon. Es ist ganz spannend. Man muss sich auch die Entwicklung der Bezieher der Mindestsicherung ansehen. Im Jahr 2012 gab es 9.595 Bezieher der Mindestsicherung in Oberösterreich. 2016 sind es jetzt aktuell 14.167 Bezieher. Das einzige, was sich hier geändert hat ist, dass die Zahl der Mindestsicherungsbezieher bei den Österreichern leicht sinkt, während sie natürlich bei den subsidiär Schutzbedürftigen zunimmt. Das heißt, die Entwicklung geht streng nach oben. Deswegen glaube ich auch sehr wohl, dass die genannten Zahlen, die Kostendämpfung, die man sich erwartet, um das System zu schützen, nicht Panikmache sind, sondern sehr konservativ und sehr überlegt errechnete Zahlen sind. Davon gehe ich aus. Das sind die Fakten!

Denn die Kosten, die laufen natürlich. Die laufen und werden immer mehr. Das ist uns auch bewusst. Ich glaube, keiner in diesem Haus bestreitet sein Bekenntnis zur sozialen Verantwortung. Auf was man aufpassen muss ist, dass man die Leistungsfähigkeit des gesamten Systems, das für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes zuständig ist, diese Leistungsfähigkeit darf man nicht überbeanspruchen. Es hat keiner was davon, mit fröhlichem Musikspiel, mit der Draisine gegen den Punkt zu krachen. Das bringt nichts. Man muss schon wissen, was man tut. Das ist einfach das, was wir als Verantwortung sehen. Es ist ja nicht so, ich möchte es betonen, es ist nicht so, dass es mit diesen 520 Euro getan ist. Es gibt noch das Taschengeld, es gibt noch die diversen Zuschüsse, sei es die Bekleidungshilfe, die Freizeitaktivitäten in organisierten Quartieren, Schulbedarf für Schüler und Kindergartenkinder, Fahrtkosten für Schulbesuch, es gibt Familienbeihilfe, beitragsfreien Kindergarten, Krankenversicherung inklusive Mitversicherungsmöglichkeit, Rezeptgebührenbefreiung, Pflegegeld, Leistungen gemäß Chancengleichheitsgesetz, Zugang zu Sozialmärkten, Ermäßigungen von Gemeinden und Städten, wie der Aktivpass in Linz.

Also ich behaupte nicht, dass mit dieser finanziellen Ausstattung ein Luxusleben möglich ist. Ich glaube aber auch nicht, dass das der Sinn und Zweck einer bedarfsorientierten Mindestsicherung ist, die eben eine Härtefallabfederung sein soll. Die natürlich auch, ich sage es ganz bewusst, eine gewisse Motivation beinhalten soll, möglichst schnell auf eigene Beine zu kommen. Das soll ja auch sein. Es ist heute schon angesprochen worden, warum gibt es ganz wenige Länder in Europa, wie Österreich, wie Deutschland, wie Schweden und Dänemark, die den Großteil dieser Migrationsströme stemmen? Alle Menschen, die hierher kommen, haben bereits viele sichere Drittländer durchquert. Dafür haben sie viel Risiko auf sich genommen, haben viel leiden müssen und haben viel Geld bezahlt. Warum tun sie das? Weil das natürlich sehr wohl der Magnetismus der Transferleistungen ist. Es ist auch verständlich.

Eine Gesamtlösung des Problems kann nur auf europäischer Ebene erfolgen. Das ist bisher noch nicht gelungen. Wir haben uns schon vor einem Jahr gewünscht, jeder hat gesagt, das Problem muss auf europäischer Ebene gelöst werden. Was ist bisher herausgekommen, aus diesem Resettlement-Programm, es ist ausgesprochen überschaubar. Ich glaube, wir sind immer noch im dreistelligen Bereich, in ganz Europa. Und solange Europa keine Maßnahme auf die Beine bringt, weil es hier eindeutig einen Mangel an Solidarität gibt und gerade oft bei diesen Staaten, die von ihrem Beitritt zur EU ausgesprochen gut profitiert haben, die sich aber hier vor dieser Verantwortung drücken. Solange es hier keine umfassende Lösung gibt, ist es unsere Aufgabe, als Politiker auf dieser Ebene, dafür zu sorgen, dass unser System weiterhin funktioniert und weiterhin stabil bleibt. Das ist unsere Verantwortung.

Wie gesagt, wir haben gesprochen von der Abrüstung der Worte, hatten wir heute bei der gemeinsamen Erklärung, war wunderbar. Die Wortmeldung von Kollegen Binder klang nicht nach Abrüstung der Worte. Biedermann als Brandstifter! (Unverständliche Zwischenrufe links) Sei mir nicht böse! Aber in einer Hinsicht ist es immer das gleiche, zuerst haut man hin und wenn die Replik kommt, schreit man wehleidig auf und sagt, haltet den Dieb.

Was mich noch interessiert, bei diesen Zetteln, die zuerst abgeworfen wurden, ist mir dieses schöne Signet aufgefallen, es ist nicht anders gekennzeichnet, die schwarze Hand, hat übrigens eine historisch interessante Bedeutung. Ich weiß nicht, ob sie dem Schöpfer dieser Zettel bekannt ist, vielleicht hat jemand aufgepasst. Schwarze Hand, serbisch, nationalistischer Geheimbund um die Jahrhundertwende, die haben übrigens auch das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Auftrag gegeben und damit den ersten Weltkrieg ausgelöst. Ich glaube, das hat keiner gewusst, darum stelle ich das einfach so hin.

Aber wenn man einfach sagt, man verschließt die Augen vor den Problemen, dann möchte ich an eines erinnern. Es gibt überall Grenzen an der Leistungsfähigkeit und ich glaube, die Österreicher haben bewiesen, dass sie bereit sind, sehr viel zu tun. Die Österreicher sind Spendenkaiser. Die Österreicher haben ein großes Herz, das haben sie schon oft bewiesen, gerade in dieser Phase und gerade im letzten Jahr wirklich bewiesen, aber irgendwo muss man eine Grenze einziehen. Ich möchte mit einem Zitat schließen. Eine Begrenzung ist moralisch und politisch geboten, um die Handlungsfähigkeit eines Staates zu wahren und um die Unterstützung der Bürger für eine humane Aufnahme der Flüchtlinge zu sichern. Gesagt hat das Joachim Gauck, ein paar Tage vor dem verhängnisvollen Sager von Angela Merkel, wir schaffen das. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hingsamer.

Abg. **Hingsamer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wenn wer im Vorfeld dieser Diskussionen um die Mindestsicherung auch die Zeitungsberichte liest, dann kommt viel herüber, wir würden in der Frage Mindestsicherung nicht unterscheiden zwischen einer Mindestsicherung für Asylberechtigte und der klassischen herkömmlichen Mindestsicherung. Ich darf deutlich sagen, ja, wir unterscheiden. Wir ändern nicht die klassische Mindestsicherung, sondern die Mindestsicherung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, aber dürfen dabei doch erkennen, dass sich die Zahl der Bezieher in Oberösterreich für die klassische Mindestsicherung in der Zeit von 2011 bis 2015 nahezu verdoppelt hat und auch der Aufwand, überwiegend der Gemeinden, in dieser Zeit nahezu verdoppelt hat. Jetzt kann man sagen, in Wien ist es noch weit dramatischer, die leisten 63 Prozent von den 844 Millionen Euro der Mindestsicherung, die österreichweit gebraucht wird. Dort ist vielleicht auch die Ursache dafür, dass in der Anonymität der Größe dieser Stadt die Bereitschaft der Eigenverantwortung etwas geringer ausgeprägt ist, wenn

wir schon heute davon reden, wieweit es gelingt, Anreize zu schaffen, Beschäftigung anzunehmen. Aber der Zuwachs an Leistungsbeziehern ist und war in der Vergangenheit jetzt schon nicht übersehbar, der Zuwachs an Leistungsbeziehern kann ungefähr erahnt werden und dürfte jetzt sprunghaft werden. Und so dürfte die Mindestsicherung auch für uns eine ungewisse Reise in die Zukunft werden.

Diskussion um die Höhe der Ausgestaltung ist das eine, die Frage der Finanzierung ist das andere. Wo in Oberösterreich 100 Prozent der klassischen Mindestsicherung die Gemeinden leisten, lediglich für Asylberechtigte die ersten drei Jahre ab positiven Bescheid sich Land und Gemeinde die Kosten im Verhältnis 60 zu 40 teilen, insofern muss man auch die Sorgen derer, die zu finanzieren haben, ernst nehmen und wahrnehmen und wir sollten doch erkennen, das was wir geben, muss auf der anderen Seite erst erwirtschaftet werden. Das was wir geben, braucht eine gewisse Ausgewogenheit, braucht auch eine Ausgewogenheit und eine Verantwortung hin zum Steuerzahler. Nach Kalkulationen der Finanzabteilung, der Statistik wurde uns vorgelegt, mit welchen Steigerungen wir in der Frage Mindestsicherung zu rechnen haben. Es hat unterschiedliche Diskussionen gegeben, welches Szenario jetzt am Ende des Tages stimmt, wissen tun wir es nicht. Aber übereinstimmend können wir sagen, dass der Aufwand, der dafür notwendig wird, ein ganz großer wird und dass wir nach der Reduktion, die wir heute beschließen, im Jahr 2017 schon mit einer Steigerung von 30 Millionen Euro und im Jahr 2019 mit voraussichtlich über 40 Millionen Euro dafür zusätzlich brauchen, um das Ganze leisten zu können. Auch diese Herausforderung sollen wir bei unterschiedlicher Auslegung der Modellrechnung erkennen. Vergleichszahlen aus anderen Ländern, auch jene der BRD bestätigen zum einen die Richtigkeit der gemachten Berechnungen der Finanzabteilung, zum anderen auch die Notwendigkeit, hier doch in einer Form entgegenzuwirken.

Wenn wir von der Mindestsicherung für Asylberechtigte sprechen, dann dürfen wir dort zumindest auch erwähnen, dass Geld alleine nicht entscheidend ist, sondern entscheidend ist auch die Hilfe, die ergänzend gegeben wird. Ergänzend in der Form des Vermittelns der deutschen Sprache, da sind großartige Ehrenamtliche unterwegs, aber auch, und ich darf ein Beispiel aus unserem Bezirk erwähnen, eine eigene Klasse in der HAK Schärding und eine eigene Klasse und Jahrgang in der Vorbereitung in der Fachschule Andorf, für Jugendliche mit geringen Deutschkenntnissen, also genau für diese Zielgruppe, um denen soweit zu helfen, dass sie über den Sprachunterricht, über den Bereich der sonderpädagogischen Förderung, über den Bereich der Assistenzen der vorschulischen Betreuung, der Nachmittagsbetreuung und so weiter, letztendlich solche Menschen eine gewisse Chance bekommen am Arbeitsmarkt, um am Ende des Tages integriert werden zu können. Dieser Verantwortung sind wir uns alle bewusst. Uns ist auch allen bewusst, dass Anreize für Beschäftigung auch wichtiger sind. Wenn wir so gerne in dieser Diskussion von Werten sprechen, dann dürfen wir auf der anderen Seite doch auch sagen, es ist auch ein Wert, für eine Arbeitsleistung etwas zu bekommen. Darum muss es ein Ziel sein, diese Menschen so kurz als möglich in der Verweildauer der Mindestsicherung zu haben und es muss auf der anderen Seite auch attraktiv sein zu arbeiten.

Wenn wir in der Frage vom Übergang von der Grundversorgung in die bedarfsorientierte Mindestsicherung jetzt bereit sind, Leute etwas länger in Grundversorgungsquartieren zu lassen, bis zu zwölf Monate, wer die Möglichkeit hat, dann ist das ja auch nur die Chance, die wir geben wollen, dass letztendlich diese Menschen etwas länger Zeit haben, entsprechend Quartier zu finden. Und was einem Studenten zumutbar ist, in Gemeinschaftsquartieren vielleicht mit dem vorhandenen Geld auszukommen, muss einem Asylberechtigten als Einzelperson auch zumutbar sein. Die ergänzenden Leistungen, die wir

den Personen geben, wurden heute mehrfach gesagt, brauche ich jetzt nicht wiederholen. Was ich aber ausführen will, ist, dass wir im internationalen Vergleich ganz an der Spitze stehen. Dänemark hat bisher mehr gegeben, das stimmt, reduziert jetzt auch. Die Bundesrepublik Deutschland gibt mit Hartz IV ein gutes Drittel weniger von der derzeitigen Berechnung als wir, das hat ein Sozialdemokrat dort eingeführt, und kommt jetzt an den Wert, der bei uns jetzt für Familien rechnerisch neu herauskommt.

Leistungen auch in anderen Ländern, Norwegen, Frankreich, sind in etwa dort, wo wir derzeit, nach dieser neuen Regelung, nicht nach der derzeitigen, sondern nach der, was heute beschlossen wird, landen. Alle anderen Staaten Europas sind mit ihren Leistungen unter jenen, die wir heute beschließen. Auch das darf erwähnt werden. So wundert mich wirklich persönlich besonders, dass das Flüchtlingskommissariat der UNO, UNHCR uns kritisiert, was wir da tun und nicht erkennt, was andere Staaten der Welt tun und scheinbar nicht wertschätzt, dass wir mehr tun als der größte Teil des Restes der Welt. Auch das darf erkannt werden in dieser Frage und in dieser Auseinandersetzung. So glaube ich, haben wir jetzt mit diesen Werten vielleicht einen Wert geschaffen, der uns auffordert, der uns auch an die Grenzen der Belastbarkeit bringt, jene, die es finanzieren.

Wir reden, Herr Kollege Binder, so gerne vom Sozialland Oberösterreich. Dürften wir fallweise auch dazusagen, wem man die Last umhängt, scheinbar fragt man manchmal nicht, wo das Geld herkommt, sondern Hauptsache man gibt es. Na, wir fragen auch darum, wo es herkommt, so glaube ich ist das, das wir heute bereit sind zu beschließen, mehr oder minder eine Maßnahme, die für Ausgewogenheit sorgt, die die Ausgewogenheit mehr oder minder sichert. Und ich glaube, dass wir dann in einer guten Entwicklung auch ergänzend Leistungen erbringen können für die Menschen, wenn es darum geht, dass wir Hilfen geben, in der Frage der Ausbildung, der Weiterbildung, der Beschäftigungsintegration, weil das die eigentliche Herausforderung ist. Auch diese Herausforderung werden wir am Ende des Tages bereit sein anzunehmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Wall.

Abg. **Wall:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Wir Freiheitliche warnen seit vielen Jahren vor einer Überforderung unserer Sozialsysteme durch die verfehlte Zuwanderungs- und Asylpolitik, die uns immer mehr bildungs- und kulturferne Einwanderer ins Land bringt. Der überwiegende Teil der Asylwerber landet, wie sich ja jetzt immer wieder bestätigt, in der Mindestsicherung und das oft für sehr lange Zeit. Die Zahl der oberösterreichischen Mindestsicherungsbezieher ist in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Wir haben es bereits gehört von meinem Kollegen.

Im zweiten Halbjahr, also zwischen Juni und Dezember 2015, verzeichnen wir interessanterweise bei den Österreichern sogar einen leichten Rückgang von 9.151 auf 8.649, dafür ist aber bereits jeder vierte Mindestsicherungsbezieher Asyl- oder Schutzberechtigter. Wir haben im Landtag immer wieder darauf gedrängt gesetzliche Spielräume zu nützen und bei Sozialleistungen zu unterscheiden zwischen Staats-, EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen. Umso mehr freut es mich, dass mit der vorliegenden Novelle auch der freiheitliche Antrag vom Mai 2015 umgesetzt wird. Bereits da haben wir die Reduktion der Mindestsicherung auf Grundversorgungsniveau für Schutzberechtigte mit befristetem Aufenthaltstitel gefordert, eben nach dem Vorbild von Salzburg und Burgenland, das wurde ja bereits erwähnt.

Und Kollege Binder, er ist leider jetzt nicht da, ich bin als Freiheitliche sehr stolz auf Oberösterreich, auf die vielen Errungenschaften und auf die Leistungen die in unserem Land erbracht werden und ich bin auch stolz auf die Kollegen im Oberösterreichischen Landtag die den Mut haben, hier den ersten Schritt zu gehen für eine notwendige Maßnahme, die Hausverstand und Realitätssinn sich bewahrt haben, die nicht nur Sozialromantiker und Weltverbesserer sind und auch nachdenken was leistbar ist für uns und was wir unseren nächsten Generationen an Rucksäcken umhängen wollen.

Wenn der EuGH für eine mögliche Differenzierung bei Hartz IV zum Beispiel zwischen deutschen und EU-Bürgern eine Unterscheidung erlaubt, eine Differenzierung erlaubt oder wie ganz aktuell, haben wir auch schon gehört vom Kollegen Hattmansdorfer, betreffend Kindergeld jetzt zwischen Dritten und EU-Bürgern, dann muss wohl auch eine Differenzierung zwischen Staatsbürgern und Drittstaatsangehörigen möglich sein. Auch die nationalen Gerichte werden ihre Urteile den aktuellen Gegebenheiten anpassen. In besonderen Situationen ist es erforderlich, gesetzliche Grenzen auszuloten und gegebenenfalls Gesetze zu ändern, so wie wir das jetzt in Oberösterreich tun.

Warum haben wir nicht auf die 15a-Vereinbarung gewartet, kommt immer die Frage von der SPÖ? Ganz bewusst haben wir darauf nicht gewartet, denn diese Gesetzesänderung soll ja bereits für die große Zahl an Asylwerbern die im Vorjahr, speziell im zweiten Halbjahr, in unser Land gekommen ist, wirksam werden. Viele werden ihr Verfahren im Laufe des Jahres abschließen und Mindestsicherung beantragen. Es kommt auch immer wieder der Vorwurf, die Novelle widerspricht der 15a-Vereinbarung. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das ist kein Vorwurf, das ist eine Feststellung!“) Da komme ich mit einem anderen Beispiel, Herr Kollege Makor. Sie haben offensichtlich kein Problem, für die Behinderten eine reduzierte Mindestsicherung auszuzahlen, und zwar berechnen Sie bei der Mindestsicherung für Behinderte oder rechnen Sie bei der Mindestsicherung für Behinderte die erhöhte Familienbeihilfe ein. Das ist nicht vorgesehen und wurde auch vom Verfassungsgerichtshof so beurteilt. Da höre ich nichts, dass daran irgendetwas geändert wird. Das ist bereits im Februar 2015 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden, also nur so viel zur 15a-Vereinbarung.

Kommen wir noch einmal zu den Leistungen. Ich möchte es noch einmal wiederholen, das Beispiel mit der Familie, die auf 1.493 Euro netto monatlich inklusive Familienbeihilfe kommt, zwei Erwachsene und zwei Kinder, ergibt sich aus den 215 Euro pro Person plus 150 Euro fürs Wohnen und 100 Euro Verpflegung für Minderjährige, inklusive Integrationsbonus, inklusive Familienbeihilfe. Wir haben allerdings weitere Leistungen. Ebenfalls enthalten, das habe ich noch vergessen, ist der, nein, das ist da nicht enthalten. Aber eine zusätzliche Leistung haben wir in diesem Gesetz geschaffen für alleinerziehende Personen, auch ganz etwas Wesentliches, wo zwischen 100 und 250 Euro dann ab dem vierten Kind gestaffelt, zusätzlich ausbezahlt werden. Wir haben als weitere Leistungen für Schulbedarf 200 Euro für ein kindergartenpflichtiges Kind oder für Schüler und Schülerinnen. Wir haben 150 Euro pro Jahr Bekleidungshilfe. Es gibt die Übernahme von Fahrtkosten für unerlässliche Behördenwege, 100 Euro im Jahr. Es gibt für Schulbesuch erforderliche Fahrtkosten, es gibt ein Taschengeld pro erwachsene Person und Monat, 40 Euro. Es gibt für Freizeitaktivitäten in organisierten Quartieren 10 Euro pro Monat. Nicht gesprochen wurde auch über Leistungen, die es auch bisher schon gegeben hat, die selbstverständlich auch weiterhin für die betroffene Personengruppe gelten. Im Paragraph 2 gibt es weitere Leistungen, bis zu 5.200 Euro pro Jahr, und zwar kann angesucht werden um Beihilfen für die notwendige Übersiedlung, für die Adaptierung der Unterkunft zum Beispiel. Es gibt im Paragraph 3 Leistungen für die Hilfe zur Unterstützung bei der Erziehung und zur Erwerbsbefähigung. Da

kann bis zu 1.130 Euro an Beihilfen angesucht werden für Lern- und Arbeitsmittel oder Beihilfen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen.

Wir haben eine Möglichkeit geschaffen, dass niemand auf der Straße steht, indem wir die Asylberechtigten oder subsidiär Schutzberechtigten auch in den Asylunterkünften wohnen lassen. Und wenn da heute von menschenwürdig oder nicht menschenwürdig die Rede ist, es leben bereits jetzt über 1.000 Asylwerber in privaten Unterkünften, die nur 365 Euro bekommen. Und ich habe nichts gehört, dass das nicht menschenwürdig wäre. Also da sind die Personen, von denen wir jetzt reden, die von diesem Gesetz betroffen sind, wesentlich besser gestellt. Und auch von Härtefällen können wir noch einmal sprechen. Es gibt im Gesetz sehr wohl die Möglichkeit, hat es auch bisher schon gegeben, wenn das alles, das wir hier geschaffen haben mit diesem Gesetz, nicht ausreicht, wer keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Leistung hat, kann diese auf privatrechtlicher Basis bekommen. Da haben wir im Jahr 2015 824 Personen gehabt, die diese Leistung bekommen haben. Allerdings, möchte ich auch dazu sagen, brauchen wir eine einheitliche Vorgehensweise und klare Vorgaben, weil hier deutliche Unterschiede offensichtlich im Vollzug bestehen, wenn in Linz nicht einmal ganz ein Prozent der Mindestsicherungsbezieher Leistungen auf privatrechtlicher Basis erhalten und im Bezirk Grieskirchen ist es fast jeder Vierte. Also die Zahlen belegen schon, dass man da bei der Leistungsgewährung nicht ganz erklärbare unterschiedliche Maßstäbe anlegt und natürlich das Ganze für Ausnahmen gedacht ist. Aber immerhin, es gibt diese Härtefallregelung. Das ist auch gut so, wenn möglicherweise durch diese Reduktion der Mindestsicherung, die wir jetzt beschließen, solche Härtefälle auftreten sollten.

Wir Freiheitliche sind davon überzeugt, dass mit der Mindestsicherung Neu die Grundbedürfnisse der Asyl- und Schutzberechtigten abgedeckt sind und ein menschenwürdiger Versorgungsstandard gesichert ist. Und außerdem entspricht diese Maßnahme den Interessen und Erwartungen der oberösterreichischen Bevölkerung. Der sind wir ja als Landespolitiker in erster Linie verpflichtet und an die Adresse der SPÖ möchte ich sagen, laut einer Umfrage, die im Volksblatt vom 4. April zitiert ist, sind auch 60 Prozent der SPÖ-Sympathisanten für unsere Vorgehensweise. Vielleicht gibt Ihnen das auch zu denken, liebe Kollegen, und nachdem wir ja eh geheim abstimmen, vielleicht gibt es auch ein paar bei euch, die sich diesen 60 Prozent verpflichtet fühlen. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Roswitha Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer auf der Tribüne und auch im Internet! Was da heute beschlossen wird, ist einer Partei geschuldet, die auf billigen Populismus setzt. Sie spielt ungeniert arme Menschen und noch ärmere Menschen gegeneinander aus. Abschrecken ist da die Devise. Da zählen auch keine Argumente, von wegen verfassungswidrig oder nicht EU-konform und so weiter. Das wird durchgezogen, basta.

Und der Preis, der hier gezahlt wird, der ist hoch, der ist sehr hoch. Nicht nur, dass sich die ÖVP von der FPÖ hier vorführen lässt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Geht bitte noch einmal in euch, mit christlich-sozialen Werten hat das einfach absolut nichts mehr zu tun. Und es sind so viele Fragen offen. Wenn wir 900 Euro als Mindestmaß gegen die Armutgefährdung beschlossen haben, wie soll es dann gehen, dass Asylberechtigte mit nur mehr zirka der Hälfte auskommen sollen? Wie soll das bitte gehen? Können die sich dann entscheiden, ob sie halbwegs menschenwürdig wohnen wollen oder ob sie dann vielleicht doch lieber essen gehen und sich vielleicht einen Deutschkurs leisten? Vor dieser

Entscheidung werden die dann stehen. Und ich frage auch wirklich allen Ernstes, wovon sollen Asylberechtigte leben, wenn sie keinen Job haben?

Wir wissen alle, Menschen dürfen während ihres Asylverfahrens nicht arbeiten und sie bekommen auch keine Deutschkurse. Und zu glauben, dass sie als Asylberechtigte dann sofort einen Job kriegen, ist einfach nur blauäugig. Ich meine, es wird dem einen oder anderen schon gelingen, aber es wird nicht die Masse sein. Und es ist wirklich in höchstem Maße zynisch, generell Arbeitsunwilligkeit zu unterstellen, genau das Gegenteil ist nämlich der Fall. Das sagen uns die Hilfsorganisationen immer wieder. Viele Menschen wollen aus ihrer misslichen Lage sobald wie möglich herauskommen und sobald wie möglich auf eigenen Beinen stehen.

Und Kollege Mahr! Jetzt ist er nicht da, aber sagt es ihm bitte. Ich bin ja seiner Meinung, ja Ihr werdet es nicht glauben, ich bin seiner Meinung, wie er vorher gesagt hat, die Mindestlöhne und die Mindestpensionen sind zu niedrig. Ja selbstverständlich sind sie zu niedrig. Aber anstatt darüber nachzudenken, wie man das denn ändern kann, damit man möglichst vielen Menschen ein Einkommen ermöglichen kann, von dem sie auch leben können, (Zwischenruf Abg. Handlos: „Wer soll denn das zahlen?“) ach ja, wer soll denn das zahlen, ja geh, ja den Konzernen geht es ja so schlecht, das können sie absolut nicht zahlen, ja, ja ich denke mir das eh. Aber stattdessen, dass Ihr über das nachdenkt, ist es euch wichtig, dass Ihr die ärmsten Menschen gegen noch ärmere Menschen ausspielt.

Und eines möchte ich auch noch zu bedenken geben. Wer asylberechtigt ist, hat ja bereits die Legitimation, dass er oder sie bei uns in Österreich bleiben darf. Und jetzt alles zu tun, um diesen Menschen das Leben so schwer wie möglich zu machen, das ist menschenverachtend, das muss ich leider so sagen, das ist wirklich zynisch und es ist meines Erachtens auch einfach nur mehr schäbig. Dieser Antrag ist ganz klar gegen eine gelungene Integration gerichtet, hier werden ganz klar die armen Menschen gegeneinander ausgespielt und in Wirklichkeit wird das soziale Klima in unserem schönen Land zerstört. Das werden noch alle zu spüren bekommen und diejenigen, die dem heute zustimmen, werden dafür die Verantwortung tragen müssen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Walter Aichinger.

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gisela Peutlberger-Naderer, ich war fast glücklich über die vergangene gemeinsame Zeit im Sozialausschuss und in den diversen Unterausschüssen. Mich plagt nicht die Erinnerung an die Vergangenheit, aber ich schöpfe aus der langjährigen Erfahrung und ich erkenne die Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Realitäten und parteipolitischer Motivation. Und das ist nicht immer deckungsgleich, selbstverständlich.

Mehr als 35 Jahre berufliche Gesundheits- und Sozialsystemerfahrung, mehr als 25 Jahre Gesundheits- und Sozialpolitik, da weiß man um Menschen, die wirklich in Not sind, seien das jetzt medizinische Notsituationen, sei das tatsächliche Armut, sei es Menschen auf der Flucht wie im vergangenen Jahr 500.000 durch Österreich, durch Oberösterreich oder seien es Asylwerber oder Asylberechtigte. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung war ja ursprünglich ein Sozialinstrument für Österreicher, die in Armutssituation geraten sind. Sie war dann entwickelt worden als eine Krücke für die Unterstützung der in den vergangenen Jahren, die Zahlen, die haben wir heute gehört, in den vergangenen Jahren nicht so zahlreich in Österreich auftretenden Asylsuchenden bzw. im Wesentlichen für

Asylberechtigte und Schutzbedürftige, und auch nur für jene Asylberechtigte und Schutzbedürftige, die eben nicht den eigenen Lebensunterhalt bestreiten können.

In Zeiten einer Masseneinwanderung sind alleinige finanzielle Unterstützungen völlig unzureichend, völlig unzureichend. Sie zeigen einen gewaltigen blinden Fleck beim Erkennen der Bedürfnislage und den Unterstützungsnotwendigkeiten. Und ich sage es an dieser Stelle, aus meiner Sicht eine tolle Leistung, die Landesrat Anschöber gestern bei der Vorstellung des Integrationspakets geboten hat. Und er hat für diese Maßnahmen und die Empfehlungen, die er ausgesprochen hat und die ausgearbeitet worden sind, die volle Unterstützung, denn die treffen das eigentliche Problem. Wir müssen alles unternehmen, um entstehende Parallelkulturen zu vermeiden. Die Saat des Terrors geht auf diesem Boden auf, die geht auf dem Boden der Parallelkulturen auf. Es ist mehr ein Problem in der Zweigeneration, wie die Ereignisse in Belgien und Frankreich und hoffentlich in nicht noch mehr europäischen Ländern zeigen. Wer glaubt, die Trennung Religion - Staat, die Gleichstellung Mann - Frau, die Bildungsorientiertheit, die gleiche bei Burschen und Mädchen, mit Geld erkaufen zu können, begibt sich meines Erachtens eines sträflichen Irrtums. Wer glaubt, die Ausbildungs- und Qualifizierungsbereitschaft von Männern und Frauen mit einigen Euros zu erreichen, der irrt.

Alle diese Hilfen und Förderungen müssen meines Erachtens institutionalisiert werden. Und ich bin der Überzeugung, dass die vorgelegten Maßnahmen, wie sie heute in diesem Paket geschildert worden sind und auch beschlossen werden, die richtigen Maßnahmen sind, aber die richtigen ersten Maßnahmen. Wir brauchen mehr Sachleistungen nach einem solidarischen Versicherungsprinzip. Wir brauchen punktgenaue individuelle und bedürfnisorientierte Forderungs- und Förderungssysteme der Menschen, die ja eher kürzer als langfristig zu vollwertigen Mitgliedern in unserer Gesellschaft werden sollen. Die Brücken für diese Menschen auf dem Weg in unser Land wurden und werden nicht auf einigen finanziellen, ich sage es bewusst so einmal, Trostpflastern gebildet. Die Säulen und die Stützen bestehen nicht aus inhaltsleeren Symbolen einer plakativen Willkommenskultur. Nachhaltig wird diese Brücke nur gebaut, wenn sich viele Menschen, viele Institutionen mit der Situation, den Sorgen, den Ängsten und auch den Hoffnungen der Menschen ehrlich und ohne Pathos beschäftigen, die in unser Land gekommen sind und denen wir es erlauben zu bleiben. Wir haben alle genug zu tun. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Makor.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die zu erwartende Beschlussbefassung dieses Mindestsicherungsgesetzes stellt aus meiner Sicht tatsächlich eine Zäsur in der oberösterreichischen Sozialpolitik dar. Es ist, und das wurde von Kollegen Hattmannsdorfer ausgeführt und bildlich dargestellt, es ist eine Politik, die getragen ist von einem Gedanken eines Schönwettersozialstaates. Das heißt, dann, wenn es keine Probleme gibt, dann, wenn alles super läuft, dann können wir Sozialleistungen bieten. Dann, wenn das Wetter umschwingt und die Ansprüche eigentlich geltend gemacht werden müssen, dann sagt man nein, nein, um das Sozialsystem zu erhalten, müssen wir Sozialleistungen kürzen oder verdeutlichen, um die Sozialleistungen aufrecht zu erhalten, müssen wir von anderen, die ebenfalls Sozialleistungen nehmen, also von den Ärmeren etwas nehmen, um es anderen Ärmeren zu geben. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Von wem wird genommen?“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war und ist noch nie die Position des Oberösterreichischen Landtags und auch nicht in der Landesregierung gewesen im

Zusammenhang mit der Sozialpolitik. Wir hatten in der Vergangenheit eher den Ansatz zu schauen, dass wir unsere wirtschaftliche Situation und die gesamten Rahmenbedingungen so auslegen können und gemeinsam daran arbeiten, dass wir uns genau diese Sozialleistungen letztendlich leisten und langfristig finanzieren können. Und das ist tatsächlich auch eine Änderung, meiner Meinung nach, in der Sozialpolitik der Österreichischen Volkspartei, die in dieser Frage offensichtlich nicht wirklich ein verlässlicher Partner für jene sein kann, die für die Lebenskrisen Hilfe brauchen, die es geben kann und die ich niemanden wünsche, aber man kann sich nicht darauf verlassen, dass dann tatsächlich Hilfe vorhanden ist, wenn man sie braucht. Weil wenn sie von vielen gebraucht wird, dann zu sagen, jetzt kriegt es keiner mehr oder weniger oder nur mehr die Hälfte oder zwei Drittel, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein anderer Zugang zu einem solidarischen System und zu einem Sozialstaat, wie er zumindest bisher war.

Und ich vermute, und es wird im Grunde nach mit dieser Beschlussfassung letztendlich klar, dass die ÖVP sich mit dieser Positionierung letztendlich auch aufgrund der neuen Koalitionslage, ist halt so, für die „Nach-Pühringer-Zeit“ bereits positioniert hat. Sie ist von der Mitte weg deutlich nach rechts getriftet. Ich glaube nicht, dass dieser Kurswechsel in gesellschaftlichen Fragen, weg von einer christlich-sozialen, da waren sie immer verlässliche Partner, von einer christlich-sozialen, humanitären Linie hin zu einer populistischen, eher symbolhaft orientierten Politik tatsächlich allen ÖVP-Wählern und -Wählerinnen passt, aber das ist eh nicht mein Problem, um das mache ich mir keine Sorgen.

In einzelnen Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hatte ich in den letzten Monaten sogar den Eindruck, dass Kollege Hattmannsdorfer, aber letztendlich auch Landeshauptmann-Stellvertreter Stelzer in manchen Fragen sogar die Rädelsführer und Vorreiter des koalitionsären Rechtsrucks waren, manchmal Kollege Mahr, (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Hinter dir steht er!“) hinter mir, Kollege Mahr hatte ich sogar den Eindruck, dass du selbst überrascht wurdest von so viel vorausgehendem Populismus. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Deinen Gedanken kann ich nicht folgen!“) Diese Stelzer-Haimbuchner-Linie wird aber trotz parteiinternen Widerstands weitergeführt, weil anders kann ich es mir nicht erklären, wenn so bedeutende Funktionäre wie der Wirtschaftskammerpräsident Leitl, aber eben auch viele eurer Funktionäre aus dem christlich-sozialen Bereich, Caritas und so weiter, dass diese Leute mit dem wahrscheinlich nicht einverstanden sein werden.

Am konkretesten wird dieser Kurswechsel der ÖVP bei der Mindestsicherung in einem schwarz-blauen Gesetzesentwurf, meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem bei anerkannten Flüchtlingen, bei bescheidmäßig anerkannten Flüchtlingen von echten und unechten Flüchtlingen die Rede ist. Bei einem Gesetzesentwurf, wo zwei Klassen von Menschen gebildet werden, jene, die in Österreich mit 520 Euro und jene, die mit 914 Euro auskommen müssen und der Tatsache, dass niemand da herinnen, glaube ich, wirklich auch nur annähernd mit 520 Euro pro Monat das Auslangen finden kann, wird dieser Kurswechsel, glaube ich, relativ deutlich und Sie werden nicht verwundert sein, dass die Sozialdemokratie dieser Gesetzesänderung so mit Sicherheit nicht die Zustimmung geben kann. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Ihr seid aber dabei beim Jobbonus?“)

Aber am häufigsten, ja ich kann auch noch zum Jobbonus was sagen, wenn du magst, aber es häufen sich ja die Beispiele für diese Politik, weil wenn über Wochen und Monate über das Kindergartengesetz, das eh verbessert worden ist, ich will ja nichts bestreiten, aber über das Kindergartengesetz deswegen diskutiert wird, weil islamische Kindergärten verhindert werden müssen, die es zwar in Oberösterreich nicht gibt, wo auch keine beantragt wurden

(Zwischenruf Abg. KO Mag. Kirchmayr: „Lieber vorher als zu spät!“) und es auch zukünftig keine geben wird, dann weiß ich nicht, um was es wirklich geht. Was sind die wirklichen Probleme dieses Landes? Sind es 10.000 Flüchtlinge oder sind es 50.000 Arbeitslose hier in Oberösterreich, was sind die Probleme? (Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Sagt das euren Wählern einmal!“) Und da, lieber Manfred Haimbuchner, da seid ihr die Antwort bis zum heutigen Tag schuldig geblieben, bis zum heutigen Tag. Wo ist das Arbeitsprogramm für mehr Arbeit in Oberösterreich? Wo ist dein Programm für mehr Wohnungen in Oberösterreich? (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Das macht die Wirtschaft und da braucht es gute Voraussetzungen!“) Nix ist da! Also das Problem werden wohl, oder das wird man wohl nicht wirklich sagen können, werden nicht 10.000 Flüchtlinge sein, sondern das Problem ist in Wirklichkeit, dass die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Wirklichkeit in dieser Koalition nicht mehr stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollege Hattmannsdorfer, lass uns von den wirklichen Problemen dieses Landes reden. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Gerne!“) Wo ist die Initiative der ÖVP für mehr Arbeitsplätze? Von 50.000 Arbeitslosen haben wir zuerst gerade gesprochen. (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Runter mit den Steuern!“) Wo sind die Initiativen? Nix! (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Aber eine Maschinensteuer wollt ihr einführen!“) Nix, bis zum heutigen Tag von euch nichts. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Ihr seid so schwach in der Argumentation, dass wirklich alles zum Einschlafen ist bei euch!“) Manfred, Manfred, okay ich nehme es insofern zurück, es hat eine Initiative zum Arbeitsmarkt gegeben von dieser Koalition, das ist die Kürzung beim Bildungskonto, wo ihr genau bei jenen, die einen Staplerführerschein machen, bei den gering Qualifizierten, die Förderung von 70 auf 40 Prozent reduziert worden ist, das ist die Maßnahme, die ihr gesetzt habt. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Wo kommt das Geld für die Mindestsicherung her?“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will euch, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Vom Länderbankautomaten?“) um die Aufregung nicht weiter steigern zu müssen, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Es ist unmöglich zum Teil!“) ich will euch aber eines nicht verheimlichen, weil wenn ihr es schon mir nicht glaubt, dass es zu schweren Irritationen führt, wie die ÖVP-Sozialpolitik sich geändert hat, wenn ihr es schon mir nicht glaubt, dann sollte man zumindest manchen Kommentatoren Glauben schenken, (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Denen glauben wir schon lange nichts mehr!“) und das will ich euch nicht ersparen, was heute im Standard gestanden ist, (Unverständliche Zwischenrufe. Heiterkeit) ich nehme an, (Zwischenruf Abg. Nerat: „Im roten Bauern?“) im Gleißner-Haus ist es konfisziert worden. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Ich habe mir schon fast gedacht, du zitierst das Volksblatt!“) Aber ich gehe davon aus, dass das im Standard kein Inserat ist, beim Volksblatt weiß man es nicht so genau.

„Die harten Hunde der Volkspartei“, Gerald John, eh nur der erste Absatz, obwohl das Ganze gut zu zitieren wäre, nur die Irritation reicht weit über die politische Konkurrenz hinaus, ich sag es ja nur, also: Die harten Hunde der Volkspartei. Es fehlte nur noch die medienwirksam zerdrückte Krokodilsträne: Es sei nicht angenehm, Sozialleistungen zusammenzustreichen, sülzte der ÖVP-Politiker Wolfgang Hattmannsdorfer coram publico, doch die Verantwortung für "unsere Landsleute" biete ihm keine andere Wahl: Wir sind nicht die harten Hunde, die aus Jux und Tollerei kürzen. Heuchlerei, lass nach, denn natürlich geht es bei der Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte im schwarz-blauen Oberösterreich genau darum: einen demonstrativen Biss ins Wadl jener, die nach gängiger

Meinung nicht "unsere Leut" sind. Für die ÖVP ist der Beschluss ein moralischer Tiefpunkt. Die angeblich christlich-humanistische Partei biedert sich dem FPÖ-Prinzip, Ausländer zu Bürgern zweiter Klasse zu erklären, an, bis hinauf an die Spitze.“ Danke sehr! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Böker.

Abg. **Böker:** Ja, ich muss mich noch ganz kurz zu Wort melden, die vielen Meldungen von den verschiedenen Vorrednern haben mich dazu veranlasst. Und hier steht keine Sozialromantikerin, aber vielleicht eine Weltverbesserin, aber auch eine gestandene Kommunalpolitikerin, die in den letzten Jahren, und ich möchte auch ganz bewusst jetzt da hinauf schauen, in der Gemeinde Ottensheim ganz viel mit Asylwerbern und -werberinnen zu tun hatte. Und wenn dann Herr Abgeordneter Hattmannsdorfer von einschwören lassen spricht oder viele, die bei uns leben wollen, dürfen nicht neben uns, sondern mit uns leben. Ich habe erlebt, dass sie mit uns leben wollen, und das ist immer so eine, es kommt mir vor, so eine kleine Unterstellung, die ja immer wieder durchkommt.

Und ich möchte ganz klar auch zu den Rechenbeispielen sagen: Wir haben am Beispiel der Kommune in Ottensheim an die 100 Asylwerber und da sind vielleicht zwei Familien dabei und es geht hauptsächlich um Einzelpersonen und nicht um die Rechenbeispiele von Familien, wobei die ja nicht unrichtig sind, aber das sind ganz wenige. Eine Frage, wer zahlt die verlängerte Bleibe in der Grundversorgung, sollte es dann dazu kommen, dass wir statt vier Monaten zwölf Monate drinnen bleiben?

Und ich möchte noch ganz kurz einfach auf einen gestrigen Fachmann zurückkommen, nämlich dem Experten bei der Integrationskonferenz, der zitiert wird von mir jetzt. Was ist mit Kindern, die wir erziehen? Die Eltern wollen, dass sie das werden, was wir glauben, das sie werden sollen. Professor Hüther, der gestern wirklich einen ganz großartigen Vortrag gehalten hat, er spricht immer vom Vertrauen, ein Vertrauen in die Kinder zu legen, dann ist es möglich, dass sie sich entwickeln können. Und ich glaube, genau dasselbe müssen wir auch bei Menschen tun, die zu uns kommen aus Kriegsgebieten oder auch aus Gebieten, wo Hunger herrscht. Sie sind traumatisiert zum großen Teil und ich glaube nicht, dass hier einer lächeln kann, denn wir erleben das hautnah täglich und ich denke, hier müssen wir einfach ganz klare Formen der Ermutigung aussprechen, auch das ist gestern sehr stark gefallen. Wir müssen ermutigen und nicht abschrecken. Und diese Strategie einerseits die Sicherung der Grundbedürfnisse, wie es hier drinnen steht, mit menschenwürdigen Versorgungsstandards, aber auch zugleich eine Abschreckung, damit wir nicht alle hier zu uns einladen, steht im Widerspruch.

Ich glaube, wir hätten schon viel früher ansetzen müssen, nämlich seit Jahren zahlt Österreich den Entwicklungshilfebeitrag nicht vollständig. Vielleicht hätten wir schon vor 20, 30 Jahren beginnen sollen, in den Ländern, in denen es jetzt zu solchen Katastrophen kommt, hier mitzuhelfen, dort etwas aufzubauen, damit die Menschen auch dort bleiben können. Ich bitte Sie noch einmal, denken Sie bitte bei dieser jetzt dann stattfindenden geheimen Abstimmung noch einmal nach, bevor Sie Ihre Stimme abgeben, im Sinne dessen, dass wir unser soziales System hier wirklich gemeinsam tragen. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich erteile Herrn Kollegen Wolfgang Stanek das Wort.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren im hohen Haus, auf der Galerie, im Internet! Vor der heutigen Debatte über die Mindestsicherung haben wir uns erfreulicherweise zu einer Gemeinsamen Erklärung zur

Brandstiftung in Altenfelden artikuliert und im Rahmen der sehr guten Debattenbeiträge ist da auch sehr klar gesagt worden, dass wir mit allergrößter Sensibilität darauf achten sollten, dass nicht aus radikalen Worten auch entsprechende Handlungen resultieren.

Von der Galerie Zetteln herunterzuschmeißen ist ganz sicherlich noch keine radikale Haltung, mit demokratischen und demokratiepolitischen Verständnis hat das allerdings meines Erachtens nichts zu tun. Ich stelle hier schon mit Bedauern fest, dass bis jetzt kein einziger Debattenredner, keine einzige Debattenrednerin weder der SPÖ noch der Grünen auf diesen Vorfall eingegangen ist, also offensichtlich derartige Vorgangsweisen durchaus toleriert werden. Ich möchte für meine Fraktion ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir derartige Handlungen absolut zurückweisen und ich habe mich darüber sehr, sehr geschreckt, dass sowas im Oberösterreichischen Landtag vorkommen kann. (Beifall)

Ich möchte mich ganz ausdrücklich bei meinem Kollegen Walter Aichinger für seine Worte bedanken, die treffender nicht sein konnten, die vor allem auch aufgezeigt haben, dass die aktuelle Problemsituation nicht rein mit Geldmaßnahmen bewältigbar sein wird und dass es noch viel Arbeit bedeutet, hier wieder zu Verbesserungen zu kommen.

Eigentlich war die Rede des Kollegen Makor, die dann gleich anschließend stattgefunden hat, wirklich ein Schuss ins Knie, denn er hat rein parteipolitisch argumentiert und sich eigentlich mit der Thematik kaum auseinandergesetzt. Ja, ganz im Gegenteil, er hat darüber polemisiert und vor allem dann einfach nicht richtig argumentiert, vor allem auch die Unwahrheit gesagt. Weil hier heraußen zu behaupten, dass keine Initiativen seitens der Oberösterreichischen Landesregierung hinsichtlich der problematischen Arbeitsmarktsituation getroffen wurden, das ist schlicht und einfach eine Frechheit. Was ist denn mit dem 100-Millionen-Euro-Konjunkturpaket, das beschlossen wurde, was ist denn mit dem Pakt für Arbeit und Qualifizierung? Übrigens, da ist auch eure zukünftige Landesparteivorsitzende als bisherige AMS-Chefin federführend auch mit im Boot gewesen. Sind das lauter Maßnahmen gewesen, die seitens der Oberösterreichischen Landesregierung getroffen wurden, die keine Auswirkungen haben, wo man sagen muss als Klubobmann der SPÖ, es wird in diesem Land nichts dagegen getan? Auch das weise ich dezidiert zurück. (Beifall)

Der nächste Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist der Kollege Binder. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Keine Namen!“) Er hat richtigerweise gesagt, Oberösterreich ist das Bildungsland Nummer eins, er hat richtigerweise gesagt, Oberösterreich ist das Exportbundesland Nummer eins, er hat richtigerweise gesagt, Oberösterreich ist das Wirtschaftsland Nummer eins und er hat richtigerweise gesagt Oberösterreich ist auch führend bei jenen Bundesländern mit der geringsten Arbeitslosenquote und er hat richtigerweise gesagt, Oberösterreich ist das Sozialland Nummer eins, nein eigentlich hat er gesagt, wenn wir heute diesen Beschluss treffen, dann waren wir das Sozialland Nummer eins.

Lieber Kollege Binder, liebe Damen und Herren von SPÖ und Grünen, ich bin überzeugt, wir sind auch nach dem heutigen Tag noch das Sozialland Nummer eins, aber im Unterschied zu euch geht es der ÖVP und der FPÖ darum, dass wir dieses Sozialland auch bleiben können, um in Zukunft wirklich auch Menschen helfen zu können, die es tatsächlich brauchen. (Beifall) Und eines dürfen wir in dem Zusammenhang auch nicht vergessen, das ist heute schon einige Male gesagt worden, Oberösterreich, nämlich unser Bundesland Oberösterreich ist im gesamteuropäischen Vergleich bei den sozialen Unterstützungen und bei den Sozialausgaben auch vorbildhaft immer an erster Stelle gelegen. Wenn Kollege

Binder behauptet, ich gebe zu, jetzt bin ich ein bisschen polemisch, dass wir durch die Kürzung der Mindestsicherung unsere Spitzenposition verlieren, dann müsste man ja im Umkehrschluss sagen können, dass Wien eigentlich das Paradebundesland Nummer eins sein sollte. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Das würde ich aber durchaus ganz anders sehen. Auch noch einige Äußerungen zum Kollegen Kaineder, der uns ja wiederum erklärt hat, was christlich-sozial bedeutet. Christlich-sozial bedeutet für uns auch, Verantwortung für die Zukunft zu tragen. Christlich-sozial bedeutet für uns vor allem aber auch, die Sorgen von vielen Menschen in unserem Lande ernst zu nehmen und selbstverständlich auch dort genau hinzuhören.

Christlich-sozial heißt vor allem aber auch, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass auch in Sozialbudgets der Zukunft entsprechendes Geld vorhanden ist und es nicht in Hauruck-Aktionen unverantwortlich ausgegeben wird. Wir haben ja in diesem Haus in den letzten Monaten schon etliche Diskussionen gehabt, über Grenzkontrollen, über Obergrenzen, und es ist in all diesen Diskussionen immer wieder an unser christlich-soziales Gewissen appelliert worden.

Meine Frage allerdings, die ich immer wieder von dieser Stelle auch gestellt habe, wo aus Ihrer Sicht zum Beispiel die Aufnahmekapazität in Österreich erschöpft wäre ist, wie viele Flüchtlinge wir aus Ihrer Sicht tatsächlich aufnehmen können, diese Fragen wurden nie beantwortet. Nein, ganz im Gegenteil. Da ist dann immer gesagt worden, ja, Europa muss da entsprechend initiativ werden.

Nur wir wissen eben, dass Europa, zumindest bisher, nicht initiativ geworden ist, und dass es nach wie vor ein Faktum ist, dass sich Flüchtlingspolitik vor allem auf die drei Länder Österreich, Deutschland und Schweden konzentriert, und dass es daher auch ein Gebot der Stunde ist, dass wir hier entsprechende Maßnahmen setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Thema ist ein sehr, sehr ernstes Thema. Es ist heute auch von Wolfgang Hattmannsdorfer und anderen schon gesagt worden, dass es niemandem leicht fällt, Leistungen zu kürzen. Es ist aber trotzdem auch notwendig, wenn es uns darum geht, verantwortungsvolle Politik für die Zukunft zu betreiben, jetzt Maßnahmen zu setzen.

Es hat auch etliche Lösungsansätze und Vorschläge gegeben, die zwar die Kollegin Bauer nicht gehört hat oder nicht hören wollte, wo man einfach auch vernünftigerweise sagen muss, es ist ein menschenwürdiges Leben mit 560 Euro in Oberösterreich möglich.

Es muss ein bisschen mehr zusammengerückt werden. Ich glaube, dass wir das, was wir auch von eigenen Leuten da oder dort verlangen und verlangen müssen, dass wir das auch von Flüchtlingen verlangen können, denen wir grundsätzlich eine neue Heimat in unserem Lande bieten. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Kollege Stanek! Als Präsidentin, jetzt sitze ich nicht da oben, aber als Präsidentin möchte ich schon feststellen, dass das, was du gemeint hast, dass hier nicht eingegriffen worden ist, sehr wohl von mir, im Sinne des Präsidiums klargestellt wurde, dass wir solche

Vorgangsweisen nicht haben wollen. (Zwischenruf Abg. Stanek: „Das habe ich nicht gesagt!“) Ich möchte aber eines schon richtigstellen, um hier wirklich keine Mythen aufkommen zu lassen.

Du bist neben ganz wenigen, wahrscheinlich neben mir und der Kollegin Peutlberger-Naderer, einer der ziemlich längst Gedienten da herinnen. Es stimmt nicht, dass wir das heute zum ersten Mal erlebt haben. Es ist bereits einmal passiert, nur sind die Zettel da hinten geflogen, in einem anderen Zusammenhang. Das möchte ich auch richtigstellen, weil ich glaube, dass das Thema so sensibel ist, dass man heute keine Mythen darüber aufkommen lassen soll, dass das heute zum ersten Mal passiert wäre.

Es war bereits schon einmal der Fall, genau in dieser Art und Weise. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Und deswegen ist es legitim?“) Und das möchte ich auch richtigstellen, weil ich nicht glaube, dass das Thema sich dafür eignen würde, jetzt hier sozusagen Stellvertreterkriege oder mögliche andere Dinge aufkommen zu lassen. Das möchte ich jetzt klargestellt haben. Du weißt das, und ich weiß es. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Michael Gruber. Bitteschön, Herr Abgeordneter.

Abg. **Gruber:** Herr Präsident, hohes Haus, werte ausdauernd Politikinteressierte auf der Galerie und an den Bildschirmen! Die Verantwortung für die Integration wird stets der Mehrheitsgesellschaft gegeben. Viel entscheidender ist aber der Wille der Migranten selbst. Das Füllhorn des Wohlfahrtsstaates und die Mindestsicherung sind so gesehen fatal, weil sie eine Parallelgesellschaft begünstigen.

Das sagt ein Soziologe, in Berlin tätig, namens Ruud Koopmans und war aktiver Grüner in den Niederlanden. Also, entscheidend für eine gelungene Integration ist der Wille der Migranten selbst. Und wenn wir heute schon über die Mindestsicherung Neu sprechen, dann glaube ich, können wir auch ein Stück weit von einem Meilenstein sprechen, der im Zusammenhang mit dem Integrationsbonus und der Integrationserklärung zu sehen ist.

Wir haben in Oberösterreich die Chance und die Möglichkeit, den Zugewanderten den Willen mehr oder weniger in Form einer Unterschrift darstellen zu lassen, mit der sie sagen, jawohl, ich will mich integrieren, ich will Deutsch erlernen, ich möchte mich der Werte und Orientierung eures Landes in Form von Kursen unterziehen. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Und wenn er das alles macht, bekommt er die Hälfte?“) Und das ist ein guter Zugang für Integration.

Der sagt, der Wille ist entscheidend. Und da geht es nicht, und das sage ich auch gleich dazu, weil das immer wieder in unsere Richtung polarisierend erwähnt worden ist, Kollege Kaineder oder Binder, irgendwelche Inszenierungen da heraußen von abstrakten, irgendwelche politisch herbeigeschworene Konstrukte, darum geht es nicht. Es geht um konkrete Maßnahmen, und die sind heute hier zur Disposition gestellt und werden heute zur Abstimmung gelangen.

Und ich bin froh, und da braucht man nicht immer Richtung ÖVP schießen, ich bin froh, dass es hier ein gemeinsames Vertragswerk gibt, wo klipp und klar herauskommt, wo die Reise hingehen soll. Da ziehen wir nichts an den Haaren herbei, sondern da geht es um Maßnahmen, da geht es um das Gesetz des Handelns, damit endlich einmal etwas

geschieht, weil bis dato habe ich immer nur gehört, wir wollen mehr Geld, wir wollen mehr Geld.

Lassen wir alles so, wie es ist und geben wir noch ein bisschen etwas dazu. Das ist aber keine Lösung. Da haben wir jetzt ein konkretes Vertragswerk. Das ist eine Lösung und dafür stehen wir. Ich bedanke mich, dass wir das gemeinsam beschließen. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Rudolf Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu guter Letzt, die beiden zuständigen Referenten in der Landesregierung, der für die Mindestsicherung zuständige Landesrat und ich als derjenige, der im Integrationsbereich zumindest einen Teil dessen, was an Wirkung da ist, miterleben wird und mitbearbeiten wird müssen und dürfen, ich mache das gerne.

Ich werde mich trotz aller Versuchung nicht auf parteipolitische Ebene begeben, ich werde mich jetzt trotz aller Versuchungen nicht mit dem sozialpolitischen Teil auseinandersetzen. Ich gehe davon aus, dass das der Reini machen wird. Außerdem hat es der Stefan sehr präzise und sehr konkret gemacht. Ich wundere mich ganz einfach, einen Satz dazu noch, dass Menschen, die alle miteinander wissen, dass wir alle nicht von diesen 520 Euro leben könnten, dass trotzdem Menschen das tun, dass sie das beschließen.

Diesen einzigen Satz zur sozialpolitischen Situation. Aber dort, wo ich mich, glaube ich, mittlerweile wirklich auskenne, ist der Bereich der Integration. Ich glaube, das ist es wert, dass wir uns diesen Bereich und welche Auswirkungen hat dieses Paket, hat dieser Kahlschlag auf die Integration in Oberösterreich, dass wir uns das genau ansehen.

Aus meiner Sicht, am Beginn gleich sehr drastisch und klar formuliert, ist dieser Kahlschlag wirklich ein schwarzer Tag für die Integration in diesem Land, weil genau die Ziele, die wir uns gesetzt haben und die, glaube ich, extrem wichtig sind, und die die Fehler nicht wiederholen sollen, damit schwerst beschädigt werden.

Wir haben uns vorgenommen, dass wir erstens ein gutes Miteinander haben wollen, wir haben uns vorgenommen, dass wir zweitens möglichst rasch die Integrationsmaßnahmen vorantreiben wollen, und das tun wir mittlerweile bereits. Ab dem ersten Tag der Anwesenheit, ab dem Asylantrag geht es los, auch mit Deutschkursen. Das ist wichtig für beide Seiten, für uns alle miteinander, und dritter Bereich, und auf den möchte ich mich konzentrieren, denn da hat es wirklich fatale Auswirkungen, was Sie hier möglicherweise beschließen werden, wir haben gesagt, wir wollen eine dezentrale Integrationsarbeit realisieren, das heißt, eine Integrationsarbeit vor Ort.

Wir haben wunderbare Voraussetzungen dafür, denn wir haben eine Struktur unserer Quartiere, die äußerst dezentral aufgestellt ist, wir haben heute schon kurz darüber diskutiert. 510 Quartiere derzeit in fast allen Gemeinden Oberösterreichs, Durchschnittsgröße der Quartiere 25 Plätze. Das heißt, da ist in der Gemeinde miteinander tatsächlich Integrationsarbeit gut umsetzbar.

Ganz anders ist die Situation in Deutschland, da haben wir 1.000er-Quartiere, 3.000er-Quartiere, Quartiere mit 5.000 Menschen, wie soll da Integration funktionieren? Deswegen glaube ich, wir müssen uns das behalten, dass Asylberechtigte, falls sie diesen Bescheid bekommen, dann auch in den Gemeinden bleiben können, vor Ort Arbeit suchen können, vor

Ort wohnen können und nicht abwandern in die städtischen Zentren, so wie das in der Vergangenheit immer war, und dann durch diese Zentralisierung Ghettoisierungen entstehen. Das war genau das, was nicht funktioniert hat, wo die Probleme entstanden sind, und das ist ja, glaube ich, logisch nachvollziehbar.

Das wird gar nicht einfach, dass wir das schaffen. Das Problem ist jetzt, wenn es diesen Kahlschlag ab 1. Juli gibt, dann haben wir einmal ein Problem, weil die dezentrale Struktur wird dazu führen, dass wir Mobilität brauchen, denn es muss derjenige oder diejenige, die in Großraming, ich sage das deswegen, weil ich gerade vorgestern dort war, einen Deutschkurs haben will und ein Qualifizierungsangebot umsetzen will, die Chance haben muss, nach Steyr, nach Linz zu diesem Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot zu kommen.

Es kostet in Oberösterreich etwas. Gott sei Dank haben wir zwar einen öffentlichen Verkehr, mit dem das grundsätzlich möglich ist, aber wir haben Monatskartenpreise von 90, 100, 110 Euro. Deswegen ist zum Beispiel der Studienlehrgang an der Johannes Kepler Universität, Danke den Professoren dort, Danke dem Dekan, dass der umgesetzt wird, für 65 Asylwerber und Asylberechtigte, deswegen hat der gewackelt, weil die Fahrtkosten nicht finanzierbar sind.

Jetzt stellen Sie sich mit mir gemeinsam einmal vor, du hast jetzt 520 Euro im Monat zur Verfügung und sollst 100 Euro für das Monatsticket hinlegen. Jeden Monat. Das geht nicht. Das ist nicht finanzierbar zum normalen Leben dazu, zur normalen Lebenssituation, Wohnen zu wollen in der Region, Essen zu wollen in der Region, und das zu realisieren, was wir alle miteinander in die Landesverfassung geschrieben haben, nämlich ein menschenwürdiges Leben.

Wie sollen diese 100 Euro finanzierbar sein? Das geht nicht. Und was erreichen wir damit? Die Leute bleiben in Großraming, haben keine Qualifizierung, haben den Deutschkurs nicht. Und was werden sie machen? Na, sie werden dann irgendwann einmal in der Stadt landen, werden sich möglichst rasch einen Billigstjob suchen, werden Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Ich werte das nicht negativ, diesen Job. Aber wir haben dort die größte Konkurrenz am Arbeitsmarkt überhaupt. Wir müssen doch schauen, dass wir die Menschen, die neu bei uns sind, dorthin qualifizieren, wo sie hinwollen und wo wir sie in unserer Arbeitsmarktsituation und in der Wirtschaft auch brauchen können, wo es Bedürfnisse gibt, zum Beispiel im Bereich der Facharbeiter und Facharbeiterinnen, zum Beispiel im Bereich, weil gerade der Walter gesprochen hat, ich komme auf dich nachher noch zu reden, im Bereich der Ärztinnen und Ärzte.

Wir haben fast 100 Ärztinnen und Ärzte bei uns. Es wäre doch eine Katastrophe, wenn wir dieses Kapital verspielen, weil die Menschen die Deutschkurse nicht absolvieren können, weil sie sich das alles nicht mehr leisten können und weil sie sich eine Nostrifizierung nicht leisten können. Ich komme gleich auf die Beispiele, was das konkret an Kosten bedeutet.

Im Übrigen ist das eine Personengruppe, die Vergünstigungen, die Oberöreicher sonst haben, nämlich Schülerticket, Jugendticket, Lehrlingsticket, die haben da keinen Zugang, obwohl sie enorme Kosten haben. Das heißt, es ist eine doppelte Erschwernis in der Situation. Sagt mir ehrlich, wer würde das in diesem hohen Haus mit 520 Euro schaffen können? Ich nicht, ich sage es ganz ehrlich.

Zweiter Punkt, Integration heißt auch Wohnen. Wenn wir dezentrale Integration wollen, wie wir alle es wollen, brauche ich eine Wohnung in der Region. Ihr kennt wahrscheinlich, zumindest so gut wie ich, die Wohnpreise in euren Gemeinden. Jetzt hat einer gesagt, Studenten können auch in eine Wohngemeinschaft gehen. OK, wie lange geht das? Wie viele Wohngemeinschaften gibt es in Großraming? Da gibt es ein Einzelzimmer, das sich einer leisten kann, und da sind wir bei den billigsten Standards bei 300 Euro bis 400 Euro, von 520 Euro minus 100 Euro Monatsticket.

Wie geht sich das aus? Das kann sich nicht ausgehen. Das ist unmöglich. Was wird die Folge sein? Die Leute werden schauen, dass sie in Billigstquartiere in den städtischen Zentren gehen, so wie wir das im Krieg und nach dem Krieg, ehemaliges Jugoslawien, erlebt haben. 20 Leute in zwei Zimmern in Linz, ein paar skrupellose Miethaie verdienen sich eine goldene Nase. Und was erleben wir? Zentralisierung, Ghettoisierung, und die dezentrale Integration ist futsch. Zweite Auswirkung.

Der dritte Bereich, und mir persönlich ist das eigentlich mittlerweile das größte Anliegen, und ich muss auch ganz offen gestehen, ich habe da auch gebraucht, bis ich halbwegs drinnen war und auch Zusammenhänge durch viele, viele Gespräche, gerade auch mit Betroffenen, das wünsche ich uns im Übrigen allen, dass wir mehr mit den Betroffenen reden. Vielleicht werden wir dann die ganze Causa überhaupt ein bisschen anders sehen.

Die Frage ist, wo haben wir Arbeitsmarktprobleme? Das ist überall dort, wo man schlechte Qualifikationen hat, ganz vereinfacht gesagt. Im Bereich der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ist die Konkurrenz am größten und die Situation für die Betroffenen am schwierigsten. Umgekehrte Frage, was bringen die Menschen mit?

Ganz unterschiedliche Qualifikationen. Wir haben Menschen ohne Qualifikation, ohne Alphabetisierung bei uns, wir haben aber auch gut Qualifizierte, in seltenen Berufen mittlerweile, gerade aus dem facharbeiternahen Bereich, wo es relativ einfach mit leichten Umschulungsmaßnahmen geht, da präzise eine Situation zu schaffen, wo man sich gut am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft bewegen kann.

Wir haben drittens auch, und das ist sicher nicht die Mehrheit, aber auch hoch- und höchstqualifizierte Menschen mit dabei, die nun bei uns auf den Asylbescheid warten. Umgekehrt, was sucht unsere Wirtschaft? Wir haben alle die Prognosen im Facharbeiterbereich sagt uns die Industrie, die Wirtschaft im Jahr 2020, Bandbreiten zwischen 15.000 und über 20.000 Menschen, die wir als Facharbeiter und Facharbeiterinnen brauchen, und wir brauchen in hochqualifizierten Bereichen zusätzlich Menschen, etwa im bereits angesprochenen Bereich der Ärztinnen und Ärzte.

Wenn jetzt jemand eine Umqualifizierung braucht, dann braucht er Zeit dafür. Wenn er die Zeit nicht hat, sondern möglichst schnell zur Existenzabsicherung den erstbesten Billigstjob nehmen muss, dann wird das vorbei sein mit der Qualifizierung, dann wird es vorbei sein mit der Chance, die wir haben, nämlich Facharbeiter, Facharbeiterinnen, hochqualifizierte, gut ausgebildete Menschen dort zu haben, wo unsere Wirtschaft, unser Arbeitsmarkt auch einen Bedarf hat und wo sie umgekehrt wertvoll ein Teil unserer Gesellschaft sein können und etwas einbringen können, denn das wollen sie.

Ich habe keinen einzigen erlebt, und ich weiß nicht, mit wie vielen hundert ich gesprochen habe, der gesagt hat, mir fehlt es an Motivation, ich will keinen Deutschkurs, ich will mich

nicht qualifizieren, auf Wiedersehen. Jeder brennt darauf, diese letzte und einzige Chance in seinem Leben umzusetzen und zu verwirklichen. Das weiß ein jeder, das ist ein Zeitfenster.

Deswegen will jeder das bestmögliche erreichen in der Situation. Das heißt, wenn wir die Leute in die Hilfsarbeitertätigkeit hineindrängen, dann werden wir erreichen, dass die Konkurrenzsituation sich mit denen verschärft, die es in der Gesellschaft am schwersten haben. Dann werden wir zusätzliche Arbeitslose schaffen, dann werden wir zusätzliche Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher schaffen, und dann wird die Rechnung, wenn wir schon bei den Rechnungen sind, dann völlig anders ausschauen, was Kosten-Nutzen-Situation dieses Beschlusses betrifft, wenn man schon nicht das Schicksal des Einzelnen oder der Einzelnen in den Mittelpunkt stellt.

Ich habe kurz von den Hochqualifizierten und Höchstqualifizierten gesprochen, die bei uns sind. Ich habe letzte Woche eine Gesprächsrunde mit den Ärztinnen und Ärzten und mit dem Ärztekammerpräsidenten gehabt, der sich im Übrigen großartig engagiert in dieser Frage. Super, großartig, dass wir solche Leute bei uns haben, die in ihrer Freizeit ihre Beiträge leisten, die versuchen, Sprachangebote zu realisieren, weil natürlich braucht ein Arzt ein völlig anderes Sprachangebot als einen A2-Kurs. Der braucht eine Fachsprache, und das ist gar nicht so einfach, genau diese Qualifikationen zu erhalten. Einer hat mich gefragt, ob es bei uns auch Mühlviertlerisch gibt, das man lernen kann, das habe ich entschieden zurückgewiesen als Mühlviertler. Was heißt das bei den Nostrifizierungen? Ich habe euch zwei Beispiele mitgenommen, das sind keine erfundenen Beispiele, sondern Menschen, die bei uns in der realen Lebenssituation sind. Das eine ist die Frau A., die bei uns einen positiven Asylbescheid gerade soeben gekriegt hat, sie war in Syrien biomedizinische Analytikerin, spannender Arbeitsbereich auch bei uns. Was kostet ihr die Nostrifizierung, heißt mit anderen Worten, die Anerkennung ihrer Ausbildungssituation für unsere Situation und für unsere Wirtschaftssituation?

Sie braucht die Übersetzung ihrer Unterlagen durch einen gerichtlich beeideten Dolmetsch, kostet ihr rund 450 Euro. Sie braucht Kosten für den Bescheid, die sie finanzieren muss, zusätzlich rund 300 Euro. Sie braucht diesen Fachdeutschkurs, da geht sie derzeit von 485 Euro aus, das ist relativ bescheiden gerechnet. Sie braucht einen Ergänzungslehrgang, um ganz spezielle Nischenbereiche, die es in ihrer Heimat nicht gegeben hat, die es in ihrer neuen Heimat aber gibt an Ansprüche, da geht man aus von rund 1.000 Euro. Das heißt, sie braucht für die Zulassung, dass sie ihre Qualitäten, ihre Qualifikationen, ihre Kompetenzen, bei uns einbringen kann und darf, 2.200 Euro. Wie soll diese Frau aus Syrien diese 2.200 Euro finanzieren können, wenn sie 520 Euro Mindestsicherung hat? Wie soll das gehen?

Zweiter, der Herr M. aus Afghanistan hat ebenfalls einen positiven Asylbescheid gekriegt, er ist Arzt. Er kommt, ich lese euch jetzt die ganz Kategorie nicht mehr vor, was an seinen Kostensituationen da sind, wir haben bei Ärzten derzeit Nostrifizierungszeiten unterschiedlich zwischen zwei und drei Jahren im Augenblick. Viel zu lange, sage ich. Das geht nicht, wir können die Leute nicht zwei, drei Jahre warten lassen. In der Situation braucht man geballtere, kürzere Programme. Gleichgültig unabhängig davon, Gesamtkosten 2.500 Euro plus Fahrtkosten. Wie geht das mit 520 Euro? Das geht nicht.

Sollen wir diese Leute dann hernehmen und in die Billigstjobs hineinschicken? Kann das das Ziel sein, dass die ihr Nostrifizierungsverfahren nicht mehr abschließen können? Das passt doch nicht, das funktioniert doch nicht, Leute, das ist nicht durchdacht. Da sind wirklich schwere Fehler passiert und da müssen wir doch alle miteinander, finde ich, den Anstand haben und die Größe haben, dass wir sagen, okay, da haben wir einiges nicht durchgedacht,

setzen wir uns nochmal zusammen, schauen wir, wie können wir das verbessern in dem Zusammenhang.

Und ich will jetzt gar nicht auf die Rechtslage kommen, zeige euch nur diese Richtung, der junge Herr ist kein Basisaktivist der Grünen, sondern der Landeshauptmann von Niederösterreich, heißt Erich Pröll. (Zwischenruf Landesrat Mag. Dr. Strugl, MBA: "Erwin!") Danke, in der Hitze des Gefechts, aber ich habe relativ wenig mit ihm zu tun. Er sagt, auf die Frage, wird Niederösterreich diese Kürzung der Mindestsicherung auch durchführen für Asylberechtigte? Seine Antwort ist: Das geht verfassungsrechtlich nicht, deswegen wird Niederösterreich das nicht tun. (Beifall)

Jetzt habe ich den Eindruck, für Niederösterreich gilt die selbe Bundesverfassung wie für Oberösterreich. Was wird passieren? Einer wird hergehen, ein Betroffener, eine Betroffene, wird Klage einreichen, nachdem er den Bescheid erhalten hat, das ist absehbar, dass das jemand machen wird. (Unverständlicher Zwischenruf) In einem Rechtsstaat ist das das gute Recht eines Jeden, dass man einen Bescheid beeinsprucht. Das wird dauern zwischen drei und fünf Jahre, bis dass es zu einer Entscheidung des Höchstgerichtes kommt. Das heißt, wir haben dann nach drei bis fünf Jahren die Situation, dass mit einer hohen Wahrscheinlichkeit gesagt wird, die Mehrheit des Oö. Landtags hat für einen Rechtsbruch gestimmt, Tausende waren betroffen in der Zwischenzeit, aber nach fünf Jahren kommen wir drauf, es war ein Irrtum, wir reparieren es. Das kann es nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben so viele vernünftige Schritte gemeinsam in diesem Land realisiert, machen wir doch nicht einen völlig kontraproduktiven, der sich verheerend auswirken wird.

Ich sage das vielleicht sehr persönlich zum Schluss. Ich bin seit 1997 in der Landespolitik, ich persönlich halte heute einen derartigen Kahlschlag für den schwersten Fehler, den die Landespolitik seither gemacht hat, falls das beschlossen wird. Und meine Bitte, wirklich meine Bitte ist, Leute, überlegt euch das noch einmal. Das kann nicht sein, dass wir in einer zentralen Frage für tausende Menschen wirklich mit vollem Tempo in die falsche Richtung gehen. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Reinhold Entholzer. Bitteschön.

Landesrat Ing. Entholzer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist zwar unerfreulich für mich, dass meine jetzt wirklich allerletzte Rede zu einem so emotionalen und schwierigen Thema kommt, aber ich glaube, es ist auch notwendig und ich versuche es wirklich sachlich abzuarbeiten, weil ich natürlich der Meinung bin, man kann immer verschiedener Meinung sein, verschiedene Ansätze haben, Beschlüsse unterliegen natürlich einer Mehrheit. Unerfreulich sind für mich ein paar Dinge, die man versucht, so zu emotionalisieren, dass man die sachliche Lage, aus meiner Sicht und das ist natürlich auch eine subjektive, nicht mehr so richtig erkennen kann.

Es wird oft davon gesprochen und es ist leider auch in diesem Hause hier davon gesprochen worden, man könnte sich das aussuchen und die Leute wollen gar nicht arbeiten gehen, weil ihnen die Mindestsicherung lieber ist. Das stimmt nicht, das ist einfach nicht wahr. Natürlich ist die Bemühungspflicht auch jetzt schon gegeben und ich habe das eh in dem Landtag da herinnen schon auf Anfrage einmal beantwortet, dass wir im vergangenen Jahr 1.300 Kürzungen in der Mindestsicherung hatten, weil die Bemühungspflicht nicht erfolgt ist, das wollte ich einfach auch zu Beginn einmal sagen, weil über das wird auch immer diskutiert. Und ja, ich gebe allen, und viele haben das heute gesagt, recht, Mindestsicherung hängt

auch mit dem Arbeitsmarkt zusammen. Und die derzeitige Arbeitsmarktsituation ist nicht gerade förderlich, damit es Mindestsicherungsbezieher in den Arbeitsprozess schaffen. Das ist natürlich eine schwierige Situation und daher kann man und muss man auch darüber nachdenken, wie man diese Situation verbessern kann und muss vor allem einen Blick in die Zukunft richten. Was sind die richtigen Entscheidungen, die man hier treffen sollte?

Begründet wird ja diese Novelle letztendlich mit der Einsparung bis 2019 mit geschätzten 70 Millionen Euro. Ich habe dem widersprochen, habe in der Abteilung Soziales das nachrechnen lassen und jetzt kann man auch in den Experten und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialabteilung sind zu einem wesentlich anderen Ergebnis gekommen. Aber auch da scheiden sich die Geister und da mag es verschiedene Ansätze geben.

Ich habe das dann in das Institut für angewandte Statistik der JKU gegeben, die auch bestätigt haben, dass leider auch wir in der Sozialabteilung nicht ganz recht gehabt haben und auch ein paar Dinge übersehen haben, die laut Ansicht der angewandten Statistik anders zu beurteilen wären. Dort kommt man zu der Meinung, dass das, was jetzt an Informationen auf dem Tisch liegt und mit einer Wahrscheinlichkeitsberechnung es um ein Einsparungspotential bis zum Jahr 2019 von 17 Millionen Euro geht. Und das ist schon ein riesen Unterschied, ob 70 Millionen Euro oder 17 Millionen Euro. Aber auch 17 Millionen Euro sind kein kleiner Betrag und man sollte sich auch darüber Gedanken machen.

Kollege Hattmannsdorfer, ich habe das richtig mitgeschrieben, der Wolfgang hat ja gesagt, es geht ja vor allem auch darum, Oberösterreich unattraktiv zu machen. Das glaube ich nicht. Es geht darum, wie wir dieses Problem der Flüchtlingsbewegung insgesamt schultern können und ich gebe allen recht, die sagen, natürlich haben wir ein Problem, wenn wir das alleine auf Österreich, Deutschland und Schweden abwälzen. Das ist ein Problem, da ist aber auch auf Bundesebene reagiert worden, auch nicht zur Freude vieler meiner Parteigänger.

Aber abseits der Kosten halte ich dieses Gesetz für einen Murks und ich begründe das auch, ich sage nicht ganz so flapsig einfach Murks, aber wenn ich hernehme einen Asylberechtigten, der jetzt in der Grundversorgung bleiben kann, 12 Monate, da sind wir bereit 21 Euro Taggeld zu zahlen, mal 31 sind 651 Euro. Die bekommt er nicht, aber uns kostet er das. Und wenn er in der Mindestsicherung ist, kostet er uns nur 520 Euro. Das passt für mich im Gesetz nicht zusammen. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Sonst kostet er 940 Euro!“) Das heißt aber noch nicht, dass das Gesetz, das da drinnen ist, ich habe nur auf das Gesetz Bezug genommen, ich versuche das sachlich zu machen. Einerseits 520 Euro, wenn man sagt, du bleibst in der Grundversorgung, bist zu viert in einem Zimmer, dann sind wir bereit, als Land Oberösterreich, 651 Euro auszugeben, das ist für mich nicht ganz schlüssig.

Und wenn man dann die Rechnung hernimmt und ich hoffe ich habe die Zahlen richtig mitgeschrieben, wenn der Klubobmann Mahr sagt, eine Familie mit zwei Kindern inklusive Familienbeihilfe bekommt 1.493 Euro, glaube ich, hast du gesagt? (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Korrekt!“) Ist korrekt. Wenn die in der Mindestsicherung bleiben, kostet uns das 2.604 Euro, gleiches Gesetz. Wie passt das zusammen? Da zahlen wir 21 Euro, das ist egal ob Kinder oder sonst wer, dem Quartiergeber. Dem Quartiergeber sind wir anscheinend 2.604 Euro willig. (Zwischenruf Abg. Hingsamer: „Und der Organisation, die betreut!“) Ja, aber dem Quartiergeber, es steht so im Gesetz drinnen, dem sind wir das willig. Das ist so, aber wir können doch nicht sagen, der Quartiergeber kann um 1.394 Euro die Leute nicht versorgen, aber selber müssen sie sich schon um das Geld versorgen. Ich sage ja nicht, liebe

Kolleginnen und Kollegen, ob man es mit 1.493 Euro machen kann oder nicht, ich sage nur, in diesem Gesetz zahlen wir einerseits 2.600 Euro und auf der anderen Seite 1.400 Euro. Steht im gleichen Gesetz drinnen. Ich will es nur korrekterweise, und ich versuche es sachlich zu argumentieren, noch einmal auf den Punkt bringen.

Es ist auch so, dass die 15a-Vereinbarung schon natürlich einen Einfluss auf die Kosten hat. In der derzeitigen 15a-Vereinbarung gibt es einen Kostenersatz in der Mindestsicherung für die Krankenversorgung, das waren im Jahr 2014 exakt 2,5 Millionen Euro, werden jetzt ein bisschen mehr sein, zu meinen Gunsten, rechnen sie es ein bisschen höher, sagen wir es sind 3 Millionen in Zukunft, weil ja alles teurer wird. Und jetzt gehe ich davon aus und ich gehe von der angewandten Statistik der JKU aus, wo wir von 17 Millionen Euro reden bis 2019. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Mit 41 Prozent Anerkennungsquote, mit 41 Prozent Anerkennungsquote und nicht 70 Prozent Anerkennungsquote!“) Es ist immer spannend und ich versuche das einzuhalten, ich habe nicht herausgeschrien und ich würde das wirklich, ich versuche das sachlich zu machen, es ist ein sehr komplexes Thema und man kann es zerreden und man kann versuchen, einfach zu akzeptieren, dass ich nur versuche, dass in einem Gesetz etwas drinnen steht, was sich meiner Ansicht nach widerspricht. Und wenn ich jetzt von den 17 Millionen Euro ausgehe und wir davon ausgehen, so höre ich das, und das hat leider auch der Landeshauptmann von Niederösterreich so gesagt, wenn die Frau Landesrätin Schwarz, wird wahrscheinlich die 15a-Vereinbarung für das nächste Jahr nicht mehr zustande kommen, so schaut es aus. Dann werden wir den Kostenersatz des Bundes verlieren. Das sind 3 Millionen Euro pro Jahr, sind von 2016 bis 2019 12 Millionen Euro. Das heißt, bei geschätzten 17 Millionen Euro der JKU ersparen wir uns 5 Millionen Euro in vier Jahren. 1,25 Millionen Euro pro Jahr. Ob uns der soziale Zusammenhalt in diesem Lande nicht 1,25 Millionen Euro pro Jahr wert sein sollte, das ersuche ich Sie alle zu überdenken.

Ich bedanke mich noch einmal beim Oö. Landtag, bei allen die hier herinnen sind, herinnen waren, für die nette Aufnahme. Wenn es geht, würde ich öfter aufhören, weil so gute Worte hört man selten. Danke, alles Gute. (Beifall)

Präsident: Danke. Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir wie folgt vorgehen. Wir werden zunächst über den Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung Beschluss fassen. Nach Abstimmung über die Geschäftsanträge werden wir über den Antrag zur Beilage 171/2016 gegebenenfalls getrennt abstimmen und vorher noch anschließend werden wir über den Geschäftsantrag auf geheime Abstimmung Beschluss fassen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Wir beginnen mit der Abstimmung über den Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung über die Bestimmungen der Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2 Absatz 2 einerseits sowie der übrigen Bestimmungen über die Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016, Beilage 171/2016, andererseits. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung über die Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Nun stimmen wir über den Geschäftsantrag auf geheime Abstimmung über die Bestimmungen der Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2 Absatz 2 sowie der übrigen Bestimmungen der Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 ab. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Geschäftsantrag auf geheime Abstimmungen der Bestimmungen des

Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2 Absatz 2 einerseits sowie der übrigen Bestimmungen andererseits zur Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stellte fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Aufgrund des soeben gefassten Beschlusses werden wir nun über die Bestimmungen der Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2 Absatz 2 einerseits sowie der übrigen Bestimmungen andererseits zur Beilage 171/2016 Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 gemäß Paragraf 41 Absatz 4 und Paragraf 44 Absatz 11, Oberösterreichischer Landtagsgeschäftsordnung aus 2009, geheim mit Stimmzetteln in zwei Abstimmungsdurchgängen abstimmen.

Ich ersuche den Herrn Landtagsdirektor und die Mitarbeiter der Oö. Landtagsdirektion um Aufbau der Abstimmungszelle zur Durchführung der geheimen Abstimmung. Dies ist bereits erfolgt. Ich bitte die Mitglieder des Oö. Landtags, sich in der alphabetischen Reihenfolge, in der sie aufgerufen werden, in den zwei Abstimmungsdurchgängen zur Abstimmungszelle zu begeben, dort werden Ihnen ein Kuvert und ein Stimmzettel ausgehändigt. Ich bitte den Stimmzettel in der Abstimmungszelle auszufüllen und zwar so, dass sie durch Einsetzen eines liegenden Kreuzes an den vorgedruckten Kreis bei JA oder NEIN Ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Antrag über die Bestimmungen des Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2 Absatz 2 einerseits sowie der übrigen Bestimmungen andererseits zur Beilage 171/2016 zum Ausdruck bringen.

Den Stimmzettel bitte ich in den Umschlag zu geben und ihn dann in die Urne neben der Abstimmungszelle zu legen. Wir beginnen nun mit der Abstimmung über die Bestimmungen des Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und den Artikel 2 Absatz 2 zur Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016, Beilage 171/2016. Ich stelle fest, dass die Abstimmungsurne leer ist, ich bitte den Schriftführer, die Abgeordneten namentlich aufzurufen. Bitte Herr Abgeordneter Stanek.

Abg. **Stanek:** Wir beginnen mit dem Abstimmungsvorgang und ich bitte als Ersten Walter Aichinger, Regina Aspalter, Peter Bahn, Alois Baldinger, Roswitha Bauer, Peter Binder, Ulrike Böker, Annemarie Brunner, Maria Buchmayr, Adalbert Cramer, Peter Csar, Christian Dörfel, Georg Ecker, Michael Fischer, Alfred Frauscher, Franz Graf, Michael Gruber, Peter Handlos, Wolfgang Hattmannsdorfer, Johann Hingsamer, Gottfried Hirz, Jürgen Höckner, Doris Hummer, Stefan Kaineder, Evelyn Kattnigg, Helena Kirchmayr, Wolfgang Klinger, Hermann Krenn, Rudolf Kroiß, Silke Lackner, Gabriele Lackner-Strauss, Michaela Langer-Weninger, Herwig Mahr, Christian Makor, Elisabeth Manhal, Severin Mayr, Petra Müllner, Alexander Nerat, Gisela Peutlberger-Naderer, Brigitte Povysil, Günther Pröller, Sabine Promberger, Martina Pühringer, Thomas Punkenhofer, Rudolf Raffelsberger, Josef Rathgeb, Walter Ratt, Erich Rippl, Hans Karl Schaller, David Schießl, Ulrike Schwarz, Viktor Sigl, Ulrike Wall, Gerda Weichsler-Hauer, Franz Weinberger, und als Letzter gebe auch ich meine Stimme ab.

Präsident: So. Es haben alle hier im Haus anwesenden Mitglieder ihre Stimme abgegeben. Ich komme nun zur Ermittlung der Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und den Schriftführer, sowie den Herrn Landtagsdirektor die Stimmen auszuzählen. (Die Stimmen werden ausgezählt.)

Das Abstimmungsergebnis lautet: Abgegebene Stimmen 56, davon zustimmend 40, ablehnend 16. Somit sind die Bestimmungen der Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2

Absatz 2 Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 mit 40 zustimmenden Stimmen mehrheitlich angenommen worden.

Ich stelle fest, dass die Bestimmungen der Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2 Absatz 2 zur Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 mit Stimmenmehrheit somit angenommen worden ist.

Wir setzen nun mit der geheimen Abstimmung über die übrigen Bestimmungen mit Ausnahme der Artikel 1 Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel 2 Absatz 2 der Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016, Beilage 171/2016 fort.

Ich stelle wiederum fest, dass die Abstimmungsurne leer ist. Ich bitte den Schriftführer, die Abgeordneten namentlich aufzurufen.

Bitte Herr Abgeordneter Stanek.

Abg. **Stanek:** Wir beginnen wieder mit

Walter Aichinger, Regina Aspalter, Peter Bahn, Alois Baldinger, Roswitha Bauer, Peter Binder, Ulrike Böker, Annemarie Brunner, Maria Buchmayr, Adalbert Cramer, Peter Csar, Christian Dörfel, Georg Ecker, Michael Fischer, Alfred Frauscher, Franz Graf, Michael Gruber, Peter Handlos, Wolfgang Hattmannsdorfer, Johann Hingsamer, Klubobmann Dipl.-Päd. Gottfried Hirz, Jürgen Höckner, Mag. Doris Hummer, Stefan Kaineder, Evelyn Kattnigg BA (FH), Klubobfrau Mag. Helena Kirchmayr, KommR. Ing. Wolfgang Klinger, Hermann Krenn, AKR Rudolf Kroiß, Mag. Silke Lackner, KommR Gabriele Lackner-Strauss, Michaela Langer-Weninger, Klubobmann Ing. Herwig Mahr, Klubobmann Christian Makor, Mag.Dr. Elisabeth Manhal, Severin Mayr, Petra Müllner, Alexander Nerat, Gisela Peutlberger-Naderer, Prim. Dr. Brigitte Povysil, Vzlt. Günther Pröller, Sabine Promberger, Martina Pühringer, Thomas Punkenhofer, Rudolf Raffelsberger, Dipl.-Ing. Josef Rathgeb, Dr. Walter Ratt, Erich Rippl, Hans Karl Schaller, David Schießl, Ulrike Schwarz, Präsident KommR Viktor Sigl, Ulrike Wall, Dritte Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer, Franz Weinberger, und als Letzter gebe wieder ich meine Stimme ab.

Es haben alle hier im Haus anwesenden Mitglieder ihre Stimme abgegeben. Ich komme nun zur Ermittlung der Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und den Schriftführer sowie den Herrn Landtagsdirektor die Stimmen auszuzählen.

Das Abstimmungsergebnis lautet: Abgegebene Stimmen 56, davon zustimmend 39, ablehnend 17. Somit sind für die übrigen Bestimmungen mit Ausnahme der Artikel I Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel II Abs. 2 Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 39 zustimmende Stimmen abgegeben worden.

Ich stelle fest, dass die übrigen Bestimmungen mit Ausnahme der Artikel I Ziffer 5, 7 und 11 und Artikel II Abs. 2 zur Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Die Schlussfeststellung: Die Oö. Mindestsicherungsgesetz-Novelle 2016 ist somit insgesamt mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 172/2016, das ist der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Sanierung des Schauspielhauses Promenade. Ich bitte die Frau Abgeordnete Mag. Dr. Elisabeth Manhal über diese Beilage zu berichten.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Beilage 172/2016, Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Sanierung des Schauspielhauses Promenade.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 172/2016.)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport beantragt, der Oö. Landtag möge die aus dem beabsichtigten Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Ich darf über diese Beilage nun die Wechselrede eröffnen. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Manhal. Bitte schön.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Begründung der Notwendigkeit dieses Antrages darf ich zu einem Ausflug in die Vergangenheit einladen.

Im Herbst vor mittlerweile 213 Jahren, nämlich genau am 4. Oktober 1803, wurde das Linzer Landestheater eröffnet. 1958 erfolgte ein Umbau des großen Hauses und aus dem alten Logentheater wurde dabei ein modernes Rangtheater.

Das große Haus hat seither knapp 700 Sitzplätze, 40 Stehplätze und einen Orchestergraben für maximal 55 Musikerinnen und Musiker. Ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des Linzer Landestheaters war schließlich die Eröffnung des neuen Musiktheaters am Volksgarten im April 2013. Seit damals haben die Sparten Oper, Operette, Ballett und Musical eine neue Bühne und das große Haus wurde zur Bühne für Schauspiel zum Schauspielhaus.

Diese Umwandlung in ein reines Schauspielhaus ist auch der Mitgrund für den Umbau. Ein Umbau, der Verbesserungen in drei Bereichen bringt. Zum einen in der Qualität für Besucherinnen und Besucher, jede und jeder, die und der das Landestheater besucht, weiß es. Die Sicht ist teilweise schlecht und die Akustik schwierig. Was man im Ersten Rang gut hört, ist im Parkett und im Zweiten Rang kaum zu verstehen. Wenn allerdings die Lautstärke so angepasst wird, dass man im Parkett und im Zweiten Rang gut hört, fragen die im Ersten Rang, warum schreien den die heute so?

All das soll nach dem Umbau der Vergangenheit angehören. Kurz zusammengefasst wird nach dem Umbau auf allen Plätzen gut gesehen, von allen Plätzen gut gehört und überall gut gesehen werden.

Zum anderen wird es zu Verbesserungen im Bereich des Erscheinungsbildes kommen. Durch die Umbaumaßnahmen soll das Haus nämlich jene Gestaltung erhalten, die es in den Fünfzigerjahren hatte.

So werden etwa wieder Originallampen die Räume erhellen, um es mit dem kaufmännischen Geschäftsführer der TOG Uwe Schmitz-Gielsdorf zu halten, das Haus wird wieder schön. Und last but not least wird die Technik auf den neuesten Stand gebracht. Die Voraussetzungen für die Barrierefreiheit werden verbessert und die induktive Höranlage wird erneuert, sodass man überall zukünftig auch dann gut hört, wenn man eben nicht mehr gut hört.

Seit dem Mai des heurigen Jahres sind die Umbauarbeiten voll im Gange. Die Baumaßnahmen sind im Zeitplan. Die Wiedereröffnung des neuen Schauspielhauses ist am

6. Jänner 2017 mit William Shakespeares „Der Sturm“ geplant. Aufgrund der Notwendigkeit, aufgrund der Aufwertung des Schauspielhauses Promenade, die sich die Künstlerinnen und Künstler, aber auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses mehr als verdienen und aufgrund der Erhöhung der Qualität und der Attraktivität für das Theaterpublikum stimmt die ÖVP diesem Antrag aus voller Überzeugung zu. (Beifall)

Präsident: Danke schön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Brigitte Povysil.

Abg. MR Prim. **Dr. Povysil:** Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren im Plenum, auf der Galerie, im Internet! Meine Vorrednerin, die Frau Dr. Manhal, hat bereits ausgeführt, dass das Haus schon lange besteht, dass es restauriert gehört, dass es restauriert wird und dass mit den Restaurierungsarbeiten jetzt am 2. Mai, nämlich der Restaurierung des Innenlebens des Schauspielhauses, des Foyers und des Zuschauerraumes bereits begonnen wurde.

Nun, es mag sein, dass wahre Kunst nur unter Leidensdruck entstehen kann. Ich maße mir nicht an, dies wirklich zu beurteilen. Was ich aber imstande bin zu beurteilen, ist, dass der Genuss und die Auseinandersetzung mit Kunst nicht unbedingt mit körperlichen Erschwernissen und körperlichen Schmerzen verbunden sein muss, ganz im Gegenteil, ein entspanntes Sitzen macht sicher die Gesamtauseinandersetzung und auch die Aufmerksamkeit der Kunst gegenüber besser und schöner, als es bisher im Schauspielhaus war. Ich glaube, dass man das auch in der Politik sagen, (Unverständlicher Zwischenruf) du hast völlig Recht, aber da kann ich auch noch Folgendes einbringen.

Das Architektenbüro, das jetzt den Zuschlag bekommen hat, dieses Schauspielhaus zu sanieren, saniert übrigens auch das Parlament in Wien, also auch für die Politik besteht Hoffnung, dass die Schmerzen, die körperlichen, doch etwas weniger werden können in der Auseinandersetzung.

Also die Restaurierung ist wirklich an der Zeit und sie ist auch wirklich notwendig. Zeitlich ein bisschen befremdend erscheint allerdings, dass wir heute die Finanzierung dieses Prozesses beschließen werden, oder dass es zur Beschlussfassung ansteht, während die Packer schon hurtig schaufeln.

Ein Schelm, der schlecht darüber denkt. Von Bedeutung sein wird aber auch, dass die Entwicklung der Kosten des laufenden Betriebs weiter beobachtet wird. Diese Entwicklung der Kosten des laufenden Betriebs ist in allen derzeitigen Kultureinrichtungen deutlich steigend und denen müssen wir uns ganz besonders widmen und ein ganz besonderes Augenmerk dorthin senden. Ich denke, das Landesbudget, siehe aktueller Landesrechnungshofbericht, ist hier endenwollend dehnbar.

Zukunftsweisend muss schließlich auch die Einigung über eine gemeinsame Kulturstrategie der Häuser sein. Es gehört ein gemeinsames Ticketing, ein koordiniertes Marketing, ein schlüssiges Tourismusprojekt und ein transparentes Finanzierungsprojekt geschaffen. Auch der Rechnungshof empfiehlt ja die sogenannte Kulturehe, damit wir in Zukunft fähig sind, alle diese Kultureinrichtungen auch weiter zu erhalten.

Wir stimmen dem Finanzierungskonzept zu und sehen dem neuen Schauspielhaus erwartungsvoll und hoffnungsfroh entgegen. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte ein paar Worte zum neuen Schauspielhaus an der Promenade sagen, also neu im Sinne von saniertem Schauspielhaus oder in Sanierung befindlich. Was mich sehr beruhigt ist, nachdem die große Auseinandersetzung und Diskussion gewesen ist, mittlerweile haben wir es, wir lieben und loben es, wir freuen uns darüber, wenn wir im neuen Musiktheater sein können, wir führen es auch mit Stolz vor, wenn Gäste zu uns kommen. Auf der anderen Seite hat es doch die Diskussion gegeben, auch um das Haus hier an der Promenade, was denn damit passieren soll? Man muss sich dessen ganz bewusst sein, wir haben das hier im Landtag immer wieder diskutiert, es war einfach nicht mehr machbar, da drinnen auch entsprechend ordnungsgemäß oder zeitgemäß zu arbeiten. Da rede ich jetzt gar nicht von den Sitzplätzen, das hat wehgetan, aber wir haben es durchgestanden. Was das eigentliche Problem dort war, was ja auch uns alle in Zugzwang gebracht hat, war die Tatsache, dass in diesem Haus eigentlich nicht mehr nach den modernen arbeitsmedizinischen Anforderungen usw. tatsächlich gearbeitet werden hat können. Man hat es immer wieder mit Ausnahmegenehmigungen usw. entsprechend probiert, und es so auch geschafft, den Spielbetrieb aufrechtzuerhalten, für die Bediensteten waren das, glaube ich, mindestens dieselben Höllenqualen wie für uns als Besucherinnen und Besucher. Trotzdem denke ich wirklich gerne an dieses Haus, ich hätte es sehr vermisst, es ist eigentlich jenes Haus, mit dem man, ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, ob man in seiner Schulzeit damit in Berührung gekommen ist, ich erinnere mich sogar an meine erste Aufführung, die ich dort gesehen habe, das war „Hello Dolly“ vor vielen, vielen Jahren, um nicht Jahrzehnten zu sagen. Ich glaube, dass das jetzt wirklich was ganz Wichtiges ist, dass man das Haus wieder einer Bestimmung zuführt, dass wir es entsprechend auch adaptieren, so wie heute moderne Spielanforderungen sind. Einerseits für das Publikum, andererseits für die Künstlerinnen und Künstler und natürlich, das darf man nicht vergessen, da sind ja hunderte helfende Hände, die wir ja nie auf der Bühne sehen, sondern die versuchen tagtäglich den gesamten Betrieb aufrechtzuerhalten, dafür lohnt es sich wirklich entsprechend in die Tasche zu greifen. Ich bemühe mich jetzt um ein Wort oder eine Aussage, die ich in diese Richtung auch in Erinnerung habe, eines lieben Gmundner Kollegen, der jetzt schon einige Zeit nicht mehr bei uns im Landtag ist, Arnold Schenner. Wo es auch eine heftige Auseinandersetzung gegeben hat, ich weiß noch genau, wie er uns gesagt hat, es war bei uns auch alles kaputt in Gmunden, das Theater usw., aber auf eines hätten wir nicht vergessen, das war uns wichtig, das Theater haben wir wieder aufgebaut nach dem Zweiten Weltkrieg. Ich werde das nie vergessen, mit welchem Stolz er dagestanden ist und mit welcher Selbstverständlichkeit, wenn man sagt, ein bisschen Heimatgefühl, klar das gehört dazu, dass man sich da daheimfühlt. Darum glaube ich auch, dass dieses Haus, jetzt erlaubt mir, dass es durch diese Erinnerung auch früher in der Jugendzeit, es so hieß, das gehört dazu, das gehört auch entsprechend wieder hergerichtet.

Einen kleinen Nebensatz, den ich anführen möchte, ich habe es auch schon im Ausschuss erwähnt, ja wir stehen dazu, ja zu dieser mehrjährigen Finanzierung, ja auch zu den Voranschlägen, wie sie hier im Antrag angeführt worden sind. Ich würde mir aber trotzdem wünschen, auch im Sinne einer besseren Transparenz, letztlich werden wir dann irgendwann wieder einen Prüfbericht darüber bekommen, da würde ich mir schon wünschen, dass dann die Abgeordneten oder der Oberösterreichische Landtag etwas früher dazu eingebunden wird. Wir hätten auch früher ja gesagt, das heißt, früher ja gesagt, nämlich bevor da drüben tatsächlich auch schon die Kräne stehen, wir heute diesen entsprechenden Beschluss fassen, damit die Kräne sozusagen in den Einsatz kommen können. Das hätte ich mir

gewünscht, aber ich denke, das wird bei der vielleicht nächstgrößeren möglichen Sanierung oder Maßnahme, auch entsprechend möglich sein. In dem Sinn freuen wir uns wirklich, wenn das Haus auch wieder zu einer entsprechenden Spielstätte wird, ein klares Ja von Seiten der SPÖ zu dieser Investition. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Präsidentin. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Severin Mayr.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde das Wortspiel mit Kulturschock jetzt nicht überstrapazieren, aber von der vorhergehenden Debatte von der Kürzung der Mindestsicherung, jetzt hin zur Sanierung des Schauspielhauses, das ist schon ein breiter Weg, ich finde recht viel weiter kann man diesen Bogen über eine inhaltliche Breite eines Landtags fast nicht mehr spannen. Nämlich auch von der Art der Auseinandersetzung, wir haben vorher gegeneinander ausspielen gehabt, jetzt geht es hin zu einer künstlerischen, in so einer kulturpolitischen Auseinandersetzung, vorher waren wir eher bei Missgunst und Neid, die die Hauptthemen waren, jetzt geht es zu einer tiefergehenden Reflexion, vorher noch die Angst als zentrales Thema, jetzt geht es um Beschäftigung auch mit gesellschaftlichen Entwicklungen.

Der Unterschied auch zu vorher, bei dem Tagesordnungspunkt sind wir uns jetzt wieder einig, auch dahingehend, dass künstlerische Auseinandersetzung auch Raum braucht. Ich würde das durchaus auch allgemeiner sehen, nicht nur was jetzt die Sanierung des Schauspielhauses betrifft, sondern auch wenn es um weitere generelle Räume geht, wenn es um die freie Szene geht, wenn es um freies Theater geht, die ebenfalls dringend ihre Räume brauchen. Die Bühne im Schauspielhaus, da sind wir uns einig, die ist notwendig, die Sanierung des Schauspielhauses ist ebenfalls dringend notwendig, die acht Millionen Euro, die es kostet, sieben davon wird das Land Oberösterreich zuschießen, sind da wirklich eine wichtige Investition im Interesse der Besucherinnen und Besucher, aber auch im Interesse der Schauspielerinnen und Schauspieler. Ich teile die Kritik meiner beiden Vorrednerinnen, dass man durchaus mit diesem Antrag ein bisschen früher hätte kommen können, ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das Stimmverhalten vermutlich mit der Einstimmigkeit auch vor ein paar Monaten nicht anders ausgefallen wäre. Die Sanierung ist notwendig, nicht nur was das Raumklima betrifft, nicht nur was die Akustik und vor allem die Sicht betrifft, was auch einen besseren Sitzkomfort betrifft, sondern es betrifft einen viel zentraleren Punkt noch, dass die Barrierefreiheit im Schauspielhaus ausgebaut wird. Ich halte es nicht nur aus rechtlichen Gründen für notwendig, das ist einer der wichtigen Zugänge zu Kultur, dass ein barrierefreier Zugang für alle möglich ist.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Stimmung, die wir gerade in Oberösterreich immer mehr spüren, das war heute mehrmals das Thema, die Emotionen, die teilweise auch geschürt werden, dass da Kultur eine Wichtigkeit hat, die wie selten zuvor ist, dass wir auch qualitativ hochwertiges Theater so dringend brauchen wie selten zuvor. Als Turbo für Demokratisierung, als Möglichkeit der Reflexion und auch als kritisches Korrektiv, als kritische Stimme, die auch Unterstützung braucht bei Entwicklungen, die in diesem Land durchaus falsch laufen. Die Investitionen sind daher komplett richtig, es ist wichtig, dass die da gemacht werden, ich weise noch einmal darauf hin, diese Investitionen brauchen wir auch bei kleineren Einrichtungen, nicht nur bei den großen, für die kleinen Initiativen, für die kleinen Theater. Wichtig ist auf jeden Fall das Schauspielhaus in Linz, das brauchen wir, deswegen werden wir dieser notwendigen Sanierung natürlich auch zustimmen. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter, es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor, ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 172/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 173/2016, das ist er Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Bereitstellung von Restmitteln des ersten Nachtragsvoranschlags 2013 für Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau ab dem Jahr 2016. Ich bitte Herrn Abgeordneten Alois Baldinger über die Beilage zu berichten.

Abg. **Baldinger:** Beilage 173/2016, Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Bereitstellung von Restmitteln des ersten Nachtragsvoranschlags 2013 für Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau ab dem Jahr 2016. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 173/2016.)

Der Umweltausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die von den Restmitteln des ersten Nachtragsvoranschlags 2013 für Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung ab dem Jahr 2016 im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Präsident: Danke für die Berichterstattung, er hat sich gleich zu Wort gemeldet, ich eröffne darüber die Wechselrede, und ich darf dir das Wort erteilen.

Abg. **Baldinger:** Im ersten Nachtragsvoranschlag 2013 wurde für die Umsetzung der Hochwasserschutzanlage im Eferdinger Becken, Enns-Enghagen und der St. Georgener Bucht ein Betrag von 50.650.900,00 Euro für die Jahre 2013 bis 2015 bereitgestellt. Bis dato wurden für dieses Projekt zirka 7,2 Millionen Euro verbraucht, mit dem in der Regierungssitzung vom 14. Dezember 2015 genehmigten Amtsvortrag wurden von der Oö. Landesregierung im Rahmen des Konjunkturpakets Landesmittel in der Höhe von 3,8 Millionen Euro für die Interessentengebiete Rückhaltebecken Mettmach, Hochwasserschutz St. Georgen an der Gusen, Rückhaltebecken Krems-Au, Rückhaltebecken Krems-Au Grunderwerb, Gebersdorferbach und Aistdamm bereitgestellt. Insgesamt wurden bisher zirka elf Millionen Euro verbraucht, der Restbetrag beträgt 39,6 Millionen Euro, davon werden aufgrund vom Budgetgespräch vom 2. November 2015 zwischen Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer und Herrn Landesrat KommR Podgorschek 20.650.900,00 Euro in Abfall gestellt und ins Budget zurückgeführt, mit der Vereinbarung im Bedarfsfall wieder für Hochwasserschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt zu werden. Die verbleibenden Restmittel in der Höhe von knapp 19 Millionen Euro werden ab heuer wieder für die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen im Eferdinger Becken, Enns-Enghagen und St. Georgener Bucht zur Verfügung gestellt. Die letzten Wochen haben durch die Wetterkapriolen wieder gezeigt, wie wichtig Hochwasserschutz ist. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ulrike Böker, bitteschön Frau Abgeordnete.

Abg. **Böker:** Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Galerie und im Internet! Diese regelmäßig im Landtag zu beschließenden Budgetmittelfreigaben in doch sehr beträchtlicher Höhe für Hochwasserschutzmaßnahmen, zeigen klar die damit verbundene Verantwortung des Landes Oberösterreich für einen effizienten Einsatz dieser

Steuermittel auf. In diesem Zusammenhang zeigen Erfahrungen mit dem Donau-Hochwasserschutzprojekt Machland-Damm, dass eine klare Zuständigkeitentrennung zwischen Gemeinden und Land sowie die Zusammenarbeit der betroffenen Gemeinden enorm wichtig ist. Aus diesem Grund sehe ich es auch für das nahezu fertig geplante große Hochwasserschutzprojekt Eferdinger Becken als essenziell an, dass sich alle beteiligten Gemeinden vor Start der Projektumsetzung zu einer Kooperationsvereinbarung verpflichten, die rechtlich und politisch tragfähig ist, und zwar bevor die Geldmittel vom Land Oberösterreich freigegeben werden. Es ist gut und richtig, wenn Gemeinden als Interessenten, also sie sind ja als Interessenten faktisch die verantwortlichen Bauherren, zur Unterstützung der Kooperationsarbeit zwischen den Gemeinden trete ich oder treten wir dafür ein, dass die Gemeinden eine vom Land finanzierte Moderationsunterstützung erhalten. Das ist ganz wichtig, ich habe das selbst bei unseren Hochwasserschutzmaßnahmen in meiner Gemeinde Ottensheim gesehen, die wir gleich durchführen mussten, da war das eine sehr, sehr wichtige Maßnahme, dass wir hier Unterstützung erhielten, aber auch eine Know-how-Unterstützung für die Bauherren ist eine weiters wichtige Funktion. Ich habe eben mit dieser Unterstützung, ich habe es eh schon gesagt, in diesem Fall war es der Gewässerbezirk bei der Sanierung des Dammes in Ottensheim, sehr gute Erfahrung gemacht, wir hätten als Gemeindeverantwortliche dies alleine wohl nicht so gut abwickeln können, ich habe bei manchen Reden auf das schon immer wieder hingewiesen. Mit der Forderung nach einer Kooperationsvereinbarung der am Projekt beteiligten Gemeinden wollen wir mögliche künftige Fehler vermeiden helfen. Es ist jetzt schon ein erheblich finanzieller Mehraufwand bei Hochwasserschutzmaßnahmen nötig, weil in der Vergangenheit, da spreche ich jetzt auch die Raumplanung an, viele Raumplanungsfehler begangen wurden, insbesondere das Zulassen von Wohnbauten in Überflutungsgebieten. Genau in diesem Bereich müssen wir auch in Zukunft, das ist schnittstellenübergreifend, ganz besonders aufpassen. Wir stimmen diesem Antrag zu. Danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Thomas Punkenhofer, bitteschön.

Abg. Bgm. **Punkenhofer:** Danke Herr Präsident, hohes Haus, liebe Besucherinnen und Besucher, die sicherlich am Internet uns noch begleiten! Es wurde schon gesagt, Hochwasserschutzmaßnahmen haben eine große Bedeutung, ich kann sagen, vor zwei Wochen, es war der 1. Juni 2016, es hat bei mir wieder, wie jedes Jahr um diese Jahreszeit, mehrmals das Telefon geläutet, es war die Information, die Donau steigt, es war die Information, der Inn bringt mehr Wasser, in dem Fall hat die Enns aus Steyr kommend nicht so viel Wasser gebracht, aber was es wieder gezeigt hat, wir haben jedes Jahr dieselbe Situation. Zu Frühjahrsbeginn beginnt auch die Hochwassersaison, das ist traditionell, ich kann sagen als Bürgermeister der Machlanddammgemeinde bei uns nicht mehr. Das ist traditionell eine Zeit, wo die Menschen, die dort leben, die Menschen, die dort Hab und Gut haben, in Angst leben, in Angst vor einem Hochwasser, das wir mit den Hochwasserschutzmaßnahmen, die wir gemeinsam mit Bund, Land und Gemeinden auch in Oberösterreich so wichtig umsetzen, eine Angst, die wir nehmen können. Als Erfahrung kann ich sagen, am 1. Juni habe ich das sehr locker genommen, ich habe mir natürlich die Informationen geholt, ich habe gesehen, da werden wir in einen Bereich kommen, der für uns nicht bedrohlich ist, wenn es dann bedrohlich wird, dann haben wir mittlerweile die Sicherheit mit dem Machland-Damm, dass wir einen Schutzwall errichten können, um eine Katastrophe abzuwenden. Viele Maßnahmen haben wir in Oberösterreich derzeit in Bau, eine haben wir noch in der Gemeinde Mauthausen, der zuständige Landesrat Podgorschek

hat sich vor kurzem auch hier von dem Baufortschritt überzeugt, auch hier eine Maßnahme, die sehr wichtig ist.

Aber es gibt auch noch viele Menschen, die Angst haben vor dieser Hochwassersaison, vor dieser Hochwassersituation, vor einer saisonal immer wiederkehrenden Situation, die wir haben, es wurde angesprochen im Eferdinger Becken, St. Georgener Bucht, da gibt es noch Menschen, die Angst haben. Das dürfen wir nicht vergessen, letztendlich hinter diesen Beträgen, die wir hier beschließen, hinter den Maßnahmen, die wir auch immer hier vorantreiben, stehen letztendlich Menschen, die um ihr Leben, um ihren Leib zittern, aber natürlich auch um das, was sie im Laufe ihres Lebens geschaffen haben oder ihre Vorgänger geschaffen haben. Es geht auch immer darum, wie schaut die Existenz der Menschen aus? Letztendlich muss man sagen, Hochwasserschutz hilft mehrfach, wenn er möglichst rasch kommt, dementsprechend bin ich auch ganz dafür, dass wir all die geplanten Maßnahmen, die anstehen, auch wenn es viel Geld kostet, so rasch wie möglich umsetzen. Im Bedarfsfall, wenn es notwendig ist, sind diese Einrichtungen der perfekte Schutz für die Menschen, sie geben Sicherheit auch in der Region. Wir stimmen diesem Bericht zu und hoffen, dass wir alle Maßnahmen rasch umsetzen können, die geplant sind. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Jürgen Höckner, bitteschön.

Abg. Bgm. **Höckner:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag! Wir stimmen natürlich dieser finanziellen Maßnahme auch zu, gerade als Eferdinger stimme ich natürlich gerne zu. Ich möchte vielleicht noch kurz auf den Vorredner aus dem vorhergehenden Thema Kultur, auf den Severin Mayr eingehen, der ein Problem gehabt hat, den Bogen zu spannen vom Thema Mindestsicherung zur Kultur. Jetzt tut er sich vielleicht leichter, wenn wir sehen, dass auch in unserem Land durch gewisse Katastrophen wir Leid erfahren müssen, Mitbürger aus unseren Regionen. Ich möchte das schon sehr zurückweisen, was er da gesagt hat, dass es bei diesem Thema Mindestsicherung um Missgunst und Neid gegangen ist, das hat mir überhaupt nicht gefallen. (Beifall) Ich glaube, im Gegenteil, das ist vielleicht der Bezug jetzt zu diesem Thema, ich bin froh, in einem Land leben zu können, wo vorausschauende Budget- und Finanzpolitik betrieben wird, dass auch in Katastrophen wie bei dieser Hochwasserkatastrophe Geld zur Verfügung steht, um wirklich unseren Menschen auch dementsprechend helfen zu können, das möchte ich einmal festhalten.

Die Planungen, es ist sehr viel geschehen, wir waren in -zig Unterausschüssen mit dem Hochwasser befasst. Die Planungen sind auf einem guten Weg und Herr Landesrat, Sie gehen in eine heiße Phase, wie ich es so mitbekomme, vor allem in meinem Bezirk auch, Stichwort Gemeinde Popping. Natürlich treten hier verschiedenste Befindlichkeiten auf. Die einen, die natürlich absiedeln wollen, immer noch andere, die bleiben wollen, die sagen, wir kennen das Hochwasser, wir brauchen hier keinen Schutz bzw. wir wollen hier nicht absiedeln.

Und ich kann nur bitten und appellieren, es kommen natürlich auch viele Ideen und viele Vorschläge, wie man den Schutz machen könnte. Jeder natürlich für seinen eigenen Bereich. Ich bitte einfach nur darum, dass wir hier mit Augenmaß vorgehen. Ich gehe auch davon aus, dass das so gehandhabt wird. Vielleicht auch Ideen und Vorschläge, die momentan ein bisschen phantastisch noch erscheinen, Stichwort diese Hovercrafts, die anscheinend in anderen Ländern im Einsatz sind. Ich würde das zumindest prüfen. Es ist eine günstigere Lösung, als vielleicht irgendeine Straße zu bauen, die dann viel Geld kostet

und auf Umwegen wieder andere Bereiche erschwert. Das möchte ich hier nur festhalten. Aber sonst natürlich stimmen wir dieser Budgetplanung zu. Ist ganz wichtig für unsere Menschen in unseren Regionen. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Podgorschek. Bitteschön.

Landesrat KommR **Podgorschek:** Danke vielmals Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich, Kollege Höckner, selbstverständlich bin ich allen Anregungen gegenüber offen und werde auch alles prüfen. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit und daher muss ich auch sagen, es ist durchaus eine brauchbare Idee. Ich kann es nur noch nicht beurteilen, ob es wirklich Sinn macht. Aber das werden wir schon hinbringen.

Hochwasser ist natürlich immer mit sehr vielen Emotionen verbunden. Vor allem gibt es persönliche Betroffenheit und große materielle Schäden, die dabei eintreten. Und vielen Menschen geht der Hochwasserschutz oder mögliche Baumaßnahmen meistens immer zu langsam. Es muss alles immer sofort geschehen. Ich habe selber die Erfahrung gemacht, es dauert halt eine gewisse Weile, bis alles umgesetzt werden kann.

Ich habe im letzten Halbjahr sehr viele Lokalausweise gemacht. Nicht nur im Eferdinger Becken, ich war in ganz Oberösterreich unterwegs und habe die unterschiedlichsten Hochwasserschutzanlagen mir angeschaut. Und es ist auch die Situation immer etwas unterschiedlich. Zuletzt war ich zum Beispiel am 1. Juni, lieber Herr Kollege Punkenhofer, ich habe gesehen, was wirklich passiert ist. Ich war nämlich in Braunau bzw. ich bin sogar über die Brücke nach Simbach hinüber gegangen und habe dort diese Katastrophe sehen müssen. Ich war dann auch noch in der Nachbargemeinde von dir, lieber Franz Weinberger, ich war in Weng und habe auch dort einen Lokalausweis gemacht. Und es ist wirklich eine Katastrophe, was Wasser alles anrichten kann.

Aber ich habe auch die Erkenntnis gewonnen, dass dort, wo ein aktiver Hochwasserschutz gemacht wurde, es schon Verbesserung gegeben hat. Und da schildere ich jetzt Ihnen aufgrund dieser jüngsten Ereignisse zwei Beispiele. Da gibt es einerseits das Rückhaltebecken Sonnleiten, das ist oberhalb von Mauerkirchen. Mauerkirchen war, mit Ausnahme, dass das Grundwasser ein bisschen gestiegen ist, kaum betroffen. Ja, es hat natürlich auch etwas Hochwasserschäden gegeben, aber bei weitem nicht in diesem Ausmaß, weil das Rückhaltebecken Sonnleiten das meiste zurückgehalten hat. Und es hat auch gehalten. Hingegen Uttendorf hat noch keinen Hochwasserschutz. Und warum hat Uttendorf noch keinen Hochwasserschutz? Weil es leider immer wieder Anrainer gibt, die glauben, sie können sich vom Gemeinwohl ausgrenzen und verhindern, dass Bauten errichtet werden.

Ich war an diesem Tag auch in Obertraun und habe mir die bereits fertige Hochwasserschutzanlage angeschaut. Und da hat ein einziger Anrainer drei Jahre verhindert, dass gebaut werden hat können. Und ich kann nur appellieren, sowohl an die Bevölkerung, aber auch an die jeweiligen lokalen Politiker, dass sie den Menschen klar machen, es geht nur gemeinsam. Und wenn jemand es verhindern will, dann ist es auf Kosten seiner Nachbarn und seiner Mitbürger. Und es ist ganz wichtig. Drei Jahre lang hat es gedauert. Und beim Hochwasser 2013 zum Beispiel wäre Obertraun nicht mehr betroffen gewesen, wenn besagter Anrainer rechtzeitig seinen Grund zur Verfügung gestellt hätte. Eine ähnliche Situation haben wir auch in Uttendorf. Auch da können wir nicht bauen.

Was ich auch als Erkenntnis noch gewonnen habe sind zum Beispiel, den gesamten Machlanddamm bin ich entlanggefahren habe mir alle Bauwerke angeschaut, die Fehler, die teilweise gemacht wurden, und da möchte ich jetzt keine Schuldzuweisungen machen, weil es ist oft so, die persönliche Betroffenheit ist ja gegeben und es ist auch schwer jemanden beizubringen, dass er sein Elternhaus oder vielleicht ein Haus verlassen muss, das seit Generationen in Familienbesitz ist, aber bauliche Maßnahmen bewirken auch sehr hohe Folgekosten. Und da ist es oft besser, die öffentliche Hand nimmt das Geld und gibt vielleicht dort oder da das Geld großzügiger her zur Absiedlung und ich hab dann nicht mehr diese Folgekosten wie es zum Beispiel teilweise beim Machlanddamm ist. Weil diese Folgekosten treffen den Steuerzahler nicht nur einmalig, sondern über Jahre hinweg. Und das ist sicherlich für mich ein Grundsatz auch hier für die Zukunft, dass ich nicht nur auf den momentanen Baufortschritt achte, sondern dass auch in Zukunft für die nachfolgenden Generationen keine Kosten dadurch erwachsen. Weil die ganzen Pumpwerke zum Beispiel, das kostet enorm viel Geld.

Ja, ich werde mich natürlich einsetzen, dass sämtliche Wünsche der Bevölkerung so rasch wie möglich zumindest angegangen werden. Ein Beispiel ist mir auch noch in Erinnerung. Ich habe mir das mögliche Rückhaltebecken Kremsau angeschaut. Und da wurde mir mitgeteilt, dass der Schaden Kremsau, also durch die Krems, ungefähr 65 Millionen Euro betragen hat. Das Rückhaltebecken kostet 30 Millionen Euro. Als wirtschaftlich denkender Mensch sage ich, da müssten wir eigentlich so rasch wie möglich dieses Rückhaltebecken errichten, weil wir dann letztendlich auch volkswirtschaftlichen Schaden verhindern. Derzeit hängt es noch daran, weil keiner die Zinsen zahlen will. Auch dieses Problem müssen wir lösen, weil das sind wir der Bevölkerung schuldig. Aber nicht nur der Bevölkerung, sondern auch volkswirtschaftlich, wie ich es bereits erwähnt habe. (Der zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte mich zum Abschluss noch bei sämtlichen Gewässerbezirken bedanken. Ich habe alle Gewässerbezirke besucht, habe dort auch bei kleineren Projekten Lokalausweise gemacht und habe mich überzeugen können, dass dort sehr gute Arbeit gemacht wird und das vor allem deshalb, weil dort ein Umdenken stattgefunden hat. Nämlich dass man einerseits natürliche Wasserläufe wieder herstellen will, weil wir wissen, die Fehler der Vergangenheit kann man nur bedingt korrigieren. In den Sechzigerjahren, und selbst in den Siebzigerjahren hat man Bäche begradigt, weil man geglaubt hat, noch zusätzlich landwirtschaftliche Flächen zu schaffen, hat aber dabei vergessen, Retentionsräume irgendwo zu berücksichtigen.

Jetzt werden teilweise die Flüsse wieder ausgeweitet, aber immer in Verbindung mit einem Hochwasserschutz. Und das zeigt mir, dass Naturschutz und Hochwasserschutz kein Widerspruch sind. Und in diesem Sinne werden wir auch in Zukunft weiterarbeiten und ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich für die Unterstützung. Ja, ich hoffe, dass wir am 1. Juni das letzte Hochwasser heuer gehabt haben. Das hat für die Menschen in Braunau gereicht. Es war mehr als nur ein tragisches Ereignis. (Beifall)

Zweiter Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor und ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Beilage 173/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 174/2016, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung

Liegenschaftsan- und -verkäufe der LIG. Ich bitte Herrn Präsident Viktor Sigl über die Beilage zu berichten.

Abg. Präsident KommR **Sigl**: Beilage 174/2016, Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Liegenschaftsan- und -verkäufe der LIG. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 174/2016.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

- 1) Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Liegenschaftsan- und -verkäufe der LIG" sowie die Festlegungen des Kontrollausschusses werden zur Kenntnis genommen.
- 2) Dem Oö. Landesrechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.
- 3) Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der vom Kontrollausschuss festgelegten Empfehlungen zu veranlassen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz**: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht des Landesrechnungshofes betreffend der Liegenschaftsan- und -verkäufe der Landes-Immobilien-gesellschaft hat also bereits den Kontrollausschuss beschäftigt. Ich glaube, er wird uns noch auch über diesen Landtag hinaus beschäftigen.

Die Landes-Immobilien GmbH ist eine hundert Prozent Tochter der Landesholding GmbH und ist also zum Zweck errichtet worden, Erwerb und Veräußerungen von Liegenschaften für das Land Oberösterreich abzuwickeln. Ich möchte, bevor ich auf einen konkreten Verkauf eingehe, aber noch eines betonen. Dieser vorliegende Bericht hat 37 Ankäufe und Verkäufe geprüft, und hat in 36 Fällen ein wirklich sehr, sehr gutes Zeugnis der Landes-Immobilien-gesellschaft ausgestellt. Hat also betont, dass also grundsätzlich die Immobilientransaktionen effizient und zweckmäßig organisiert waren.

In einem der geprüften Fälle, und auf den möchte ich jetzt speziell kommen, und es war mir wichtig, dass ich das vorher noch gesagt habe, damit man sozusagen noch den Vergleich auch ein Stück weiß, aber ich glaube, dass man sich diesen einen Fall doch im Speziellen auch noch einmal ansehen sollte. (Telefon vom zweiten Präsident klingelt.) Sie gestatten die Unterbrechung. (Zweiter Präsident: „Es lässt sich nicht mehr abschalten! Ich entschuldige mich, das ist ein Cyberanschlag!“ Heiterkeit. Das Gerät war ausgeschaltet und hat sich trotzdem von alleine eingeschaltet, das ist, ja die grünen Männchen aus dem All! Entschuldige Herr Klubobmann, du darfst deine Rede fortsetzen!“) Ich entschuldige diesen Cyberanschlag und bitte Sie zurück zum Thema zu kommen, auch gedanklich.

Es geht also bei diesem Fall, den ich heute erwähnen möchte, um die Abwicklung des Verkaufs der Liegenschaft in der Wildbergstraße in Linz, also dem ehemaligen Bruckneruni-Gelände, wo meiner Meinung nach der Landesrechnungshof einen Stein ein Stück ins Rollen gebracht hat und als Vorsitzender des Kontrollausschusses muss ich sagen, je mehr ich mich mit dieser Angelegenheit beschäftige, desto mehr Fragen tun sich auf. Für uns Grüne ist es so, dass das öffentliche Interesse an diesem Verkauf eigentlich nicht mehr wirklich nachvollziehbar ist. Das Land Oberösterreich hat also über die LIG ein Grundstück in Bestlage weit unter seinem Wert verkauft und auch nicht Sorge getragen, dass die entsprechende Nutzung als Studentenheim nachhaltig gesichert ist.

Was also wirklich auch die Frage aufwirft, wer hat von diesem Verkauf profitiert? Wer hat sich da einen Vermögensvorteil verschafft und das zu Lasten des Landeshaushalts? Und die Fragen, die sich zur Chronologie des Falls ergeben, haben wir versucht, im Kontrollausschuss auch ein bisschen zu erörtern, wobei ich dazu sagen muss, dass die Antworten nicht wirklich zufriedenstellend für mich waren und daher möchte ich auch näher auf das Detail eingehen.

Das Erste, was Ungereimtheiten betrifft, ist die Ausschreibung dieses Verkaufes. Dieses 3.693 m² große Grundstück in Zentrallage ist also bewusst nur ein Mal in der Linzer Zeitung ausgeschrieben worden, nicht wie üblich mehrmals in mehreren Medien. Der Geschäftsführer der LIG hat also im Kontrollausschuss gesagt, dass es mehrere Interessenten gegeben hat, dass man aber nicht die genaue Zahl weiß und auch keine Aufzeichnungen vorliegen. Schließlich und endlich ist nur ein einziges Angebot übrig geblieben, das war das von der Akademikerhilfe.

Der Landesrechnungshof kritisiert in seinem Bericht, dass es erstens kein ausreichend publiziertes Angebot gegeben hat. Dass der einzige Bieter und spätere Käufer, also die Akademikerhilfe, über die weitere Vorgangsweise für den Erwerb der Grundfläche im Vorfeld informiert worden ist. Und dass es nur ein einziges Inserat gegeben hat. Das heißt also, es stellt sich die Frage, warum hat man das nicht breiter der Öffentlichkeit bekanntgemacht und warum wurde die konkrete Vorgangsweise dem einzigen Bieter und nachherigen Käufer mitgeteilt? Und es steht für mich ein bisschen der Verdacht im Raum, dass man sozusagen als Verkäufer ein Interesse gehabt hat, genau diesem Bieter dieses Grundstück zu verkaufen.

Außerdem, auch im Landesrechnungshofbericht zu lesen, steht die Ausschreibung im Widerspruch zum EU-Recht. Da gibt es zwei Möglichkeiten. Es gibt ein bedingungsloses Bieterverfahren, dann muss man über einen längeren Zeitraum mehrfach in der nationalen Presse inserieren, oder es ist ein bedingungsloses Ausschreiben, dann muss der Verkaufswert von einem unabhängigen Sachgutachter festgestellt werden und es soll eine Abweichung nicht über fünf Prozent auf- oder abwärts geben. Der Verkauf, der stattgefunden hat, liegt eigentlich 30 Prozent unter diesem Kaufwert.

Ich komme zu der Kaufvorbereitung als zweiter Bereich. Es hat vier Gutachten gegeben. Das erste Amtsgutachten wurde 2009 erstellt und hat einen Preis von 500 Euro pro Quadratmeter ermittelt, mit dem Zusatz, dass diese Bewertung berücksichtigt, dass es eine Sonderwidmung auf diesem Grundstück gibt, nämlich auf Bauland Schule. Das zweite Gutachten hat dann der Bieter, also der Käufer erstellt. Dort kommt man zu einem Preis von 315 Euro pro Quadratmeter, mit der Begründung, dass eine Umwidmung sicher noch 10 Jahre dauern wird. Das dritte Gutachten, also es wird er Amtsgutachter wieder gefragt und der kommt zu dem Erkenntnis, wenn man davon ausgeht, dass man in den nächsten 10 Jahren umwidmet, dann bewegt sich die Preisbandbreite zwischen 490 und 590 Euro.

Und jetzt kommt das Detail, dass man nicht vergessen darf. 2011 wird dieses Grundstück umgewidmet. Es wird umgewidmet von der Sonderwidmung in ein Bauland Kerngebiet. Zwei Jahre vor dem Verkauf. Also beste Lage. Es weiß die LIG davon und es weiß der Käufer davon. Und trotzdem wird auf Preisbasis 2013 weiter verhandelt, der Gutachten, die erstellt worden sind, wo noch eine Sonderwidmung auf diesem Grundstück drauf war. Und kurz vor dem Verkauf fragt man noch einmal den Amtsgutachter und sagt, was sagen Sie zu diesen 350 Euro, und er sagt, der Preis ist plausibel, wenn es also in den nächsten Jahren sozusagen zu keinen Änderung der Sonderwidmung kommt.

Und jetzt komme ich zurück zum Landtag, und das ist das, was mich dann ein Stück stört, und warum ich mich auch ein bisschen empört habe. Wir haben am 5. Dezember 2013 dann die Ermächtigung zum Verkauf dieses Grundstücks als Landtag gegeben. Drinnen steht, dass es ein Gutachten gibt, nämlich das Käufergutachten um 350 Euro pro Quadratmeter ohne jegliche Information, dass der Grundstückspreis des Sachgutachters sich auf eine Immobilie mit Sonderwidmung bezieht und nicht auf Bauland Kerngebiet. Der Landtag hat also nicht gewusst, dass das Gutachten sozusagen auf Basis der Sonderwidmung war. Das war uns nicht bekannt. Und für mich ist es so, dass meiner Meinung nach es ganz klar im öffentlichen Interesse gewesen wäre, erstens den Kaufpreis auf Grund der Umwidmung neu zu verhandeln und zweitens ein entsprechendes neues Amtsgutachten einzuholen. Für mich stellt sich die Frage, wie konnte es sein, dass nach Umwidmung auf Basis des Käufergutachtens weiterverhandelt worden ist?

Wenn man sich jetzt den Zeitlauf noch anschaut, das muss man auch noch dazu sagen, am 5. Dezember beschließen wir das im Oberösterreichischen Landtag, bereits am 20. Dezember kommt es zum Verkauf, also das heißt, es ist der Vertrag fertig zwischen Land Oberösterreich und der Akademikerhilfe Wildbergstraße, die zu diesem Zeitpunkt noch 100prozentige Tochter der Akademikerhilfe ist. Wenn sie dann in das Firmenbuch schauen, ist bereits am 31. Jänner die Wildberg Akademikerhilfe GmbH bereits verkauft, das heißt, es hat ein Weiterverkauf stattgefunden an die ImmoCommerz GmbH der Unternehmer Störk und Raberger.

Jetzt stellt sich für mich die Frage, war jetzt die Akademikerhilfe eigentlich nur in einer Strohmannfunktion, hat sozusagen diesen Verkauf abgewickelt, weil eigentlich innerhalb von viereinhalb Wochen ein Weiterverkauf abgewickelt wird und warum hat man nicht gleich als solcher, also als Raberger und Störk, diesen Verkauf mit dem Land Oberösterreich getätigt?

Ich sehe darin eine Schiefelage. Außerdem wäre interessant, und das ist uns natürlich im Kontrollausschuss nicht möglich festzustellen, um welchen Preis weiterverkauft worden ist. Ich sage als Nächstes noch dazu, ich sehe es als sehr problematisch und das ist auch das, was herausgekommen ist bei der Prüfung des Landesrechnungshofs, dass nämlich beim Verkauf keine Nutzungseinschränkung des Grundstückes mitverhandelt worden ist. Das heißt, wir haben im Endeffekt, als Landtag hatten wir ja den Zusatz dabei, dass die Errichtung dieses Studentenheimes durch die öffentliche Hand gefördert wird und die Heimgebühren für die Studierenden sozial und wirtschaftlich leistbar sein müssen, das heißt, ich habe zumindest gemeint, dieser günstige Quadratmeterpreis ist eigentlich deswegen, damit wir auch günstige und wirtschaftlich leistbare Studierendenheime bekommen. Nachdem also jetzt eine fehlende Nutzungsbeschränkung da ist und auch bereits die Wildberg Akademikerhilfe GmbH bereits weiter verkauft ist, besteht natürlich die Gefahr, dass, ich sage jetzt einmal in 15 Jahren oder so, diese Studierendenräume in Eigentumswohnungen umgewidmet werden.

Leopold Störk hat via Oberösterreichische Nachrichten bestätigt, dass es keine Bindung gibt. Er hat allerdings auch dazu gesagt, es gibt einen längerfristigen Vertrag mit der Akademikerhilfe, die ja dieses Heim führt, wobei wir wissen, dass das jetzt bei Dritten ist, das heißt, wir als Land haben nichts mehr zu sagen. Also wenn die den Vertrag auflösen, dann ist er aufgelöst, wenn sich die sozusagen einigen.

Das ist für mich so, dass sich die Frage stellt, warum hat man keine Nutzungsbedingungen für das Land Oberösterreich vertraglich abgesichert? Ich sage Ihnen jetzt noch dazu, wenn sie nachschauen über die Preise, die wir da haben, dann ist dieses Heim eines der teuersten

in Linz, mit 450 Euro pro Monat und ist wahrscheinlich nicht ganz das, was wir gemeint haben, dass es sozial und wirtschaftlich leistbare Studierendenheime sein sollen.

Das heißt, abschließend stellt sich für mich die Frage, wer hat von dem Verkauf profitiert? Wir haben die Situation, dass ein Grundstück unter dem Wert verkauft worden ist. Die Summe, die der Landesrechnungshof nennt, ist zumindest 550.000 Euro, die hier zu wenig verlangt worden sind. Gerechnet auf 500 Euro pro Quadratmeter, also bei einem Kaufpreis von 350 Euro pro Quadratmeter ist das also um 30 Prozent zu wenig. Möglicherweise ist es noch viel dramatischer. Weil die 500 Euro, wenn sie sich erinnern, waren auf Grundlage des Gutachtens, wo eine Sonderwidmung darauf war. Also das heißt, dass eigentlich der „Schaden“ ein noch viel größerer ist. Wenn man sich noch anschaut, um welchen Preis das Nebengrundstück verkauft worden ist, das angrenzende Nebengrundstück, dann sind das 1.000 Euro pro Quadratmeter, also das ist im Endeffekt die gleiche Lage, übrigens auch von den gleichen Eigentümern, von denen wir jetzt geredet haben und das dadurch natürlich noch Synergieeffekte entstehen, das gemeinsame Tiefgaragen und so weiter entstehen, wird natürlich heißen, dass wahrscheinlich der Schaden wesentlich größer ist, wenn nicht doppelt so groß.

Ganz zu schweigen davon, dass ich glaube, dass also in Jahren, wenn man sich nicht mehr daran erinnern wird, ich sage einmal 10 bis 20 Jahre, dass das eine beste Innenstadtlage ist und insofern sind für mich bei dem Verkauf des Grundstückes an die Akademikerhilfe bei weitem noch nicht alle Fragen geklärt und es gibt einen erheblichen Erklärungsbedarf. Ich will jetzt niemanden etwas unterstellen, aber ich glaube, dass man an dieser Aufklärung arbeiten soll, auch alle gemeinsam arbeiten sollten und ich glaube, das ist auch im Interesse des Oberösterreichischen Landtags. Weil ich davon ausgehe, dass wir dem Ermächtigungsantrag nicht zugestimmt hätten, hätten wir das gewusst, was jetzt der Rechnungshof in seinem Bericht uns gesagt hat und ich glaube, dass wir in Zukunft sicherstellen sollten, dass das nicht mehr passiert und dass die Abgeordneten auch die entsprechenden notwendigen Informationen haben, bevor wir solche Beschlüsse fassen. Deshalb haben wir heute auch einen entsprechenden Initiativantrag eingebracht, der ihnen auch vorliegt, wo wir die Landesregierung ersuchen, dass ab sofort in alle Vorlagen an den Landtag, die also Genehmigungen von Liegenschaftsverkäufen beinhalten, Informationen über die gutachterlichen Verkehrswerte aufgenommen werden, sowohl wie viele Gutachten es gegeben hat, als auch von welcher Seite sie beauftragt worden sind und was war die Höhe der ermittelten Verkehrswerte. Insofern hoffe ich dann auch um eine entsprechende Zustimmung. Ich glaube, dass das wichtig wäre, dass man in diesem Bereich hier diese Lücke schließt, was die Information des Landtags betrifft.

Wir werden den Bericht heute zur Kenntnis nehmen. Ich möchte auch dem Landesrechnungshof ganz herzlich danken dafür. Ich sage es noch einmal, es wäre uns als Abgeordnete sicher nicht möglich, das nachzuvollziehen. Also ich bin froh, dass wir in diesem Fall den Rechnungshof haben und danke Direktor Pammer auch, und ich hoffe, Sie richten das auch an ihre Mitarbeiter aus. Ich glaube, dass im Fall dieses Liegenschaftsverkaufes Wildbergstraße noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr KO Mahr.

Abg. KO **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herrn! „Ein wunderbar günstiges Grundstück in Urfahr“ titulierte eine Zeitschrift. Ich glaube, was der Gottfried Hirz gesagt hat, dem ist relativ wenig zuzufügen. Danke an den Rechnungshof! Ich glaube, wenn

man die Verkäufe, die Geschichte der LIG als solches betrachtet, 37 Grundstücke und 36 sind hervorragend abgewickelt worden, dann kann man schon davon ausgehen, dass das alles rechtens ist.

In diesem Fall ist die Situation, dass ein Grundstück, das die LIG verkauft, nach zwei Monaten sofort weiterverkauft wird, dass ergibt eine gewisse schiefe Optik. Der Verkehrswert, diese 315 Euro pro Quadratmeter, ausgewiesen von einem Gutachter, der davon ausgegangen ist, dass es einen Umwidmungszeitraum von zehn Jahren gibt. Man hat dem Gutachter nicht gesagt, dass das bereits umgewidmet ist, dann kommen da schon einige Positionen zusammen, die wirklich eine schiefe Optik ergeben. Jetzt will ich niemanden unterstellen, dass er sich persönlich bereichert hat. Ich will auch keinem Verein, der vielleicht einer Partei nahesteht, unterstellen, dass er da sehr günstig ein Grundstück bekommen hat. Wir sollten aber die Konklusion aus dem Ganzen in Zukunft so behandeln, dass solche Vorfälle trotzdem nicht mehr möglich sind. Weil jetzt können wir, nachdem der Besitzer gewechselt hat, ja so und so nichts mehr machen. Aber für die Zukunft müssen wir sicherstellen, dass solche Sachen nicht mehr passieren. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch konkret zu diesem Rechnungshofbericht kommen, weil ich denke, dass dieser ein ganz besonderer ist. Nämlich insofern, weil wir im diesem Landesrechnungshofbericht ganz klar, was die Liegenschaftsverkäufe des Landes Oberösterreichs betrifft und auch wie diese abgehandelt worden sind, eines feststellen müssen, da ist gute Arbeit geschehen. Trotz allem können wir sagen, die Arbeit ist gut geschehen. Es wurde uns auch erklärt, das muss man auch dazu sagen, die personelle Ausstattung ist nicht die dickste. Wir erfahren das in einem entsprechenden Rahmen, so dass hier die Arbeiten gut passiert sind.

Es hat sich aber auch der Rechnungshof bewährt, umso mehr wieder ist festzustellen, auch den Dank an den Landesrechnungshof zu übermitteln, dass er sich wirklich sehr bewährt hat, mit seiner Fachexpertise sich da reingekniet hat und auch diesen Punkt herauszubringen und zu finden, wo nämlich die Krux gelegen ist, dass es eigentlich schon beim Gutachten gewesen ist, das unter völlig anderen Bedingungen stattgefunden hat und das dann entsprechend auch weiter transportiert wurde und letztlich dann der ganze „Deal“ so abgewickelt wurde, wie er abgewickelt worden ist.

Dass das einen schalen Beigeschmack hat, stimmt. Ich möchte von dieser Position her niemanden irgendetwas unterstellen, warum das so gewesen ist oder nicht. Ich glaube, worum es wirklich geht ist, was lernen wir daraus, was können wir besser machen? Das ist genau das, was ich immer einfordere, das ist jetzt unabhängig davon, ob das jetzt die Landes-Immobilien-gesellschaft betrifft oder ob es um Projekte geht, wo wir als Land Oberösterreich und letztlich als Oberösterreichischer Landtag ja die entsprechenden Beschlüsse dazu fassen und auch über viele Jahre, um nicht zu sagen Jahrzehnte, Gelder binden und schon weit in die Zukunft hinein schauen, dass es wichtig ist, dass wir dort die entsprechenden Informationen haben und entsprechend damit umgehen. Insofern ist es gut und wichtig, dass es der Beschluss oder auch zu einem Verbesserungsvorschlag, den wir dann noch gesagt haben, den möchten wir zusätzlich dazu haben, als fixen Verbesserungsvorschlag, der auch bei der nächsten Prüfung entsprechend angeschaut werden wird und hier auch überprüft wird, ob das so gemacht wird, dass also entsprechend auch die Bewertungen dem Beirat vorgelegt werden.

Ich glaube, das alleine ist es ja auch nicht. Ich bin mir sicher, die Bewertungen sind da gelegen, nur dass dann das alles anders durchgeführt wurde, ist etwas, wo man klar sagen muss, man muss hier in der Qualität noch einiges verbessern und vor allem im internen Controlling etwas verbessern, damit wir rechtzeitig möglicherweise darauf kommen. Ich will wirklich niemanden etwas unterstellen, aber dass man da darauf kommt, dass das noch ein anderes Gutachten zu einem anderen Zeitpunkt war, hätte vielleicht mit einem weiteren internen Schritt abgefangen werden können. Da hätte jemand gesagt, Moment, da müssen wir reagieren. Das sind die Dinge, die wir daraus lernen sollten und die im Endeffekt bei so vielen Transaktionen, die uns viel mehr Geld eingebracht hätten, wo sich jemand anderer jetzt sicherlich über einen Besitz freuen kann, der viel mehr wert ist, als man dafür bezahlt hat und das binnen kürzester Zeit, ja das hat den bitteren Beigeschmack. Aber ich bin mir sicher, dass sich das für die Zukunft abstellen lässt und verbessern lässt. In dem Sinne also auch von unserer Seite, wir stimmen dem zu, aber ich bin mir ganz sicher, dass es in Zukunft hier ein besseres Vorgehen gibt und die Landes-Immobilien-Gesellschaft sich dies auch sehr zu Herzen nehmen wird. Danke!

Zweiter Präsident: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Sigl.

Abg. Präsident KommR **Sigl:** Danke, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herrn! Wenn alle das Gleiche tun, dann ist das noch lange nicht dasselbe. Das könnte man auch ein bisschen bei dieser Thematik, die hier angesprochen wurde, herausarbeiten. Es ist wahrscheinlich in der Tat so. Vorab möchte ich aber trotzdem ein großes Kompliment an die LIG geben, die tolle Arbeit macht. Das kommt auch aus dem Rechnungshofbericht eindeutig hervor und die für uns in Wahrheit in vielen Bereichen, in allen Bereichen eigentlich, sehr weit mitdenken.

Was ist öffentliches Interesse? Welche Pflichten und Rechte und Möglichkeiten ergeben sich daraus, öffentliches Interesse und öffentlichen Grund zu verkaufen, anzukaufen und so weiter? Also daher ein großes Kompliment an die LIG für ihre Arbeit. In der Tat ist es aber auch so, und da schließe ich bei meiner Vorrednerin und bei meinen Vorrednern an, dieser Bereich des Studierendenheimes in der Wildbergstraße ist nicht so gelaufen, würde ich einmal meinen, wie wir uns es als Oberösterreichischer Landtag vorstellen. Ich möchte aber dazu sagen, da meine ich nicht den Zweck, der jetzt dort abgearbeitet wird. Es war sehr wohl unser Interesse auch und die Regierungsvorlage, die uns ja als Grundlage für die Beschlussfassung im Landtag vorgelegt wurde, ist ja einstimmig in der Regierung gewesen. Es war Interesse der Regierung, dort ein Studierendenheim zu errichten. Somit war auch klar, dass die Überlegung, so wie man es allgemein tut als Bundesland Oberösterreich, wie können wir mithelfen, dass das tatsächlich so passiert? Und die Überlegung, dass man gesagt hat, gut, wenn man dort ein Studierendenheim errichtet, dann bedeutet das, dass man Anderes nicht errichten kann. Und damit ist eine eingeschränkte Benutzung klarerweise gegeben. Auch noch so weit, so gut.

Wenn man sich den Istzustand jetzt anschaut, dann ist es ein Studierendenheim. Ich gebe Klubobmann Hirz Recht, die Preise sind durchaus in einer Dimension, die schon für Studierende nicht ganz leicht finanzierbar sind. Man muss auch dazu sagen, es ist wahrscheinlich das modernste Haus, das wir in Linz haben. Und im Hinblick darauf, dass jetzt erst quasi die Befüllung des Hauses begonnen hat, rund 50 Prozent mittlerweile vergeben sind und das neue Semester auch in der Medizinuniversität erst bevorsteht, glaube ich durchaus, dass wir mit diesem Studierendenheim ein Angebot an unsere Studentinnen und Studenten machen, das absolut top ist.

Also soweit gesehen, können wir sagen, Ziel erreicht. Nur, was eben passiert ist, und das ist das, was Gottfried Hirz angesprochen hat, dass wir natürlich nicht möchten, dass da irgendwo ein Beigeschmack dabei ist, wo es heißt, da haben sie es sich wieder irgendwie gerichtet. Da geht es auch durchaus darum, dass wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen. Weil ich gehe davon aus, dass die in Wahrheit korrekt gehandelt haben, wenn auch nicht ganz glücklich.

Ich fange kurz beim Amtsgutachter an. Dort würde ich einmal meinen, soweit ich auch das recherchiert habe, wie sich mir das darstellt, haben die korrekt gearbeitet. Warum? Weil die klarerweise davon ausgegangen sind, dass die Intension, die man immer hatte, Studierendenheim zu errichten, klarerweise eine eingeschränkte Widmung ist und daher war für die auch klar, Sondergebiet des Baulandes, eingeschränkte Widmung für Studierendenheim. Das war der Punkt. Was allerdings die Amtsgutachter wahrscheinlich nicht gewusst haben ist, dass zu diesem Zeitpunkt, als sie das zum zweiten Mal beurteilt haben, nicht ein Sondergebiet im Bauland, eingeschränkte Bebauung Studierendenheim, ist von der Widmung her, sondern Kerngebiet, und damit wissen wir alle, die mit Flächenwidmung zu tun haben, Bürgermeister und Altbürgermeister gehören da dazu. Kerngebiet ist in Wahrheit eine Widmung, wo unheimlich viel möglich ist, jetzt sage ich einmal, außer eine Fabrik zu bauen. Vereinfacht gesagt, du kannst von der Nahversorgung beginnen, bis zum Büro, bis zum Wohnen im Prinzip unheimlich viel machen. Das ist ja auch okay so. Du kannst auch ein Studierendenheim bauen. Das heißt also, so gesehen ist die Kerngebietwidmung, die von der Stadt Linz durchgeführt wurde, also nicht von der LIG, sondern von der Stadt Linz durchgeführt wurde, ich habe bisher nicht erfahren, wer es beantragt hat, das sage ich auch ganz offen dazu. Aber Tatsache ist, in der Stadt Linz ist das einstimmig beschlossen worden, dass die zwar die Errichtung eines Studierendenheims ermöglicht, aber eben, und das ist genau jetzt der Punkt, der auch für uns Abgeordnete natürlich eine gewisse Brisanz hat, auch alles andere ermöglicht, wie bereits erwähnt.

Das Problem ist, dass in Wahrheit nur die Stadt Linz im Bereich der Baubewilligung darauf hingewiesen hat, dass das ein Studierendenheim ist oder werden wird. Das ist nicht in den Kaufvertrag aufgenommen worden und damit ist für uns die Situation hier keine ganz einfache. Ich sage aber auch gleich dazu, auch dass die Stadt Linz in der Baugenehmigung das sozusagen anführt, ist in Wahrheit eine Momentaufnahme. Weil Tatsache ist, aufgrund der Widmung, aufgrund des Gebäudes kannst du tatsächlich mit dem Antrag auf eine neue Baubewilligung in Wahrheit wahrscheinlich auch alles andere tun. Und das ist genau das, was dann passiert, wo wir sagen, da hätten wir kein gutes Gefühl mehr.

Ich habe daher durchaus mit den Überlegungen auch unsere Stellen im Haus konfrontiert und habe ihnen auch gesagt das ist ein Problem oder es ist jetzt noch keines, weil das Studierendenheim steht ja dort. Aber es könnte theoretisch ein Problem werden und dann wird man wahrscheinlich sagen, ja das hat ja der Landtag im Jahr 2013 beschlossen. Und daher habe ich gesagt, ich erwarte, dass wir uns überlegen, wie wir diese Intention, die wir hatten, nämlich dass das ein Studierendenheim bleibt, dass man das jetzt auch im Nachhinein noch vertraglich absichert. Das ist der Punkt. Wenn uns das gelingt, dann hat nicht nur der Rechnungshof eine anerkennend gute Arbeit klarerweise gemacht, sondern haben auch wir daraus die logischen Konsequenzen gezogen und unsere Abteilung gestärkt, hier im Vertragsbereich so nachzujustieren, dass gegebenenfalls, ich sage jetzt einmal 25 Jahre, das sind so die normalen Bereiche, die ich sage einmal in diesem Bereich überschaubar sind, das auch ein Studierendenheim bleibt.

Ich habe daher auch die LIG gebeten, dass sie sich unbedingt in diese Richtung sofort gleich einmal vorab überlegen, was können sie hier beitragen dazu. Und ich darf euch hier auch bekanntgeben, mich hat die LIG informiert, dass seitens der Landes-Immobilien-gesellschaft beabsichtigt ist eine Präzisierung des Kaufvertrags in Form eines Nachtrags mit der Studierendenheim Wildbergstraße der Akademikerhilfe GmbH abzuschließen. Und festgehalten wird, dass der Erwerb des gegenständlichen Grundstücks ausschließlich zur Errichtung eines Studierendenheims erfolgte. Dieser Zweck geht bereits aus der Ausschreibung, ist die Meinung der LIG, und dem abgegebenen Angebot hervor. Das ist okay, das glaube ich auch. Und es wird mir weiters mitgeteilt, dass seitens der Studierendenheim Wildbergstraße der Akademikerhilfe GmbH, wie auch dem jetzigen Betreiber, dem Verein Akademikerhilfe, gibt es eine Zusage einer entsprechenden Vertragspräzisierung. Das heißt, wir haben das, wo eine mögliche Problematik entstehen könnte, weil eben aufgrund der jetzigen gesetzlichen Konstrukte eigentlich eine andere Nutzung auch gegeben sein könnte, das hätten wir damit in Wahrheit in dem Sinne eingefangen, was immer Intention war vom Beginn an der LIG, sage ich einmal, im Auftrag des Eigentümers, sprich des Landes Oberösterreich, was immer Intention war auch der Landesregierung, sonst hätten sie ja den Antrag nicht an uns herangetragen, und was eigentlich auch immer unsere Intention gewesen ist.

Also so gesehen, summa summarum könnte man jetzt einmal sagen auf gut mühlviertlerisch, gut ist's g'anga, nix ist g'schehn, wengleich ich auch weiß, man muss jetzt selbstverständlich das auch noch in die vertraglichen Formen umsetzen. Aber zu dem sind wir ja da, dass wir uns das entsprechend anschauen. Und unter all diesen Aspekten kann man erstens sagen, Danke an den Rechnungshof, Danke an die LIG für ihre Arbeit und wir können glaube ich zustimmen, die ÖVP wird es auf jeden Fall auch tun. (Beifall)

Zweiter Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 174/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 182/2016, das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend "Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich". Ich bitte Herr Abgeordneten Frauscher über die Beilage zu berichten.

Abg. KommR **Frauscher:** Beilage 182/2016, der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend "Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich".

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 182/2016.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der Wahrnehmungsbericht betreffend "Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich" wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Rechnungshof wird für seinen Bericht gedankt.

Zweiter Präsident: Ich nehme an, du willst das Wort, ich erteile es dir.

Abg. KommR **Frauscher:** Ja es wird dort in diesem Bericht des Bundesrechnungshofs dargestellt, einmal wie sich das Ganze berechnet, der abgestufte Bevölkerungsschlüssel,

aus einer Multiplikation der Volkszahl mit einem Vervielfacher, einem verhandelten Wert. Das ist unterschiedlich, bis 10.000 Einwohner war das bis 2010 Eineinhalb der Vervielfacher, seitdem ist es 1,41/67 und dann geht es weiter, 10.000 bis 20.000 Einzeidrittel, dann 20.000 bis 50.000 Zwei und über 50.000 Zweieindrittel. Das heißt natürlich, dass Länder mit steigender Bevölkerungsanzahl und Einwohneranzahl und großen Gemeinden natürlich da im Vorteil sind. Jetzt kann man fragen natürlich auch, ob das gerecht ist. Bei den Gemeinden selbst, da haben natürlich große Gemeinden erhöhte Aufgaben, aber ob es unbedingt jetzt in dieser Größenordnung passt, das kann man jetzt dann nicht unbedingt so beurteilen.

Es gibt auch verschiedene Kriterien die da betrachtet worden sind, wie der Getränkesteuerausgleich oder die Werbeabgabe, Werbesteuerausgleich oder das Landespflegegeld, das ehemalige. Das sind eher so intransparente Teile, die jetzt dazugerechnet werden und die eigentlich jetzt historisch bedingt sind und die eigentlich relativ wenig jetzt mit der Wirklichkeit zu tun haben. Das hat natürlich für Tourismusgemeinden große Bedeutung, dieser Getränkesteuerausgleich. Und wenn man sich anschaut, welche Gemeinden die sind mit dem größten Anteil, das sind eben Tirol, Vorarlberg, Salzburg, genau diese Gemeinden, die diesen großen Getränkesteuerausgleich besitzen.

Momentan haben wir ja den Finanzausgleich aus 2008, eine Aufgabenorientierung ist darin nicht vorgesehen. Und die Ertragsanteile sind durchaus auch eben unterschiedlich aus den verschiedenen Bereichen. Wir haben im Burgenland 697 Euro, in Wien 1.175 Euro Landesdurchschnitt, dann über den ganzen Bund 918 Euro. Das heißt, da tun sich schon gewaltige Sprünge auch auf.

Was ein Kriterium auch ist, dass unter 10.000 Einwohnern dieser Vervielfacher überhaupt nicht mehr differenziert ist. Das heißt das ist ein Betrag, ein Vervielfacher ist 1,41/67. Das heißt natürlich, dass die Zusammenlegung von Gemeinden aus finanziellen Gründen, was das betrifft, die Ertragsanteile, relativ sinnlos ist, sofern sie nicht 10.000 Einwohner überschreiten und das ist natürlich dann schon eine Größenordnung von einem Gemeindezusammenschluss, der relativ schwierig zu erreichen ist.

Die Ziele, die man sich sonst setzt, ein Finanzkraftausgleich, ein regionaler Ausgleich, eine ausreichende Mittelausstattung findet jetzt eigentlich kaum statt und deswegen ist, glaube ich, jetzt auch in Zukunft da einiges zu machen. Es sind ja gerade die Verhandlungen beim Finanzausgleich. Der Landeshauptmann macht ja das für Oberösterreich.

Der Bundesrechnungshof empfiehlt eben, dass man vereinfachen soll. Es ist auch so gewesen in diesem Bericht, dass diese Weitergabe von den Ländern an die Gemeinden sehr, sehr problematisch war auch. Weil es kompliziert ist, weil 13 Vorschüsse da weitergeleitet werden und dass eigentlich in allen Bundesländern das falsch berechnet war, nur in Oberösterreich, und wie immer Oberösterreich, hat das natürlich richtig gemacht. Man sollte wirklich die aktuelle Situation berücksichtigen und sollte diese historischen Dinge neu bewerten, Vereinfachungen vornehmen dieser Berechnung, für Transparenz sorgen und eben ein strategisches Konzept für die Verteilung erarbeiten. Und ja, wie gesagt, die neuen Verhandlungen laufen, wird man sehen in diese Richtung, was sich jetzt verändert, vielleicht auch in der Aufgabenorientierung. Wie man so schön sagt, die Hoffnung stirbt zuletzt. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Klinger.

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Zuhörer auf der Galerie und via Internet! Um die Sache abzukürzen, dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich ist, wie es der Herr Landeshauptmann ganz treffend gesagt hat, eine sehr komplizierte Sache, wo alle Bundesländer glauben, sich aufgrund der früheren Gesetzmäßigkeiten einen Vorteil daraus zu schlagen. Und es ist quasi ein Sittenbild der österreichischen Innenpolitik, wenn man etwas entbürokratisieren möchte, scheitert es meistens am Unwillen der Länder. Ich hoffe, dass dieses Sittenbild in Zukunft einer anderen Gestaltung entgegengeht und wünsche auch in diesem Zusammenhang hier einen guten Verhandlungsverlauf für den Herrn Landeshauptmann, damit Oberösterreich auch im Bevölkerungsschlüssel ordentlich finanziert dasteht.

Warum ich mich hier noch zu Wort gemeldet habe, ich habe es gerade gesagt, es ist wahrscheinlich meine letzte Rede hier im Oberösterreichischen Landtag. Aufgrund der Mandatszurücklegung von Heinz Hackl, der meinem Wahlkreis angehört und ich der Nachfolgende für den Nationalrat bin, habe ich vor ein paar Wochen die wohl für mich politisch schwierigste Entscheidung zu treffen gehabt, die mir jemals gestellt wurde. Nicht weil mich der Nationalrat nicht reizt und das nicht auch eine ganz, ganz spannende Aufgabe ist. Aber vor allen Dingen deswegen, weil ich mich hier im Landtag sehr, sehr zuhause gefühlt habe. Und dieses Zuhausefühlen hängt nicht nur damit zusammen, dass die Gegebenheiten des Landtags mit der Arbeit eines Bürgermeisters in der Gemeinde ein sehr nahes Verhältnis gehabt hat. Die Nähe überhaupt zur Gemeinde, die kurzen Wege, die hier gegeben sind, sondern auch ganz besonders deswegen, weil es hier im Landtag ganz ehrlich gesagt möglich ist, den luxuriösen Spagat zu schaffen, über die Fraktionsgrenzen hinweg auch Freundschaften zu haben.

Das war eigentlich das, was mir an diesem Landtag so gut gefallen hat und warum ich schweren Herzens hier aus diesem Landtag ausscheiden werde. Ich hoffe natürlich, dass der Kontakt auch in Zukunft nicht gänzlich abreißen wird. Ich nehme an, dass aufgrund meiner Bürgermeistertätigkeit so manche Begegnung noch hier auch im Landhaus stattfinden wird. Ich wünsche dem Oberösterreichischen Landtag für die Zukunft alles Gute, gute Entscheidungen zum Wohle für Oberösterreich. In diesem Sinne Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Lieber Wolfgang! Auch ich wünsche dir alles Gute und ich bin überzeugt davon, dass du den Wienern beibringen wirst, dass Gaspoltshofen der Mittelpunkt der Welt ist, und in diesem Sinne wünsche ich dir natürlich alles, alles Gute. (Zwischenruf Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger: unverständlich) Nachdem du es nicht geschafft hast, mir das richtig beizubringen, wird es wahrscheinlich auch nicht mehr passieren. Nichtsdestotrotz hoffe ich, dass du in Wien gelehrigere Schüler hast als mich, und einen Sitznachbarn, den du genauso ärgern kannst, aber lassen wir das.

Wir haben aber noch einen Redner auf der Liste und den darf ich jetzt an das Podium bitten, Abgeordneter Punkenhofer.

Abg. Bgm. **Punkenhofer**: Danke Herr Präsident! Ich denke, ich bin genauso überrascht wie glaube ich die meisten da herinnen über deinen Wechsel in den Nationalrat. Aber ich darf dir zumindest einmal von meiner Seite, wir haben ja jetzt im Landtag nicht allzu lange miteinander zu tun gehabt, aber auf Bürgermeisterebene haben wir doch schon das eine oder andere Mal zusammengearbeitet. Ich darf dir auf jeden Fall alles, alles Gute für die kommenden Aufgaben wünschen.

Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus! Ich darf mich auch vorweg sehr herzlich bedanken beim Rechnungshof für die Erstellung dieses Berichts, weil er, so denke ich, und auch beim genaueren mehrmaligen Lesen mich ja immer wieder darauf hingewiesen hat, und ich denke, es wird allen so gegangen sein, vor allem die aus Sicht der Gemeinden sich diesen Bericht angeschaut haben, wie problematisch es ist, dass dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel natürlich mit der Gießkanne die Gelder verteilt und das ein System ist, das niemals letztendlich zu einem fairen System reichen kann, weil es immer welche gibt, die bevorteilt oder benachteiligt sein werden.

Die Berechnung der Ertragsanteile, und das wird da drinnen ja auch ganz klar festgestellt, ist fehleranfällig, intransparent und letztendlich lässt dieser Umstand den Gemeinden sehr wenig Planungsspielraum. Eine Sicherheit, was den Gemeinden zusteht, gibt es mit diesem System de facto nicht. Eine Alternative dazu, und das möchte ich schon auch hier anführen, ist der aufgabenorientierte Finanzausgleich. Jede Gemeinde, jede Stadt hat unterschiedliche Aufgaben. Unbestritten ist, dass wir sehr viele Aufgaben haben in den Gemeinden, aber es ist eben sehr unterschiedlich aufgrund der Bevölkerungsdichte, aufgrund der Aufgaben, aufgrund der Lage dieser Gemeinden, die wir haben. Eine Planbarkeit in der Gemeinde und eine Planbarkeit für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wäre meines Erachtens mit dem aufgabenorientierten Finanzausgleich weit besser. Eine klare Aufgabenzuteilung, klare Aufgabenaufteilung, auch das wird vom Rechnungshof, denke ich, sehr klar kritisiert, auch das, denke ich, kann man unterstreichen, eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, denke ich, wäre auch besonders wichtig.

Mein Plädoyer dafür, nutzen wir die Potentiale der Gemeinden, fördern wir die Eigenständigkeit der Gemeinden, in dem wir transparente und nachvollziehbare Finanzierungswege für die Gemeinden schaffen. Wir stimmen dem Bericht zu. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Böker.

Abg. **Böker:** Ja, ich weiß, es ist spät. Aber der Bericht des Rechnungshofs über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel ist es wert, dass man länger redet. Aber ich werde mich bemühen, nicht allzu lange zu werden. Aber es ist ein sehr interessanter Bericht und ich glaube, wir müssen hier uns auch stark einbringen, damit es wieder zu dieser Transparenz kommt, von der heute schon öfter gesprochen wurde.

Eine Ursache ist eben diese, schon von mehreren Vorrednern angesprochene, nicht vorhandene Transparenz, nämlich eine Nachvollziehbarkeit der Aufteilung des Steuerkuchens. Wenn man bedenkt, dass dann diese Zwischenabrechnungen an die Gemeinden kommen, die kennen die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sehr genau. Da geht es dann um den Getränkesteuerausgleich, um die Werbeabgabe, den Vorausanteil Paragraph 11, Absatz 7a. Ich könnte das jetzt weiter fortsetzen. Es ist eine lange Liste und wenn man das dann aber auch nachrechnen möchte, wo da die Bruttoertragsanteile zum Beispiel 98 Milliarden Euro sind, abzüglich 12,7 Prozent, dann kommt man aber nicht auf diese Summe, die da steht. Und es ist jetzt nicht so, dass Oberösterreich falsch berechnet hätte, denn Oberösterreich kann man gratulieren, die sind nicht fehlerhaft gegenüber anderen Bundesländern. Und das tue ich hiermit auch. Aber hier stecken so viele Parameter dahinter, dass es für eine Gemeinde und vielleicht auch für eine Abgeordnete wie mich ohne Erklärung nicht nachvollziehbar ist.

Und wenn wir wollen, dass Politik interessant ist und bei den Bürger/innen draußen ankommt, dann haben wir dafür zu sorgen, dass diese Dinge, die Budgets und die Haushalte nachvollziehbar werden, von den Gemeinden über die Länder zum Bund. Das ist eine hochkomplexe Materie ist, ist mir schon bewusst. Aber ich denke, hier können wir etwas ändern.

Ich möchte auch dem Bundesrechnungshof wiederum danken. Der hat es wieder geschafft, in einer sehr gut nachvollziehbaren und lesbaren Weise, dass ein besseres Verständnis zum FAG vorzufinden, ist da drinnen. Und wir Grüne haben ja auch einen Antrag betreffend die Einbindung des Oberösterreichischen Landtags eingebracht, um einerseits über die aktuellen Verhandlungen mehr zu erfahren und andererseits auch sich einbringen zu können. Aber das wurde ja mehrheitlich abgelehnt, hat aber doch der Landtag die Budgethoheit.

Und was ich jetzt einfach trotzdem noch ansprechen möchte. Wo sieht man denn den gemeinsamen Willen zu Veränderungen? Ja, selbstverständlich ist nicht alles einfach, ja selbstverständlich müssen die Aufgaben von Städten und kleineren Kommunen neu definiert werden und selbstverständlich sind ja auch die Unterschiede zu bewerten. Der Österreichische Städtebund, der Österreichische Gemeindebund und sämtliche andere Verhandlungspartner, sie müssen hier wirklich gute Verknüpfungen finden, sodass wir ein neues Netzwerk der Gerechtigkeit, was sicher nicht leicht ist, und einen Ausgleich knüpfen können, sodass auf die aktuellen Situationen eingegangen werden kann.

Die derzeit laufenden FAG-Verhandlungen, hört man, sind sehr zäh und wenn man so ein bisschen mehr hineinhört, dann könnte möglicherweise vielleicht dort oder da ein kleines Schraubchen gedreht werden und möglicherweise kommt es zu einem Fortschreiben des alten FAG, wobei ich der Meinung bin, besser man schraubt noch nicht zu viel herum, wenn man noch keine geeigneten Lösungen hat, aber man sollte schleunigst damit anfangen. Und ich stelle ein paar Fragen noch dazu. Wie kommt man zu einer Lösung bei der Reform der Grundsteuer, die seit fast 40 Jahren nicht verändert ist? Was ist mit einer Wertschöpfungsabgabe, wenn eine Wiese, ein Acker zum wertvollen Bauland wird? Wer zahlt die Infrastruktur dazu? Es ist immer die "große Geldtasche". Warum werden Konzerne nicht zur Kasse gebeten? Warum lassen wir Steuerflucht zu? Allein 2014 ist Österreich um zirka 4 Milliarden Euro Steuergeld durch Steuertricks allein beim Konzern Ikea umgefallen. Warum ändern wir das nicht? Was ist mit der Ausrichtung des Steuersystems nach ökologischen und sozialen Kriterien? Überdenken der verschiedensten Förderungen, auch der Pendlerpauschale, auch wenn ich weiß, dass das ein heikles Thema ist. Was ist mit der Kooperation der Gemeinden untereinander? Die USt-Problematik ist nicht geklärt? Was ist mit dem Schlagwort aufgabenorientierter Finanzausgleich? Ich zitiere Helmut Mödlhammer und ich glaube, da kann ich auch dich, Hans Hingsamer, zitieren: Wenn nach Aufgaben verteilt werden soll, dann bedarf es einheitlicher Standards und Normen in der Aufgabenerfüllung, Kinderbetreuung, Bildung, Soziales und so weiter. In den Bundesländern wird unterschiedlich bezuschusst und umgesetzt. Worin liegen da die Gründe, dass hier nichts weitergeht, bei den Ländern, beim Bund, bei den Gemeinden?

Und ein Punkt ist mir auch immer wieder ein Dorn im Auge nach zwölfjähriger Amtszeit als Bürgermeisterin, die Berechnung der Finanzkraft. Ich hab mich jetzt auch einmal bei der IKD sehr schlau gemacht, ich weiß schon, wie sie berechnet wird, aber auch diese derzeit vorliegenden Kriterien sind dringend zu überprüfen. Die Finanzkraft ist die Basis für die Berechnung der Strukturhilfe für die Gemeinden, sie ist aber auch der Schlüssel für den SHV-Beitrag, Krankenanstaltenbeitrag und das sind die enormen Ausgaben, die die

Gemeinden, die Budgets der Gemeinden enorm belasten. Und ich denke auch, hier muss man einmal klären, wenn man höhere Kommunalsteuern hat, die Frage, gibt es interkommunalen Finanzausgleich, etc. etc., um nicht allzu lang zu werden. Ich hätte noch viele Fragen vorbereitet, aber ich würde mich auch freuen, wenn wir hier als Landtag auch wirklich eingebunden werden.

Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich schauen, dass wir beim neuen Finanzausgleich, wann immer das jetzt kommt, einen Bezug zur aktuellen Situation herstellen in den Regionen, in den Gemeinden, in den Ländern, und die historischen Bezugspunkte, die es ja bei der Getränkesteuer, beim Getränkesteuerausgleich gibt, die müssen wir ausräumen. Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit ist ein Muss, denn die Bürger und Bürgerinnen sollten zumindest annähernd nachvollziehen können, wie die von ihnen einbezahlten Gelder, sprich Steuern, auch aufgeteilt werden. Eine bessere Vermittlung für diese Aufteilung ist auch die beste Form, Interesse an Politik zu wecken. Und das ist auch ein Grundinteresse von mir, das zu tun. Und in diesem Sinne wünsche ich mir eine angeregte Diskussion zum Finanzausgleich auch im Landtag und wir nehmen den Bericht natürlich an. Danke! (Beifall)

Zweiter Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 182/2016 Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofs betreffend "Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich" zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 183/2016. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Vergleichende Prüfung von Gemeindealten- und Pflegeheimen". Ich bitte Herrn Abgeordneten Binder über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Binder:** Beilage 183/2016 Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Vergleichende Prüfung von Gemeindealten- und Pflegeheimen".

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 183/2016.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Vergleichende Prüfung von Gemeindealten- und Pflegeheimen" sowie die Festlegungen des Kontrollausschusses werden zur Kenntnis genommen. 2. Dem Oö. Landesrechnungshof wird für seinen Bericht gedankt. 3. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der vom Kontrollausschuss festgelegten Empfehlungen zu veranlassen.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile Herrn Abgeordneten Binder das Wort.

Abg. **Binder:** Dankeschön! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir können auf ein sehr gutes Netz in der Altenpflege und -betreuung in Oberösterreich stolz sein. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „So, jetzt doch!“) Auf das können wir stolz sein, danke, dass Sie diesen Hinweis verstanden haben, Kollege Hattmannsdorfer. Darauf können wir noch stolz sein, weil wir haben ja hier an den sehr guten Qualitätsstandards, die mit der Alten- und Pflegeheimverordnung gemacht wurden und auch mit dem Sozialhilfegesetz 1998 noch nicht

geschraubt. Wir haben einen guten Mindestpflegepersonalschlüssel, der noch in der Nachbetreuung verbessert werden könnte, aber ansonsten eine sehr gute Pflege und Betreuung der Altenheimbewohnerinnen und -bewohner sicherstellt.

Wir haben auch in den vergangenen rund 17 Jahren, um diesen hohen Qualitätsstandards zu genügen, rund zwei Drittel der Alten- und Pflegeheimplätze in Oberösterreich saniert oder neu errichtet. Dank der erfolgreich verfolgten Strategie mobil vor stationär und einem neuen Bedarfs- und Entwicklungsplan, der auf weitere neue Entwicklungen Rücksicht nimmt, ist der Bedarf an stationären Einrichtungen derzeit großteils gedeckt und es wird in den kommenden Jahren weniger notwendig sein, hier in stationäre Einrichtungen zu investieren.

Diesen Investitionen widmet sich auch der Rechnungshof in einem besonderen Punkt, weil er die lange Ausfinanzierung der zuletzt getätigten Investitionen auch kritisch beleuchtet. Ein an sich normaler Vorgang, den jeder Häuselbauer nachvollziehen kann, der sein Haus auch nicht aus der Portokasse errichtet, sondern über einen längeren Zeitraum hier ein Darlehen abfinanziert, wird insbesondere kritisch beleuchtet, weil dem Landtag und wie im Bericht herauskommt auch der Finanzdirektion, aber vor allem dem hohen Landtag in seiner Budgetverantwortung diese daraus resultierenden Verbindlichkeiten nicht zur Kenntnis gebracht werden.

Eine der Empfehlungen des Rechnungshofs und auch des Kontrollausschusses ist es daher, alle offenen zugesagten Fördervolumen, die jetzt auch im Rechnungsabschluss mit rund 3 Milliarden Euro beziffert werden, dem Landtag zumindest einmal jährlich zur Kenntnis zu bringen. Diese Transparenz finden wir für ganz besonders wichtig, da wir ja, wenn wir das nächste Budget beschließen wollen, auch wissen sollten, welche Zusagen denn insgesamt das Land schon ausständig hat.

Ansonsten ist der Bericht durchaus positiv. Die Empfehlungen betreffen großteils noch die Kooperation zwischen den Heimen, wo noch mehr Synergien genutzt werden sollten. Und ich ersuche den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste zur Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wall.

Abg. Wall: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer im Internet! Ich bedanke mich zuerst beim Rechnungshof, der uns mit diesem Bericht wieder einmal einen sehr guten Einblick gewährt und damit auch ein bisschen das Bild über das Finanzdesaster im Sozialbereich abgerundet wird. Wieder einmal erfahren wir über ungedeckte Förderzusagen. Nachdem wir schon ein Budgetloch von 45 Millionen Euro in etwa für den laufenden Betrieb von Behinderteneinrichtungen haben, informiert uns der Rechnungshof diesmal über 84 Millionen Euro offene Förderungen, Investitionsförderungen per Jänner 2016 für Alten- und Pflegeheime, Investitionsförderungen für großteils bereits bestehende Alten- und Pflegeheime, muss man auch dazu sagen. Ein Anstieg auf knapp 100 Millionen Euro in den nächsten 15 Jahren wird prognostiziert.

So einfach zur Tagesordnung übergehen und sagen, das ist eh ganz normal und so wie es die Häuselbauer auch machen, so sehe ich das nicht. Wenn man das alles ein bisschen in einen Zusammenhang bringt mit den Gebarungen im ChG-Bereich, wo einerseits für den laufenden Betrieb der Behinderteneinrichtungen schon Schulden gemacht werden müssen, also nicht nur für die Investitionen, sondern für den laufenden Betrieb aus den Budgetmitteln für Investitionsförderungen Geld für den laufenden Betrieb im ChG-Bereich hergenommen wird, das Geld bei den Förderungen für Investitionen fehlt dann im ChG-Bereich, dass dort

langfristige Förderzusagen dann mit Haftungen unterlegt werden müssen entsprechend vom Land Oberösterreich. Dann nimmt man ein Geld vom Bereich der Alten- und Pflegeheimförderung und gibt es dort in den ChG-Bereich dazu. Dann fehlt es uns jetzt bei den Alten- und Pflegeheimen.

Also ganz so ohne ist das nicht, das ist so ein bisserl Loch-auf-Loch-zu-Politik, die da passiert und ist für mich schon ein bisserl beunruhigend. Nicht eingerechnet in diesen 100 Millionen Euro in den nächsten 15 Jahren offenen Betrag sind die Sanierungskosten und auch die Zwischenfinanzierungskosten. Die Zwischenfinanzierungskosten, weil ja die Heime bereits bestehen, weil das ja zwischenfinanziert hat werden müssen. Und der Landesrechnungshof weist uns auch darauf hin, wenn das Zinsniveau auf drei Prozent steigen würde, dann würde das den Spielraum komplett nehmen für diesen Bereich im Budget, was die Förderung der Alten- und Pflegeheime anbelangt. Es heißt, momentan stehen 5 Millionen Euro im Jahr aus dem Budget zur Verfügung für die Investitionsfördermittel an die Alten- und Pflegeheime.

Da ist nicht mehr sehr viel damit zu machen, auch wenn wir im Ausschuss gehört haben, es wird sich dieser Betrag wieder in den nächsten Jahren erhöhen. In dem Zusammenhang drängt sich natürlich auch die Frage auf, sind die Fördermittel in den letzten Jahren aufgrund einer ungenauen Bedarfserhebung vielleicht zu großzügig ausgegeben worden, ist schlecht geplant worden, sind zu viel Heime gebaut worden? Immerhin haben wir 200 bis 250 leerstehende Betten.

Das nächste ist die Systemfrage. Der Rechnungshof hat zwei von Gemeinden geführte Heime untersucht und ein von einer Gemeinde ausgelagertes Heim und er empfiehlt unter anderem die Kooperationen mehr zu nutzen, damit wir mehr Synergien erreichen. Wenn ich das auf die Gesamtstruktur in Oberösterreich jetzt übertrage, wir haben 123 Alten- und Pflegeheime, rund 50 Träger; von den 50 Trägern, großteils SHV, ungefähr 63 Prozent, 21 Gemeinden und 24 Orden. Da ergäbe sich wohl noch mehr an Synergiemöglichkeiten und Kooperationen, weil diese Trägervielfalt, das wissen wir auch, bringt natürlich Ineffizienzen mit sich, erschwert die Steuerungsmöglichkeiten und erschwert auch den Überblick über die Kosten. Für die Heimbewohner gibt es auch Konsequenzen. Das heißt, wir haben dann abweichende Heimtarife und unterschiedliche Betreuungsqualität.

Ich erinnere auch wieder einmal an ein Gutachten, das der Landesrechnungshof erstellt hat, eine Systemstudie SHV, im Jahr 2005, wo er aus diesem Grund empfiehlt, die Heime unter ein Dach zu stellen. Und einen mittelfristigen Reformbedarf des Systems der Altenpflege hält auch das Sonderprojekt Sozialhilfeverbände im Zuge der Verwaltungsreform 2011 fest. Da sind immerhin auch schon fünf Jahre wieder vergangen. Ich sehe natürlich gewisse Verbesserungen in der Zwischenzeit, diese Kosten- und Leistungsrechnung, wie es auch in diesem Bericht ja zitiert wird, die einen trägerübergreifenden Vergleich möglich macht, aber ich denke, Verbesserungspotential ist da noch gegeben.

Klar ist, damit die Oberöreicher auch zukünftig auf eine qualitätsvolle und bedarfsgerechte Altenbetreuung und -pflege vertrauen dürfen, muss einmal zuerst eine verlässliche Bedarfserhebung und eine Bedarfsplanung erfolgen. Welche Art von Leistungsangeboten brauchen wir? Für wie viele Pflegebedürftige brauchen wir die? Wieviel Personal brauchen wir dazu? Und so weiter. Wenn das Budget so knapp ist, wie es ja dargestellt wird auch in diesem Bericht, erwarte ich mir auch vom Sozialressort, dass ein noch stärkeres Augenmerk auf die mobile Betreuung gerichtet wird, weil die einfach auch dem Steuerzahler weniger kostet, also Ausbau mobile Pflege, Ausbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen. Da sind wir nicht wirklich sehr gut dabei. Es gehören die bestehenden Ressourcen genutzt, die

da sind an Infrastruktur oder auch an Personal. Ich erinnere an unsere Initiative Pflegefamilien, Pflegestellen zum Beispiel auf Bauernhöfen zu schaffen, ich sage Green care für die, die sich in der Landwirtschaft auskennen. Da gäbe es zahlreiche Initiativen, die von den Freiheitlichen bereits in der letzten Periode da waren.

Es ist nicht nur der Wunsch der meisten Betroffenen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden selbständig zu leben. Für die öffentlichen Haushalte ist diese Art der Versorgung verglichen mit der Unterbringung in einem Altenheim deutlich günstiger, weil dort zahlen wir im Schnitt 1.500 Euro im Monat dazu. Und Tatsache ist, da muss ich nämlich widersprechen, was der Kollege Binder vorher gesagt hat, dass Oberösterreich im Bundesländervergleich deutlich weniger mobile Dienste zur Verfügung stellt, bezogen auf die Zahl der Pflegebedürftigen sind das bei uns in etwa drei Prozent weniger. Wenn man das anschaut mit der Anzahl der Pflegebedürftigen, die wir haben in Oberösterreich, sind das rund 300 Personen die bei uns weniger mobil versorgt werden als im Verhältnis in anderen Bundesländern. Das heißt, wir könnten, wenn wir mehr mobil versorgen, vielleicht um drei Alten- und Pflegeheime weniger haben. Andererseits bezahlen wir in Oberösterreich für die mobilen Dienste deutlich mehr an die Sozialorganisationen als andere Bundesländer. Also es gäbe offensichtlich auch da Möglichkeiten einzusparen und mit denselben Mitteln mehr zur Verfügung zu stellen.

Geschätzte Kollegen, wir erleben nun innerhalb von zweieinhalb Jahren den dritten Wechsel an der Spitze des von Dauerbaustellen umgebenen Sozialressorts. Da ist fast ein Jahr verloren, wenn wir die Einarbeitungszeiten zusammenrechnen. Ich hoffe, die designierte Landesrätin Gerstorfer, der ich natürlich alles Gute für ihren Start wünsche, kommt rasch in die Gänge und setzt die vorliegenden Empfehlungen und Reformformschläge ohne weitere Verzögerungen um. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, es liegt uns ein Landesrechnungshofbericht vor, wo das Thema langfristige Absicherung der Alten- und Pflegeheime, der Investitionen dargestellt wird. Und ich glaube, man kann ihn in zwei oder in drei Teile eigentlich gliedern, so wie er auch gesehen wurde in den Empfehlungen. Ich bedanke mich beim Rechnungshof, dass er hier ein sehr klares Bild gezeigt hat und auch erwähnt hat, was positiv läuft und wo noch nachzujustieren ist. Weil ich glaube, das sollte ja bei einem Rechnungshofbericht der erste Grund sein, den Einrichtungen, die geprüft werden auch Handlungsoptionen in die Hand zu geben, drauf zu schauen und das eben auch in die weitere Arbeit umzusetzen.

Und wenn man sich die genaueren Details anschaut bei den Altenheimen, dann ist es eine große Herausforderung für diese, in vielen Bereichen das umzusetzen, was vorgegeben wird. Und jeder und jedes Altenheim geht ein bisschen anderes damit um und ich bin jetzt schon sehr lange im Sozialhilfeverband Rohrbach tätig und jetzt auch im Prüfungsausschuss die Vorsitzende. Und wenn man schaut, Kollegin Wall hat es angesprochen, es gehört alles unter ein Dach. Ich denke, die SHVs leisten hier genau diese Funktion, nämlich direkt mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort in der Region, wo wir genau wissen, was braucht es noch, was ist denn eigentlich auch die Herausforderung? Weil jede Region hat ein Stück andere Parameter von der Altersstruktur der Menschen, von den Entfernungen und so weiter, was braucht es und was können sich die Menschen auch leisten in der bestimmten Region?

Und da zeigt sich, dass die SHVs schon sehr intensiv zusammenarbeiten, nämlich über die Bezirksgrenzen hinweg, weil sie erkannt haben, dass wir kosteneffizient arbeiten können, wenn wir Synergien nutzen. Nicht jeder Bezirk muss sich überlegen, wie schaut das mit der EDV aus, nicht jeder Bezirk muss sich überlegen, was heißt das für Ausschreibungen bei bestimmten Artikeln, die man nur in der Masse günstig bekommt, wo nicht ein regionaler Anbieter ist? Wenn ich mir die SHV-Altenheime anschau, die schon ganz gezielt sagen, die Hygieneartikel, Toilettenpapier und solche Dinge, die wir sowieso in der Region nicht bekommen, die schreiben wir gemeinsam aus und bekommen so einen besseren Preis.

Gleichzeitig wird versucht, die Lebensmittel regional auszuschreiben, weil das natürlich eine Wertschöpfung in der Region bringt, und es kann schon sein, dass die Semmel vielleicht über den Gesamteinkauf um ein paar Cent billiger ist. Aber was heißt das für den Bäcker vor Ort? Ganz entscheidend ist für einen Bezirk auch, genau diese Nahversorger zu erhalten.

Da sind natürlich die Alten- und Pflegeheime oder auch ein Krankenhaus oder eine andere größere Einrichtung ganz entscheidend, dass die auch regional einkaufen. Dass das nicht so leicht ist, und dass mir der Bäcker sagt, unter den Bedingungen, mit den Preisen, die ihr uns mit den Benchmarks diktiert, ist das schon eine große Herausforderung.

Also, hier müssen wir, glaube ich, die Balance zwischen kostenbewusstem Einkaufen und auch effizienter Führung der Altenheime finden. Da gebe ich der Kollegin Wall in einem Punkt Recht, die Zusammenarbeit ist ganz entscheidend, nämlich gerade auch bei der IT. Die ist jetzt in Landeshand. Wir haben das vorher, in der letzten Periode, einmal diskutiert. Da müssen wir zwar jetzt Umstellungskosten zahlen, aber langfristig wird sich das für die SHV's bewähren, dass das gemeinsam dokumentiert und abgerechnet wird und solche Dinge.

Auch die ganzen Anträge sind dann einfach leichter verfügbar. Die große Herausforderung bei den Alten- und Pflegeheimen sind nicht die Investitionen. Da möchte ich auch noch eines sagen, jeder Bürgermeister möchte gerne ein Altenheim haben. Wenn es aber darum geht, im Nahhinein eine Finanzierung zu machen, dann jammern auch wieder alle miteinander, dass das alles so teuer ist.

Ich glaube, da müssen wir einfach schauen, was brauchen wir in der Region? Da ist das Zusammenspiel aller, die Verantwortung in der Region tragen, mit der Sozialabteilung. Und es ist auch geschafft worden, wie können wir einen Betreuungsschlüssel, einen Bedarfsplan entwickeln, der immer angepasst wird, weil sich einfach auch die Einstellungen der alten Menschen ändern.

Was möchten wir denn wirklich? Und es ist schon angesprochen worden, mobil vor stationär. Es redet sich oft leichter. Wir haben gestern die 25-Jahre-Feier der Altenbetreuung im Bereich Sozialsprengel Oberes Mühlviertel gehabt, wo man einfach ganz klar gesehen hat, dass das einfach eine ganz wichtige Einrichtung ist, wir aber in vielen Bereichen Altenheime nicht ersetzen können.

Das heißt, da müssen wir einfach schauen, wie können wir auch mit veränderten Dorfstrukturen, mit veränderten Familienstrukturen das Angebot so anpassen, dass einerseits die Leute wirklich so lange es geht daheim bleiben können, mit Unterstützung der Altenfachbetreuung, aber auch mit der Hauskrankenpflege und gleichzeitig aber auch in Notfällen immer das Pflegeheim oder zumindest ein Kurzzeitpflegeplatz vorhanden ist, wenn es einfach so zu Hause nicht mehr zu pflegen geht.

All das, sieht man eigentlich, machen die anderen Heime auch. Das eine mit einem anderen Schwerpunkt und so weiter, und die Kosten sind immer ein großes Thema. Weil die Kosten heißt, was kostet der Heimplatz für den einzelnen Menschen, der dann dort ist? Wenn ich mir anschau, dass ein kleines Heim auch sehr viel kostet für die betroffenen Leute, die dort wohnen, dann muss man schon schauen, können wir da nicht effizienter zusammenarbeiten, damit das für die Betroffenen leistbar ist und gleichzeitig aber auch für die Gemeinden noch der Abgang leistbar ist?

Die Qualität und der Pflegeschüssel ist auch in diesem Heim nicht unbedingt überraschend größer. Wenn ich sage, ich habe viel mehr Pflege dort, dann sage ich, ist das eine gute Qualität für die pflegenden Leute und für die zu pflegenden oder zu betreuenden Menschen. Aber wenn da nicht was weiß ich für ein Unterschied ist, und das wissen wir alle, dass die Kosten eigentlich der Betrieb verursacht und nicht die Investitionen.

Und da bin ich bei dem Punkt, wie wird geplant? Ich bin schon sehr lange dabei und erlebe immer wieder die Veränderungen mit dem Entwicklungsplan. Was braucht man denn für eine Bettenanzahl, was brauchen wir denn für mobile Dienste? Es geht ja immer nicht schnell genug, die mobilen Dienste auszubauen, und trotzdem brauchen wir immer mehr Alten- und Pflegeheimplätze. Bei den Investitionen bekommen wir eine ganz klare Vorgabe vom Land Oberösterreich, dann heißt es, es wird nicht umgebaut am Bestand, es wird neu gebaut, weil es kostet eh nicht recht viel mehr.

Dann haben wir den Finanzierungsplan bekommen, dann hat es geheißen, 25 Prozent Förderung kommt von der Sozialabteilung, 50 Prozent kommen aus Wohnbaufördermitteln dazu, einen Teil zahlt die Gemeinde, und, und, und. Ein Teil bleibt beim Träger, in dem Fall bei den SHVs. Das ist ein ganz ein klarer Förderplan, den bekommen wir bewilligt.

Vorher kann niemand zu bauen beginnen. Die Förderzusagen, die 25 Prozent waren am Anfang sehr kurz, und das haben wir auch im Kontrollausschuss so gehört, und dann sind sie gedehnt worden, von fünf Jahre auf 15 Jahre ausgedehnt worden. Das heißt, die Gemeinde, die SHVs, finanzieren das vor und wir, im Land Oberösterreich, und ich war bei vielen Verhandlungen dabei, das hat auch der Herr Landeshauptmann angesprochen bei den Koalitionsverhandlungen, und es war nie klar, was für eine Summe denn da ausständig ist.

Nicht, dass ich glaube, dass wir jetzt abhauen und das nicht zahlen werden, aber die Handlungsfähigkeit wird trotzdem eingeschränkt. Da muss ich einfach auch klar an die SPÖ sagen, Kollege Binder, ja, es schränkt uns ein in der Planbarkeit. Und es ist gut zu wissen, und Gott sei Dank ist diese Empfehlung auch angenommen worden, wie viel ist denn draußen und was heißt denn das in den nächsten zehn, 15 Jahren, damit ich einfach die nächsten Förderungen beziehungsweise die nächsten Budgets auch anders planen kann, bei den nächsten Budgets einfach auch sagen kann, das braucht es aber, damit wir den Betrieb, damit wir die nötigen Investitionen und Verbesserungen auch schaffen können.

Nur so sind wir auch handlungsfähig und nur so sind wir in der Budgethoheit des Landtags und nicht der Landesregierung. Das muss man einfach auch einmal sagen. Die Budgethoheit hat der Landtag, und da brauchen wir auch die Informationen dazu. Was ist geplant? Was ist ausstehend? Wie werden wir das alles leisten können? Jetzt haben wir zwar eine fixe Zusage für die Zinsen, aber es kann passieren, wenn wir dann irgendwann einmal noch weniger Wirtschaftswachstum haben, dass wir die Fördermittel nicht bekommen.

Was tun denn dann die Gemeinden? Ja, wir können es nicht auf die Leute ummünzen, die im Altersheim wohnen. Nein, sicher nicht. Das heißt, es ist wieder ein Kostenfaktor, der ein bisschen als Drohung über den Gemeinden, über den SHVs schwebt. Daher glaube ich, ist es ganz wichtig und ganz entscheidend, dass der Rechnungshof das aufgedeckt hat, die Zahlen einmal auf dem Tisch sind. Ob die hoch oder niedrig sind, das kann man innerhalb der drei Milliarden Euro oder fünf Milliarden Euro bewerten.

Aber ganz entscheidend ist, dass wir einmal wissen, was ist da, und wir uns dann auch richten können, was haben wir für Verpflichtungen, und wo ist der Spielraum eingeengt.

Darum geht es uns allen. Dass wir eine gute Betreuung der Leute draußen haben, dass wir das kostenmäßig auch für die Gemeinden stemmbar machen, weil das ist die große Herausforderung für die Gemeinden, die sozialen Dienste, diese Lebensqualität, die wir in Oberösterreich anbieten können in diesem Bereich, auch weiter forcieren können. Daher braucht es auch diese Transparenz und diese Meldungen, dass wir ein wenig Bescheid wissen, was ist da draußen?

Eine Bitte, reden wir nicht immer alles nur schlecht, es wird eine tolle Arbeit geleistet. Die Leute, die dort arbeiten Tag für Tag, ob in der Mobilen oder in der Stationären, leisten Tolles, brauchen natürlich gute Rahmenbedingungen, was die Häuser anbelangt, brauchen aber auch die notwendige Unterstützung und die guten Arbeitsbedingungen und nicht einen Pflegeschlüssel, der wirklich ganz am Äußersten grenzt. Das wissen wir, das ist alles eine riesen Herausforderung.

Es darf uns nicht passieren, dass wir erstens keine Pflegekräfte mehr bekommen im Altenbereich, weil die sagen, es ist mir zu anstrengend, um dieses Geld, was ich dort verdiene. Und das zweite ist, dass wir nicht andauernd lange Krankenstände haben, und das haben wir teilweise in den Altenpflegeheimen, weil einfach die Herausforderungen so groß sind, damit man diese tolle Arbeit, die die machen, auch wirklich gut bewältigen kann.

Daher Danke diesem Rechnungshofbericht und Danke, dass wir alle die Empfehlungen angenommen haben, und dass wir genau darauf schauen, wie entwickelt sich das Budget weiter? Es kann nämlich nicht sein, dass immer Ressorts da sind, und immer wieder haben wir irgendwelche Zusagen gemacht, auch wenn sie nicht rechtlich verbindlich sind, aber die Gemeinden zählen darauf, und wir wissen nicht, wie wir es abdecken.

Also, ich glaube, da braucht es eine klare Planbarkeit. Daher, Danke dem Rechnungshof, dass wir den Bericht bekommen haben. Wir werden uns daran halten und darauf schauen, dass wir das weiter so gut machen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Dörfel.

Abg. Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Rechnungshofbericht ist jetzt schon sehr viel gesagt worden, nur eines noch nicht. Danke an die Mitarbeiter in den Alten- und Pflegeheimen (Beifall), egal von welchem Träger diese Heime geführt werden. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Das habe ich gesagt!“) Denn es ist kein Job wie jeder andere, sondern man braucht besondere Kenntnisse, eine besondere Ausbildung, aber auch eine besondere menschliche Struktur und ein besonderes Einfühlungsvermögen. Die Menschen, die hier arbeiten in unseren Heimen, leisten wirklich Hervorragendes, und sie machen den Beruf zu einer Berufung und leben praktisch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Heime.

Wenn der Rechnungshof jetzt Gemeindeheime überprüft hat, drei herausgepickt hat, hat er auch festgestellt, dass die Arbeit grundsätzlich, bei der Finanzierung, gut läuft, dass die Verwaltung gut arbeitet. Eigentlich sind für alle diese Gemeindeheime positive Zeugnisse ausgestellt worden.

Er enthält natürlich Anregungs- und Verbesserungsvorschläge, die ich jetzt gar nicht so sehr auf die einzelnen Gemeinden, die die Träger dieser Heime sind, beschränkt sehe, sondern auch auf die Sozialhilfverbände, wenn es darum geht, die Kooperationen zu verstärken, um Synergien zu nutzen und die Qualität des Personals zu sichern und vor allem auch sicherzustellen, dass wir Personal in genügendem Ausmaß zur Verfügung haben.

Wir nehmen das auf, der Herr Gemeindebundpräsident nickt, also es richtet sich nicht an die einzelnen Gemeinden, sondern eigentlich an alle, die im Bereich der Altenbetreuung tätig sind.

Bei dieser Prüfung ist allerdings auch aufgekommen, dass man wieder einmal ein kleines finanzielles Problem hat, in einem SPÖ-Ressort. Klein unter Anführungszeichen, weil es immerhin um knapp 100 Millionen Euro geht. (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „15 Jahre!“) Ich weiß es. Nein, schau, ich mache jetzt keinen Vorwurf am Ende eines langen Tages, aber ich muss schon feststellen, dass sich die Geschichte wiederholt. Es brauchen die, die Heime errichtet haben, keine Angst haben, dass sie jetzt nicht zu ihrem Geld kommen.

Faktum ist aber, dass die Finanzierungspläne nicht halten. (Unverständliche Zwischenrufe) Ruhig Blut. Ich möchte ja nur darauf hinweisen, wiederum, vor einigen Jahren haben wir es im Verkehrsressort in noch größerem Ausmaß gehabt, aber wiederum bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung, um diese Budgetlücken zu stopfen oder die Rucksäcke, wie es so schön heißt, abzubauen.

Diese Budgetvereinbarung mit dem Sozialressort ist ja bereits getroffen worden, und wir kommen dann sozusagen nach Jahren der Dürre ab dem Jahr 2021 wieder in ein normales Finanzierungssystem der Heime, die bereits errichtet wurden. Die Ursache ist, glaube ich, doch ein bisschen ein leichtfertiger Umgang. Es ist bereits erwähnt worden, (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das wirft aber kein gutes Bild auf euren Finanzreferenten!“) Nein, da geht es nicht um den Finanzreferenten, da geht es um den Sozialreferenten. Und ich meine nicht den Kollegen Entholzer, sondern früher ist ganz einfach gesagt worden, "Heim, wurscht, 40 Bewohner, ist ein super Modell, jawohl, machen wir schon, irgendwie". Anders gibt es das nicht. "Machen wir ganz einfach, und ist eh wurscht, das strecken wir halt dann letztlich, weil die Finanznot plötzlich da ist".

Und es ist umgeschichtet worden. Loch auf, Loch zu, ist schon gesagt worden. Also, das ist leider so. Aber wir sind bereit und in der Lage Finanzierungspläne einzuhalten, auch wenn man sie ein wenig strecken muss, sagen wir einmal so.

Aber ich glaube, dass es notwendig ist, dass man sich grundsätzlich überlegt: Wie schaut denn die bestehende Alten- und Pflegeheimplanung aus? Warum gibt es das, dass wir 250 leere Betten in Oberösterreich haben, dass sie regional unterschiedlich verteilt sind?

Ich sage ja durchaus, dass es manche Bezirke gibt, wo tatsächlich ein Nachholbedarf ist. Andere Bezirke sind aber überversorgt. Und jetzt frage ich mich: Gibt es da eine übergeordnete Planung? (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „136 Plätze sind frei, nicht 200!“) Ja, die Zahl vom Kontrollausschuss war 236, aber 250 ist die aktuelle Zahl. Ist ja egal, denn es

zeigt ja auch, wie unterschiedlich in den einzelnen Regionen Oberösterreichs und in den Bezirken die Bettenanzahl zur Verfügung steht.

Unser Anspruch ist aber schon der, dass man überall eine annähernd gleiche Versorgung auch mit Altenbetreuungsbetten sicherstellt, und ich glaube daher, dass man sich in Zukunft das genauer anschauen muss und auch die bestehende Alten- und Pflegeheimplanung noch einmal überarbeitet, unter dem Gesichtspunkt, wie schauen wir jetzt tatsächlich aus, welche neuen Angebote gibt es? Ich kann jetzt nur sagen, alleine im Bezirk Kirchdorf haben wir 125 Personen, die im Rahmen der 24-Stunden-Pflege betreut werden.

Das wäre das größte Heim des Bezirkes, wenn wir jetzt für diese Leute, die auf die Art betreut werden, ein Heim bauen müssten. Ich glaube ganz einfach, dass man sich das genau anschauen muss. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt. Wir bemühen uns, diese Zusagen, die gemacht wurden, durch diese Budgetvereinbarung auch einzuhalten, aber wir fordern auch, dass man für die Zukunft damit vielleicht ein bisschen sorgfältiger umgeht.

Wir sehen es ja, auch wenn es gut gemeint ist, ich unterstelle ja niemandem etwas Böses, aber wir sehen ganz einfach, dass der gute Wille nicht dazu führen darf, dass man plötzlich vor einem Finanzierungsproblem steht. Man hat dann vielleicht bei einigen den guten Willen gezeigt, und dem anderen sagen wir, "ja, ich bin zwar guten Willens, aber ich habe leider kein Geld mehr". Und so kann es nicht sein.

Es kann nicht danach gehen, wer als Erster kommt oder wer mir vielleicht passt, bekommt ein Heim und andere bekommen es nicht. Dieser Eindruck entsteht leider hier. Aber wie gesagt, bemühen wir uns gemeinsam. Es gibt eine neue Sozialreferentin, die am 7. Juli angelobt wird und die antritt. Sehen wir ganz einfach positiv in die Zukunft und lernen wir aus den Fehlern der Vergangenheit. Wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Binder.

Abg. **Binder:** (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Willst du nicht heimgehen?“) Naja, ich kann heimgehen, oder ich kann versuchen, die offenbar offenen Fragen und das Unverständnis über das System der Altenpflege und -betreuung da ein bisschen aufzuklären, weil offenbar, den Herrn Kollegen kenne ich zwar schon länger, er müsste sich schon auskennen, die Kollegin Wall müsste sich auch auskennen, aber ich stelle an den Wortmeldungen einfach fest, da gibt es große Wissenslücken, und da möchte ich kurz behilflich sein.

Erstens, warum sind Alten- und Pflegeheimplätze frei? Wir reden von rund einem Prozent der Pflegeheimplätze, die frei sind, und die sind deswegen frei zu einem Stichtag einer Überprüfung, weil wir wirklich aus Pietätsgründen nicht sofort, wenn einer herausstirbt aus dem Heim, den Nächsten in das Bett hineinlegen. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Kirchmayr: „Was ist denn das für eine Ausrede?“) Das ist keine Ausrede, das ist so.

Das ist keine Ansage, das ist der Grund, warum im Schnitt etwa ein Prozent der Pflegeheimplätze frei ist. Zu jedem Zeitpunkt der Überprüfung werden es einmal 100 sein, dann sind es 150, sind Plätze frei, weil das anders nicht geht. Das ist so, nur zur Erläuterung.

Was mich insgesamt ein bisschen stört, dass dieses Schlechtreden jetzt wieder da. Desaster in der Presse, Sauhaufen, Fehlplanung, in einem so wichtigen Bereich, wo wir das eigentlich

nicht haben, und wo wir es auch nicht notwendig haben, auch Dank der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Bezirk Kirchdorf zum Beispiel gibt es aber wirklich vom SHV offenbar ein bisschen eine Fehlplanung, weil da gibt es in einem Teil des Bezirks zu wenig Betten und in einem anderen Teil zu viele Betten. Da könnte aber der Kollege Dörfel ja gerne im Sozialhilfeverband selber, der dort direkt mit der Planung befasst ist, um sich dann an die Sozialabteilung zu wenden, tätig werden.

Dass wir beim Betreuten Wohnen und so weiter hinten sind, da müsste man mit dem Wohnbaureferenten reden, warum er die Förderung so verschlechtert hat. Auch beim Betreuten Wohnen ist die Förderung leider so schlecht und auch bei Mobil vor Stationär, die Strategie wird verfolgt. Da gebe ich den Vorrednerinnen und Vorrednern Recht, da wäre ein stärkerer Ausbau notwendig, aber auch da ist ja weniger der Adressat die Sozialabteilung und das Land, sondern sind es die Sozialhilfeverbände, die da natürlich auch die Finanzierung auftreiben müssen.

Nur, weil es auf den ersten Blick günstiger ist, es ist nicht vergleichbar. 24-Stunden-Betreuung in einem Alten- und Pflegeheim oder eine Pflege bei hochgradig pflegebedürftigen Menschen hat einen anderen Aufwand als die mobile Pflege zu Hause, wo man ja noch niedrigere Pflegestufen hat. Das ist einfach nicht eins zu eins vergleichbar.

Noch einmal, mehr Transparenz ist unser Wunsch. Das gilt für alle Verbindlichkeiten, weil 50 Prozent dieser Altenheimfinanzierung kommen aus dem Wohnbauressort, da wird auch über 30 Jahre finanziert, und ich weiß heute auch nicht, wie viel da ausständig ist und ob man sich da auch verlassen kann, dass das auch wirklich zurückgezahlt wird.

Darum hätten wir ja gerne, da waren wir uns einig im Ausschuss, dass da wirklich alle Verbindlichkeiten, alle Förderzusagen, die da draußen sind, aus allen Bereichen dem hohen Landtag auch zur Kenntnis gebracht werden, damit wir einfach wissen, was insgesamt draußen ist. Das sind da jetzt 80 Millionen Euro, und das ist in anderen Bereichen, da muss es mehr sein, sonst würde der Rechnungshof nicht auf diese 3 Milliarden Euro kommen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich wieder Herr Abgeordneter Dörfel.

Abg. Bgm. **Dr. Dörfel:** Ich weiß, aber es muss sein. Kollege Binder, wir haben keine Fehlplanung im Bezirk Kirchdorf, weil wir sind draufgekommen bei der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, dass wir eigentlich zu früheren Zeiten zu viele Betten gehabt haben und haben im Zuge der neuen Bedarfs- und Entwicklungsplanung ein neues Heim gebaut und 20 Betten abgebaut.

Und es ist nicht so, dass in einem Teil des Bezirkes Leute auf ein Bett warten müssten und im anderen haben wir zu viel, sondern wir haben eine perfekte Versorgung. Es gibt keine Wartelisten. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Kirchdorf passt!“) Ich sage es nur, weil es ein Angriff war, weil es jetzt so ausschaut, da redet einer recht geschickt heraußen und in Wahrheit gibt es im Bezirk unterschiedliche Dinge. Aber das ist nicht der Fall, ich kann dich beruhigen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Nachdem mir keine Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die

dem Antrag zur Beilage 183/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 187/2016, das ist der Initiativantrag betreffend CETA und TTIP. Ich bitte Frau Abgeordnete Schwarz über die Beilage zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Beilage 187/2016, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend CETA und TTIP. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 187/2016.)

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass,

1. CETA und TTIP auf europäischer Ebene als gemischte Abkommen eingestuft werden,
2. umgehend eine umfassende Information über den Stand der Verhandlungen zu CETA und TTIP übermittelt wird und die Verhandlungsdokumente zu den Freihandelsabkommen so detailliert als möglich offengelegt werden,
3. im Rat keine vorläufige Anwendung von CETA und TTIP beschlossen wird,
4. die Bestimmungen zur regulatorischen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA weder Rechtssetzungsbefugnisse noch Beschränkungen oder Änderungen von in demokratischen Entscheidungsprozessen beschlossenen Regeln beinhalten dürfen und unter dem Titel des Investitionsschutzes die allgemeine Gerichtsbarkeit nicht ausgehebelt werden darf,
5. die Lohn-, Arbeits-, Gesundheits- und Sozialstandards sowie Umweltvorschriften auf dem hohen europäischen Niveau aufrecht erhalten und die vollständige Ratifizierung der ILO Standards umgesetzt werden,
6. Harmonisierungen und wechselseitige Anerkennungen auf Basis des Vorsorgeprinzips und unter Einbindung der Legislative erfolgen sowie
7. die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen nicht untergraben und ihre Rechte auf Regulierung nicht eingeschränkt werden.

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Wird zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 187/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind.

Beilage 189/2016, Initiativantrag betreffend den Aufbau eines Leerstandsregisters, Beilage 193/2016, Initiativantrag betreffend Sicherstellung des freien Seezugangs für alle OberöreicherInnen, Beilage 194/2016, Initiativantrag betreffend eine Studie zum Wohnungsleerstand, diese Beilagen werden dem Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 190/2016, Initiativantrag betreffend Maßnahmenpaket gegen Hate Speech im Internet; Verhetzung, Soziale Medien, Hassbotschaften, Beilage 191/2016, Initiativantrag betreffend Aufnahme der gutachterlichen Verkehrswerte in die Vorlagen an den Landtag; Genehmigung von Liegenschaftsverkäufen, Ermittlung Verkehrswert, Beilage 192/2016, Initiativantrag betreffend Sicherstellung des freien Seezugangs für alle

OberösterreicherInnen als Staatszielbestimmung in der Verfassung, diese Beilagen werden dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 195/2016, Initiativantrag betreffend Änderung des Ökostromgesetzes; erneuerbare Energieerzeugung, Stromversorgung, diese Beilage wird dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 196/2016, Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Luftreinhalte- und Energietechnikgesetz 2002 geändert wird (Oö. Luftreinhalte- und Energietechnikgesetz-Novelle 2016), diese Beilage wird dem Umweltausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 197/2016, Initiativantrag betreffend Verstärkte Maßnahmen gegen Wilderei und zur Sicherung von Artenschutzprogrammen; Jagd- und Naturschutzbereich, Aus- und Weiterbildung, diese Beilage wird dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen aus dem Landtag, wir haben das Programm abgearbeitet. Ich danke für die intensive Mitarbeit, wünsche einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend. Der Landtag ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 19.25 Uhr)